

**Tiefgreifender Konflikt: Das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften in der
Regierungszeit Gerhard Schröders (1998-2005)**

Magisterarbeit
zur Erlangung des Grades einer
Magistra Artium M.A.

vorgelegt der
Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn
(2009)

von
Anne Seibring
aus
Willich

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	5
Relevanz des Themas/Aktualität	5
Meinungsstand.....	6
These: Der Konflikt in der Regierungszeit Schröders als Anzeichen einer zunehmenden Entkoppelung zwischen SPD und Gewerkschaften, sowie damit verbundene Fragestellungen	9
Vergleich mit der Situation in der Endphase der Regierung Schmidt.....	10
Quellen und Literatur	10
Aufbau der Arbeit.....	12
II. Geschichtlicher Überblick über das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften von 1848 bis zu den 1990er Jahren.....	14
1. Die Entwicklung bis 1945.....	14
Von der Dominanz der Partei bis zur Anerkennung der Gleichberechtigung im Mannheimer Abkommen 1906.....	14
SPD und Gewerkschaften in Weltkrieg, Revolution und Weimarer Republik: „Partnerschaft auf dem Prüfstand“	18
2. Die Entwicklung nach 1945	22
Neue Konstellation: Die SPD auf dem Weg zur integrativen Volkspartei und die parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft	22
Die SPD in der Regierungsverantwortung und die Gewerkschaften: Zwischen Partnerschaft und Gegnerschaft.....	26
Die langen Oppositionsjahre: Begrenzter Schulterschluss	29
Zwischenfazit	32
III. SPD und Gewerkschaften im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert	33
1. Die „Transformation der Sozialdemokratie“.....	33
Die Auflösung des „übergreifenden sozial-moralischen Milieus der Arbeiterbewegung“ als Herausforderung der Sozialdemokratie	33
Willy Brandts „Neue Mitte“: die Vollendung des Wegs zur Volkspartei.....	35
Der Wählerspagat der SPD	36
Zentrale Herausforderungen in den neunziger Jahren: Die SPD zwischen „Anpassung und Profilierung“	37
Zwischenfazit	40
Organisationsreformen und Medialisierung der Parteiarbeit.....	40
2. Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen	42
Gewerkschaften im politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik	43

Mitgliederentwicklung und Organisationsgrade	43
Strukturelle, politisch-zyklische und institutionelle Faktoren für Organisationsentwicklung und Durchsetzungsfähigkeit.....	45
Politische Antworten der Gewerkschaften auf die zentralen Herausforderungen	47
Strategische, organisatorische und programmatische Antworten auf zentrale Herausforderungen.....	49
Zwischenfazit	50
IV. SPD und Gewerkschaften zwischen partieller Zusammenarbeit und Krisen 1998-2005	51
1. Gemeinsam für den Politikwechsel: Der Wahlkampf 1998 und die Anfangszeit der Regierung Schröder	51
Die SPD ist „nicht der politische Arm des DGB, genau so wenig, wie der DGB eine Unterstü- t- tungsorganisation der SPD“ ist	53
Die ersten hundert Tage der rot-grünen Koalition: Der DGB zeigt sich zufrieden	55
Lafontaine geht – und die Gewerkschaften befürchten das Schlimmste.....	57
2. Ende der Flitterwochen: Streit und Versöhnungen 1999-2003	57
Anfang vom Ende traditioneller sozialdemokratischer Politik? Die Debatte um das Schröder-Blair-Papier.....	57
Haushalts-, Steuer- und Rentenpolitik: Die Unstimmigkeiten nehmen zu.....	59
Im „Bündnis für Arbeit“: Wenig Ergebnisse, viel Streit.....	62
Die Niederlage der Gewerkschaften im Rentenstreit.....	65
„Zuckerbrot“ für die Gewerkschaften: Die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes 2001	67
Im Wahljahr 2002: Die SPD als das „kleinere Übel“	68
Der Kanzler erhöht das Reformtempo – die Gewerkschaften halten sich (noch) zurück..	70
3. Tiefgehende Verstimmungen: Von der Agenda 2010 im März 2003 bis zur vorzeitigen Bundestagswahl im Oktober 2005	72
a. Das Ende des „Bündnis für Arbeit“ – Bilanz eines Versuchs des Korporatismus 72	
Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen von Gewerkschaften und Kanzler	72
Aufbau und Struktur des Bündnisses.....	74
Gründe für das Scheitern des „Bündnis für Arbeit“	75
Konzertierte Aktion und „Bündnis für Arbeit“	76
Vom Versuch des korporatischen Interessenausgleich zur autonomem Reformpolitik der Regierung Schröder.....	77
b. Die Agenda 2010: Ende der Gesprächszeit zwischen SPD und Gewerkschaften..... 78	
Die Agenda 2010 unter Beschuss und das (vorläufige) Ende der Gesprächszeit zwischen SPD und Gewerkschaften	81

Das Scheitern des Konfliktkurses: Suche nach neuen Strategien und Bündnissen.....	84
Gewerkschaften, hört die Signale – Ein Neuanfang unter Franz Müntefering?	86
c. Proteste gegen Hartz IV und die Gründung einer Alternative links der SPD	88
Gewerkschaftliche Mobilisierungserfolge gegen die Reformen der Regierung Schröder – der Streit eskaliert erneut.....	88
Strategische Optionen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen: außerparlamentarische Protestbewegung und die linke Wahlalternative	91
Zweifaches Scheitern: Abbruch der Protestpolitik und vorzeitiges Ende der zweiten rot- grünen Koalition.....	94
Trotz rhetorischer Rückbesinnung auf die alte Sozialdemokratie – der Schulterschluss für die Wahl 2005 will nicht vollständig gelingen.....	95
4. Zwischenbewertung: SPD und Gewerkschaften nach der Agenda 2010	97
Liberalisierte oder traditionelle Sozialdemokratie?.....	97
Zwischen „new labour“ und einer neuen „old-labour“-Variante – eine Generationenfrage?	100
V. Fazit und Ausblick: SPD und Gewerkschaften während der rot-grünen Koalition – typisches Beispiel für eine konjunkturelle Phase der Entfremdung oder Zeichen für eine kontinuierliche Entkopplung trotz Wiederannäherung?	101
Einordnung des Konflikts in den geschichtlichen Kontext.....	102
Vergleich mit der Endphase der Regierung Schmidt.....	102
Sozialstrukturelle und personelle Entkopplungstendenzen.....	104
Strategische Optionen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen.....	105
Bruch, kontinuierliche Entkopplung oder vorübergehende Phase der Entfremdung?.....	106
Schluss: Was bleibt?.....	106
VI. Abkürzungsverzeichnis	108
VII. Quellen- und Literaturverzeichnis	110
1. Quellen	110
2. Literatur.....	112
VIII. Anhang.....	121

I. Einleitung¹

„Szenen einer Ehe“, „Ende der Gesprächszeit“, „Schrille Töne“ und „Kommunikation per Knüppel“² – so titelte die Süddeutsche Zeitung zum Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in der Regierungszeit Gerhard Schröders. Die Beziehung der beiden großen Organisationen, die aus der deutschen Arbeiterbewegung hervor gegangen sind, befand sich unverkennbar auf einem ihrer Tiefpunkte während der Phase der rot-grünen Koalition.

Relevanz des Themas/Aktualität

Die Differenzen zwischen SPD und Gewerkschaften³, die sich vor allem an der Agenda 2010 entzündeten, sind bis heute noch nicht ausgestanden. Als Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier, beide dezidierte Vertreter der Agenda-Politik, im September 2008 an die Spitze der Partei gelangten, konnte sich der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber nicht unmissverständlicher ausdrücken: „Das wird unsere Bemühungen um Unabhängigkeit eher befeuern, als die alte Nähe zurückzubringen.“⁴ Die Konfliktlinien verlaufen dabei nicht zwischen „den“ Gewerkschaften auf der einen und „der“ SPD auf der anderen Seite, sondern quer durch beide. Auch der Richtungsstreit innerhalb der SPD ist noch virulent. Nur ein Beispiel: Fünf Tage bevor Kurt Beck vom Parteivorsitz zurücktrat veröffentlichten 60 SPD-Parteilinke und führende Gewerkschafter am 2. September 2008 einen „Aufruf für mehr soziale Gerechtigkeit“, in dem sie Korrekturen an der Agenda 2010-Politik forderten.⁵

Die traditionell enge Beziehung zwischen SPD und Gewerkschaften hatte zudem bis in die neunziger Jahre hinein nach Wolfgang Schroeder einen Status als „elementarer Bestandteil des Parteienwettbewerbs im deutschen Modell“⁶. Die Zusammenarbeit galt lange Zeit als alternativlos, da die Gewerkschaften, so Michael Schneider, die „einzigsten großen Interessenorganisationen [sind], auf die sich die sozialdemokratische Partei stützen kann; umgekehrt ist die SPD die Partei, die den gewerkschaftlichen Forderungen am weitesten entgegen

¹ Hinweis zur Rechtschreibung: Diese Arbeit belässt Zitate, die noch unter den Regeln der alten Rechtschreibung verfasst wurden, in ihrer Ursprungsform. Hinweis zum Sprachgebrauch: Bei personengebundenen Begriffen gilt immer gleichzeitig die männliche und weibliche Fassung ohne besonderen Hinweis (Politiker=Politiker/-in). Hinweis zur Zitation: bei der ersten Nennung wird ein Titel vollständig zitiert, danach ein Kurztitel verwendet.

² Vgl. in dieser Reihenfolge: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 3. März 2004; SZ vom 7. Mai 2003; SZ vom 24. Februar 2004; SZ vom 16. März 2004.

³ Hinweis zum Gebrauch des Begriffs „Gewerkschaften“ in dieser Arbeit: Dieser wird auf die Einzelgewerkschaften unter dem Dachverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschränkt. Andere gewerkschaftliche Vereinigungen, wie der Deutsche Beamtenbund, die Christlichen Gewerkschaften und die zahlreichen kleinen Berufsgewerkschaften spielten und spielen aufgrund ihres geringen Einflusses und des fehlenden historischen Bezugspunkts keine große Rolle in ihrem Verhältnis zur SPD.

⁴ Zitiert nach SZ vom 9. September 2008.

⁵ Der Aufruf kann über die Website des SPD-Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner abgerufen werden, unter: <http://www.ottmarschreiner.de/meldung.php?meldung=82&page=>, zuletzt geprüft am 30.12.2008.

⁶ Vgl. Schroeder, Wolfgang: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, 2007, online verfügbar unter http://www.fes-online-akademie.de/download.php?d=wolfgang_schroeder.pdf, zuletzt geprüft am 01.08.2008, S. 1.

kommt.⁷ Im Streit zwischen Gewerkschaften und SPD über die Agenda 2010 und die Hartz-IV-Reform hat sich aber ein Gelegenheitsfenster für die Entstehung der Linkspartei und ihre Etablierung im Parteiensystem der Bundesrepublik ergeben. Im Bereich traditioneller sozialstaatlicher Politik und rund um das Topos der sozialen Gerechtigkeit konnte die Linkspartei, so Oliver Nachtwey und Tim Spier, die von der SPD hinterlassene Repräsentationslücke nutzen, und Teile ihrer klassischen Kernklientel ansprechen.⁸ Inwieweit sich die Linkspartei als Alternative zur SPD für die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen und für die Repräsentation weiterer Teile der gewerkschaftlichen organisierten Wählerschaft durchsetzen kann, bleibt abzuwarten.

Meinungsstand⁹

In der wissenschaftlichen Debatte zum Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften überwiegen mahnende und skeptische Stimmen. Blickt man zurück, so wurde die Frage eines kontinuierlichen Entfremdungsprozesses schon für die Endphase der Regierung Schmidt, vor allem angesichts der Kooperationskrise von 1982, diskutiert.¹⁰ Klaus von Beyme weist 1978 auf die „changing relations“¹¹ zwischen SPD und Gewerkschaften hin, die sich auch in personellen Entflechtungen ausdrückten. Die SPD als „Catch-All-Party“ zusammen mit ihrem wirtschaftsliberaleren Koalitionspartner sei immer weniger fähig dazu „to count in all those questions on the traditional symbiosis with the unions and on its priority of political action.“¹² Hella Kastendieck beurteilt 1984 die Krise und die Probleme der SPD in ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaften 1980 bis 1982 als „Ausdruck der Strukturprobleme einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei“¹³. Der Wechsel in die Opposition habe aber dann zu einer Restabilisierung der Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften geführt.¹⁴ Walther Müller-Jentsch

⁷ Schneider, Michael: Zur Geschichte eines Bündnisses. Darstellung und Dokumentation, in: Langkau, Jochem/Matthöfer, Hans/Schneider, Michael (Hg.): SPD und Gewerkschaften, Bonn 1994, Band 1, S. 13-154, hier S. 68.

⁸ Siehe Nachtwey, Oliver/Spier, Tim: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias u.a. (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden 2007, S. 13–70, hier S. 52-53.

⁹ Von einem „Forschungsstand“ zu sprechen erscheint angesichts der Aktualität des Themas und des Fehlens einer breiteren Analyse, die die aktuellen Entwicklungen einbezieht, übertrieben.

¹⁰ Vgl. Armingeon, Klaus: Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften 1950-1985, Frankfurt am Main 1988, S. 127.

¹¹ von Beyme, Klaus: The Changing Relations between Trade Unions and the Social Democratic Party in West Germany, in: Government and Opposition 4/1978, S. 399-415.

¹² Ebenda, S. 414.

¹³ Kastendieck, Hella: Struktur- und Organisationsprobleme einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei: Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften seit 1966, in: Ebbighausen, Rolf/Tiemann, Friedrich (Hg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker (=Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 43), Opladen 1984, S. 407-442 hier, S. 408.

¹⁴ Ebenda, S. 140.

prognostizierte 1992 eine Auflösung des historischen Musters zwischen SPD und Gewerkschaften.¹⁵ Seine These ist,

„daß der Organisationsdualismus, der in der Vergangenheit auf so produktive Weise zugleich Einheit und Differenz der Arbeiterbewegung zum Ausdruck brachte, sich künftig auflösen bzw. zur formalen Staffage wird, da die gemeinsame Schnittmenge beider Organisationen einem unaufhaltsamen Schrumpfungsprozeß unterliegt.“¹⁶

Stephen S. Silvias im selben Jahr veröffentlichter Aufsatz zum Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften 1982-1992 spricht von einer Abnutzung des Verhältnisses, obwohl sich die Anhängerschaft weiterhin breit überlappen würde.¹⁷ Die neuere Generation in der SPD habe sich anderen zentralen Themen als der Ökonomie zugewandt und die Gewerkschaften spielten als Bezugspunkt keine große Rolle mehr.¹⁸

Klaus Armingeon kommt hingegen 1988 zu dem Schluss: „Die DGB-Gewerkschaften sind programmatisch, wahlsoziologisch und personell eng mit der SPD verflochten. Es gibt keinen langfristigen Entwicklungsprozeß der Auflösung dieser Verflechtung.“¹⁹ Auch Horst W. Schmollinger und Richard Stöss sehen 1989 in dem Einbruch der Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten Wählerschaft nach 1982 nur ein vorübergehendes Phänomen, das auf „aktuelle Mobilisierungs- und Integrationsschwächen sozialdemokratischer Politik, die zu Abwanderungen in der Krise führten“²⁰ hinweise. Michael Schneider resümiert 1994, dass von einer „nahtlosen politischen Einmütigkeit zwischen Gewerkschaften und SPD“²¹ in ihrer Geschichte ohnehin nicht die Rede sein könnte. Trotz aller Wandlungsprozesse und Entwicklungen in SPD, Gewerkschaften und Gesellschaft sei es klar,

„daß es für die Einheitsgewerkschaften des DGB weder zur politischen Nähe zur SPD noch zur Einhaltung des Grundsatzes der parteipolitischen Unabhängigkeit Alternativen gibt. Und umgekehrt gilt: Auch für die SPD gibt es keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sind diese doch die einzigen Großorganisationen, die sozialdemokratische Politik gesellschaftlich absichern und unterstützen.“²²

In der Regierungszeit der rot-grünen Koalition macht Bodo Zeuner bereits 1999 in einem Bruch der SPD mit der Arbeiterbewegung – durch den Rücktritt Lafontaines und das Schröder-Blair-Papier – den Scheidungsgrund zwischen SPD und Gewerkschaften aus.²³ Von einer „historischen

¹⁵ Müller-Jentsch, Walther: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, in: Grebing, Helga/Meyer, Thomas (Hg.): Linksparteien und Gewerkschaften in Europa. Die Zukunft einer Partnerschaft, Köln 1992, S. 103–117, hier S. 112.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Siehe Silvia, Stephen J.: The Forward Retreat. Labor and Social Democracy in Germany, 1982-1992, in: International Journal of Political Economy, 4/1992, S. 36-52, S. 50.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Armingeon: Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 130.

²⁰ Schmollinger, Horst W./Stöss, Richard: Arbeitnehmer, Gewerkschaften und SPD in der Krise der achtziger Jahre, in: Herzog, Dietrich/Weßels, Bernhard (Hg.): Konfliktpotentiale und Konsenstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik (= Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 54), Opladen 1989, S. 68–98, hier S. 93.

²¹ Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 72.

²² Ebenda, S. 73.

²³ Vgl. Zeuner, Bodo: Der Bruch der Sozialdemokraten mit der Arbeiterbewegung. Konsequenzen für die Gewerkschaften, in: Dörre, Klaus/Panitch, Leo/Zeuner, Bodo; u.a. (Hg.): Die Strategie der „Neuen Mitte“. Verabschiedet sich die moderne Sozialdemokratie als Reformpartei? Hamburg 1999, S. 131–147, hier S. 131.

Ernüchterung²⁴ spricht Thomas Meyer 2000, infolge des Verlusts der gemeinsamen Utopie aufgrund unterschiedlicher Antworten auf zentrale Herausforderungen. Für die SPD als die Partei der „Neuen Mitte“ werden die Gewerkschaften nur ein, wenn auch der bevorzugte, Ansprechpartner im Arbeitnehmerbereich werden, wenn die Gewerkschaften nicht Anschluss an die individualisierte Arbeitnehmerschaft fänden.²⁵ Hartmut Soell und Klaus Kempter weisen 2000 auf die tiefen ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre hin, die „unvermeidlich zu einer Neubestimmung des Verhältnisses“²⁶ führen müssten. Die Frage eines weitergehenden Auseinanderdriftens oder eines erneuerten Bündnis hänge von der strategischen und inhaltlichen Entwicklung von SPD und Gewerkschaften; ein neues, jedoch entideologisiertes Bündnis schließen sie grundsätzlich nicht aus.²⁷

In der internationalen Perspektive des Verhältnisses zwischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften sieht Markovits 1992 eine Periode der „neuen Unübersichtlichkeit“ ab den späten siebziger bis Ende der achtziger Jahre, in der „bisher gültige Kategorien und Schemata an Bedeutung“²⁸ verloren hätten. Gemeinsame Handlungsmöglichkeiten für Linksparteien und Gewerkschaften in der Zukunft gibt es für Markovits vor allem auf europäischer Ebene.²⁹ 2001 stellt Chris Howell nach einer komparativen Untersuchung in drei Ländern – Schweden, Deutschland und England – fest, dass sich die Bindungen zwischen Sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften deutlich abgeschwächt hätten, da sich die Schnittmengen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit verringert haben.³⁰ James Piazas im selben Jahr veröffentlichte Untersuchung, die auf der Auswertung umfangreicher Datensätze in sechzehn Industrienationen³¹ beruht, kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Beziehung sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschaften in den vergangenen zwei Jahrzehnten unter den Bedingungen der Globalisierung „entbunden“³² („de-linked“) hätten.³³

Angesichts der Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 in Deutschland warnt Klaus Schönhoven 2004 vor einer Überdramatisierung des Konflikts, da der Eindruck erweckt werde, dass „die derzeit zu beobachtenden politischen Meinungsunterschiede und persönlichen

²⁴ Meyer, Thomas: Die Zukunft einer ehrwürdigen Beziehung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1/2000, S. 12–17, hier S. 14.

²⁵ Ebenda, S. 15.

²⁶ Soell, Hartmut/Kempter, Klaus: Die Arbeiterbewegung in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsmacht, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/2000, S. 27-32, hier S. 29.

²⁷ Ebenda, S. 31-32.

²⁸ Markovits, Andrei S. (1992): Arbeiterbewegung in Europa - Versuch einer Periodisierung des Traditionsbündnisses zwischen Gewerkschaften und Parteien., in: Grebing/Meyer (Hg.): Linksparteien und Gewerkschaften in Europa, S. 81–99, hier S. 88.

²⁹ Ebenda, S. 95-96.

³⁰ Howell, Chris: The end of relationship between Social Democratic Parties and Trade Unions, in: Studies in political economy, Bd. 65/2001, S. 7-38, hier S. 32-33.

³¹ Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Großbritannien, USA.

³² Übersetzung übernommen aus: Schroeder, Wolfgang: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, 2007, online verfügbar unter http://www.fes-online-akademie.de/download.php?d=wolfgang_schroeder.pdf, zuletzt geprüft am 01.08.2008, S. 2.

³³ Piazza, James: De-linking Labor. Labor Unions and Social Democratic Parties under Globalization, in: Party Politics, 4/2001, S. 413-435, hier S. 413.

Spannungen zwischen den Repräsentanten der SPD und des DGB [...] historisch beispiellos“ seien – was sie nicht wären.³⁴ Michael Schneider hingegen stellt 2005 eine „neue historische Konstellation“³⁵ im Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften fest, da der „Kernbereich dieser Zusammenarbeit, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, [...] zwischen SPD und Gewerkschaften umstritten wie noch nie“³⁶ sei. Oliver Nachtwey und Tim Spier verneinen in einem Aufsatz zu den Entstehungshintergründen der Linkspartei zwar, dass es „den“ historischen Bruch zwischen Gewerkschaften und SPD gegeben hätte, die Gewerkschaften sich aber infolge der Agenda-Politik strategisch breiter orientiert hätten.³⁷ Stephan Klecha fasst 2007 zusammen: „Die Einheit von SPD und Gewerkschaften zerfällt, doch sind sie strategisch aufeinander angewiesen.“³⁸ Wolfgang Schroeder kommt 2008 zu dem Schluss:

„Die Distanz, die sich hier zeigt, erklärt sich nicht allein aus zyklisch-konjunkturellen Schwankungen, wie sie schon immer bestanden haben, insbesondere in Anhängigkeit davon, ob sich die SPD in der Opposition oder in Regierungsverantwortung befand. Hinzu kommen offensichtliche Prozesse ideologischer Entkoppelung, insbesondere während der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder.“³⁹

Die dahinter stehenden Ursachen macht er vor allem in den erodierenden sozialstrukturellen Verbindungslinien aus⁴⁰; ein bevorstehender Bruch in der Beziehung lasse sich aber nicht belegen.⁴¹

These: Der Konflikt in der Regierungszeit Schröders als Anzeichen einer zunehmenden Entkoppelung zwischen SPD und Gewerkschaften, sowie damit verbundene Fragestellungen

Das Ziel dieser Arbeit ist es, das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften zur Regierungszeit Gerhard Schröders darzustellen und zu analysieren und in den geschichtlichen Kontext des Verhältnisses einzubetten. Die zentrale These, die im Fazit zu diskutieren sein wird, besteht darin, dass der tiefgreifende Konflikt, der sich vor allem an der Agenda 2010 und den Hartz-IV-Reformen entzündete, Anzeichen ist für einen zunehmenden Entkoppelungsprozess zwischen SPD und Gewerkschaften ist und nicht als ein Beispiel für eine konjunkturelle Phase der Entfremdung, wie es sie in der Geschichte des Verhältnisses immer mal wieder gegeben hat, gelten kann. Hier wird auch die Frage von Bedeutung sein, ob es in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung nicht zwangsläufig zu Interessenkonflikten zwischen Gewerkschaften als Vertreter partikularer Arbeitnehmerinteressen und einer dem Gemeinwohl verpflichteten Regierungs-SPD kommen muss, die bei einer SPD in der Opposition wieder zu überwinden sind,

³⁴ Schönhoven, Klaus: Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Historische Aspekte einer schwierigen Partnerschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/2004, S. 321–327, hier S. 321.

³⁵ Zitiert nach Handelsblatt vom 24. August 2005.

³⁶ Vgl. Handelsblatt vom 24. August 2005.

³⁷ Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit? S. 64.

³⁸ Klecha, Stephan: Wenn sie nicht mehr schreiten Seit an Seit. Die Einheit von SPD und Gewerkschaften zerfällt, doch sind sie strategisch aufeinander angewiesen, in: vorgänge 4/2007, S. 76–85, hier S. 76.

³⁹ Schroeder, Wolfgang: SPD und Gewerkschaften: Vom Wandel einer privilegierten Partnerschaft, in: WSI-Mitteilungen 5/2008, S. 230–237, hier S. 236.

⁴⁰ Ebenda, S. 236.

⁴¹ Ebd., S. 232.

oder ob nicht vielmehr die Regierungszeit Schröders eine grundlegende politisch-inhaltliche Wiederannäherung unmöglich gemacht hat. Zu untersuchen wird dazu sein, ob die Politik der Regierung Schröder, insbesondere seit der Agenda 2010, einen ideologischen Bruch im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD verursacht hat. Weiterhin wird zu prüfen sein, inwieweit sich programmatisch-politische Zwistigkeiten auf tiefer liegende Entfremdungsprozesse – personell und sozialstrukturell – zurückführen lassen, was die These einer zunehmenden Entkoppelung untermauern würde. Aufgezeigt werden soll ferner, welche strategischen Alternativen die Gewerkschaften zu einer Zusammenarbeit mit der SPD genutzt haben und auch für die Zukunft nützen könnten, aber auch welche Möglichkeiten es für ein unter veränderten Bedingungen mögliches erneuertes Bündnis geben könnte.

Vergleich mit der Situation in der Endphase der Regierung Schmidt

Um die These von einer Entkoppelung zu stützen wird im Fazit ein Vergleich zwischen dem Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften in der Endphase der Schmidt und dem in der Regierungszeit Schröders gezogen, da Ähnlichkeiten ins Auge fallen: ein sozialdemokratischer Kanzler, Ende eines korporatistischen Aushandlungsgremiums – 1976 die Konzertierte Aktion, 2003 das „Bündnis für Arbeit“ – zunehmende Verstimmungen zwischen Gewerkschaften und sozialliberaler Bundesregierung über die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ihren Höhepunkt in den Demonstrationen gegen die aus Sicht der Gewerkschaften unsoziale Politik einer SPD-geführten Regierung und das Entstehen einer Alternative links der SPD unter Beteiligung von Gewerkschaftern – 1982 die Demokratischen Sozialisten und 2004 die Wahlalternative „Arbeit und Soziale Gerechtigkeit.“ Ob dem Konflikt unter Schröder eine andere Qualität zukommt als dem unter Schmidt und warum soll beantwortet werden.

Quellen und Literatur

Zur Geschichte des Verhältnisses (Kapitel II) zwischen SPD und Gewerkschaften, vor allem für die Zeit nach 1945, wurde, so Siegfried Heimann 1993, bisher nur in „wenigen Untersuchungen [...] das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften unabhängig vom tagespolitischen Streit über einen längeren Zeitraum analysiert.“⁴² 1994 erschien dann die bisher singulär gebliebene breitere historische Abhandlung von Michael Schneider: „Zur Geschichte eines Bündnisses. Darstellung und Dokumentation“ als erster Band einer zweibändigen Ausgabe von 1994 mit dem Titel „SPD und Gewerkschaften“.⁴³ Weiterhin sind einige Aufsätze und Monographien, meist zu einzelnen Konflikten oder Perioden in der Geschichte des Verhältnisses vorhanden.⁴⁴ Daneben sei

⁴² Heimann, Siegfried: Die Sozialdemokratie. Forschungsstand und offene Fragen, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, 147-186, hier S. 165.

⁴³ Langkau, Jochem/Matthöfer, Hans/Schneider, Michael (Hg.): SPD und Gewerkschaften, 2 Bde., Bonn 1994.

⁴⁴ von Beyme: The Changing Relations; Kastendieck: Struktur- und Organisationsprobleme; Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968) (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 17), Bonn 1986; Hofschien, Heinz-Gerd (Hg.): Lafontaine, SPD und Gewerkschaften. Die Wirtschaftspolitik-Debatte (=

verwiesen auf grundlegende Darstellungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die zwar mehr umfassen als das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften, dieses aber viel Platz einnimmt.⁴⁵ Dies gilt auch, wenn auch nicht immer im gleichen Maße, für Publikationen zur Partei- oder Gewerkschaftsgeschichte.⁴⁶

Zu den Entwicklungen von SPD und Gewerkschaften bis Ende des 20. Jahrhunderts (Kapitel III) sind viele Publikationen und zahlreiche Aufsätze erschienen. Zur SPD ist hinzuweisen auf die Analysen von Thomas Meyer, ein Experte zu Fragen programmatischen Diskussionen in der SPD. Als hilfreich hat sich daher sein 1998 erschienenes Buch „Die Transformation der Sozialdemokratie“ erwiesen, weswegen dessen Titel aufgrund seiner ausgesprochen treffsicheren Beschreibung auch als Überschrift für den zugehörigen Unterpunkt verwendet wurde. Zu den Gewerkschaften ist exemplarisch der 2003 von Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels herausgegebene umfangreiche Sammelband⁴⁷ zu nennen, der Aufsätze zu allen relevanten Handlungsfeldern, Problemen und Herausforderungen der deutschen Gewerkschaften enthält und einen großen Datenanhang bietet.

Zum Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften zur Zeit der Regierung Schröder bzw. zur darauffolgenden Zeit (Kapitel IV und V) gibt es eine Flut publizistischer Veröffentlichungen sowie eine Reihe von wissenschaftlichen Aufsätzen, vor allem in partei- oder gewerkschaftsnahen Zeitschriften⁴⁸. Daneben wird das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften in

Kleine Bibliothek: Politik und Zeitgeschichte, 525), Köln 1989; Schmollinger/Stöss: Arbeitnehmer, Gewerkschaften und SPD; Müller-Jentsch: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland; Silvia: The Forward Retreat.

⁴⁵ Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007. Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, unter Mitarbeit von Barbara Klaus und Karl Theodor Stiller, dritte Auflage, Köln 1983; Ritter, Gerhard A.: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996. Meyer, Thomas/Miller, Susanne/Rohlfes, Joachim (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung. Darstellung, Chroniken, Dokumente, 3 Bde., Bonn 1984. Für weitere Darstellungen und Analysen zur Arbeiterbewegung sei verwiesen auf: Bibliothek des Archivs der Sozialen Demokratie (Hg.): Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bad Godesberg 1976 ff.

⁴⁶ Die folgenden Darstellungen zur Parteigeschichte wurden vornehmlich verwendet: Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD. 1848-2002, 8. Aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn 2002; Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002. Zum Forschungsstand der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik bis 1993 siehe Heimann: Die Sozialdemokratie. Forschungsstand und offene Fragen.

Die folgenden Darstellungen zur Gewerkschaftsgeschichte wurden vornehmlich verwendet: Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000; Armingeon: Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften. Einen Überblick über grundlegende und weiterführende Literatur zur Gewerkschaftsgeschichte bietet: Schönhoven, Klaus: Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme, in: Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003, S. 40-64, hier S. 62-64.

⁴⁷ Schroeder/Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft.

⁴⁸ U.a. Zeuner, Bodo: Gewerkschaften 2000 - politisch auf sich gestellt? Sechs Beziehungsmuster zur SPD, in: : Gewerkschaftliche Monatshefte 1/2000, S. 40-46; Soell/Kempter: Die Arbeiterbewegung in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsmacht; Meyer: Die Zukunft einer ehrwürdigen Beziehung; Schönhoven: Sozialdemokratie und Gewerkschaften; Arlt, Hans-Jürgen: Dissens als Desaster. Zur Kommunikation zwischen SPD und Gewerkschaften, in: Berliner Debatte Initial 5/2005, S. 22-29; Klecha: Wenn sie nicht mehr schreiten Seit an Seit; Schroeder: SPD und Gewerkschaften.

Veröffentlichungen zur Politik der rot-grünen Regierung⁴⁹ und zur Programmdiskussion in der SPD immer wieder erwähnt. Als Quelle für den Konflikt aus Regierungssicht ist Gerhard Schröders Autobiographie⁵⁰ zu nennen. Vorteil der Autobiographie als Quelle ist die Offenlegung von Wertideen und Handlungsmotivationen des Autors sowie die zusammenfassende Darstellung der Ereignisse.⁵¹ Der große Nachteil besteht darin, dass es sich bei der Autobiographie um eine „soziale Konstruktion der Wirklichkeit“⁵² handelt. Daher müssen die Aussagen Schröders kritisch hinterfragt und als subjektive Äußerungen kenntlich gemacht werden. Zum „Bündnis für Arbeit“ sind eine Reihe von Aufsätzen und auch Monographien veröffentlicht worden.⁵³ Eine ausführliche Darstellung des Verlaufs der Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften 1998 bis 2005 und eine darauf beruhende Analyse gibt es bisher nicht.

Aufgrund der Aktualität des Themas kann noch nicht auf den zentralen Aktenbestand der SPD-Partei- bzw. Fraktionsführung, noch der Regierung Schröder zurückgegriffen werden; gleiches gilt für die Akten der Gewerkschaftsführungen. Systematisch durchsucht wurde daher das interne Pressearchiv des politischen Archivs der SPD, so dass sich der Verlauf der Beziehungen nahezu durchgängig auf Artikel aus der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Frankfurter Rundschau, des Spiegels und des Handelsblatts stützen kann. Daneben wurden Info-Dienste der SPD (SPD-Intern) sowie des DGB (DGB-Einblick) heran gezogen, ebenso wie Pressemitteilungen der Gewerkschaften und der SPD⁵⁴. Ausgewertet wurden ebenfalls einige Parteitagprotokolle, Protokolle von Gewerkschaftstagen, insbesondere Reden, sowie Wahl- und Grundsatzprogramme. Zwei Dokumente sind zur Überprüfbarkeit im Anhang aufgeführt: ein internes Strategiepapier des DGB, das unvollständig ist, und ein Positionspapier von SPD-Linken und Gewerkschaftern, die beide im Rahmen der Recherche im SPD-Parteiarchiv gefunden wurden.

Aufbau der Arbeit

Den Hauptteil dieser Arbeit bildet die Darstellung des Verhältnisses (Kapitel IV) in der Regierungszeit der rot-grünen Koalition. Anhand der Reaktionen und Aktionen des DGB, der großen Gewerkschaften IG Metall und Ver.di (ab 2001), sowie der IG BCE als zeitweiligem

⁴⁹ Eine grundlegende Darstellung aller relevanten Politikfelder und Protagonisten der rot-grünen Regierungsperiode bieten diese beiden Sammelbände: Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden 2003. Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Ende des rot-grünen Projekts. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007.

⁵⁰ Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Berlin 2007.

⁵¹ Siehe Depkat, Volker: Autobiographie und die soziale Konstruktion von Wirklichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 29 2003, S. 441-476, hier S. 448-449.

⁵² Ebenda.

⁵³ Sieh u.a.: Fickinger, Nico: Der verschenkte Konsens. Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit 1998-2002, Wiesbaden 2005.; Jochem., Sven/Siegel, Nico A. (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich, Opladen 2003; Arlt, Hans-Jürgen/Nehls, Sabine (Hg.): Bündnis für Arbeit. Konstruktion. Kritik. Karriere. Eine Publikation der Hans-Böckler-Stiftung, Opladen/Wiesbaden 1999.

⁵⁴ Pressemitteilungen der SPD und anderer Parteien sowie der Gewerkschaften sind online abrufbar über die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung unter <http://library.fes.de>.

„Gegenspieler“ der letztgenannten, auf die politischen Entscheidungen, Prozesse und Diskussionen in den Kernbereichen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und SPD, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sollen die entscheidenden Themen und Streitpunkte, aber auch die Form der Kommunikation zwischen (Regierungs-)SPD und Gewerkschaften herausgearbeitet werden. Kurzanalysen der SPD-Wahlergebnisse von 1998, 2002 und 2005 ergänzen die Darstellung. Der grüne Koalitionspartner der SPD-geführten Regierung kann vernachlässigt werden, da sich die SPD die Kompetenz in ihren Kernthemen nicht hat nehmen lassen.⁵⁵ Der Verlauf der Beziehung ist unterteilt in die Anfangszeit der ersten rot-grünen Koalition bis März 1999 (IV.1.), in der SPD und Gewerkschaften gemeinsam für einen Politikwechsel standen, in eine Mittelphase bis März 2003 (IV.2.), in der die Stimmungen zwischen ihnen wechselten, und in die Schlussphase des Verhältnisses bzw. der Regierungszeit Gerhard Schröders bis September 2005 (IV.3), in der die Unstimmigkeiten in einen tiefgreifenden Konflikt mündeten. Letztere Phase ist wiederum aufgeteilt in eine Bilanz des „Bündnis für Arbeit“ (3.a.), das „Ende der Gesprächszeit“ nach der Verkündung der Agenda 2010 (3.b) und die Proteste gegen Hartz-IV und die Entstehung einer Alternative links der SPD (3.c.). In einem letzten Punkt (IV.4) wird eine Zwischenbewertung zu „SPD und Gewerkschaften nach der Agenda 2010“ vorgenommen.

Vorangestellt werden in Kapitel III die „Transformation der Sozialdemokratie“ (III.1.) sowie die neuen Herausforderungen der Gewerkschaften (III.2.) bis zum Übergang ins 21. Jahrhundert. Die Zustandsbeschreibung⁵⁶ von SPD und Gewerkschaften am Ende des 20. Jahrhunderts konzentriert sich auf die wichtigsten Prozessen, Entwicklungen und Strukturen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik bzw. innerhalb der beiden Organisationen. Hier wird zu zeigen sein, dass Gewerkschaften und SPD in unterschiedlichem Maße und zum Teil disparater Richtung Wandlungen vollzogen haben.

Im auf die Einleitung folgenden Kapitel II wird der geschichtliche Überblick über das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften gegeben, angefangen mit Beginn der deutschen Arbeiterbewegung ab 1848⁵⁷ und unterteilt in die Entwicklung vor 1945 (II.1.) und nach 1945 (II.2.). Der Fokus im geschichtlichen Überblick über das Verhältnis liegt dabei auf der

⁵⁵ Siehe Egle, Christoph: Deutschland, in: Merkel, Wolfgang/Egle, Christoph/Henkes, Christian u.a. (Hg.): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden 2006, S. 154-196, hier S. 157. Das galt auch für die Gesundheitspolitik unter Andrea Fischer (Bündnis 90/Die Grünen): „Die Grünen verfügten kaum über eigene Konzepte und Erfahrungen in der Gesundheitspolitik, so dass der SPD-Gesundheitsexperte Rudolf Dreßler seinen Kompetenz- und Erfahrungsvorsprung nutzen konnte.“ Ebenda, S. 188.

⁵⁶ Eine tiefgehende, systematische Analyse des Wandels von SPD und Gewerkschaften durch interne und externe Ursachen ist angesichts des Umfangs der Arbeit nicht zu leisten. Für einen Überblick über theoretische Grundlagen des Parteienwandel sei exemplarisch verwiesen auf Jun, Uwe: Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt am Main 2004., S. 83-112.

⁵⁷ Zwischen 1848 und 1850 entstanden Arbeitervereine in allen Staaten des Deutschen Bundes, deren Vorläuferorganisationen sich bis in die 1830er Jahre zurückverfolgen lassen; die Zäsur 1848 besteht aber darin, dass ein Übergang von einer illegalen in eine legale und über vereinzelte Ansätze hinaus gehende Organisierung stattfindet. Siehe Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 15. Ebenso Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 17: „Die ersten Ansätze einer Arbeiterbewegung, also einer selbstbewußten, öffentlich auftretenden und über kleine sozialistische Geheimbünde hinausreichende Organisierung von Arbeitern, finden wir in der Geschichte Deutschlands im Zusammenhang mit der Revolution 1848/49 [...]“

Darstellung von Konflikten, nicht auf den zahlreichen gemeinsamen Strategien, Initiativen und Positionen. Vollständig ausgeblendet wird die Entwicklung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der DDR, da dieser nach seiner Gründung 1946 schnell unter den Einfluss der SED geriet und zu einer „Staatsgewerkschaft“⁵⁸ wurde, eine „von der SED instrumentalisierte und entmündigte Massenorganisation“⁵⁹; ähnlich begründet sich die Auslassung der Entwicklung der SPD in der DDR, da diese nach der Vereinigung mit der KPD zur SED aufgehört hatte „als eigenständige Kraft zu bestehen“⁶⁰. Kapitel V schließt diese Arbeit mit einem Fazit und Ausblick ab.

II. Geschichtlicher Überblick über das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften von 1848 bis zu den 1990er Jahren

1. Die Entwicklung bis 1945

Von der Dominanz der Partei bis zur Anerkennung der Gleichberechtigung im Mannheimer Abkommen 1906

Eine Beschreibung des Verhältnisses zwischen (sozialdemokratischen Richtungs-) Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem Beginn der Arbeiterbewegung in Deutschland 1848/49 anzusetzen, rechtfertigt sich aus ihrem gemeinsamen Ursprung aus der Arbeiterbewegung.⁶¹ Zudem hat es in der Diskussion um das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei in Deutschland eine Rolle gespielt, ob „die Gewerkschaften, im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, Organisationen waren, die vom politischen Arm der Arbeiterbewegung, ins Leben gerufen, geformt, mit Auftrag versehen“⁶² worden sind, wie es Thomas Meyer noch im Jahr 2000 formuliert, oder ob sie auch ein unabhängiges Gründungsmoment aufweisen. In der Forschung zur Historiographie der Arbeiterbewegung besteht in der Tat die einhellige Meinung, dass die Gewerkschaften „lange Zeit [von der Partei] dominiert wurden“.⁶³ Doch haben nach Gerhard A. Ritter "[n]euere detaillierte Forschungen [...] gezeigt, daß die frühere Annahme, die deutschen Gewerkschaften seien am

⁵⁸ Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 200.

⁵⁹ Schönhoven: Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme, S. 52.

⁶⁰ Miller, Susanne: Die SPD – die linke Volkspartei. Neubearbeitung Heinrich Potthoff, in: Potthoff/Miller: Kleine Geschichte der SPD, S. 175-284, hier S. 181.

⁶¹ Die Arbeiterbewegung formierte sich angesichts des Durchbruchs der kapitalistischen Produktionsweise und der Lohnarbeit infolge der Industrialisierung zunächst als Protestbewegung gegen die Auflösung traditionell-ständischer Strukturen und den sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung („Soziale Frage“). Aus den gemeinsam erlebten sozio-ökonomischen Bedingungen (Proletarisierung) und durch das Teilen bestimmter sozialer und politischer Werte (vor allem marxistisch inspiriertes, sozialistisch-demokratisches Denken) wurde die Arbeiterbewegung „zu einer modernen sozialen Emanzipationsbewegung.“ Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 9-10; S. 16. Dies beschreibt grob verkürzt und vereinfacht die Entstehungsbedingungen und -entwicklungen der Arbeiterbewegung. Für eine ausführliche Darstellung sei verwiesen auf die oben genannten Werke zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

⁶² Meyer, Thomas: Die Zukunft einer ehrwürdigen Beziehung, S. 12.

⁶³ Ebenda. Vgl. exemplarisch Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 13: „Unterordnung“ der Gewerkschaften. Siehe auch Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 30: „Primat“ der Partei.

Ende der 1860er Jahre primär als Schöpfung politischer Parteien entstanden, nicht mehr aufrechterhalten werden kann.“⁶⁴

Erste gewerkschaftliche Organisationen gründeten sich schon 1848/49, so schlossen sich zum Beispiel die Buchdrucker und die Tabakarbeiter in Arbeitervereinen zusammen.⁶⁵ Nach dem Scheitern der Revolution und der darauf folgenden Repressionszeit in den 1850er Jahren konnten die neuen Organisationsbemühungen der Gewerkschaftsbewegung in den sechziger Jahren zum Teil an ihre Vorläufer aus der Revolutionszeit anknüpfen und entstanden durchaus selbständig.⁶⁶ Fast parallel dazu vollzog sich auch die Organisierung des politischen Arms der Arbeiterbewegung.⁶⁷ Die Herausbildung der Gewerkschaften als dauerhafte Organisationen war in erster Linie der Aufhebung des Koalitionsverbotes geschuldet. Trotzdem gilt es die Rolle der politischen Vereinigungen der Arbeiterschaft, insbesondere des 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) unter Ferdinand Lasalle und der 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die sich 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigten, als „Geburtshelfer ihrer gewerkschaftlichen Bewegung“⁶⁸ nicht zu verkennen. Beide betrieben die Gründung von Gewerkschaften, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven.⁶⁹ Sie reagierten mit diesem Schritt aber nur, so Klaus Schönhoven, „auf die autonome gewerkschaftliche Organisationsbewegung, die ohne parteipolitische Protektion in Gang gekommen war.“⁷⁰ Trotz der Unterstützung beider politischer Richtungen der Sozialdemokratie ist nach Gerhard A. Ritter fraglich,

„ob diese Hilfestellung nicht eher eine Bürde für die Ausbreitung der jungen Organisationen bedeutet hat, indem mit ihrer Zuordnung zum lassalleanischen bzw. marxistischen Flügel der politischen Arbeiterschaft deren ideologische Auseinandersetzung recht eigentlich in die von solidarischem Vorgehen stark abhängige Gewerkschaftsbewegung hineingetragen worden ist.“⁷¹

Zudem habe, so Michael Schneider, die „deutliche Anbindung der Gewerkschaften an die sozialdemokratische Bewegung den hochwillkommen Anlass für die Gründung zunächst der

⁶⁴ Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen, S. 184.

⁶⁵ Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 19. Über den Charakter als Gewerkschaften lässt sich allerdings nach Michael Schneider streiten, da auch Arbeitgeber (Prinzipale) aufgenommen wurden. Vgl. Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 13.

⁶⁶ Vgl. Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen, S. 184.

⁶⁷ Siehe Beier, Gerhard: Partei und Gewerkschaften, in: Meyer/Miller/Rohlfes (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung, Band 3, S. 177–202, hier S. 183. Ebenso Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 13.

⁶⁸ Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen, S. 134.

⁶⁹ Die gewerkschaftliche Arbeit wurde vor allem vom orthodoxen Lassalleanismus gering geschätzt, da dessen „ehernes“ Lohngesetz, nach dem die Lohnhöhe immer wieder auf das Existenzminimum beschränkt bleibt, die Ausrichtung des gewerkschaftlichen Kampfs auf Lohnsteigerungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen sinnlos erscheinen ließ. Nach dem Tod von Lassalle und angesichts des starken Zulaufs der Gewerkschaften erkannte der ADAV die Gewerkschaften zwar an und trieb ihre Gründung voran, aber zeichnete sich immer noch durch eine „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ aus. Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen, S. 184. Vgl. Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 14.

Die SDAP hingegen unterstützte die Organisierung der Gewerkschaften und begriff diese, Marx folgend, als „Schulen des Sozialismus“, in denen sich aus den alltäglichen gemeinsamen Erfahrungen im Kampf mit dem Kapital sozialistisches Bewusstsein ausbilden sollte. Damit waren die Gewerkschaften der politischen Vereinigung zwar nicht direkt unter- sondern vorgeordnet - den entscheidenden, politischen Kampf hatte aber die Partei zu führen. Siehe Beier: Partei und Gewerkschaften, S. 178; 193. Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 49.

⁷⁰ Schönhoven, Klaus: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1988, S. 31.

⁷¹ Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen, S. 134.

liberal orientierten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, später dann auch der Christlichen Gewerkschaften⁷² geboten. Nach der Vereinigung der beiden politischen Parteien in Gotha 1875 war zumindest der Weg frei für den Zusammenschluss der lassalleanischen und der an der SDAP orientierten Gewerkschaften am 28. und 29. Mai 1875, ebenfalls in Gotha.

Im letzten Viertel des 19. Jahrhundert begann sich ein „Organisationsdualismus“⁷³ im Verhältnis zwischen sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften und sozialdemokratischer Partei abzuzeichnen, d.h. die Idee der Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften (ökonomischer Kampf) und Partei (politischer Kampf). „Verknüpft damit war die Vorstellung, daß der ökonomische Kampf sich einer politischen Strategie unterzuordnen habe und die politische Partei als die höhere Organisationsform anzusehen sei.“⁷⁴ Die Partei konnte ihren Primat gegenüber den Gewerkschaften zunächst einfach durchsetzen, da in der Zeit des Sozialistengesetzes⁷⁵ (1878-1890) die Sozialdemokratie nur relativ illegalisiert wurde (sie durfte weiterhin bei Wahlen antreten und im Parlament arbeiten)⁷⁶, die Gewerkschaftsbewegung hingegen fast vollständig den Verfolgungsmaßnahmen zum Opfer fiel und erste Ansätze einer wirkungsvollen wirtschaftlichen Interessendurchsetzung zerstört wurden.⁷⁷ Nach dem Ende des Sozialistengesetzes und dem Durchbruch der Gewerkschaften zu Massenorganisationen⁷⁸ sowie Erfolgen im wirtschaftlichen Kampf um Lohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, begann sich die Beziehung zu verändern – nicht in Hinblick auf die erfolgversprechende Arbeitsteilung, sondern auf die Dominanz der Partei, die sich 1891 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands umbenannte.

Das neue Selbstbewusstsein der Freien Gewerkschaften, die sich 1891 in einem Dachverband, der Generalkommission unter Carl Legien⁷⁹, zusammen schlossen, zeigte sich bereits in Ansätzen in offenen Konfrontationen im Vorfeld und auf dem Kölner Parteitag 1893: „Noch behielt die SPD die Oberhand; noch begnügten sich die Gewerkschaften mit der Rolle des Bittstellers. Doch der Kölner Parteitag zeigt [...] bereits die ‚Wende‘.“⁸⁰ Die Anerkennung der

⁷² Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 50.

⁷³ Müller-Jentsch: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, S. 103. Nach Horst Schmitthenner hat sich diese Arbeitsteilung aber in der Praxis nie vollkommen durchsetzen können und verlor eine ihrer Grundlagen, die Einheit der Arbeiterbewegung, schon im Ersten Weltkrieg durch die Spaltung der SPD. Vgl. Schmitthenner, Horst: Das Ende einer „klassischen Arbeitsteilung“. Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften, in: Klönne, Arno/Spoo, Eckart/Butenschön, Rainer (Hg.): Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, S. 187-192, hier S. 187-188.

⁷⁴ Müller-Jentsch, Walther: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, S. 103.

⁷⁵ Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, eingebracht von Reichskanzler Bismarck, wurde am 19.10.1878 mit 221 gegen 149 Stimmen im Reichstag angenommen. Vgl. Potthoff/Miller: Kleine Geschichte der SPD, S. 418.

⁷⁶ Siehe Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 30.

⁷⁷ Vgl. Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen, S. 136-137.

⁷⁸ Bis 1913 wurden 28 % aller Beschäftigten zwischen 16 und 60 Jahren gewerkschaftlich organisiert; für 36,4 % der Mitglieder der Freien Gewerkschaften gab es bereits Tarifverträge. Vgl. Grebing: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, S. 48-49.

⁷⁹ Carl Legien (1861-1920), 1913 Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, 1919 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB).

⁸⁰ Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 23.

Gewerkschaften als „gleichberechtigter Träger der sozialistischen Idee“⁸¹ erfolgte schließlich mit dem Mannheimer Abkommen von 1906:

„Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig geworden für die Hebung der Klassenlage [...]. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück [...]. [...]

Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen. Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.“⁸²

Das Mannheimer Abkommen legte einen Streit zwischen SPD und Gewerkschaften zur Frage des Einsatzes des Massenstreiks als politisches Mittel bei. Lehnte eine Mehrheit in den Gewerkschaften dieses Mittel als eine Verschärfung des Klassenkampfes auf ihre Kosten ab und befürworteten langsame sozialpolitische Verbesserungen⁸³, so sprach sich die Mehrheit der Sozialdemokraten dafür aus. Die Befürwortung einer reformistischen Ausrichtung der Arbeiterbewegung durch die Gewerkschaften war bereits mehrmals, unter anderem im sogenannten „Revisionismusstreit“⁸⁴ in der Sozialdemokratie, sichtbar geworden.⁸⁵ Ab der formalen Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaften durch das Mannheimer Abkommen waren es sogar zum Teil „die Gewerkschaften, die politische Entscheidungen der Sozialdemokratie präjudizierten“⁸⁶, zum Beispiel in der „Burgfriedenspolitik“⁸⁷ im Ersten Weltkrieg, und die sich „als eine Art verdeckte Ersatzpartei für den integrationswilligen Teil der Arbeiterbewegung ins Spiel“⁸⁸ brachten. Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender bis 1982, resümierte zum 75. Jahrestag des Mannheimer Abkommens:

⁸¹ Vgl. Müller-Jentsch: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, S. 105.

⁸² Resolution des SPD-Parteitag 1906 in Mannheim („Mannheimer Abkommen“). Abgedruckt in Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dokument 8 c, S. 507.

⁸³ Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 109.

⁸⁴ Das 1891 verabschiedete Erfurter Programm schrieb in seinem theoretischen Teil marxistische Deutungsmuster fest, während es im praktischen Teil eine Reformpolitik in Richtung Demokratisierung befürwortete. Der Revisionismusstreit wurde von einer Reihe von Artikeln von Eduard Bernstein ausgelöst, in denen dieser die Richtigkeit der marxistischen Lehre vom sich verschärfenden Klassenkampf und vom naturnotwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus in Zweifel zog. Die Partei müsse, so die Forderung Bernsteins, ihre revolutionären Dogmen revidieren und sich auch theoretisch dazu bekennen, dass sie eine demokratisch-sozialistische Reformpartei ist. Siehe Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, in: Potthoff/Müller: Kleine Geschichte der SPD, S. 15-172, hier S. 54-55; S. 67-68.

Zwischen den Revisionisten unter Bernstein und den Reformern unter Georg von Vollmar auf der (eher) rechten Seite und der radikal-revolutionären Strömung um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf der linken Seite standen August Bebel und Karl Kautsky mit der Mehrheit der Partei, die die marxistische Theorie verteidigten, aber gleichzeitig auch auf Demokratisierung und Reformarbeit setzten. Siehe Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 38-39; Vgl. Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen, S. 190.

⁸⁵ Siehe Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen, S. 197.

⁸⁶ Müller-Jentsch: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, S. 105. Siehe auch Beier: „Faktisch begannen die quantitativ überlegenen Gewerkschaften die Sozialdemokratie zu dominieren [...]“. Beier: Partei und Gewerkschaften, S. 185.

⁸⁷ Die „Burgfriedenspolitik“ bezeichnet die Einhaltung eines innenpolitischen „Waffenstillstandes“ in Zeiten des Ersten Weltkrieges. Vgl. Potthoff: Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 77. Nachdem die Gewerkschaften am 2. August 1914 ihren Verzicht auf Streik erklärten, bewilligte die SPD am 4. August die Kriegskredite. Diese Entscheidung wäre nach Michael Schneider aber auch ohne den Beschluss der Gewerkschaften gefallen. Vgl. Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 34.

⁸⁸ Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 50

„Beide Organisationen konnten auf dieser Grundlage in wechselseitig respektierter Unabhängigkeit ihren spezifischen Aufgaben nachgehen. Sie konnten ihre gegenseitig anerkannten Funktionen im politischen und ökonomischen Kampf der Arbeiterbewegung ausfüllen [...]. Und sie konnten die sich stark überschneidenden, aber sich auch unterscheidenden Gruppen ihrer jeweiligen Anhängerschaft an sich binden.“⁸⁹

*SPD und Gewerkschaften in Weltkrieg, Revolution und Weimarer Republik: „Partnerschaft auf dem Prüfstand“*⁹⁰

Gemeinsam standen die Freien Gewerkschaften und die SPD (zumindest die Parteimehrheit) zu ihrer Entscheidung, den Ersten Weltkrieg zu unterstützen und „staatspolitische Mitverantwortung“⁹¹ zu zeigen. Doch trotz arbeits- und sozialpolitischer Verbesserungen, wie durch das Hilfsdienstgesetz von 1916, die die Gewerkschaften erreichen konnten⁹², gerieten sie im Verlauf des Krieges in Konflikt mit großen Teilen der Arbeiterschaft, da die Anerkennung der Gewerkschaften „nur um den Preis ihrer fortschreitenden Einbindung in das Herrschaftssystem des Wilhelminischen Reiches zu erreichen [war], für dessen Politik sie Mitverantwortung und [...] auch Mithaftung übernahmen.“⁹³

Auch die Sozialdemokratie ging mit ihrer Politik nicht unbeschadet aus dem Ersten Weltkrieg hinaus: während die Mehrheit der Partei weiterhin die Kriegskredite bewilligte, formierte sich zwischen 1914 und 1916 zunehmender Widerstand, der im März 1916 zunächst in der Spaltung der Fraktion und schließlich 1917 in der Spaltung der Partei zu tragen kam: den „Mehrheitssozialdemokraten“ (MSPD) stand nun die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD) gegenüber.⁹⁴ An dieser Entwicklung waren auch die Freien Gewerkschaften nicht ganz unschuldig, hatten sie doch mit der Drohung, eine eigene Gewerkschaftspartei zu gründen, falls die SPD die Kredite nicht länger bewilligt, einen konsequenten Ausschluss der Kriegskreditgegner befördert.⁹⁵ Mit Rücksicht auf eine starke Minderheit, die zur USPD hielt, erklärten sich die Freien Gewerkschaften jedoch 1919, auf dem

⁸⁹ Vetter, Heinz Oskar: Einheitsgewerkschaft und Parteipolitik, in: Matthias, Erich (Hg.): Einheitsgewerkschaft und Parteipolitik. Zum 75. Jahrestag des Mannheimer Abkommens zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Freien Gewerkschaften von 1906. Protokoll einer Diskussionsveranstaltung des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim und der Lorenz-von-Stein-Gesellschaft mit Willy Brandt und Heinz Oskar Vetter (= Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 6), Düsseldorf 1982, S. 19-27, hier S. 19.

⁹⁰ Siehe Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 32.

⁹¹ Ebenda, S. 36.

⁹² Siehe Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 59.

⁹³ Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 132. Auch Klaus Schönhoven sieht durch die Politik der Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg ihren Charakter als unabhängige Interessenorganisationen der Arbeitnehmer verloren gegangen: „Als Ergebnis der engen Zusammenarbeit zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften entstand während der Kriegsjahre ein korporatistisches System der zentralistischen Planung von Produktion und Arbeitsmarkt [...]“. Schönhoven, Klaus: Gewerkschaften und Soziale Demokratie im 20. Jahrhundert. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. Dezember 1995 (= Friedrich-Ebert-Stiftung: Gesprächskreis Geschichte, 12), Bonn 1995, S. 47.

⁹⁴ Vgl. Potthoff: Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 78-79. Die Konfliktlinien verliefen bei der Spaltung nicht zwischen Reformisten und Revisionisten auf der einen und revolutionären Marxisten auf der anderen Seite, sondern anhand der Konflikte Kriegskredite, Burgfrieden und Stellung der SPD zur Regierung und den bürgerlichen Parteien. Statt auf Kooperation setzte die USPD auf rigorose Opposition. Ebenda.

⁹⁵ Siehe Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 34.

Gründungskongress ihres neuen Dachverbandes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), für parteipolitisch neutral.⁹⁶

Weitgehend abseits von MSPD und Gewerkschaften begann sich ab 1916 eine Protestbewegung, getragen von Arbeitern, gegen die Fortsetzung des Krieges zu formieren. Massenstreiks, die Bildung von Arbeiterräten und der Aufstand der Kieler Matrosen Ende Oktober 1918 führte die Bewegung schließlich in die Revolution von 1918/19, in der der MSPD „mit der Abdankung der Monarchie am 10. November 1918 die Macht in den Schoß“⁹⁷ fiel, obwohl weder sie noch die Freien Gewerkschaften „die Revolution geplant noch betrieben“⁹⁸ hatten. Friedrich Ebert, der 1918 zum Reichskanzler ernannt wurde und zusammen mit zwei weiteren Vertretern der MSPD und drei Vertretern der USPD die Revolutionsregierung, den „Rat der Volksbeauftragten“ bildete, suchte die Revolution schnell in legale Bahnen zu lenken.⁹⁹ Trotz Verheißung des Sozialismus hielten sich die Beschlüsse der Revolutionsregierung wie auch die 1919 begründete Weimarer Verfassung „im Rahmen einer sozialpolitisch aufgeschlossenen bürgerlichen Demokratie“¹⁰⁰.

Die Gewerkschaften entschieden sich in der Frage nach Räterepublik und Sozialisierung auf der einen Seite oder weiterer Zusammenarbeit mit dem Kapital auf der anderen Seite ohne großes Zögern für die weitere Absicherung der im Krieg bereits erreichten Anerkennung¹⁰¹. Mit dem sogenannten „Stinnes-Legien-Abkommen“¹⁰² (auch: „November-Abkommen“) vom November 1918 schlossen die Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden einen „antirevolutionär sich auswirkenden Kooperationsvertrag“¹⁰³, der Grundforderungen der Gewerkschaften (u.a. die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter, die Akzeptanz des Tarifvertrages und des 8-Stunden-Tags) um den Preis der faktischen Garantie des kapitalistischen Systems erfüllte¹⁰⁴.

Einig waren sich Gewerkschaften und MSPD darin, dass ohne die alten Strukturen aus dem Kaiserreich keine Stabilität zu erreichen war.¹⁰⁵ So blieb in Militär, Bürokratie und Justiz „alles bei dem Alten“¹⁰⁶. Im Januar 1919 schlug die Revolutionsregierung mit Hilfe von Militär und Freikorpsoldaten unter Leitung Gustav Noskes (MSPD) den sogenannten Spartakusaufstand

⁹⁶ Siehe Beier: Partei und Gewerkschaften, S. 186. Diese Neutralitätserklärung war keine allgemeine, d.h. auf alle Parteien, sondern nur eine auf USPD und MSPD bezogene. Sie wurde allerdings auch nach Aufhebung der Spaltung nicht offiziell zurück genommen. Ebenda, S. 187.

⁹⁷ Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 143.

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Siehe Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 68.

¹⁰⁰ Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 167.

¹⁰¹ Schönhoven: Gewerkschaften und Soziale Demokratie, S. 48.

¹⁰² Hugo Stinnes (1870-1924), deutscher Industrieller, maßgeblich von Arbeitgeberseite an den Verhandlungen zum Abkommen beteiligt. Zu Carl Legien s.o.

¹⁰³ Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 71.

¹⁰⁴ Ebenda. Die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung indizierte nach Arno Klönne zumindest indirekt den Verzicht auf Sozialisierungsvorstellungen. Vgl. Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 193.

¹⁰⁵ Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 38.

¹⁰⁶ Potthoff: Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 87.

von revolutionären Arbeitern und Soldaten nieder.¹⁰⁷ Damit war die Spaltung der Arbeiterbewegung besiegelt. Diese schlug sich nicht nur in der Spaltung SPD-KPD (die linke Mehrheit der USPD ging im November 1920 in die KPD, die Rest-USPD schloss sich im September 1922 wieder der MSPD an) nieder, sondern spiegelte sich auch in den Flügelbildungen der Freien Gewerkschaften.¹⁰⁸

Die Sozialdemokraten hatten die „durch die alten Klassenkampf- und Sozialisierungsparolen genährten Erwartungen ihrer sozialen Trägerschichten“¹⁰⁹ nicht erfüllen können. Die Enttäuschung entlud sich immer wieder in Aufständen und Versuchen, in einigen Städten eine Räterepublik einzurichten, nieder. Einigkeit demonstrierten die Gewerkschaften und große Teile der Arbeiter- wie auch der Beamenschaft jedoch wieder beim gemeinsamen Vorgehen gegen den „Kapp-Putsch“ der reaktionären Rechten.¹¹⁰ Der daraufhin ausgerufenen Generalstreik beendete den Putsch nach fünf Tagen. Die Aufstände der nach Beendigung des Generalstreiks noch weiterkämpfenden Arbeiter wurden von Reichswehr und Freikorps – trotz deren Beteiligung bzw. passiver Unterstützung des Putsches – auf Anordnung der sozialdemokratisch geführten Regierung niedergeschlagen.¹¹¹ In der Wahl vom Juni 1920 verloren die Mehrheitssozialdemokraten massiv an Stimmen, die USPD stand mit ihrem Wahlergebnis fast gleichauf. Das bürgerliche Lager konnte unter Führung der Zentrumspartei die Regierung bilden. Erst 1928 wurde die SPD wieder die führende Regierungspartei.

In den Mitteljahren der Weimarer Republik 1924 bis 1928, nach Beendigung der Inflation, stabilisierten sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse (relativ), wovon die Arbeiterschaft teilweise profitieren konnte.¹¹² Unter den bürgerlichen Regierungen dieser Jahre wurden auch Forderungen nach Ausbau des Sozialstaats erfüllt; den Höhepunkt bildete das Gesetz zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927, dessen Ursprung auf einen gemeinsamen Entwurf des ADGB und der Christlichen Gewerkschaften zurück ging.¹¹³ Der Ruhreisenstreit von 1928, die beginnende wirtschaftliche Rezession und schließlich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sowie die Formierung einer Einheitsfront des nationalen

¹⁰⁷ Die links-radikale „Spartakus“-Gruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatte sich zunächst der USPD angeschlossen. Ende 1918 spaltete sich dann die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) von der USPD ab. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 von Freikorpsoldaten ermordet. Über die brutale Niederschlagung des Aufstandes durch die MSPD-Regierung (die USPD-Vertreter waren im Dezember 1918 aus der Regierung ausgetreten) ist kontrovers diskutiert worden – dies reicht vom Vorwurf des „Verrats an der Revolution“ bis hin zur These, es wäre die einzige Möglichkeit gewesen, die Räterediktatur und den Bolschewismus in Deutschland zu verhindern. Für einen kurzen Überblick über die Diskussion siehe Potthoff: Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 88-89 und Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 168-170.

¹⁰⁸ Vgl. Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 38. Diese Spaltung bedeutete eine schwere Hypothek für die Sozialdemokratie und die Weimarer Republik, die sich nicht nur der Angriffe von rechts sondern auch von links erwehren mussten. Für die KPD blieb zudem auch in der Endphase der Weimarer Republik die Sozialdemokratie, nicht die Nationalsozialisten, der Hauptfeind. Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 103.

¹⁰⁹ Potthoff: Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 97.

¹¹⁰ Siehe Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 40.

¹¹¹ Siehe Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 204.

¹¹² Ebenda, S. 223. Das Lohnniveau und der Lebensstandard der Arbeitnehmer konnte zumindest wieder an den Vorkriegsstandard heran gebracht werden. Allerdings weichte ein Gesetz von 1924 die Festschreibung des Acht-Stunden-Tages, eines der zentralen Errungenschaften der Gewerkschaften, auf. Vgl. Ebenda.

¹¹³ Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 180.

Bürgertums und der Unternehmer zur Revidierung sozialpolitischer Errungenschaften ließen Gewerkschaften und SPD in die Defensive geraten – wie insgesamt das parlamentarische System der Weimarer Republik.¹¹⁴

Für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und SPD bzw. auch deren eigene Entwicklung sind zwei Grundlinien aus der Zeit der Revolution 1918/19 und der Weimarer Republik hervor zu heben: erstens die Tendenzen zur Einigung der Gewerkschaftsbewegung¹¹⁵ und zweitens der beginnende Wandel der SPD in Richtung einer linken Volkspartei durch Übernahme von Regierungsverantwortung und allmähliche Öffnung zu anderen Wählerschichten¹¹⁶. Die Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherung zwischen SPD und Gewerkschaften 1930, die mit dem Rücktritt der SPD-geführten, der letzten parlamentarischen Regierung unter Hermann Müller endeten¹¹⁷, zeigte „erstmalig in aller Deutlichkeit den Konflikt zwischen ‚der‘ SPD als einer koalitions- und kompromißbereiten Volks- und Regierungspartei und ‚den‘ Gewerkschaften als der traditionellen Arbeitnehmerinteressenvertretung [...]“.¹¹⁸

¹¹⁴ Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 83. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 196.

¹¹⁵ Trotz einiger Ansätze und einer zunehmenden Emanzipation der Gewerkschaften von „ihren Parteien“ blieben ideologische Gegensätze zwischen den Richtungsgewerkschaften, vor allem zwischen den Freien und liberalen Gewerkschaften auf der einen und den Christlichen Gewerkschaften auf der anderen Seite, noch so virulent, dass an eine Vereinigung in den zwanziger Jahren oder Anfang der dreißiger Jahre noch nicht zu denken war. 1933 erfolgte dann tatsächlich die Gründung einer Einheitsgewerkschaft aus Gründen der Rettung der Organisation im Nationalsozialismus, und stand mit ihrem Ziel der Förderung des gesunden Staates und des Volkes „quer zur programmatischen Geschichte der großen Arbeitergewerkschaften“. Armingeon: Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 29. Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 192-193. Vgl. Schönhoven: Gewerkschaften und Soziale Demokratie, S. 11.

Die Gründung der Einheitsgewerkschaft nach 1945 stellte also keinen Bruch in der Geschichte der Gewerkschaften dar, sondern war schon in der Entwicklung der Weimarer Zeit angelegt.

¹¹⁶ Die Analyse von Frank Walter und Peter Lösche zur Weimarer SPD kommt zu dem Schluss, dass die SPD „in ihrem verfassungspolitischen Verständnis von Parlament und Parlamentarismus [...] noch wesentlich von den Vorbelastungen des parlamentarischen Konstitutionalismus geprägt [war], in der politischen Praxis hingegen [...] begonnen [hatte], sich auf den Weg zu einer Volkspartei in einem parlamentarischen Regierungssystem zu machen.“ Im politischen Alltagsgeschäft stellte sich die SPD als „die wahre Staatspartei, die parlamentarische Partei par excellence“¹¹⁶ heraus. Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei - Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 3; S. 6. Dagegen steht Horst Möllers Einschätzung der SPD: „[S]ie wurde während der zwanziger Jahre mehr und mehr auch die Partei, die lieber ‚gesinnungssüchtige Opposition‘ betrieb als politische Verantwortung zu übernehmen.“ Möller, Horst: Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie, 7., aktualisierte und erweiterte Neuauflage, München 2004, S. 103.

¹¹⁷ Die Frage, wer Schuld hatte am Zerbrechen der letzten parlamentarischen Koalitionsregierung der Weimarer Republik, ist in der Wissenschaft umstritten. Die einen stellen die Schuld auf Seiten der SPD fest, die die Interessenpolitik vor die Staatspolitik gestellt hätte. Vgl. exemplarisch Leuschen-Seppel, Rosemarie: Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse, Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelfase 1924-1928/29 (= Politik und Gesellschaft, Bd. 9), Bonn 1981, S. 266. Helga Grebing wendet dagegen ein, dass die Deutsche Volkspartei und die hinter ihr stehende deutsche Industrie schon länger eine autoritäre Präsidialkabinettslösung geplant hätten und somit nicht einfach die SPD und die Gewerkschaften für den Bruch verantwortlich gemacht werden könnten. Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 83. Verantwortung für den Bruch auf beiden Seiten konstatiert Karl Dietrich Bracher. Siehe Bracher, Karl-Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, unveränderter Nachdruck der 5. Auflage 1971, Düsseldorf 1978, S. 269 f.

¹¹⁸ Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S.44.

Nach gemeinsamen, aber erfolglosen Bemühungen von Gewerkschaften und SPD zur Abwehr des Nationalsozialismus distanzieren sich die Freien Gewerkschaften ab dem Spätherbst 1932 von der zunehmend isolierten SPD.¹¹⁹ Die Zerschlagung von Partei und Gewerkschaften unter der nationalsozialistischen Herrschaft, die gemeinsam erlittene Verfolgung und das Zusammenwirken im Widerstand sorgten jedoch schnell wieder für eine Annäherung. Endgültig begründet wurde in der Verfolgungszeit auch der „einheitsgewerkschaftliche Konsens“¹²⁰ unter den Richtungsgewerkschaften.

2. Die Entwicklung nach 1945

Neue Konstellation: Die SPD auf dem Weg zur integrativen Volkspartei und die parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft

Mit der Gründung des DGB 1949 als Dachverband von 16 Einzelgewerkschaften wurden das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und das Industrieverbandsprinzip¹²¹ verwirklicht – wenn auch nicht für das gesamte Gewerkschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland, da sich die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) und der Deutsche Beamtenbund (DBB) sowie ab 1955/56 der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) als Konkurrenten zu den DGB-Gewerkschaften gründeten¹²². Trotz aller Ansätze zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft vor 1945 ist die tatsächliche Festschreibung der parteipolitischen und religiösen Unabhängigkeit¹²³ als neue Qualität im Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften zu bewerten, wenn auch „[d]ank der politisch-programmatischen Übereinstimmung [...] und dank des Übergewichtes von sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftern in der Mitgliedschaft, im Funktionärskörper und in den Vorständen [...] sich der Grundsatz der parteipolitischen Unabhängigkeit nicht sogleich in der politischen Praxis durch[setzte].“¹²⁴

Die von Hans Böckler¹²⁵ in den ersten Jahren der neuen Republik initiierte Neutralitätspolitik gegenüber der Adenauer-Regierung, um gewerkschaftliche Forderungen nach

¹¹⁹ Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 100; 105.

¹²⁰ Siehe Schönhoven: Vor einem Jahrhundert-Jubiläum. Die Gewerkschaften und ihre Geschichtsschreibung, in: Brusi, Ilse/Schönhoven, Klaus: Die Gewerkschaften und ihre Geschichtsschreibung (=Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 8), Düsseldorf 1987, S. 33-56, hier S. 37.

¹²¹ Dies gilt auch innerhalb des DGB nicht durchgängig, z.B. im öffentlichen Dienst mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und der Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner (GdEP). Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 266.

¹²² Ebenda.

¹²³ In der Satzung des DGB von 1949 findet sich dieser Grundsatz in § 8 zum Aufbau des Bundes: „Seine Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien ist jederzeit zu wahren.“ Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (beschlossen vom Gründungskongress am 13. Oktober 1949 in München), elektronische Edition, online verfügbar unter <http://library.fes.de/prodok/fa97-00712.pdf>, zuletzt geprüft am 28.10.2008, S. 5-6.

¹²⁴ Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 54.

¹²⁵ Hans Böckler, erster Vorsitzender des DGB, starb 1951.

sozialer und wirtschaftlicher Neuordnung¹²⁶ durchzusetzen, fand mit den mäßigen Erfolgen im Kampf um die Montanmitbestimmung und mit dem Scheitern des Protests gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952 schnell ein Ende.¹²⁷ 1953 warben die Gewerkschaften offen für einen neuen Bundestag und verursachten damit die Abspaltung der Christlichen Gewerkschaften.¹²⁸ Gleichzeitig begannen sie sich von ihren weitergehenden politischen Neuordnungsvorstellungen zu verabschieden und sich auf das Feld der Tarifpolitik zu konzentrieren.¹²⁹

Die SPD hatte sich nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes schnell auf lokaler und regionaler Ebene reorganisiert¹³⁰ und am 9. Mai 1946 wurde Kurt Schumacher auf dem Hannoveraner Parteitag von den Delegierten aus den drei Westzonen zum Vorsitzenden der SPD gewählt.¹³¹ In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) kam es am 21./22. April 1946 zur „Zwangsvereinigung“¹³² der SPD mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Im Westen hingegen erteilte Kurt Schumacher den Kommunisten eine klare Abfuhr, die auch in seiner Haltung zu dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft zum Ausdruck kam:

„[I]ch respektiere den Willen zur parteipolitischen Neutralität. Aber in Wahrheit waren die Gewerkschaften in der Ostzone das Instrument zur Eroberung der Sozialdemokratie durch den Kommunismus.
[...]

¹²⁶ Die programmatischen Vorstellungen der Gewerkschaften lehnten sich eng an das Konzept der Wirtschaftsdemokratie an, dass der ADGB 1928 verabschiedet hatten. Durch gesellschaftliche Kontrolle und Mitbestimmung der Gewerkschaften sollte das privatkapitalistische System in eine wirtschaftsdemokratische Ordnung überführt werden. Damit verbunden waren sozialistische Zielvorstellungen, die sich aber schon 1949 als „Wunschdenken“ erwiesen. Vgl. Schönhoven: Gewerkschaften und Soziale Demokratie, S. 19-20, S. 23.

¹²⁷ Vgl. Beier: Partei und Gewerkschaften, S. 186-187.

¹²⁸ Siehe Armingeon: Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 32.

¹²⁹ Vgl. Schroeder, Wolfgang: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 10.

¹³⁰ Helga Grebing warnt davor, diese Reorganisierungsbemühungen vereinfacht unter den Begriffen „Wiederaufbau“ oder „Wiedergründung“ zu fassen. Trotz Kontinuitäten und der Betitelung der SPD als „Traditionskompanie“ gab es auch einen beträchtlichen Anteil an „Neubau“, wie ihn Kurt Schumacher forderte. Nach 1947 verlor der Neubauplan zwar sein „gestaltendes Gewicht“, doch waren – „was den Parteaufbau und die programmatische Selbstverständigung anging – die Schneisen für die Wege nach Godesberg und über Godesberg hinaus geschlagen.“ Grebing, Helga: „Neubau“ statt „Wiederaufbau“ der SPD – die Lehren aus der Weimarer Republik, in: Dowe, Dieter (Hg.): Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13. Oktober 1995 (= Gesprächskreis Geschichte, 13), Bonn 1996, S. 73-89, hier S. 88-89. Vgl. ebenda S. 84.

¹³¹ Vgl. Miller: SPD – die linke Volkspartei, S. 180-181.

¹³² Ob die SPD in der SBZ tatsächlich gezwungen war, sich mit der KPD zu vereinigen, ist in der Geschichtswissenschaft umstritten – diskutiert werden Begrifflichkeiten wie Zwangsvereinigung, Gründung, Verschmelzung, Zusammenschluss etc. Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 137. Susanne Miller betont, dass die Einheit durch „massive Einschüchterung, Repression und Täuschung“ sowie manipulierter Berichterstattung herbeigeführt wurde, obwohl auch sie von einer „Art Selbstaufgabe“ bei der Entscheidung für die Vereinigung spricht. Miller: SPD – die linke Volkspartei, S. 181; S. 180. Helga Grebing weist auf die Einheitsbestrebungen der SPD in der SBZ seit dem Herbst 1945 hin und konstatiert eine grandiose Fehleinschätzung vieler Sozialdemokraten, die „gemeint oder doch gehofft [haben], in der SED die eigenen Ziele und Traditionen bewahren, ja sogar durch ihre aktive Tätigkeit in der Einheitspartei diese zu einer sozialdemokratischen Partei umgestalten zu können.“ Das Wort „Zwangsvereinigung“ treffe die komplexen Vorgänge trotz der Zwangsmaßnahmen gegen sich sträubende Sozialdemokraten nicht. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 135; 137. Ähnlich Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 289-290.

Wir werden Euch sozialdemokratische Politik nicht aufzuzwingen versuchen. Aber wir werden nicht dulden, daß irgendeine andere politische Richtung das Instrument der Gewerkschaften auch nur andeutungsweise zu beeinflussen versucht.¹³³

Die Einheit der Arbeiterbewegung, so Helga Grebing, war nicht das vorrangige Ziel Schumachers, für ihn ging es primär um „Freiheit und Selbstbestimmung – des Individuums, der Klasse, der Nation.“ Für seine Vision einer „demokratisch-sozialistischen Alternative“¹³⁴ der Bundesrepublik zwischen Kommunismus und liberal-kapitalistischen Systemen des Westens erhielt er aber weder die Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte noch der Mehrheit der Bevölkerung.

In den fünfziger Jahren begann daher ähnlich wie für die Gewerkschaften für die Sozialdemokratie eine Phase der Neuorientierung und eine Loslösung von den unmittelbaren Nachkriegskonzepten einer antikapitalistischen Wirtschaftsordnung angesichts von andauernden Wahlniederlagen, Mitgliederverlusten und der zunehmenden Einsicht, dass die alte sozialdemokratische Arbeiterbewegung und ihr spezifisches Milieu in Auflösung begriffen¹³⁵ und die Partei mehr denn je auf die Erschließung neuer Wählerschichten angewiesen war¹³⁶. Nach dem die Reformer im „Symbolstreit“, der sich um die Abschaffung überkommener Symbole der alten Arbeiterbewegung drehte, 1953 noch den Traditionalisten unterlagen, war nach der verheerenden Wahlniederlage von 1957 die Zeit reif für die organisatorische Modernisierung.¹³⁷ Mit dem Godesberger Programm¹³⁸ von 1959 schließlich machten die Reformer „auch programmatisch deutlich, daß für sie die Zeit von Marxismus und Klassenkampf, von kühnen

¹³³ Schumacher, Kurt: Referat auf dem zweiten Parteitag der SPD, Nürnberg 1947, auszugsweise abgedruckt in: Beier: Partei und Gewerkschaften, Dokument 11, S. 198.

¹³⁴ Grebing: „Neubau“ statt Wiederaufbau, S. 81.

¹³⁵ Die Auflösung der alten Arbeiterbewegung mit ihrer eigenständigen Lebenswelt datiert Helga Grebing auf Mitte der 50er Jahre in Westdeutschland, und auf den 17. Juni 1953, der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes, in der DDR. Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 138-139; 143. Auch Michael Schneider konstatiert: „Schon im Hinblick auf die Jahre direkt nach 1945 kann man darüber streiten, ob der Begriff ‚Arbeiterbewegung‘ überhaupt noch angemessen ist. Bürokratisierung, weitgehender Verzicht auf Massenaktionen und der fast vollständige Verlust der Arbeiterkulturbewegung sprechen eher dagegen.“ Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 58. Die sichtbare Veränderung der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger und sechziger Jahren spricht ebenfalls für diese Annahme. Siehe Klönne, S. 354-356. Nach Thomas Meyer hat sich der Auflösungsprozess des „übergreifenden sozial-moralischen Milieus der Arbeiterbewegung“ im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre vollendet. Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 160-161. Bodo Zeuner dagegen hält an der Bezeichnung „Arbeiterbewegung“ für einen real existierenden sozio-politischen Zusammenhang auch heute noch fest; eine Bewegung sei nicht durch ihre hochgradige Institutionalisierung zu Ende solange sie sich selbst und ihre Umwelt noch verändern könne: „So gesehen besteht auch in der Bundesrepublik Deutschland kurz nach der Milleniumswende eine Arbeiterbewegung als Netzwerk von Organisationen, Bildungswerken, Stiftungen, Forschungsinstitutionen, Massenmedien und vor allem Gewerkschaften sowie Teilen von Parteien, insbesondere der SPD.“ Zeuner, Bodo: Gewerkschaften 2000, S. 1-2. Für eine ausführliche Diskussion des Themas sei verwiesen auf: Ebbighausen/Tiemann (Hg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?

¹³⁶ Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 139; 143-144.

¹³⁷ Siehe Walter: Vom Proletariat zur Neuen Mitte, S. 142.

¹³⁸ Die SPD erkannte mit dem Godesberger Programm die Marktwirtschaft prinzipiell an, diese sollte jedoch durch staatliche Regulierungen gezähmt und durch Konjunkturpolitik gesteuert werden. Die Demokratisierung des Arbeitslebens sollte durch Reformen erreicht werden, Vollbeschäftigung und Ausweitung sozialer Sicherheit zu Chancengleichheit und Gerechtigkeit führen. Die Anerkennung der außenpolitischen Prämissen der Bundesregierung durch die Rede Herbert Wehner, stellvertretender Fraktions- und Parteivorsitzender, im Bundestag 1960 war ebenfalls ein Schritt auf dem Weg zur Volkspartei. Die SPD konnte einerseits ihre Wählbarkeit in bürgerlichen Schichten erhöhen, andererseits auch ihre Koalitionsfähigkeit erweitern. Vgl. Jun: Parteien in der Mediendemokratie, S. 254-255.

Sozialisierungspostulaten und starren sozialen Endzielen vorbei war.¹³⁹ Die SPD vollzog den Wandel zur integrativen Volkspartei, blieb aber „als linke Variante der Volkspartei [...] in ihren Zielen gleichwohl arbeitnehmerfreundlich und sozialstaatsorientiert.“¹⁴⁰

Auf das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften hatte dieser Wandel folgende Auswirkungen:

„Das Konzept einer Integration unterschiedlicher Interessen in einer gemeinwohlorientierten Politik gibt Arbeitnehmerinteressen implizit den Charakter von partikularen und tendenziell gleichgeordneten Interessen, und die Gewerkschaften werden, wenn auch wichtige, Verbände neben anderen.“¹⁴¹

Hatten sich diese Tendenzen auch schon in der Weimarer Republik gezeigt, so konnten Probleme, die aus dieser Konstellation erwachsen, jedoch nicht mehr wie noch in den zwanziger Jahren durch die Existenz einer breiten, gemeinsamen sozio-kulturellen Basis ausgeglichen werden.¹⁴² Gleichwohl blieb die SPD auf die Zustimmung der Gewerkschaften zu ihrer Politik aufgrund ihrer Mitglieder- und Wählerbasis angewiesen.¹⁴³

Die Debatte um die Notstandsgesetze in den sechziger Jahren war Ausdruck der Probleme, die aus der neuen Konstellation erwachsen: „Hinter den politischen Differenzen steckt [...] eine in den fünfziger und sechziger Jahre deutlicher werdende Krise des Selbstverständnisses der traditionellen Arbeiterorganisationen.“¹⁴⁴ Der – auch innerparteilich umstrittene – Beschluss der SPD, einer Notstandsgesetzgebung der CDU-geführten Bundesregierung unter Einhaltung bestimmter Bedingungen zuzustimmen, und die grundsätzliche Ablehnung der Gewerkschaften – ebenfalls innerhalb der Gewerkschaften nicht ohne Widerspruch – jeglicher Notstandsregelungen führte dazu, dass sich „SPD und Gewerkschaften [...] – für beide in dieser Form neue Erfahrung – in jeweils unterschiedlichen politischen Lagern wieder[fanden].“¹⁴⁵ Der von den Gewerkschaften und anderen außerparlamentarischen Gruppen (vor allem der Studentenbewegung) mobilisierte Protest und der innerparteiliche Druck der Gewerkschaften – die ab 1966 durchaus Verhandlungsbereitschaft zeigten – sorgten für Standfestigkeit der SPD in der Verhandlung um die Notstandsgesetze, die schließlich 1968 verabschiedet wurden.¹⁴⁶

SPD und Gewerkschaften waren durch den Konflikt um die Notstandsgesetzgebung nicht nur auf unterschiedliche Seiten geraten, sondern „die – spätestens seit der Massenstreikdebatte – traditionell rechts von der Sozialdemokratie stehende Gewerkschaftsbewegung stand auf einmal ‚links von der Sozialdemokratie‘.“¹⁴⁷ Anlass bot die Debatte um die Notstandsgesetze auch zu Überlegungen in SPD und Gewerkschaften, wie eine organisatorische Lösung der neuen

¹³⁹ Walter: Vom Proletariat zur Neuen Mitte, S. 152.

¹⁴⁰ Müller-Jentsch: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, S. 108.

¹⁴¹ Kastendieck: Struktur- und Organisationsprobleme einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei, S. 422.

¹⁴² Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 59-60.

¹⁴³ Vgl. Kastendieck: Struktur- und Organisationsprobleme, S. 423.

¹⁴⁴ Schneider: Demokratie in Gefahr? S. 278.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 11.

¹⁴⁶ Ebd., S. 276.

¹⁴⁷ Müller-Jentsch: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, S. 109.

Beziehung zwischen ihnen aussehen könnte.¹⁴⁸ Die Parteiführung lehnte vehement jegliche Bestrebungen zur Bildung eines Arbeitnehmerflügels durch Gewerkschafter in der SPD ab, konnte sich aber schlussendlich organisatorischen Änderungen nicht ganz verschließen: So wurde 1968 die Gründung des Gewerkschaftsrates bei dem Parteivorstand beschlossen, dem die sozialdemokratischen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften des DGB bzw. des Vorsitzenden des DGB angehörten, und 1973 die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) eingerichtet.¹⁴⁹

Die SPD in der Regierungsverantwortung und die Gewerkschaften: Zwischen Partnerschaft und Gegnerschaft

1965 hatte die SPD den „Weg zur Staatspartei“¹⁵⁰, so Kurt Klotzbach, vollendet. Die „Gemeinsamkeits“-Politik¹⁵¹ mit der CDU/CSU, unter die auch das gemeinsame Erarbeiten der Notstandsgesetze fiel, mündete in die Große Koalition von 1966. Mit der Regierungsbeteiligung der SPD verschärfte sich einerseits der Interessenkonflikt zwischen der SPD als dem Gemeinwohl verpflichteten Regierungspartei und den Gewerkschaften als Vertreter von partikularen Arbeitnehmerinteressen.¹⁵² Andererseits war der „Vorrat an Gemeinsamkeiten [...] umfangreich“¹⁵³, vor allem in der Zeit der sozialliberalen Koalition ab 1969 unter dem sozialdemokratischen Kanzler Willy Brandt. Die Gewerkschaften unterstützten die antizyklische Konjunkturpolitik und die sozialpolitischen Reformen und die SPD band die Gewerkschaften in vielfältiger Weise in die Politik ein.¹⁵⁴ Von 1966 bis 1982 übernahmen sieben früher hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre ein Ministeramt.¹⁵⁵ Der korporative Interessenausgleich zwischen Gewerkschaften und Unternehmern und Staat im Rahmen der Konzertierte Aktion¹⁵⁶, von Klaus Schönhoven als ein „Leitmotiv der sozialliberalen Ära“¹⁵⁷ beschrieben, bot den Gewerkschaften die Möglichkeit in einem institutionalisierten Gremium gleichberechtigt am Verhandlungstisch zu sitzen und für die Interessen der Arbeitnehmer einzutreten. Auf der anderen Seite wurden sie aber auch in die Verantwortung für gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

¹⁴⁸ Vgl. Kastendieck: Struktur- und Organisationsprobleme, S. 428.

¹⁴⁹ Kastendieck: Struktur- und Organisationsprobleme, S. 429-431. Die Bildung eines eigenen Arbeitnehmerflügels in der SPD-Fraktion hätte „die Funktionalität der Parteiorganisation für die Partei im Staatsapparat“ in zu großem Maße berührt. Ebenda, S. 429.

¹⁵⁰ Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie. 1945-1965 (= Dowe, Dieter (Hg.): Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 1), unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1982, Bonn 1996.

¹⁵¹ Ebenda, S. 497 ff.

¹⁵² Vgl. Soell/Kempfer: Die Arbeiterbewegung in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsmacht, S. 28.

¹⁵³ Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 62.

¹⁵⁴ Ebenda, S. 62-63.

¹⁵⁵ Vgl. Armingeon: Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 224. Dies waren: Leber (Verkehr; Verteidigung), Wischniewski (Wirtschaftliche Zusammenarbeit), Arendt (Arbeit und Sozialordnung), Matthöfer (Forschung und Technologie; Arbeit und Sozialordnung; Finanzen; Post- und Fernmeldewesen), Gescheidle (Verkehr, Post- und Fernmeldewesen), Ehrenberg (Arbeit und Sozialordnung) und Fuchs (Jugend, Familie und Gesundheit).

¹⁵⁶ Zur Konzertierte Aktion siehe auch Kapitel IV. 3.a.

¹⁵⁷ Schönhoven: Gewerkschaften und Soziale Demokratie, S. 27.

genommen.¹⁵⁸ Sozusagen als Gegenleistung für ihre Kooperation wurde zum Beispiel 1972 das Betriebsverfassungsgesetz zugunsten des gewerkschaftlichen Einflussbereiches reformiert. Gegen „diese Form der Tausch- und Einbindungspolitik“¹⁵⁹ regte sich bald Widerstand innerhalb der Gewerkschaften, der durch die „wilden Streiks“ Ende der sechziger Jahre befeuert wurde.¹⁶⁰ Die Ende der fünfziger Jahre aufgekommene Diskussion¹⁶¹ über die Funktion der Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor“ oder „Gegenmacht“ erhielt neuen Zündstoff:

„Ihre Doppelfunktion als makroökonomischer Ordnungsfaktor und als kapitalismuskritische Gegenmacht brachte den Gewerkschaften seit dem Ende der sechziger Jahre innerorganisatorische Legitimitätsprobleme ein, wobei der Verlust an Autonomie als Interessenverband und das Erlahmen der gewerkschaftlichen Emanzipationsenergien im Zentrum der Debatten standen.“¹⁶²

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter vermied mit seinem Bekenntnis zu einer doppelten Aufgabenstellung die Festlegung auf eine der beiden Funktionen, ging aber langsam auf Distanz zur Regierungs-SPD.¹⁶³ Auch ließen sich die Gewerkschaften nicht permanent auf eine Lohnzurückhaltung, die zur Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beitragen sollte, festlegen – nicht einmal gegenüber dem Staat selbst, wie sich 1974 in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes zeigte, als die ÖTV gegen den Rat Willy Brandts eine Lohnerhöhung von mehr als zehn Prozent durchsetzte.¹⁶⁴ Dies habe, so Bernd Faulenbach, „wesentlich zur Destruktion der Autorität des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers beigetragen.“¹⁶⁵

Die SPD betonte in ihrem „Orientierungsrahmen 1975-1985“ noch ihren Willen zur Zusammenarbeit und die übereinstimmenden Ziele mit den Gewerkschaften.¹⁶⁶ Es dauerte aber nicht mehr lange bis die SPD-geführte Regierung in Konflikt mit den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen kam und schließlich die „Kooperationskrise“ von 1982 herauf beschwor. Der

¹⁵⁸ Schönhoven: Gewerkschaften und Soziale Demokratie, S. 27.

¹⁵⁹ Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 10.

¹⁶⁰ Ebenda.

¹⁶¹ Otto Brenners IG Metall stand in den fünfziger Jahren für ein Modell der Gewerkschaften als Gegenmacht, demgegenüber stand Georg Leber mit der IG Bau, Steine, Erden, der die Ordnungsfunktion der Gewerkschaften betonte. Vgl. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 203. Dies war laut Helga Grebing eine falsche Polarisierung: „Denn tatsächlich sind die Gewerkschaften immer beides gewesen: Sie wirkten kapitalismusimmanent, übten Schutzfunktionen gegenüber den Mitgliedern aus und bewährten sich als ein gesellschaftlicher Ordnungsfaktor für die Garantie der Leistungen des Sozial- und Rechtsstaates. In dem Maß aber, in dem gesellschaftliche Ungleichheit, soziale Ungerechtigkeit und die Verweigerung der selbstbestimmten Mitgestaltung des Produktionsprozesses und der Mitentscheidung über das zu Produzierende nicht überwunden werden konnten, blieben die Gewerkschaften Gegenmacht mit emanzipatorischem Anspruch und entsprechenden Gestaltungsaufgaben.“ Ebenda, S. 204.

¹⁶² Schönhoven: Gewerkschaften und Soziale Demokratie, S. 27.

¹⁶³ Vgl. Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 64.

¹⁶⁴ Siehe Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 11. Vgl. Faulenbach, Bernd: Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 44/2004, S. 1-37, hier S. 23.

¹⁶⁵ Ebenda.

¹⁶⁶ „Die Zusammenarbeit von SPD und Gewerkschaften ist im gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung gegründet. Grunderfahrungen dieses Kampfes sind, daß Partei und Gewerkschaften aufeinander angewiesen sind und daß die Arbeitnehmer zur Wahrnehmung ihrer Interessen einheitlicher gewerkschaftlicher Organisationen bedürfen. Gemeinsames Ziel ist eine Wirtschafts- und Sozialordnung in der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen und Bevölkerungsschichten verwirklicht werden.“ Text des ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985 in der vom Mannheimer Parteitag der SPD am 14. Nov. 1975 beschlossenen Fassung, auszugsweise abgedruckt in: Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, Dokument 23, S. 132-133, hier S. 132.

Wechsel zu Helmut Schmidt als Bundeskanzler 1974 markierte auch das Ende des von Willy Brandt in der sozialliberalen Koalition heraufbeschworene „Pathos des Aufbruchs und der Reformen“¹⁶⁷. Die Koalition begriff sich nun „als eine Art Zweckgemeinschaft zur Bewältigung drängender Probleme.“¹⁶⁸ Das Ende des Nachkriegsbooms in der Wirtschaft, die Krise der Weltwirtschaft durch die Ölpreisschocks und die steigende Arbeitslosigkeit ließen den Finanzrahmen für den Ausbau des Sozialstaats immer kleiner werden. 1977 scheiterte der Versuch des korporatistischen Interessenausgleichs: Die Gewerkschaften traten aus der Konzertierten Aktion aus; vordergründig, weil die Unternehmer Klage gegen das – aus Sicht der Gewerkschaften enttäuschende – Mitbestimmungsgesetz von 1976 eingelegt hatten.¹⁶⁹ „Tatsächlich spielte jedoch der zunehmend restriktive Finanzrahmen für sozialpolitische Reformen und die damit einhergehende Lähmung gewerkschaftlicher Aktivität eine mindestens ebenso wichtige Rolle.“¹⁷⁰

Die Investitionsprogramme der Regierung Schmidt zur Ankurbelung der Wirtschaft im Sinne der antizyklischen Gegensteuerung unterstützten die Gewerkschaften; den Weg zur Haushaltskonsolidierung gingen sie dagegen nicht bis zum Ende mit.¹⁷¹ Auch innerparteilich geriet die Politik Schmidts immer mehr in die Kritik: auf der einen Seite durch die gewerkschaftsnahen, traditionalistischen Sozialpolitiker, auf der anderen Seite durch die links-alternative Strömung um Erhard Eppler, die eine wachstumskritische und ökologische Alternative vertrat.¹⁷²

Die Lage in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt verschlimmerte sich Anfang der achtziger Jahre, der Versuch der SPD, besser Verdienende stärker zu belasten, um ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen, scheiterte an der FDP, die ihrerseits den Abbau der Sozialleistungen befürwortete - und sich damit im Wesentlichen durchsetzen konnte.¹⁷³ 1980 war es der SPD noch gelungen „nach einer sechsstündigen Sitzung die Zustimmung des Gewerkschaftsrates zum Haushalt 1981 zu erhalten“¹⁷⁴, die Fronten verhärteten sich jedoch 1981/1982 und kumulierten in Protesten gegen die Regierung auf den Maikundgebungen und in der Ankündigung eines „heißen Herbstes“¹⁷⁵. Karl-Heinz Jansen, IG Metall, fasste die Haltung der Gewerkschaften zur Haushaltspolitik der Regierung Schmidt 1982 so zusammen:

„Unsere bisherige kritische Solidarität wird durch die Beschlüsse der Bundesregierung überstrapaziert. Das Maß an Zumutungen ist ganz einfach voll. [...] [W]ir werden mit allen uns geeignet erscheinenden Mitteln versuchen, die programmierte Demontage der sozialen Sicherung zu verhindern.
[...]

¹⁶⁷ Miller: SPD – die linke Volkspartei, S. 248.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 248.

¹⁶⁹ Vgl. Schmollinger/Stöss: Arbeitnehmer, Gewerkschaften und SPD, S. 93-94.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 94.

¹⁷¹ Siehe Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 65.

¹⁷² Siehe Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 186.

¹⁷³ Siehe Miller: SPD – die linke Volkspartei, S. 259.

¹⁷⁴ Kastendieck: Struktur- und Organisationsprobleme, S. 435.

¹⁷⁵ Vgl. Schmollinger/Stöss: Arbeitnehmer, Gewerkschaften und SPD, S. 94.

Es wird zudem einen tiefen Bruch in der historisch begründeten guten Beziehung zwischen SPD und Gewerkschaften geben. Und das alles, obwohl keines der wirklichen Probleme gelöst wird.¹⁷⁶

Resultat der Krise war der Austritt einer Reihe von Gewerkschaftern aus der SPD, die – erfolglos – Neugründung einer linken Alternativpartei 1982, der „Demokratischen Sozialisten“, sowie ein – vorübergehender – Rückgang der Unterstützung der SPD durch die gewerkschaftlich Organisierten in der Bundestagswahl 1983.¹⁷⁷ Am Sturz des zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzlers hatten die Gewerkschaften durch ihr Verhalten ebenfalls Anteil.¹⁷⁸

Die langen Oppositionsjahre: Begrenzter Schulterschluss

Die Rückkehr der SPD in die Opposition sorgte dafür, dass die offene Konfrontation schnell überwunden werden konnte. Der „heiße Herbst“ richtete sich nun gegen die neue christlich-liberale Regierung und in den Programmen der SPD in den Folgejahren wurden die traditionelle Beziehung zur Arbeiterschaft und die Unterstützung für Anliegen der Gewerkschaften betont.¹⁷⁹

Dennoch: Die alte Nähe zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie konnte nicht wieder unverbrüchlich hergestellt werden. Die Bemühungen der SPD um Annäherung bezogen sich nicht nur auf die Gewerkschaften, sondern auch auf die Neuen Sozialen Bewegungen und die aus ihnen hervorgegangene Partei „Die Grünen“, was wiederum für eine Belastung des Verhältnisses mit den Gewerkschaften sorgte.¹⁸⁰ Die Gewerkschaften taten sich mit den neuen Themen und Formen der Umwelt-, Abrüstungs- und Frauenbewegung noch schwerer als die Sozialdemokratische Partei und konnten erst Ende der achtziger Jahre zu einer entspannteren Haltung gegenüber den Neuen Sozialen Bewegungen und den Grünen finden.¹⁸¹ Zu guter letzt wurde immer deutlicher, dass die SPD besser als die DGB-Gewerkschaften den gesellschaftlichen Wandel vollzogen hatte.¹⁸² Die Situation für SPD und Gewerkschaften wurde nicht einfacher durch die „geistig-moralische Wende“ zum

¹⁷⁶ Jansen, Karl-Heinz: Das Maß an Zumutungen ist voll. Zu den Haushaltsbeschlüssen 1983, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 8/1982, S. 774-777, hier S. 774-775; S. 777.

¹⁷⁷ Vgl. Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 12. Siehe Armingeon: Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 127-128.

¹⁷⁸ Siehe Faulenbach: Die Siebzigerjahre, S. 23. Die inneren Spannungen in der SPD wie auch die Haltung der Gewerkschaften haben auch nach Thomas Meyer zum Bruch der sozialliberalen Koalition beigetragen; der unmittelbare Anlass habe aber im „Schwenk einer von Existenzängsten geplagten FDP zur CDU“ bestanden. Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 175. Vgl. ebenda, S. 175-176. Ähnlich, wenn auch neutraler formuliert, beurteilt dies Peter Graf Kielmansegg. Vgl. Graf Kielmansegg, Peter: Nach der Katastrophe. Deutschland 1945 bis 1990 (= Siedler, Deutsche Geschichte, vierbändige Sonderausgabe, Band 4), 2004, S. 291-292.

¹⁷⁹ Vgl. Kastendieck: Struktur- und Organisationsprobleme, S. 437; 440.

¹⁸⁰ Siehe Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 66.

¹⁸¹ Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 448-449. Dies ist nicht verwunderlich, da die Ökologiebewegung mit ihrer wachstumskritischen Haltung und Forderungen nach einem „Null-Wachstum“ direkt die Interessen der von den Gewerkschaften vertretenen Industriearbeiter gefährdete. Ausnahme von der zu Beginn vehementen Ablehnung der Ökologiebewegung durch die Gewerkschaften blieb allerdings die IG Metall. Siehe Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 113.

¹⁸² Ausführlicher zum sozialstrukturellen Wandel und seine Auswirkungen auf SPD und Gewerkschaften siehe Kapitel II.

Neokonservatismus/Neoliberalismus¹⁸³ unter der von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher geführten christlich-liberalen Regierung ab 1982. Ihre „gewerkschaftskritische, zum Teil auch - feindliche Stoßrichtung“¹⁸⁴, die neben Sparmaßnahmen im Sozialsektor auch in einer Reihe von Gesetzen, die zur Privatisierung und Deregulierung der Arbeitsmarktbeziehungen dienten, Ausdruck fand, ließ die Gewerkschaften ins Abseits geraten.¹⁸⁵

Die von den Gewerkschaften in den achtziger Jahren zur Lösung der sich zur Massenarbeitslosigkeit verschärfenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt vertretene Arbeitszeitverkürzungspolitik¹⁸⁶ fand „auch in der SPD Rückhalt [...], solange diese fest in der Opposition verankert war.“¹⁸⁷ Als sie sich allerdings in der Wählergunst wieder im Aufwind befand, ging Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlands und designierter Kanzlerkandidat für die Wahl 1990, mit seinen Vorschlägen zu einer Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich auf demonstrative Distanz zu den Gewerkschaften.¹⁸⁸ Die Vorschläge trafen im gewerkschaftlichen Lager auf fast einstimmige Ablehnung, während Vertreter von Unternehmen, FDP und CDU/CSU die Forderungen unterstützten¹⁸⁹ – dies führte zu der schwersten Krise zwischen SPD und Gewerkschaften in der Zeit der christlich-sozialen Koalition. Klaus-Peter Wolf, Redakteur der Funktionärszeitung der IG Metall, konstatiert 1989 die „Entfremdung“ zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie.¹⁹⁰ So sei „in der Jahrhundertete zwischen SPD und Gewerkschaften (...) ein Streit ausgebrochen“¹⁹¹. Die Schuldzuweisung erging an die Seite der SPD, wenn Wolf sagte, dass „Teile der SPD [...] aus kurzsichtigen, machtopportunistischen Gründen den Schulterschuß mit den Gewerkschaften“ gefährden, zugunsten des

¹⁸³ Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus wurde diese Richtung noch einmal verstärkt, als der Liberalismus weltweit eine „beispiellose Renaissance“ erlebte, da er als eigentlicher Gegenentwurf zum Kommunismus gedeutet wurde und sozialdemokratische Ideen teilweise gleichgesetzt wurden mit kommunistischen. Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 137. Vgl. ebenda, S. 137-140. Mit dem Wegfall der kommunistischen Systemkonkurrenz ist zudem der Zwang zu einer wohlfahrtstaatlichen Ausgestaltung des kapitalistischen Systems verringert worden. Vgl. Schönhoven: Gewerkschaften und Soziale Demokratie, S. 28-29.

¹⁸⁴ Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 377.

¹⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 378-379. Der Skandal um die „Neue Heimat“ und das Scheitern der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft hat zum Ansehensverlust der Gewerkschaften noch beigetragen.

¹⁸⁶ Die Forderung der 35-Stunden-Woche in den Tarifverhandlungen der achtziger Jahre zeigte durchaus Erfolge in der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, aber es kam nicht zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Vorruhestandsregelungen der Regierung traf zunächst auf Ablehnung bei Teilen der Gewerkschaften, als diese jedoch auslaufen sollten, protestierten sie erfolgreich dagegen. Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 381; 399.

¹⁸⁷ Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 12.

¹⁸⁸ Ebenda. Drei Grundpositionen sind nach Heinz-Gerd Hofschens den Stellungnahmen Lafontaines zu entnehmen: „Erstens der Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen, zweitens die Verlagerung des Verteilungsspielraums von Lohnzuwächsen und/oder Arbeitszeitverkürzung in die Reihen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da die Kostenneutralität dieser Maßnahmen für die Unternehmen Lafontaines oberstes Gebots ist, und drittens die Zuweisung der hauptsächlichen Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an die Gewerkschaften.“ Hofschens, Heinz Gerd: Ein Konzept für die Zukunft? Die Lafontaine-Debatte, in: Hofschens (Hg.): Die Wirtschaftspolitik-Debatte, S. 14-46, hier S. 17.

¹⁸⁹ Vgl. Hofschens: Ein Konzept für die Zukunft? S. 14.

¹⁹⁰ Wolf, Klaus-Peter: SPD und Gewerkschaften: Die Entfremdung, in: Hofschens: Die Wirtschaftspolitik-Debatte, S. 129-151, hier S. 129.

¹⁹¹ Ebenda.

„Friedensschluß[es] mit dem Kapital“.¹⁹² Der Vorwurf der opportunistischen Anpassung an Vorstellungen der Unternehmerschaft musste für die SPD einen Affront darstellen, hatte aber einen wahren Kern.

Lafontaine und die Vertreter des „Scharpfismus“¹⁹³ versuchten mit dieser strategischen Volte eine neue sozialdemokratische Variante der Wirtschaftspolitik zu formulieren, die – zusammengefasst unter dem Schlagwort „Angebotspolitik“ – in den Achtzigerjahren den nachfrageorientierten Keynesianismus als vorherrschendes Paradigma ablösen sollte. Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre hatten neoliberale, angebotsorientierte Strategien den politischen Diskurs zu bestimmen begonnen, die aus den Bedingungen der Globalisierung der Kapital- und Finanzmärkte einen Standortwettbewerb ableiteten und die nationale Wirtschaftspolitik auf die Schaffung günstiger Bedingungen für Produktion und Investition (niedriges Lohnniveau, Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, niedrige Unternehmenssteuern etc.) festzulegen suchte.¹⁹⁴ Der keynesianisch orientierten Politik der Sozialdemokratie wurde jegliche Wirksamkeit abgesprochen, ihre regulierenden Eingriffe ins Marktgeschehen als Schädigung von Investitionsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit gewertet und ihre wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben als Grund für die Überlastung der öffentlichen Haushalte gesehen.¹⁹⁵ Die Massenarbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise und die unter den Bedingungen der Stagflation tatsächlich versagende keynesianische Steuerung schienen diesen Interpretationen Recht zu geben.¹⁹⁶ Die Annäherung an die neoliberalen Deutungsmuster, die durch die Vorschläge Lafontaines zum Ausdruck kam (Zwänge der Weltwirtschaft, Entlastung der Unternehmen zuungunsten der Beschäftigten), wurde auch innerhalb der SPD bekämpft: „Die innerparteiliche Blockadesituation zwischen 'Scharpfianern' und gewerkschaftlich orientierten Linkskeynesianern verhinderte eine glaubwürdige, kohärente sozialdemokratische Wirtschaftsstrategie“¹⁹⁷.

Das Berliner Programm der SPD bot keine Lösung in dieser Frage an. Es war vor allem „Spiegelbild der ökologisch gewendeten, sichtlich friedensbewegten [...] Sozialdemokratie der

¹⁹² Wolf: SPD und Gewerkschaften, S. 129.

¹⁹³ Die Vorschläge von Oskar Lafontaine beruhen auf den Analysen von Fritz W. Scharpf und seinem „Sozialismus in einer Klasse“, der davon ausgeht, dass die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu einer Umverteilung zugunsten der Kapitalseite zwingen und das Problem der Vollbeschäftigung als Verteilungsproblem begriffen werden muss, dessen Lösung hauptsächlich innerhalb der Arbeitnehmerschaft läge. Vgl. Bierbaum, Heinz: Sozialismus in einer Klasse – Sozialdemokratische Krisenpolitik nach Fritz W. Scharpf, in: Hofschien: Die Wirtschaftspolitikdebatte, S. 76-92, hier S. 76.

¹⁹⁴ Vgl. Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 190-191; S. 72-73.

¹⁹⁵ Siehe Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar: Zwischen Anpassung und Profilierung. Die SPD an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/2000, S. 3-11, hier S. 9.

¹⁹⁶ Ebenda. Die Krise der sozialdemokratischen Politik in Westeuropa Ende der siebziger/ in den achtziger Jahren hat zu einer regen Diskussion über das „Ende der Sozialdemokratie“ geführt, das aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen sowie der sozialstrukturellen Veränderungen (Abschmelzen der Kernklientel) nahe sei. Für einen Überblick siehe Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 71-86. Vgl. Merkel, Wolfgang: Kritik der Theorien vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“, in Grebing/Meyer: Linksparteien und Gewerkschaften in Europa, S. 47-80.

¹⁹⁷ Frenzel, S. 135. Siehe auch Jun, Uwe: Parteien in der Mediendemokratie, S. 263.

80er Jahre¹⁹⁸, daneben nahm es durchaus eine Vielzahl von gewerkschaftlichen Forderungen auf, wie die Arbeitszeitverkürzungspolitik und den Ausbau der Mitbestimmung¹⁹⁹, und beschreibt in einem eigenen Abschnitt die Bedeutung der Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Politik:

„Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine Demokratie. Mit ihnen verbinden uns gemeinsame Geschichte und gemeinsame Ziele. [...]

Wir respektieren ihre parteipolitische Unabhängigkeit. Wir unterstützen gewerkschaftliche Forderungen nach gerechtem Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit, nach Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen und nach aktiver Teilhabe am sozialen Leben. Wir zählen auf sie bei der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.“²⁰⁰

Im Dezember 1989, als das Programm verabschiedet wurde, spielte die Wirtschaftspolitik-Debatte zwischen SPD und Gewerkschaften angesichts des Falls der Mauer aber längst schon keine Rolle mehr. Auf dem Weg zur Einheit Deutschlands zeigte sich indessen auch, dass hier Gewerkschaften und SPD längst nicht mehr wie selbstverständlich an einem Strang zogen: In der SPD überwogen skeptische Stimmen hinsichtlich einer schnellen Wiedervereinigung, die Gewerkschaften hingegen arbeiteten eng mit der Regierung im Transformationsprozess zusammen.²⁰¹ In der nach dem Ende des Einheitsbooms hereinbrechenden Wirtschaftskrise mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit rückten SPD und Gewerkschaften wieder näher zusammen, vor allem seit dem vollständigen Bruch der Gewerkschaften mit der Regierung Kohl 1996 aufgrund des Scheiterns des von der IG Metall geforderten „Bündnis für Arbeit“ und des Angriffs auf gewerkschaftliche Kernerrungenschaften, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall.²⁰² Der Wahlkampf 1998 stand dann ganz im Zeichen der gemeinsamen Bemühungen von SPD und Gewerkschaften, den Regierungswechsel herbei zu führen.

Zwischenfazit

Für das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Beziehung zwischen SPD und Gewerkschaften von den Anfängen der Arbeiterbewegung an nie ohne Konflikte gewesen ist. Das traditionell enge Verhältnis der beiden hat sich in ihrer Geschichte zudem grundlegend gewandelt aufgrund der Entwicklungen der SPD von der Klassen- zur staatstragenden Volkspartei einerseits und der Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Richtungs- zur Einheitsgewerkschaft und von der Arbeiter- zur Arbeitnehmerinteressenorganisation andererseits. Verschiedene sozialstrukturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandlungsprozesse haben diesen Wandel unterstützt bzw. mit verursacht. Die Stimmen, die eine zunehmende Entfremdung zwischen SPD und Gewerkschaften voraussagten, mehrten sich seit der „Kooperationskrise“ von 1982. Dennoch: Die

¹⁹⁸ Miller: SPD – die linke Volkspartei, S. 323. Mehr zur Bedeutung des Berliner Programms für die SPD in Kapitel II.1.

¹⁹⁹ Vgl. SPD-Parteivorstand (Hg.): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998, Berlin o.J., S. 27; S. 46. Das Grundsatzprogramm spricht sich sogar für die Einführung der 30-Stunden-Woche aus.

²⁰⁰ Berliner Programm der SPD, S. 50.

²⁰¹ Siehe Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 12.

²⁰² Siehe Zeuner: Gewerkschaften 2000, S. 45. Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 433; S. 435.

personellen Überschneidungen, d.h. Doppelmitgliedschaften generell, speziell der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten in der sozialdemokratischen Fraktion und die Zugehörigkeit der gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre zur SPD, waren trotz eines Rückgangs immer noch sehr groß, die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer wählten mehrheitlich – allerdings ebenfalls rückläufig – die SPD²⁰³. Auch inhaltlich gab es weiterhin auch große Übereinstimmungen in der Programmatik. Michael Schneider resümierte 1994:

„Fühlten sich die Gewerkschaften auch immer einmal wieder von der Sozialdemokratie im Stich gelassen und glaubte sich die SPD oftmals zu Unrecht von den Gewerkschaften im Stich gelassen – eine inhaltliche und strategische Alternative war und ist wohl kaum in Sicht, denn die Gemeinsamkeiten gegenüber den wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Konzepten [...] der CDU/CSU und erst recht der CDU/CSU-FDP-Regierung sind unübersehbar.“²⁰⁴

Ob dies auch nach der Zeit der rot-grünen Koalition noch gilt, soll sich im Verlauf dieser Arbeit herausstellen.

III. SPD und Gewerkschaften im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert

1. Die „Transformation der Sozialdemokratie“

Die SPD vollzog zwischen 1945 und 2000 einen tiefgehenden Wandlungsprozess. Unter welchen Herausforderungen und Entwicklungen sie sich programmatisch, strategisch und organisatorisch wandelte, soll in diesem Kapitel beschrieben werden. Der Fokus liegt dabei auf den neueren Entwicklungen und Herausforderungen.

Die Auflösung des „übergreifenden sozial-moralischen Milieus der Arbeiterbewegung“ als Herausforderung der Sozialdemokratie

Als zentrale Herausforderungen für die SPD und ihre Erfolgchancen werden sozialstrukturelle und soziokulturelle Wandlungsprozesse angesehen. Der sozialstrukturelle Wandel, der in den fünfziger Jahren durch den Ausbau und Aufschwung des Dienstleistungssektors einsetzte, ließ den Anteil der Arbeiter im industriellen Sektor kontinuierlich schrumpfen, während der Anteil der Angestellten beständig anstieg.²⁰⁵ Neben diesem rein quantitativen Zurückgehen der Arbeiterschaft traten Prozesse der Individualisierung ein, d.h.,

„dass Menschen durch den ökonomischen Strukturwandel, einen wachsenden Wohlstand, den Wandel der Beschäftigungsverhältnisse und das steigende Bildungsniveau zunehmend aus den traditionellen Sozialformen der industriellen Moderne – Klasse, Schicht, Familie, Geschlechterverhältnisse – freigesetzt w[ur]den.“²⁰⁶

²⁰³ Vgl. Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 15-16. Siehe Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 69-70.

²⁰⁴ Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 73.

²⁰⁵ Siehe Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 6.

²⁰⁶ Merkel/Egle/Henkes u.a.: Reformfähigkeit der Sozialdemokratie, S. 85. Diese Definition geht auf die Ausführungen Ulrich Becks zurück. Vgl. Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.

Die Entwicklungen in der Bevölkerung insgesamt veränderten auch die Struktur sozialdemokratischer Wähler und Mitglieder. Durch die Bildungsexpansion, den Ausbau des öffentlichen Dienstes und die generell höhere soziale Mobilität im Dienstleistungssektor stieg das Kernmilieu der Sozialdemokratie, die hochqualifizierten Facharbeiter bzw. ihre Kinder, zunehmend in die neuen Angestellten- und Beamten-schichten, die „neuen Mittelschichten“ auf.²⁰⁷ In den sechziger Jahren wurde dieser Wandel in der SPD sichtbar: „Die Verjüngung begann, die Verschiebung zu den lohnabhängigen Mittelschichten wurde deutlich, während der erneuerte Schulterschluss mit den Gewerkschaften für die Integration der klassischen Wählerschichten sorgte.“²⁰⁸

Die Emanzipation aus Zwängen des Herkunftsmilieus und die Anhebung des Lebensstandards und der Bildung bedeuteten die Erfüllung wesentlicher Ziele der Arbeiterbewegung, gefährdete die Arbeiterbewegung aber dadurch auch in ihrem Bestand.²⁰⁹ „Der Abschied von [der] ‚Proletarität‘ war einerseits ein Abschied von einem Lebensstil, der durch Enge, Not und Unterlegenheit geprägt gewesen war, und andererseits ein Abschied von sozialdemokratischen Deutungsmustern, die den Aufstieg als Klasse im Kollektiv der Arbeiterbewegung verheißen hatte.“²¹⁰ Kollektive Deutungsmuster wurden nicht nur in den aufstiegsorientierten Arbeiterschichten und den neuen Arbeitnehmerschichten in der Wählerschaft der SPD immer weniger wirksam, sondern wiederum auch innerhalb der Partei. Die Auflösung des „übergreifenden sozial-moralischen Milieus der Arbeiterbewegung“²¹¹ und die Ausdifferenzierung der westdeutschen Milieustruktur in eine Vielzahl kleinere sozio-kulturelle Milieus wurden verstärkt durch einen Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten, der in den siebziger Jahren einsetzte.²¹²

²⁰⁷ Vgl. Walter: Vom Proletariat zur Neuen Mitte, S. 184.

²⁰⁸ Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 167.

²⁰⁹ Vgl. Beck: Risikogesellschaft, S. 131.

²¹⁰ Schönhoven: Geschichte der deutschen Gewerkschaften, S. 58-59. Das bedeutet nicht, dass Individualisierungsprozesse nur zu einer als positiv zu wertenden Zunahme von Unabhängigkeit geführt haben, sondern sie haben gleichzeitig zu einer Individualisierung sozialer Ungleichheit geführt, so dass zum Beispiel in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit die persönliche Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen stärker betont wird und Systemfehler als persönliches Versagen gedeutet werden. Siehe Beck: Risikogesellschaft, S. 151. Gleichzeitig können große gesellschaftliche Organisationen, wie die SPD, nicht mehr auf ein automatisches Solidargefühl zwischen Betroffenen und Bedrohten setzen, um sie zu mobilisieren, sondern müssen der sozialstrukturellen und –kulturellen Differenzierung in diesen Schichten gerecht werden. Siehe Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 93.

²¹¹ Ebenda., S. 160.

²¹² Ebenda, S. 94. Nach der einflussreichen These von Ronald Inglehart verschieben sich unter den Bedingungen des Wohlfahrtsstaates die Werteorientierungen zunehmend von materialistischen Werten der psychischen Sicherung (Einkommen, soziale Sicherung) hin zu postmaterialistischen Werten wie Selbstverwirklichung und Lebensqualität. Vgl. Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt am Main/New York, 1989, S. 90 ff.

Willy Brandts „Neue Mitte“: die Vollendung des Wegs zur Volkspartei

In der Zeit der sozialliberalen Koalition streifte die SPD „ihren Charakter als schichtenspezifische Integrationspartei ab“²¹³ und konnte auch soziologisch gesehen ihren Weg zur Volkspartei, „deren Mitgliederzusammensetzung den sozialen Querschnitt der Bevölkerung abbildete“²¹⁴, vollenden. Willy Brandts „Partei der Freiheit“ war 1969 angetreten um Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik im Bündnis mit dem liberalen Bürgertum zu reformieren und zu modernisieren.²¹⁵ Für Brandt war die Koalition nicht „Zweckehe, sondern ein historisches Bündnis als politische Form einer ‚Neuen Mitte‘ in Deutschland.“²¹⁶ Die SPD öffnete sich auch für den integrationswilligen Teil der Studentenbewegung und ließ die Generation „hinein“, die als „68er“ (auch „Enkelgeneration) den „Marsch durch die Institutionen“ aufnehmen sollte²¹⁷, und die 1998 ihrerseits antraten, um als Repräsentanten einer „Neuen Mitte“ die Bundesrepublik zu modernisieren. Die junge Generation rezipierte wieder Marx und sorgte damit für heftige Theoriediskussionen in der SPD.²¹⁸ Doch: „Die Marxismusrenaissance überlagernd und verdrängend, war dann weit folgenreicher der dramatische Modernisierungsschub, für den die Chiffre ‚Wertewandel‘ steht.“²¹⁹

Innerhalb der SPD formierte sich Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre ein links-libertärer, postmaterialistisch orientierter Flügel. Dieser forderte die Ökologisierung von Produktion und Konsum und ein neues Politikverständnis jenseits von Wirtschaftswachstum und Umverteilung und geriet damit in Gegensatz zum traditionellen, gewerkschaftsnahen und materialistisch orientierten Flügel, der für quantitatives Wirtschaftswachstum und klassische Wohlfahrtspolitik stand.²²⁰ Damit verbunden waren auch unterschiedliche Strategien, um die SPD wieder mehrheitsfähig zu machen: die einen zielten auf die eher links-libertär orientierten Angestellten- und Beamten-schichten, die anderen suchten die Verankerung der SPD in der industriellen Arbeiterschaft wieder zu stärken.²²¹ Das Berliner Programm von 1989 kam mit seiner Grundidee „ein breites Reformbündnis zu ermöglichen, das die neuen sozialen Bewegungen, Teile der aufgeklärten technokratischen Eliten und die traditionelle Sozialdemokratie für die Schaffung einer ökologisch und sozial verantwortlichen Gesellschaft zusammen bringen konnte“²²² allen Richtungen entgegen.

²¹³ Siehe Rudolph, Karsten: Einleitung, in: Grebing, Helga/Schöllgen, Gregor/Winkler, Heinrich August (Hg.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Band 5: Die „Die Partei der Freiheit“. Willy Brandt und die SPD 1972-1992, Bonn 2002, S. 15-72, hier S. 17.

²¹⁴ Vgl. Walter: Vom Proletariat zur Neuen Mitte, S. 191.

²¹⁵ Vgl. Rudolph: Einleitung, S. 29.

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ Siehe Faulenbach: Die Siebzigerjahre, S. 26.

²¹⁸ Vgl. Walter: Vom Proletariat zur Neuen Mitte, S. 196; S. 194.

²¹⁹ Graf Kielmansegg: Das geteilte Land, S. 296.

²²⁰ Jun, Uwe: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, S. 381-400, hier S. 390.

²²¹ Jun: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 390.

²²² Meyer: Transformation der SPD, S. 180.

Der Wählerspagat der SPD

Der soziale Wandel, der Wertewandel und die Öffnung der Partei sorgten dafür, dass die SPD „schon in der Mobilisierung ihrer treuen Wähler große Integrationsleistungen erbringen [muss], weil sich diese mittlerweile aus zwei unterschiedlichen Quellen speisen: aus der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft und aus den postmaterialistischen Mittelschichten.“ Hinzu kommt nach Richard Stöss und Gero Neugebauer eine strukturelle Benachteiligung der SPD, da die soziale Basis der CDU/CSU größer sei als die der SPD, die fortwährend unter dem weiteren Abschmelzen ihrer sozialen Basis, der traditionellen Arbeiterschaft, leide, und die SPD auf die Gewinnung von Wechselwählern aus eher der CDU/CSU oder den Grünen zugeweihten Wählerschichten für einen Wahlsieg angewiesen sei.²²³ Da das Wahlverhalten trotz zunehmender Flexibilität (die sich aus den Individualisierungsprozessen erklärt) immer noch stabil sei und knapp 60 % der Wähler noch die Partei wählten, für die sie in der vorherigen Wahl gestimmt haben, ist die Gewinnung der wahlentscheidenden Wechselwähler schwierig für die SPD.²²⁴ Die SPD steht demnach vor einem Dilemma: Konzentriert sie sich zu sehr auf die Mobilisierung der bürgerlichen Mitte, läuft sie Gefahr, Teile ihrer linken bzw. traditionalistisch eingestellten Wähler zu verlieren, während eine vor allem auf die Stammwählerschaft ausgerichtete Kampagne ihr Stimmen aus eher bürgerlichen Mittelschichten kosten könnte.²²⁵

In den achtziger und neunziger Jahren ist es der SPD lange nicht gelungen, diesen Spagat glaubwürdig zu meistern. Das Berliner Programm spielte schon bald keine große Rolle mehr. Dies lag einerseits daran, dass es angesichts der Umwälzungen der Jahre 1989 und 1990 schon bei seiner Verabschiedung überholungsbedürftig war, andererseits daran, dass außer Hans-Jochen Vogel keiner der folgenden Parteivorsitzenden oder Kanzlerkandidaten das Programm zur Grundlage seiner Politik machte²²⁶. Die Wahlen in der DDR und die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990 brachten der SPD nicht wie erhofft ihre einstigen sozialdemokratischen Hochburgen zurück, sondern die Bürger im Osten wählten angesichts einer uneinheitlichen

²²³ Vgl. Stöss, Richard/Neugebauer, Gero: Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum 2/1998, S. 9. Ebenso von Alemann, Ulrich: Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer, in: Niedermayer, Oskar: Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 37-62.

²²⁴ Siehe Stöss/Neugebauer: SPD und die Bundestagswahl 1998, S. 9.

²²⁵ Ebenda, S. 9-10. Wolfgang Merkel u.a. weisen darauf hin, dass die elektorale Abhängigkeit der SPD von der Sozialstruktur nicht so groß sei wie angenommen; die Bedeutung des sozialen Wandels vielmehr darin läge, dass sich die Anhängerschaft der SPD gleichermaßen gewandelt hätte. Voraussetzung für eine erfolgreiche Repräsentation sei die programmatische und politische Anpassung an die Veränderungen, gleichzeitig gelte es aber das verbliebene Kernelektorat nicht zu vernachlässigen, da dessen Mobilisierung nach wie vor notwendige Bedingung für einen Wahlsieg sei. Vgl. Merkel/Egle/Henkes u.a.: Reformfähigkeit der Sozialdemokratie, S. 92; S. 84. Ähnlich Thomas Meyer: „Die Individualisierung der Lebensweise und des Bewusstseins wachsender Bevölkerungsschichten macht es für die sozialdemokratische Politik schwerer, unter ihnen eine ausreichende Zahl von Mitgliedern und Wählern zu mobilisieren, aber sie verhindert den Wahlerfolg sozialdemokratischer Parteien [...] keineswegs. In welchem Ausmaß er gelingt, hängt [...] vielmehr davon ab, ob die sozialdemokratischen Politikangebote die veränderte Interessenlage glaubwürdig aufnehmen können [...]“. Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 80.

²²⁶ Vgl. Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie, S. 132. Siehe Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 189. Die rasche Abfolge von Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten und die internen Machtkämpfe haben dazu beigetragen, dass die SPD in den neunziger Jahren ein Bild mangelnder Stabilität und Regierungsunfähigkeit bot.

Haltung²²⁷ der SPD zum Wiedervereinigungsprozess mehrheitlich die CDU und wichen auf der linken Seite eher auf die PDS aus.²²⁸ Versäumt hatte die SPD zudem, im Berliner Programm die ökonomischen Auswirkungen von Globalisierung und Europäisierung sowie eine kohärente sozialdemokratische Wirtschaftspolitik unter diesen Voraussetzungen zu bestimmen.²²⁹

*Zentrale Herausforderungen in den neunziger Jahren: Die SPD zwischen „Anpassung und Profilierung“*²³⁰

In den neunziger Jahren stiegen die finanziellen und strukturellen Belastungen des Sozialversicherungssystems massiv an. Der demographische Wandel, die zunehmende Auflösung von Normalerwerbsbiographien und die Entwicklung zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft erhöhten den Anpassungsdruck auf den Sozialstaat.²³¹ Hinzu kamen die Kostenbelastungen durch die Transferleistungen im Rahmen der deutschen Einheit.²³² Für die Sozialdemokratie stellte sich die Frage, wie sie der notwendig erscheinenden Anpassung des Sozialstaates begegnen würde – und dabei gleichzeitig nicht die Verlierer des Modernisierungsprozesses und die wachsende soziale Ungleichheit in der postindustriellen Gesellschaft aus dem Blick verlieren würde²³³. Kurz: Es ging um die Bewahrung der durch die veränderten Rahmenbedingungen herausgeforderten sozialdemokratischen Kernkompetenz für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen.²³⁴

Im Berliner Programm findet sich noch ein eindeutiges Bekenntnis zu Erhalt und Ausbau des Sozialstaates, aber auch die Einsicht, dass der Sozialstaat umgebaut werden muss, um ihn zu erhalten.²³⁵ Einer „Privatisierung der elementaren Lebensrisiken“²³⁶ wird allerdings eine

²²⁷ Oskar Lafontaine, Egon Bahr, Gerhard Schröder u.a. präferierten eine Zwei-Staaten-Lösung, bei der der Weg zu einer Wiedervereinigung über die Demokratisierung und Stabilisierung der DDR führen sollte, während Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Erhard Eppler u.a. für eine Kursänderung in dieser Frage angesichts des maroden politisch-ökonomischen Systems der DDR plädierten. Siehe Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 229.

²²⁸ Siehe Heimann, Siegfried: Die SPD in den neunziger Jahren, in: Süß, Werner (Hg.): Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung, Opladen 2002, S. 82-104, hier S. 85.

²²⁹ Vgl. Egle: Deutschland, S. 159.

²³⁰ Stöss/Niedermayer: Zwischen Anpassung und Profilierung.

²³¹ Vgl. Egle, Christoph/Henkes, Christian: Später Sieg der Modernisierer über die Traditionalisten? Die Programmdebatte in der SPD, in: Egle/Ostheim/Zohlhörer (Hg.): Das rot-grüne Projekt, Wiesbaden 2003, S. 67–92, hier S. 71. Die finanziellen Grundlagen des beitragsfinanzierten Sozialstaates werden bei einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft durch höhere Ausgaben und gleichzeitig niedrigeren Einnahmen belastet; die Erosion des sozialversicherten, auf Vollzeit ausgelegten sogenannten Normalarbeitsverhältnis, auf die der deutsche Sozialstaat ausgerichtet ist, verringert ebenfalls den finanziellen Spielraum und sorgt zudem für Lücken der Versicherten in der Sozialversicherung. Die Entwicklung zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft wiederum erfordert hohe Investitionen in Bildung und Ausbildung, um gleiche Ausgangschancen zu gewährleisten, und weist tendenziell in die Richtung eines präventiven denn nachsorgenden Sozialstaates. Anpassungsdruck lastet zudem auf der Höhe und Dauer der Sozialleistungen, die teilweise als hinderlich für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit bzw. für die Einrichtung eines Niedriglohnssektors – neben den hohen Beitragssätzen zur Sozialversicherung – angesehen. Siehe Ebenda. Vgl. Merkel/Egle/Henkes u.a.: Reformfähigkeit der Sozialdemokratie, S. 78; S. 91; S. 111. Siehe Egle: Deutschland, S. 172; S. 183

²³² Vgl. Egle: Deutschland, S. 162.

²³³ Vgl. Stöss/Niedermayer: Zwischen Anpassung und Profilierung, S. 8.

²³⁴ Siehe Egle/Henkes: Später Sieg, S. 71.

²³⁵ Berliner Programm der SPD, S. 34-35.

²³⁶ Ebenda, S. 34.

eindeutige Absage erteilt und das Recht des Menschen auf soziale Sicherung betont²³⁷. Die in den neunziger Jahren in der SPD entwickelten wirtschaftspolitischen Strategien, die auf einen Mix aus angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen setzten sowie eine ökologische Steuerreform vorsahen, stellten den Erhalt des Niveaus des Sozialstaates ebenfalls nicht in Frage.²³⁸ Stand der wieder stärker links orientierte Oskar Lafontaine, seit 1995 Parteivorsitzender, für diesen policy-Mix in der SPD, so vertrat Gerhard Schröder, Ministerpräsident in Niedersachsen, eher angebotsorientierte Maßnahmen, wurde in den späten neunziger Jahren vor allem vom „Dritten Weg“²³⁹ der Sozialdemokratie in Großbritannien beeinflusst und stand einer Beschränkung sozialstaatlicher Leistungen nicht so ablehnend gegenüber.²⁴⁰

Kennzeichnend nach Heinrich Oberreuter sind drei Elemente des „Dritten Weges“: Akzeptanz der Globalisierung wie auch der Zunahme sozialer Ungleichheit (new economy); Zurückführung traditioneller sozialstaatlicher Strukturen hin zu einem aktivierenden Staat, der materielle Leistungen zugunsten der Qualifizierung verteilt (new welfare state); neue Formen der Teilhabe als Ersatz für materielle Leistungen (new governance).²⁴¹ 1995 kam es in der Kontroverse um die Ausrichtung der Sozialdemokratie zu einem Höhepunkt (oder einem Tiefpunkt, wie Thomas Meyer bemerkt), als Gerhard Schröder, damals wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, erklärte, es gehe nicht mehr um eine explizit sozialdemokratische, sondern um eine moderne oder unmoderne Wirtschaftspolitik, und daraufhin sein Amt abgeben musste.²⁴²

Das Doppelmotto des Wahlkampfes 1998 „Innovation und Gerechtigkeit“ wird in der Literatur häufig als erfolgreiches Verschleiern der ungeklärten wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der SPD angesehen²⁴³, verkörpert vom „Modernisierer“ Gerhard Schröder, der auf

²³⁷ Berliner Programm der SPD, S. 34.

²³⁸ Vgl. Meyer, Thomas: From Godesberg to the Neue Mitte: The Social Democracy in Germany, in: Giddens, Anthony (Hg.): The global third way debate, Cambridge 2001, S. 74-85, hier S. 78.

²³⁹ Der „Dritte Weg“ der New Labour Party wurde von Anthony Giddens theoretisch unterfüttert. Zwischen Neoliberalismus (neue Rechte) und alter Sozialdemokratie (alte Linke) sieht der Weg Giddens‘ eine erneuerte Sozialdemokratie vor, die die Bedeutung von Wettbewerbsfähigkeit und Erzeugung von Wohlstand unter den Bedingungen globaler Märkte anerkennt, jedoch dem Staat weiterhin eine wichtige Rolle als „Sozialinvestor“ in Humankapital und Infrastruktur zukommen lässt. Mehr Gleichheit soll nicht mehr durch nachträgliche Umverteilung, sondern durch gleiche Verteilung der Chancen, vor allem der Chancen auf Zugang zum Arbeitsmarkt, erreicht werden: „Die neue Politik bestimmt Gleichheit als Inklusion und Ungleichheit als Exklusion.“ In einer individualisierten Gesellschaft gelte es, den Grundsatz „Keine Rechte ohne Verpflichtungen“, z.B. bei der Verknüpfung von Arbeitslosenunterstützung mit der Verpflichtung auf aktive Arbeitssuche, als zentrales Motto der neuen Politik durchzusetzen. Vgl. Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1999, S. 117-121; S. 81.

²⁴⁰ Vgl. Heimann: Die SPD in den neunziger Jahren, S. 90-91. Siehe Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie, S. 160-161.

²⁴¹ Oberreuter, Heinrich: Der Machtwechsel. Regierung und Opposition in den neunziger Jahren, in: Süß (Hg.): Deutschland in den neunziger Jahren, S. 54-70, hier S. 67.

²⁴² Vgl. Meyer: Transformation der Sozialdemokratie, S. 193. Schröder hat damit in den neunziger Jahren, so Franz Walter „die Rolle, die Lafontaine in den achtziger Jahren gespielt hatte“ kopiert und galt in den Medien, wie einst Lafontaine, „als mutiger Einzelkämpfer und moderner Politiker, der sich um Parteidogmen nicht kümmerte und seine eigene, pragmatische Politik betrieb.“ Walter: Vom Proletariat zur Neuen Mitte, S. 237. Lafontaine als Parteivorsitzender hingegen kam die Aufgabe der Integration der verschiedenen Richtungen zu.

²⁴³ Ein „Sowohl-als-auch“ kennzeichne nach Egle/Henkes das Wahlprogramm von 1998, es enthalte „vornehmlich vage Absichtserklärungen statt konkreter Maßnahmen, die Differenzen zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Kanzlerkandidaten über die Richtung der Wirtschaftspolitik wurden nur überdeckt und die innerparteilichen

die Wähler der „Neuen Mitte“, die bürgerliche und eher marktorientierte Wechselwählerschaft, zielte, und vom „linken“ Oskar Lafontaine, der auf die Integration der traditionellen, gewerkschaftlich orientierten Klientel sowie der postmaterialistischen Wählerschaft setzte. Die fällige Programmdebatte, die 1999 als Reaktion auf das sogenannte „Schröder-Blair-Papier“ einsetzte und 2007 mit der Verabschiedung des Hamburger Programms formal beendet wurde, drehte sich vor allem um die Frage „nach der konkreten, zeitgemäßen sozialdemokratischen Ausformung dessen, was soziale Gerechtigkeit sei“²⁴⁴ und damit verbunden um die Frage „welche Rolle der Staat in Bezug auf den Markt bei der Verwirklichung dieses sozialdemokratischen Ziels einzunehmen hat.“²⁴⁵

Die Konfliktlinien in der SPD verliefen dabei nicht exakt zwischen „Modernisierern“ und „Traditionalisten“, sondern die Flügel differenzierten sich noch weiter aus. Christoph Egle und Christian Henkes unterscheiden innerhalb des linken Lagers noch zwischen gewerkschaftsnaher Traditionskompagnie und der „Parlamentarischen Linken“²⁴⁶, halten aber trotz Differenzierungen an einer gemeinsamen Bezeichnung von „Traditionalisten“ oder „Linken“ gegenüber den „Modernisierern“ fest.²⁴⁷ Richard Stöss und Oskar Niedermayer weisen hingegen daraufhin, dass die Bezeichnungen „Traditionalisten“ und „Modernisierer“ erstens oft als polemische Zuschreibungen des jeweils anderen Lagers benutzt werden, zweitens dass ein Modernisierungsbedarf der SPD auch bei den sogenannten „Traditionalisten“ nicht umstritten ist und drittens weder die „Traditionalisten“ die traditionelle Stammklientel noch die „Modernisierer“ geschlossen die sogenannte „Neue Mitte“ repräsentierten.²⁴⁸

Thomas Meyers Kategorisierung erscheint am praktikabelsten: Er unterscheidet innerhalb der immer noch wichtigsten Faktion in der SPD – der „Parlamentarischen Linken“ – zwischen der „Gestaltungs-Linken“ und dem linken Rand, der sich in der zweiten Amtszeit, ähnlich wie einige Gewerkschaften, gegenüber der Agenda 2010-Politik als Veto-Spieler geriert hat.²⁴⁹ Die traditionelle Parteirechte im „Seeheimer Kreis“ rechnet er durchaus zu den loyalen Unterstützern einer pragmatischen sozialdemokratischen Regierungspraxis, aber nicht direkt zu den

Differenzen auf diesem Gebiet nicht überwunden.“ Egle/Henkes: Später Sieg, S. 73-74. Ähnlich Jun: Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 262.

²⁴⁴ Egle/Henkes: Später Sieg, S. 71. Vgl. auch Stöss/Niedermayer: Zwischen Anpassung und Profilierung, S. 10.

²⁴⁵ Egle/Henkes: Später Sieg, S. 71. Thomas Meyer fasst die Kernfragen der Programmdebatte so zusammen: „Es ging also darum, ob die Partei eher durch liberalisierende Reformen, eine größere Rolle von Markt und Zivilgesellschaft und einer Befähigung des Einzelnen zu mehr Eigenverantwortung eine Modernisierung des Grundkonzeptes sozialer Demokratie erreichen sollte, oder – auf der Basis einer Sozialdemokratisierung der transnationalen Rahmenbedingungen – weiterhin traditionelle Konzepte verfolgen sollte.“ Meyer, Thomas: Die blockierte Partei – Regierungspraxis und Programmdiskussion der SPD 2002-2005, in: Egle/Zohlnhöfer: Ende des rot-grünen Projekts, S. 83-97, hier S. 86.

²⁴⁶ Die „Parlamentarische Linke“, anfangs „Leverkusener Kreis“ gründete sich in den 70er Jahren und geriet mit den sogenannten „Kanalarbeitern“ (klassenspezifisch geprägt, in der Arbeiterbewegung verwurzelt, reformistisch) in Konflikt, die daraufhin den rechten „Seeheimer Kreis“ (Regierungsflügel, v.a. unter Schmidt) gründeten. Siehe dazu ausführlich Gebauer, Annekatriin: Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf. Mit einem Geleitwort von Helmut Schmidt, Wiesbaden 2005.

²⁴⁷ Egle/Henkes: Später Sieg, S. 70.

²⁴⁸ Vgl. Stöss/Niedermayer: Zwischen Anpassung und Profilierung, S. 10.

²⁴⁹ Vgl. Meyer: Die blockierte Partei, S. 92.

„Modernisierern“.²⁵⁰ Diese sieht er eher im sogenannten „Netzwerk“²⁵¹ beheimatet.²⁵² Für das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften ist wichtig festzuhalten, dass es somit nicht „die“ SPD gab – so wenig wie „die“ Gewerkschaften, wie im nächsten Kapitel zu sehen sein wird – sondern dass Konfliktlinien, auch durch personelle Überschneidungen, innerhalb der SPD verliefen.

Zwischenfazit

Die SPD hat sich in der Bundesrepublik programmatisch und sozialstrukturell endgültig von einer Klassenpartei zu einer integrativen Volkspartei entwickelt. Mit dem Berliner Programm von 1989 hat sie die Notwendigkeit einer Ökologisierung der Ökonomie anerkannt und in der Gesellschaftspolitik dem postmaterialistischen Wertewandel Rechnung getragen. Seit dem Verlust der keynesianischen Steuerungsfähigkeit Ende der siebziger Jahre, unter den Bedingungen des Globalisierungsdiskurses, der Massenarbeitslosigkeit und des Drucks auf den Umbau des Sozialstaates in den achtziger und neunziger Jahren befand sich die SPD zum Ende des 20. Jahrhunderts in einem programmatischen Dilemma in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und schwankte zwischen „Anpassung und Profilierung“²⁵³.

Organisationsreformen und Medialisierung der Parteiarbeit

Die SPD wandelte sich nicht nur programmatisch und sozialstrukturell, sondern auch organisatorisch und strategisch. Seit Ende der siebziger Jahre litt sie unter einem Mitgliederschwund. Die Mitgliederkrise gesellschaftlicher Großorganisationen wird auf die Individualisierungsprozesse und den Wertewandel zurückgeführt, die eine abnehmende Bindungswirkung traditioneller Organisationen und die Bevorzugung neuer, partizipativerer, zeitlich und thematisch eingegrenzter Formen der politischen Betätigung mit sich gebracht haben. Nach ihrem Mitgliederhöchststand von 1.022.191 im Jahr 1976 musste die SPD – ausgenommen 1990 – jedes Jahr abnehmende Mitgliederzahlen bekannt geben.²⁵⁴ Bis zum Jahr 2000 war die Mitgliederzahl auf 734.667 gesunken.²⁵⁵ Im Osten Deutschlands scheiterte von Anfang an ein flächendeckender Aufbau der Organisation. Seit den achtziger Jahren wurde angesichts dieser Entwicklungen in der Wissenschaft über das Ende des Typus der Mitgliederpartei diskutiert.²⁵⁶

²⁵⁰ Siehe Meyer: Die blockierte Partei, S. 93.

²⁵¹ Das „Netzwerk Berlin“ wurde 1998 nach der Bundestagswahl von jungen Abgeordneten gegründet, ist der dritte organisierte Flügel in der SPD-Bundestagsfraktion neben Seeheimern und der Parlamentarischen Linken und gilt als pragmatischer Flügel, der für eine Politik der „neuen Verantwortung“ jenseits von Ideologien und Zuschreibungen von links und rechts steht. Das Netzwerk beruht aber weniger auf einer bestimmten inhaltlich-programmatische Basis, sondern ist eher ein Generationenzusammenschluss. Vgl. Profitlich, Sonja: Politische Generationen in der Sozialdemokratie, online verfügbar unter http://www.fes-online-akademie.de/download.php?d=sonja_profitlich.pdf, zuletzt geprüft am 15.11.2008., S. 15-17.

²⁵² Meyer: Die blockierte Partei, S. 93.

²⁵³ Stöss/Niedermayer: Zwischen Anpassung und Profilierung.

²⁵⁴ Vgl. Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 7.

²⁵⁵ Siehe Heimann: Die SPD in den neunziger Jahren, S. 99.

²⁵⁶ Vgl. Raschke, Joachim: Die Zukunft der Volksparteien erklärt sich aus ihrer Vergangenheit. Minimalismus und Konflikte in der Zivilgesellschaft, in: Machnig, Matthias/Bartels, Hans Peter (Hg.): Der rasende Tanker. Analysen und

Neben dem Mitgliederschwund allgemein lagen Probleme auch in der Überalterung der Mitgliederstruktur, im Nachwuchsmangel und in der zurückgehenden Partizipationsbereitschaft der noch vorhandenen Mitglieder.²⁵⁷ Hinzu kam eine Fragmentierung der SPD, die von Peter Lösche und Franz Walter 1992 als „lose verkoppelte Anarchie“ beschrieben wurde. Konkret bedeutete dies,

„daß sich die Partei horizontal und vertikal zunehmend fragmentierte, daß innerparteiliche Arbeitsgemeinschaften und Flügel sowie die Gebietsverbände auf den verschiedenen Ebenen immer mehr vergleichsweise selbstständigen Segmenten ähnelten, sie jedenfalls nicht in eine stromlinienförmig sich zuspitzende Oligarchie einbetoniert waren.“²⁵⁸

Eine zielgerichtete Strategieentwicklung gestaltete sich unter diesen Bedingungen – verstärkt durch die häufigen Wechsel an der Parteispitze – schwierig; den Fragmentierungstendenzen musste entgegengewirkt werden, „wenn die SPD überhaupt als stimmige Einheit wieder erkennbar werden sollte.“²⁵⁹ Die Anfang der neunziger Jahre angestoßenen Reformbemühungen der SPD unter dem Titel „SPD 2000“ sollten die Kampagnenfähigkeit der SPD wiederherstellen, die Mitgliederpartizipation stärken, für mehr Transparenz und Mitbestimmung sorgen, die Basisnähe wiederherstellen und die SPD auch nach außen hin für Nicht-Mitglieder öffnen.²⁶⁰ Die – auch nur sehr halbherzig implementierten – Reformen schlugen sich aber weder in Mitgliedererwartungen, noch in einer Steigerung der Partizipationsbereitschaft nieder.²⁶¹

Hinsichtlich der Kampagnenfähigkeit sah es Ende der neunziger Jahre besser aus. Die Einrichtung der „Kampa 98“ bedeute die Professionalisierung, Modernisierung und endgültige Medialisierung des Wahlkampfes der SPD, fortgeführt durch die „Kampa 02“,²⁶² und eine tendenzielle Hinwendung zu einer stärker wähler- denn programmorientierten Strategie²⁶³. Uwe Jun sieht die SPD daher auch auf dem Weg zu einer professionalisierten Medienkommunikationspartei anstatt zu einer – wie durch die Organisationsreformen intendierten – Partizipationspartei.²⁶⁴ Daran änderten seiner Meinung nach auch die ab 1999/2000 unter dem

Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation, Göttingen 2001, S. 14–25, hier S. 16. Die Liste der neuen Parteientypen reicht von professionalisierten Wählerparteien über Kartellparteien und Fraktionsparteien bis hin zu Medien- oder Kommunikationsparteien. Joachim Raschke ist allerdings der Ansicht, dass die Trends, die zu diesen Typisierungen geführt haben – Professionalisierung, Einflussverlagerung auf Parlament und Regierung, verstärkte Instrumentalisierung staatlicher Ressourcen und der Bedeutungsgewinn mediatisierter Öffentlichkeit – genau dieselben sind, die auch zum Typus der Volkspartei geführt haben, nur eben noch verstärkter. Vgl. Ebenda.

²⁵⁷ Vgl. Jun: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 394.

²⁵⁸ Lösche/Walter: Die SPD, S. 192.

²⁵⁹ Potthoff, Heinrich: Partei im Wandel. Stagnation – Kurssuche – Regierungsverantwortung, in: Potthoff/Miller: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 2002, S. 287-416, hier S. 360.

²⁶⁰ Vgl. Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie, S. 190. Dazu zählten u.a. die Einführung eines Mitgliederbegehrens sowie die Möglichkeit einer Mitgliederabstimmung über den Parteivorsitz, die 1993 ein einziges Mal, bei der Wahl von Rudolf Scharping, durchgeführt wurde.

²⁶¹ Vgl. Jun: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 394.

²⁶² Siehe Jun: Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 320 ff.

²⁶³ Vgl. von Alemann, Ulrich: Doppelter Einsatz, halber Sieg? Die SPD und die Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Opladen 2008, S. 37-65, hier S. 44. Das läge auch an der pragmatischen Ausrichtung von Gerhard Schröder, dem griffige Slogans und die Abstellung der Medien auf seine Person wichtiger gewesen seien als politische Inhalte. Vgl. Ebenda.

²⁶⁴ Vgl. Jun: Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 156.

Titel „Demokratie braucht Partei“²⁶⁵ angestrebten organisatorischen Reformen unter Franz Müntefering und Mathias Machnig, in der erstmals der Begriff der „Netzwerkpartei“²⁶⁶ fiel, nichts.²⁶⁷ Von einer lose verkoppelten Anarchie innerhalb der SPD kann nur noch eingeschränkt die Rede sein: Die Professionalisierung und Modernisierung der Parteizentrale und der Arbeit des Parteivorstandes haben dazu geführt, dass dem Parteivorstand eine größere Autonomie und ein Machtzuwachs bei Entscheidungen und Strategieentwicklungen zugewachsen ist. Spätestens unter Franz Müntefering als Generalsekretär ab 1999, so Martin Frenzel, zeigt sich neben den Fragmentierungstendenzen ein Bild der SPD als politisch-rationalem, zentralistisch-oligarchischem Zweckverband.²⁶⁸

Gesellschaftliche Transformationsprozesse wie Individualisierung und Pluralisierung und die Entwicklung zur Mediengesellschaft haben somit auch einen organisatorischen und strategischen Wandel innerhalb der SPD bewirkt. Wie sich die gewerkschaftliche Organisation und Programmatik durch diese und andere Herausforderungen entwickelte, wird im Folgenden beschrieben.

2. Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen

Gesellschaftliche Großorganisationen wie die Gewerkschaften sind ähnlich wie Parteien gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandlungsprozessen ausgesetzt. Die deutschen Gewerkschaften sind zudem stark mit dem politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik verflochten, so dass Entwicklungen und Herausforderungen in diesem Kontext auch sie unmittelbar berühren.

²⁶⁵ Franz Müntefering forderte in seinem Vortrag „Demokratie braucht Partei“ Konsequenzen für die Parteiarbeit aus den Herausforderungen durch Individualisierung, Mediendemokratie, gestiegene Mobilität und Pluralisierung. Unter andern stellte er fest, dass die traditionellen Strukturen der Partei zwar immer noch gut seien, aber längst nicht mehr alle Mitglieder erreichen würden, und dass „die Partei [...] die Kontakte intensivieren[muss] zu politisch Interessierten, die nicht parteipolitisch gebunden sind.“ Konsequenz aus letzterem war die folgende Idee: „Auf allen Ebenen der Partei werden Angebote etabliert, die sich an bisher passive Mitglieder richten und die Nichtmitglieder in die Diskussion und Arbeit einbeziehen.“ Vgl. Müntefering, Franz: Demokratie braucht Partei. Die Chance der SPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2000, S. 337-342, hier S. 337; S. 339.

²⁶⁶ „Das ist eine Partei mit in unterschiedlichem Maße und zu unterschiedlichen Zeiten aktiven Mitgliedern, aktiven Unterstützern und interessierten Dialogpartner.“ Machnig, Mathias: Auf dem Weg zur Netzwerkpartei, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11/2000, S. 654-660, hier S. 655. Mathias Machnig sieht in der Fähigkeit „Kompetenznetzwerke zu knüpfen und damit gesellschaftliche Änderungen in organisatorischen und institutionellen Strukturen abzubilden“ das „zentrale Erfordernis der Organisationskompetenz einer modernen Partei.“ Ebenda. Kritisch zur Idee der Netzwerkpartei äußert sich Franz Walter, da die „Vermittelschichtisierung“ der SPD durch ein Mehr an Partizipation noch verstärkt werde und damit einen beträchtlichen Verlust an Loyalität und Bindungswirkung in die traditionellen Wählerschichten auslösen könne. „Denn die Machnigsche Netzwerkpartei richtet sich allein an Menschen, die professionell kommunizieren können, an die ressourcenstarken Partizipatoren also.“ Die alte Struktur dürfe daher nicht vollständig ausgehebelt werden, wenn der Entkoppelungsprozess zu den unteren Schichten aufgehalten werden soll. Siehe Walter, Franz: Brauchen Parteien mehr Beteiligung? Über Tücken und Chancen vermehrter innerparteilicher Partizipation, in: Machnig/Bartels (Hg.): Der rasende Tanker, S. 46-54, hier S. 52-53.

²⁶⁷ Siehe Jun: Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 150 ff.

²⁶⁸ Siehe Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie, S. 189.

Gewerkschaften im politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik

Die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Einflussnahme im politischen System der Bundesrepublik beginnen bei einer direkten Beteiligung am politischen Prozess durch Übernahme von politischen Mandaten bis hin zu Regierungsämtern. Daneben sind Vertreter der Gewerkschaften in die Verwaltung der Sozialversicherungen und die Arbeitsgerichtsbarkeit eingebunden, sie sind repräsentiert in beratenden Gremien in Ministerien und in parlamentarischen Anhörungen und können darüberhinaus auch Einfluss über und auf Parteien, vor allem die SPD, nehmen.²⁶⁹ 1998 waren in der SPD etwa 80 % der Abgeordneten auch gleichzeitig Mitglied in einer Gewerkschaft.²⁷⁰ Dies alleine verhilft den Gewerkschaften aber nicht dazu, ihre Interessen durchzusetzen, hat sich doch „schon in der Vergangenheit [...] gezeigt, dass die bloße Gewerkschaftsmitgliedschaft kaum handlungsorientierend war, wenn es um die Abstimmung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen ging“²⁷¹ und die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten – auch die anderer Parteien – daher für „die gewerkschaftliche Strategiebildung keine Rolle“²⁷² spielen. Immer wichtiger werden die Einflussnahme über die Medien und die Mobilisierung der Öffentlichkeit, da die Gewerkschaften ebenfalls dem Wandel zur Mediengesellschaft unterworfen sind und damit auch versuchen, eine ihrer größten Herausforderungen – den Mitgliederschwund – zumindest teilweise zu kompensieren.²⁷³

Die politischen Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften beruhen auf ihren Erfolgen in ihrer ursprünglichen Arena, dem Arbeitsmarkt, auf dem durch Tarifautonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung sowie weiteren rechtlichen Garantien die Verhandlungsposition der Gewerkschaften institutionalisiert wurde.²⁷⁴ Diese Verhandlungsposition hängt aber auch von einem ausreichenden Maß an Mobilisierungs- und Verpflichtungsfähigkeit von Arbeitnehmern durch Gewerkschaften ab, sprich: von ihrer Streikfähigkeit ab.²⁷⁵ Der Mitgliederschwund trifft die Gewerkschaften daher stärker als die SPD.

Mitgliederentwicklung und Organisationsgrade

Zwischen 1950 und 1980 stieg die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten im DGB von 5,45 Millionen auf 7,88 Millionen an.²⁷⁶ In den achtziger Jahren verloren die Gewerkschaften an Mitgliedern, konnten aber durch die Mitgliedergewinne der deutschen Einheit ihren

²⁶⁹ Armingeon: Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 123.

²⁷⁰ Siehe Schroeder/Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 686. Die Daten gelten jedoch als unvollständig.

²⁷¹ Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 451.

²⁷² Siehe Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 17.

²⁷³ Vgl. Weßels, Bernhard: Gewerkschaften in der Mediengesellschaft, in: Schroeder/Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 323–341, hier S. 326; S. 324.

²⁷⁴ Vgl. Hassel, Anke: Zwischen Politik und Arbeitsmarkt. Zum Wandel gewerkschaftlicher Eliten in Deutschland, in: Münkler, Herfried/Straßenberger, Grit/Bohlender, Matthias (Hg.): Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt am Main 2006, S. 199–220, hier S. 218.

²⁷⁵ Vgl. Ebbinghaus, Bernhard: Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich, in: Schroeder/Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, Wiesbaden 2003, S. 174–203, hier S. 175.

²⁷⁶ Siehe Schroeder/Weßels: Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 636.

Mitgliederbestand fast verdoppeln (1991: 11,8 Mill.).²⁷⁷ Schon seit dem darauffolgenden Jahr verloren die Gewerkschaften beständig Mitglieder, 1998 waren sie mit 8,3 Mill. Mitgliedern fast wieder auf dem Stand Ende der siebziger Jahre.²⁷⁸ Aussagekräftiger als die reinen Mitgliederzahlen ist der Organisationsgrad der Gewerkschaften, d.h. der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten an allen abhängigen Erwerbspersonen. Der Bruttoorganisationsgrad²⁷⁹ sank trotz steigender Mitgliederzahlen in den fünfziger und sechziger Jahren, da die Beschäftigungsexpansion in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht zu einer analogen Zunahme an gewerkschaftlich Organisierten führte.²⁸⁰ Erst in den siebziger Jahren stieg er wieder an, konnte 1990/91 nochmals zulegen und sank ab dann kontinuierlich.²⁸¹ Sieht man sich den Nettoorganisationsgrad an, der genau die Gruppe berücksichtigt, für die Gewerkschaften Tarifverträge abschließen und der somit „das tarifpolitische Gewicht einer Gewerkschaft [...] bestimmt“²⁸², ging dieser noch rascher zurück, da der Anteil der nicht-erwerbstätigen Mitgliedern (v.a. Rentner) stieg.²⁸³ 2000 lag er bei etwa 17,3 %.²⁸⁴

Neben dem sinkenden Organisationgrad stehen die Gewerkschaften vor dem Problem, dass sich die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft immer weiter von der Struktur auf dem Arbeitsmarkt entfernt hat, d.h. dass sie die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft nicht widerspiegelt, und dass sie eher die Modernisierungsverlierer als die -gewinner vertreten²⁸⁵. Mitgliederverluste durch das Schrumpfen des traditionellen Rekrutierungsfeldes der Gewerkschaften, des (groß-)industriellen Sektors konnten nicht im gleichen Maße durch Gewinne im Dienstleistungssektor wett gemacht werden, ebenso wenig wie der Anstieg des Anteils der Angestellten in der gesamtdeutschen Erwerbstätigenstruktur nachvollzogen wurde oder die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit.²⁸⁶ Ebenso wie die SPD leiden die Gewerkschaften zudem an Nachwuchsmangel.²⁸⁷

Im Jahr 2000 lag der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor bei 63,9 % (1950: 33 %) und im industriellen Sektor bei 33,4 % (1950: 43,3 %), am schnellsten ging die

²⁷⁷ Vgl. Schroeder/Weßels: Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 636.

²⁷⁸ Ebenda.

²⁷⁹ Das Verhältnis zwischen der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder (einschl. Rentner, Arbeitslose, Studenten etc.) und der Zahl der abhängig Erwerbstätigen (Bruttoorganisationsgrad II). Der Bruttoorganisationsgrade kann auch unter Einbezug der Arbeitslosen in die Zahl der abhängig Erwerbstätigen berechnet werden (Bruttoorganisationgrad I). Schroeder/Weßels: Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 646-647.

²⁸⁰ Vgl. Ebbinghaus: Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften, S. 183.

²⁸¹ Siehe Schroeder/Weßels: Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 650.

²⁸² Ebenda, S. 646. Das Verhältnis zwischen abhängig erwerbstätige Gewerkschaftsmitgliedern und abhängig Erwerbstätigen in der Gesamtbevölkerung. Aus den abhängig erwerbstätigen Gewerkschaftsmitgliedern sollten somit Arbeitslose, Rentner, Selbständige oder auch Studenten, Wehrdienstleistende etc. heraus gerechnet werden. Aufgrund unzureichender und sich widersprechender statistischer Angaben aber nicht verlässlich berechenbar, gilt daher nur als Näherungswert. Vgl. ebenda, S. 649.

²⁸³ Siehe Hassel, Anke: Gewerkschaften und sozialer Wandel. Mitgliederrekrutierung und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Großbritannien (= Nomos Universitätsschriften: Soziologie, 4), Baden-Baden 1999, S. 29.

²⁸⁴ Vgl. Ebbinghaus: Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften, S. 182.

²⁸⁵ Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 466.

²⁸⁶ Vgl. Schroeder/Weßels: Das deutsche Gewerkschaftsmodell im Transformationsprozess, in: Schroeder/Weßels: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S.11- 37, hier S. 20.

²⁸⁷ Ebenda.

Beschäftigung im landwirtschaftlichen Sektor zurück.²⁸⁸ Der Anteil der Arbeiter ging von 48,8 % 1950 auf 33,4 % im Jahr 2000 zurück, während der Anteil von Angestellten von 16,5 % auf 48,5 % und der Anteil der Beamten von 4,1 % auf 6,8 % von 1950 bis 2000 anstieg.²⁸⁹ Im DGB waren 2000 von allen organisierten Mitgliedern 60,2 % Arbeiter bei 28,6 % Angestellten, 7,2 % Beamten und 4% Andere (Rentner, im Haushalt Tätige, Studenten etc.).²⁹⁰ Zwei Drittel der organisierten Arbeiter sind im industriellen Sektor, ein Viertel im öffentlichen Dienstleistungssektor tätig, nur sehr wenige im privaten Dienstleistungsbereich.²⁹¹ Bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten ist der Großteil im Dienstleistungssektor denn im industriellen Sektor tätig und in diesem Bereich drei Mal so häufig im öffentlichen als im privaten Dienstleistungssektor.²⁹²

Strukturelle, politisch-zyklische und institutionelle Faktoren für Organisationsentwicklung und Durchsetzungsfähigkeit

Die Mitgliederverluste insgesamt und vor allem die Rekrutierungsschwierigkeiten bei den Angestellten im privaten Dienstleistungssektor werden einerseits anhand der Organisation und Struktur dieses Sektors erklärt, die eher ungünstig für die Herausbildung eines gemeinsamen Interesses und kollektiver Identität sind.²⁹³ Dazu zählen kleinere Arbeitseinheiten, größere persönliche Autonomie, unsichere Beschäftigungsverhältnisse sowie stärkere individuelle Konkurrenz.²⁹⁴ Weiterhin erschweren die geringe Zahl von gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten in diesem Bereich sowie die Ausweitung von Teilzeit- und Leiharbeit generell die gewerkschaftliche Mitgliederwerbung und Bindung.²⁹⁵ Auch andere Formen der Arbeit, wie die sogenannte Scheinselbständigkeit oder die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, trugen dazu bei, dass sich die Arbeitnehmerschaft ausdifferenzierte.²⁹⁶ Hinzu kommen die im vorherigen Kapitel beschriebenen sozialstrukturellen und -kulturellen Wandlungsprozesse. Die nachlassende Bindungswirkung traditioneller Großorganisationen durch Individualisierung, die Auflösung sozialer Großmilieus und das Zurückgehen des traditionellen Partizipationsinteresses trifft auch die Gewerkschaften.²⁹⁷ Insgesamt sind also die Voraussetzungen für eine kollektive

²⁸⁸ Siehe für die Angaben zum Jahr 2000: Schroeder/Weßels: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 622. Für die Angaben zum Jahr 1950 vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 600.

²⁸⁹ Vgl. Tabelle 1, in: Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 8.

²⁹⁰ Vgl. Tabelle 1, in: Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 8.

²⁹¹ Vgl. Ebbinghaus: Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften, S. 189.

²⁹² Ebenda, S. 191.

²⁹³ Vgl. Schroeder/Weßels: Das deutsche Gewerkschaftsmodell im Transformationsprozess, S. 32. Im Gegensatz wird der öffentliche Dienstleistungssektor als rekrutierungsfreundlich begriffen aufgrund seiner Größe, des besonderen Status öffentlich Beschäftigter, einer speziellen rechtlichen Regulierung sowie aufgrund der Hierarchiestrukturen, die eine Absicherung nötig erscheinen lassen. Vgl. Hassel: Gewerkschaften und sozialer Wandel, S. 51.

²⁹⁴ Vgl. Schroeder/Weßels: Das deutsche Gewerkschaftsmodell im Transformationsprozess, S. 32.

²⁹⁵ Siehe Ebbinghaus: Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften, S. 191-192.

²⁹⁶ Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 465.

²⁹⁷ Vgl. Schroeder, Wolfgang: Der neue Arbeitsmarkt und der Wandel der Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47-48/2003, S. 6-13, hier S. 7.

Interessenvertretung aufgrund der Differenzierungen in der Arbeitnehmerschaft sehr viel schwieriger geworden.²⁹⁸

Neben diesen (sozial-)strukturellen Erklärungsansätzen werden auch institutionelle²⁹⁹ und politisch- bzw. wirtschaftlich-zyklische Faktoren für die Organisationsentwicklung der Gewerkschaften heran gezogen. Insgesamt gilt die Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Parteien als vorteilhafter für die gewerkschaftliche Machtbasis, da sie eher gewerkschaftfreundliche Reformen (etwa die Ausweitung der Mitbestimmung 1976 oder die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 2001) oder auch direkte Beteiligungen der Gewerkschaften (in Form der Konzertierten Aktion oder auch des „Bündnis für Arbeit“) an der Politik ermöglichten.³⁰⁰

In den achtziger und neunziger Jahren gerieten die Gewerkschaften in Zeiten der konservativ-liberalen Regierung dagegen unter Druck. Dafür sind einerseits wirtschaftliche Indikatoren verantwortlich (Ende des Wachstums, steigende Arbeitslosigkeit, tatsächliche Globalisierungsprozesse von Finanz- und Gütermärkten etc.), andererseits das Vordringen der neoliberalen Wirtschaftstheorien im Zuge des Globalisierungsdiskurses. Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmarktbeziehungen, Senkung der Lohnkosten und sozialer Standards sowie eine Umorientierung der Unternehmensstrategie hin zu kurzfristigen Gewinnerwartungen zugunsten der Aktionäre („share-holder value“) sollten den „Standort Deutschland“ im weltweiten Wettbewerb attraktiv für Investoren machen.³⁰¹ Rationalisierungs- und Modernisierungsprozesse in Folge technologischer Neuerungen und der Digitalisierung sorgten zum einen für einen Rückgang der Beschäftigung³⁰², vor allem im Bereich gering qualifizierter Arbeit, und zum anderen trieben sie die Veränderung der Arbeits- und Produktionsorganisation voran, die sich nicht mehr an industrieller Massenproduktion, standardisierten Produkten und Dienstleistungen und am industriellen Großbetrieb (fordistisches Produktionsmodell) orientierte, sondern durch dezentrale und flexible Elemente gekennzeichnet war³⁰³.

²⁹⁸ Kritisch zu den strukturellen Erklärungsansätzen äußert sich Anke Hassel: „Empirisch sind [...] pauschale Annahmen über die Organisationsneigung einzelner sozialer Gruppen aufgrund individueller Merkmale wie Geschlecht oder Status kaum haltbar.“ Der Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft sei daher nicht der alleinige, wahrscheinlich nicht einmal der wichtigste Erklärungsansatz. Siehe Hassel: Gewerkschaften und sozialer Wandel, S.52; S. 53. Klaus Armingeon kommt nach einer empirischen Analyse im Angestelltenbereich zu dem Ergebnis, dass die Angestellten zwar keine völlig heterogene Gruppe bilden, wie eine Individualisierungsthese nahe legen würde, aber auch keine vollständig homogene Gruppe. Daher gebe es keine gewerkschaftliche Programmierung, die gleichermaßen für die Organisierung aller Angestellten geeignet wäre. Vgl. Armingeon, Klaus: Zwei Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften im internationalen Vergleich, in: Zimmer, Annette/Weßels, Bernhard (Hg.): Verbände und Demokratie in Deutschland (= Bürgerschaftliches Engagement und Non-Profit-Sektor 5), Opladen 2001, S. 55-76, hier S. 59; S. 61.

²⁹⁹ Das heißt das Ausmaß der Inkorporierung der Gewerkschaften in das politische und wirtschaftliche System, etwa durch Mitbestimmungsrechte, Zugang zu Betrieben, Form des Tarifvertragssystems, korporatistische Gremien etc.

³⁰⁰ Siehe z.B. Schroeder: Der neue Arbeitsmarkt und der Wandel der Gewerkschaften, S. 12. Vgl. Armingeon: Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 125-126.

³⁰¹ Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 425-426.

³⁰² Ebenda, S. 426.

³⁰³ Vgl. Schroeder/Weßels: Das deutsche Gewerkschaftsmodell im Transformationsprozess, S. 22.

Die Erosion des Fordismus als vorherrschende Form des Kapitalismus, in den die Gewerkschaften integriert waren und als ein Systembestandteil galten (Wahrung des sozialen Friedens, Sicherung der Massennachfrage für die Massenproduktion etc.) und des Keynesianismus, der mit dem fordistischen Modell eng verbunden war, stellte die Gewerkschaften vor große Herausforderungen.³⁰⁴ Die neue Form des Kapitalismus (Shareholder-Kapitalismus oder Finanzmarktkapitalismus) stempelte „die Gewerkschaften gleichsam über Nacht [...] zum Anachronismus.“³⁰⁵ Neben der Orientierung an den globalen Märkten und dem share-holder-value spielten dabei auch Verluste in der nationalstaatlichen Steuerungsfähigkeit der Wirtschaft eine Rolle, die die Bedeutung der Gewerkschaften als „makroökonomisches Steuerungsinstrument“ schmälerte.³⁰⁶ In Deutschland wirkten sich diese Entwicklungen unter anderem in einer Abneigung von Unternehmen, vor allem neuer Unternehmen, gegen die tradierten Formen kooperativer Vereinbarungen in Form des Flächentarifvertrages aus, der einheitliche Regelungen und (Mindest-)Standards für eine ganze Branche in einer Region oder teilweise bundesweit festlegt.³⁰⁷ Die Tarifpolitik „verbetrieblichte“ zusehends.

Politische Antworten der Gewerkschaften auf die zentralen Herausforderungen

Die Gewerkschaften hielten an einer keynesianistisch orientierten Nachfragepolitik fest, versuchten den Flächentarifvertrag zu verteidigen und stellten sich gegen den Abbau arbeitsrechtlicher oder sozialer Regulierungen. Daher wurden sie in den achtziger und neunziger Jahren zunehmend nicht mehr als Gestalter der industriellen Beziehungen und der Arbeitsmarktpolitik angesehen, sondern als Blockierer notwendig erscheinender Reformen. Dabei haben sie im Feld der Tarifpolitik einer „kontrollierten Dezentralisierung“ durchaus Raum gegeben: Die Öffnungsklauseln und betrieblichen Sonderregelungen stiegen seit Anfang der neunziger Jahre an und der zunehmenden Flucht von Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden wurde versucht mit dem Abschluss von Firmentarifverträgen Rechnung zu tragen.³⁰⁸ Um angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels für Beschäftigungssicherung zu sorgen, aber auch um eine Antwort auf die anhaltenden Massenarbeitslosigkeit zu finden, setzten die Gewerkschaften in den achtziger und neunziger Jahren auf Konzepte der Umverteilung von Arbeit, vor allem durch Arbeitszeitverkürzungen. Die Lohnsteigerungen in den neunziger Jahren hielten sich in einem Rahmen, der aufgrund der Inflationsrate kaum zu einer Steigerung des Realeinkommens der Arbeitnehmer führte.³⁰⁹ Trotzdem ist der gängigste Vorwurf an die Adresse

³⁰⁴ Siehe Müller-Jentsch, Walther: Kapitalismus ohne Gewerkschaften? in: Brinkmann, Ulrich/Krenn, Karoline/Schief, Sebastian (Hg.): Endspiel des kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas, Wiesbaden 2006, S. 169-179, hier S. 175.

³⁰⁵ Müller-Jentsch: Kapitalismus ohne Gewerkschaften? S. 176.

³⁰⁶ Ebenda.

³⁰⁷ Vgl. Schroeder/Weßels: Das deutsche Gewerkschaftsmodell im Transformationsprozess, S. 31.

³⁰⁸ Vgl. Schroeder: Der neue Arbeitsmarkt und der Wandel der Gewerkschaften, S. 11. Von 1990 bis 2002 hat sich ein Plus an Firmentarifverträgen von 183 % ergeben. Vgl. Schroeder/Weßels: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 677.

³⁰⁹ Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 459.

der Gewerkschaften, sie würden nur eine Politik zugunsten der Arbeitsplatzbesitzenden machen und den Arbeitsplatzsuchenden durch die Verteidigung bestimmter Standards (etwa Kündigungsschutz) und zu hoher Lohnabschlüsse den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren, geblieben.³¹⁰

Um aus dieser Defensivsituation heraus zu kommen versuchten die Gewerkschaften „immer wieder ein Junktim zwischen der Bereitschaft zu tarifpolitischer Zurückhaltung und garantierter Mehrbeschäftigung herzustellen.“³¹¹ Bekanntestes Beispiel ist Klaus Zwickels Angebot für ein „Bündnis für Arbeit“, in dem er den Unternehmen in der Metallindustrie anbot, im Austausch für den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen in den darauf folgenden drei Jahren, die Schaffung von 300.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, die Einstellung von 3.000 Langzeitarbeitslosen und eine Steigerung der Ausbildungsplätze um jährlich fünf Prozent, Einkommenssteigerungen zu vereinbaren, die sich am Ausgleich der Inflation orientieren, und befristete Abschläge am Einkommen für Langzeitarbeitslose zu akzeptieren.³¹² Die Regierung wiederum sollte als Gegenleistung auf Kürzungen im Bereich der Arbeitslosen- und Sozialhilfe verzichten sowie eine Regelung zur Gewährleistung von Ausbildungsplätzen schaffen, die ausbildungsunwillige Betriebe zum Lastenausgleich verpflichtet.³¹³ Ab Januar 1996 fanden Spitzengespräche zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Regierung statt (Kanzlerrunden), in denen sich die Beteiligten zumindest auf ein Altersteilzeitmodell und ein Arbeitnehmerentendegesetz für die Baubranche einigen konnten.³¹⁴ Letzteres verweist auf eine weitere zentrale Herausforderung der Gewerkschaften: der Lohnkonkurrenz durch die Integration in den europäischen Binnenmarkt.³¹⁵ Die zwei Gesetze reichten aber nicht aus, um ein „Bündnis für Arbeit“ langfristig zu etablieren: Angesichts „der weiterhin ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen, der geringen Kompromissbereitschaft der Beteiligten und der ablehnenden

³¹⁰ Diese sogenannte Insider/Outsider-Problematik wird darin gesehen, dass allgemeinverbindliche Tarifverträge die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt vermindern, d.h. diejenigen behindern, die bereit wären für einen geringeren Lohn zu arbeiten. Daher wirkten diese Tarifverträge wie ein „staatliches Arbeits- und Beschäftigungsverbot“. Hille, Martin: Gewerkschaften im Wandel. Ordnungspolitische Überlegungen zur Neuorientierung der deutschen Arbeitsbeziehungen, Marburg 2007, S. 97. Wolfgang Schroeder hingegen verweist auf die zahlreichen Aktivitäten der Gewerkschaften, um für mehr Beschäftigung zu sorgen, und stellt die These auf, „dass die Gewerkschaften mit der an sie herangetragenen Forderung, ihre Programmatik und Politik intensiver auf das Vollbeschäftigungsziel auszurichten, schlichtweg überfordert sind.“ Siehe Schroeder: Der neue Arbeitsmarkt und der Wandel der Gewerkschaften, S. 8.

³¹¹ Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 458.

³¹² Vgl. Rede des IG-Metall Vorsitzenden Klaus Zwickel am 1.11.1995 auf dem 18. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin, in: Arlt/Nehls (Hg.): Bündnis für Arbeit, S. 256-257, hier S. 256.

³¹³ Ebenda.

³¹⁴ Vgl. Wiesenthal, Helmut/Clasen Ralf: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft: Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter? in: Schroeder/Weßels (Hg.): Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 296-322, hier S. 305.

³¹⁵ Das Arbeitnehmerentendegesetz reagierte auf den Zulauf ausländischer Arbeitnehmer, die für Niedriglöhne v.a. im Baugewerbe arbeiteten. Die Gewerkschaften befürchteten ein Lohndumping. Das Gesetz sieht zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen vor. „Damit wurde das Ziel verfolgt, die Beschäftigungschancen deutscher Arbeitnehmer im Wettbewerb mit ihren ausländischen Kollegen zu erhöhen und gleichzeitig den Stellenabbau abzufedern, in dem die Konkurrenzfähigkeit deutscher Baubetriebe verbessert wurde.“ Hille, Martin: Gewerkschaften im Wandel. Ordnungspolitische Überlegungen zur Neuorientierung der deutschen Arbeitsbeziehungen, Marburg 2007, S. 117, Fn. 391.

Haltung von Teilen der Gewerkschaftsbasis in Sachen Arbeitszeitflexibilität scheiterte das Bündnis bereits im Frühjahr 1996.³¹⁶

Strategische, organisatorische und programmatische Antworten auf zentrale Herausforderungen

Wie sich auch in der Regierungszeit Schröders zeigen sollte, komplizieren interne Zwistigkeiten im DGB eine einheitliche Strategiebildung. Dies liegt einerseits daran, dass der DGB als Dachverband nur eine schwache Position gegenüber den Gewerkschaften, vor allem den zahlenmäßig größten und damit finanzstarken Einzelgewerkschaften wie der IG Metall und ab 2001 Ver.di, inne hat.³¹⁷ Die tarifpolitischen Entscheidungen liegen allein bei den Einzelgewerkschaften und trotz einer angedachten einheitlichen politischen Vertretungsfunktion hat der DGB kein Monopol auf diese.³¹⁸ Innerhalb des DGB ist zu unterscheiden zwischen den gemäßigten, sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften, wie die IG BCE und die NGG, und den eher gegnerschaftlich, ideologischer geprägten, traditionalistischen Gewerkschaften wie die IG Metall, die IG Medien, die HBV oder die IG BAU. Der DGB-Vorsitzender Dieter Schulte galt als Integrationsfigur zwischen den verschiedenen Richtungen, geriet aber auch in einigen Fragen in Konflikt mit der IG Metall³¹⁹, während Michael Sommer, der 2002 zum Nachfolger Schultes gewählt wurde, sich als ein entschlossener Verteidiger gewerkschaftlicher Positionen profilierte und damit als Traditionalist erschien³²⁰. Die 2001 neu gegründete Gewerkschaft Ver.di „erbt“ zum Teil die konfliktorientierten Grundlinien der IG Medien und der HBV.³²¹

Das Fusionsfieber, das die Gewerkschaften in den neunziger Jahren ereilte, war Reaktion auf die finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcenknappheit, die vor allem Gewerkschaften in niedergehenden Branchen ereilte.³²² Der Konzentrationsprozess, in dessen Verlauf die Zahl der DGB-Gewerkschaften von 16 auf acht sank, begann mit der Ankündigung der Fusion zwischen IG Chemie und IG Bergbau und Energie 1992, die 1997 erfolgen sollte. 1993 erklärte die Gewerkschaft Leder ihren Beitritt zu dieser Fusion, 1996 fusionierte die IG Bau, Steine, Erden mit der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft, Forsten zur IG BAU. 1998 und 2000 traten die Gewerkschaft Textil, Bekleidung und die Gewerkschaft Holz, Kunststoff der IG Metall bei. 2001 schließlich schlossen sich fünf, überwiegend Öffentliche Dienstleistungsgewerkschaften, zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft zusammen. Neben den DGB-Gewerkschaften HBV, ÖTV, IG Medien und DPG gehörte auch die DAG dazu, womit die Spaltung im Bereich der gewerkschaftlichen Vertretung der Angestellten aufgehoben

³¹⁶ Wiesenthal/Clasen: Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter?, S. 305.

³¹⁷ Vgl. Armingeon: Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 39; S. 41.

³¹⁸ Vgl. Ebenda, S. 39.

³¹⁹ Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 432; 434.

³²⁰ Siehe Schneider, Michael: History of the German Trade Unions. Translated by Barrie Selman and Annette Brinkmann, Up to date version, Bonn 2005, S. 413.

³²¹ Vgl. Hassel, Anke: Zwischen Politik und Arbeitsmarkt, S. 219.

³²² Siehe Müller, Hans-Peter/Wilke, Manfred: Gewerkschaftsfusionen: Der Weg zu modernen Multibranchengewerkschaften, in: Schroeder/Wefßels: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 122-143, hier S. 125; S. 131.

wurde.³²³ Damit spielten bei der Fusion zur Ver.di nicht nur eine Konzentration von vorhandenen Machtressourcen eine Rolle, sondern auch strategische Überlegungen, um auf dem Feld der Angestelltenrekrutierung wieder in die Offensive gehen zu können.³²⁴

Das DGB-Grundsatzprogramm von 1996 thematisierte unter dem Abschnitt „Zukunft der Gewerkschaften“ die Ausdifferenzierung in der Arbeitnehmerschaft. Besonders gelte es die „Erfahrungen und Probleme von Jugendlichen, Frauen, Beschäftigten in Kleinbetrieben, von Angestellten und Beamten in sogenannten ‚gewerkschaftsfernen Bereichen‘“ aufzugreifen und ihre Interessen „in der Betriebs- und Tarifpolitik wie bei gesellschaftlichen Reformüberlegungen“ stärker zu berücksichtigen.³²⁵ Statt auf einer vereinheitlichenden, kollektiven Strategie zu beharren kommt der DGB zu dem Schluss: „Erst die Anerkennung unterschiedlicher Interessen macht eine solidarische Interessenpolitik der Gewerkschaften möglich.“³²⁶ Eine solche Strategie der „differenzierteren Interessenpolitik“ und eine Neudefinition von Solidarität ist auch im Hinblick auf einen anderen Trend wichtig, nämlich die gesteigerte Attraktivität von kleinen, berufsorientierten Gewerkschaften, die die spezifischen Interessen von Arbeitnehmern des gleichen Berufes besser berücksichtigen können.³²⁷ Exemplarisch sei hier die Pilotenvereinigung Cockpit genannt, die mit der DAG kooperierte, sich aber dem Prozess zur Vereinigung in der Multibranchengewerkschaft Ver.di entzog.³²⁸

Mit dem Grundsatzprogramm vollzogen die DGB-Gewerkschaften auch in anderen Bereichen einen programmatischen Wandel, so z.B. in der Bewertung der Konfliktlagen in Gesellschaft und Politik oder im Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie.³²⁹ Ungeklärt blieb unter anderem die grundsätzliche Frage, wie sich gewerkschaftliches Handeln unter den Bedingungen Globalisierung verändern musste, um überhaupt noch Einfluss auf die Politik zu nehmen, die ihrerseits in ihrer Gestaltungsfähigkeit eingeschränkt ist.³³⁰

Zwischenfazit

Die Stellung der Gewerkschaften im politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik ist bis zum Übergang ins 21. Jahrhundert schwächer geworden. Mitgliederzahlen und Organisationsgrade gingen stark zurück, was versucht wurde mit einem organisatorischen

³²³ Unkompliziert verliefen die Fusionen allerdings nicht. Interne Streitigkeiten über Abgrenzungen der Zuständigkeiten in den Industrien wurden vor allem bei der Gründung von Ver.di virulent, da die DAG Angestellte in Branchen organisiert hatte, in der die IG Metall eigentlich das auf dem Industrieverbandsprinzip beruhende Organisationsmonopol hatte. Vgl. Müller/Wilke: Gewerkschaftsfusionen, S. 140.

³²⁴ Ebenda, S. 138.

³²⁵ DGB-Bundesvorstand (Hg.): Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongress am 13.-16. November 1996 in Dresden, Berlin o.J., S. 35.

³²⁶ DGB-Grundsatzprogramm von 1996, S. 35.

³²⁷ Siehe Müller-Jentsch, Walther: Rückkehr der Berufsgewerkschaften? in: WSI-Mitteilungen 2/2008, S. 62.

³²⁸ Vgl. Müller/Wilke: Gewerkschaftsfusionen, S. 141.

³²⁹ Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 478. Der Grundsatzkonflikt zwischen Arbeit und Kapital bestehe zwar weiterhin, doch bestimmten auch andere Konflikte, wie z.B. zwischen Geschlechtern, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Vgl. Grundsatzprogramm des DGB, S. 3. Beim Thema Ökologie wich man angesichts von divergierenden Interessenlagen der Gewerkschaften allerdings auf „Formelkompromisse“, z.B. betreffend den Ausstieg aus der Kernenergie aus. Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 478.

³³⁰ Ebenda, S. 480.

Konzentrationsprozess zu kompensieren. Die Entwicklung zum Finanzmarktkapitalismus schwächt gewerkschaftliche Positionen zusätzlich. Dem Verlust von Handlungsfähigkeit auf der nationalen Ebene durch die Globalisierung und die europäische Wirtschaftsintegration folgten bisher noch keine durchschlagenden Versuche, transnationales gewerkschaftliches Handeln zu etablieren.³³¹ Trotzdem können die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere gegenüber der SPD immer noch ein bedeutendes Veto- wie auch Unterstützungspotential stellen.³³² Inwieweit sie in der Zeit der Regierung Schröder von dem einen oder anderen Gebrauch gemacht haben, wird sich im folgenden Kapitel zeigen.

IV. SPD und Gewerkschaften zwischen partieller Zusammenarbeit und Krisen 1998-2005

1. Gemeinsam für den Politikwechsel: Der Wahlkampf 1998 und die Anfangszeit der Regierung Schröder

Am 27. September 1998 gewann die SPD erstmals seit 16 Jahren wieder die Bundestagswahl. Sie erreichte 40,9 % der Stimmen, die CDU/CSU 35,1 %, die Grünen 6,7 %, die FDP 6,2 % und die PDS 5,1 %. Damit hatte die Option einer rot-grünen Koalition eine Mehrheit der Sitze im Bundestag. Die Gewerkschaften, die 1996 endgültig auf Konfrontationskurs zur Regierung Kohl gingen, hatten den Wahlkampf der SPD für einen Politikwechsel mit ihrer Kampagne „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ unterstützt, die den meisten Angaben zufolge mit 8 Mill. DM aus den Kassen des DGB finanziert wurden.³³³

Die Zielsetzungen der Gewerkschaftskampagne waren eindeutig, wie aus dem Papier „Die Gewerkschaftskampagne ‚Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ und die Bundestagswahl 1998“³³⁴ von Klaus Lang hervorgeht. Die „neoliberale Politik“ unter Helmut Kohl sei „eindeutig gescheitert“³³⁵; bei den entscheidenden Fragen wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Zukunft des Sozialstaates und die Zukunft von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten ginge es „letztlich um die Gesellschaftsmodelle der Zukunft – um die Frage, ob Globalisierung politisch-sozial gestaltet wird/oder wie ob (sic!) dem Marktradikalismus und dem globalen Konkurrenzdenken freie Bahn geschaffen“³³⁶ werde. Die „gebrochenen Versprechen und Versäumnisse der Regierung Kohl“³³⁷ sollten offensiv von den Gewerkschaften bilanziert werden. Zurückhaltung sei bei bestimmten Punkten der Kampagne geboten, so zum Beispiel bei personalpolitischen

³³¹ Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 481.

³³² Vgl. Merkel/Egle/Henkes u.a.: Reformfähigkeit der Sozialdemokratie, S. 106.

³³³ Vgl. etwa Frankfurter Rundschau (FR) vom 23. Oktober 2000. Siehe SZ vom 30. September 1998.

³³⁴ Lang, Klaus: Die Gewerkschaftskampagne ‚Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ und die Bundestagswahl 1998. Begründungsrahmen und Zielsetzungen, Bonn im November 1997 = Dokument I (Anhang). Klaus Lang ist seit 1979 beim Parteivorstand der IG Metall beschäftigt und leitet seit 1993 die Abteilung 1. Vorsitzender, Grundsatz, Politische Planung.

³³⁵ Ebenda., S. 2.

³³⁶ Ebd., S. 4. Vgl. S. 2-3.

³³⁷ Ebd., S. 7.

Entscheidungen der Parteien oder bei Aussagen über künftige Koalitionen.³³⁸ Zu den „Forderungen an die SPD“³³⁹, die aber auch an alle anderen Parteien gerichtet werden sollten, gehören: Konzentration auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung einer zukunftsfähigen Berufsausbildung, einen Fokus auf sozialer Gerechtigkeit in der Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik, eine Erweiterung der Betriebsverfassung unter den Bedingungen des Wandels der Arbeitsgesellschaft und neuer Formen der Erwerbsarbeit, Ausweitung der Mitbestimmung, Bekenntnis zu Flächentarifverträgen und Tarifautonomie, ein soziales Modell einer Europäischen Union, die Rücknahme der Verschlechterungen bei Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, beim Kündigungsschutz und bei der Absenkung der Sozialhilfe sowie ein neues „Bündnis für Arbeit“.³⁴⁰

Das Wahlprogramm der SPD 1998 nahm zentrale Forderungen des DGB auf.³⁴¹ Daneben bekennt sich das Wahlprogramm eindeutig zum freien Wettbewerb und zur (sozialen) Marktwirtschaft:

„Der marktwirtschaftliche Leistungswettbewerb der Unternehmen ist der beste Motor für Innovation und neue Arbeitsplätze. Aber erst das Zusammenwirken von marktwirtschaftlichem Wettbewerb und sozialer Stabilität schafft die Grundlage für eine florierende Volkswirtschaft.“³⁴²

Das wirtschaftspolitische Konzept für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze beruht auf einer „pragmatischen Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik“³⁴³. Auf der Angebotsseite finden sich u.a.: Stärkung von Bildung und Ausbildung, Förderung neuer Technologien, Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten (u.a. über eine ökologische Steuerreform, deren Einnahmen den Sozialkassen zu gute kommen sollen), Senkung der Unternehmenssteuersätze, Modernisierung und Entbürokratisierung des Staates. Auf der Nachfrageseite: steuerliche Entlastung vor allem für Arbeitnehmer und Familien sowie eine konjunkturgerechte Finanzpolitik mit gleichbleibenden öffentlichen Zukunftsinvestitionen auf möglichst hohem Niveau. Alle angekündigten Maßnahmen wurden jedoch unter einen generellen Finanzierungsvorbehalt gestellt – „das war in dieser Offenheit neu.“³⁴⁴

³³⁸ Lang: Die Gewerkschaftskampagne, S. 7.

³³⁹ Ebenda., S. 10.

³⁴⁰ Ebenda., S. 10-13.

³⁴¹ Vgl. Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Innovation. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998. Beschluss des ordentlichen Parteitages der SPD am 17. April 1997 in Leipzig, online verfügbar unter <http://april1998.spd-parteitag.de/download/wahlprogramm.doc>, zuletzt geprüft am 17.11.2008. Im Einzelnen: Abbau der Arbeitslosigkeit als oberstes Ziel, Einrichtung eines „Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“, Bekenntnis zu Tarifautonomie und Flächentarifverträgen, Verkürzung und Flexibilisierung von Arbeitszeit, ein Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Ausbau der Mitbestimmung, Rücknahme der arbeitnehmerrechtlichen Verschlechterungen sowie Korrektur der unsozialen Rentenpolitik unter der Regierung Kohl. Ebenda., S. 5; S. 6; S. 10; S. 30; S. 12; S. 22.

³⁴² Ebenda., S. 8.

³⁴³ Ebd.

³⁴⁴ Siehe von Alemann, Ulrich: Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer? in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 37-62, hier S. 40.

In der Zielbestimmung des modernen Sozialstaates – „Ermutigung zu Eigenverantwortung und Eigeninitiative“³⁴⁵ und im Grundsatz „In einer Gemeinschaft gibt es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten“³⁴⁶ schimmert die Konzeption des „Dritten Weges“ durch. Auch insgesamt präsentierte sich die SPD als die Partei der „Neuen Mitte“, worunter sie „die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft“³⁴⁷ unter Einbezug der „verantwortungsbewußten deutschen Gewerkschaften“³⁴⁸ versteht.

Im erfolgreichen Wahlkampf der SPD unter dem Motto „Innovation und Gerechtigkeit“ verkörperten Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine das zweiseitige wirtschaftspolitische Profil der SPD (noch) erfolgreich.³⁴⁹ Die Wechselstimmung nach den 16 Jahren unter Kanzler Kohl in vielen Medien und bei den Wählern der „Mitte“, auf die Schröder primär zielte, half der SPD enorm; dem Versuch der CDU, einen polarisierenden Richtungskampf aus der Wahl zu machen, entzog sich die SPD.³⁵⁰ Ging Schröder eher auf Distanz und betonte die Eigenständigkeit von Gewerkschaften und SPD, so galt Oskar Lafontaine als Integrationsfigur zwischen den innerparteilichen Flügeln und den Gewerkschaften als Garant für eine eher linke Politik.³⁵¹ Die Gewerkschaften hielten sich während des Wahlkampfes nicht an alle ihre Vorgaben im oben angeführten Strategiepapier, da sich die IG Metall unter Klaus Zwickel – nicht jedoch der DGB – zu einer rot-grünen Koalition bekannte³⁵², und die Gewerkschaften sich auch in einer personalpolitischen Frage einmischten: gegen die Berufung des parteilosen Unternehmers Jost Stollmann als Wirtschaftsminister in das Schattenkabinett Gerhard Schröders. Jost Stollmann brachte mit verschiedenen Äußerungen im Juni und Juli 1998 die Gewerkschaften gegen sich auf³⁵³ und beschwor damit einen Streit zwischen Kanzlerkandidat und Gewerkschaften herauf.

Die SPD ist „nicht der politische Arm des DGB, genau so wenig, wie der DGB eine Unterstützungsorganisation der SPD“ ist

Gerhard Schröder verteidigte die Wahl Stollmanns und reagierte auf die Kritik der Gewerkschaften mit der Äußerung, dass die SPD „nicht der politische Arm des DGB sei, genau so wenig, wie der DGB eine Unterstützungsorganisation für die Sozialdemokratie sei.“³⁵⁴ Dieser

³⁴⁵ Wahlprogramm der SPD von 1998, S. 21.

³⁴⁶ Ebd.

³⁴⁷ Ebenda, S. 7. Im Einzelnen nennt das Programm: Qualifizierte und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen und Männer, die in Familien und Schulen Verantwortung tragen für Erziehung und Bildung, vorausschauende und engagierte Manager und Unternehmer, innovative und flexible Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, Existenzgründer, hervorragend ausgebildete Informatikerinnen, Ärztinnen und Ingenieurinnen, Techniker und Wissenschaftler.

³⁴⁸ Ebenda.

³⁴⁹ Vgl. Egle/Henkes: Später Sieg, S. 73-74.

³⁵⁰ Vgl. Stöss/Neugebauer: SPD und die Bundestagswahl 1998, S. 18-19.

³⁵¹ Vgl. Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 17.

³⁵² Vgl. SZ vom 16. Februar 1998, S. 4.

³⁵³ So forderte er zum Beispiel eine Lockerung der Ladenschlusszeiten, wies ein Bündnis für Arbeit als bedeutungslos zurück und äußerte sich lobend über Helmut Kohl. Vgl. die Berichterstattung in der SZ vom Mittwoch, 24. Juni 1998; Freitag, 26. Juni; Dienstag, 28. Juli 1998.

³⁵⁴ SZ vom 7. Juli 1998.

Satz ist als Prämisse Gerhard Schröders im Verhältnis zu den Gewerkschaften für seine Amtszeit zu bezeichnen.

Die Auseinandersetzungen legten sich im Laufe des Wahlkampfes wieder und Jost Stollmann verzichtete Ende Oktober wegen Unstimmigkeiten über den Zuschnitt seines Ressorts und Teilen des Koalitionsvertrages auf den Posten.³⁵⁵ Schröders Ziel, einen politikfernen Quereinsteiger als Wirtschaftsminister durchzusetzen, wurde dann mit der Berufung des ehemaligen Veba-Managers Werner Müller erfüllt.³⁵⁶

In der Bundestagswahl zeigte sich, dass die Erfolgsbedingungen für einen Wahlsieg der SPD – Stammwähler mobilisieren, Wechselwähler holen – erfüllt wurden.³⁵⁷ In ihrer Kernklientel, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, holte die SPD 61 %, bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten 52 % der Stimmen, und insgesamt erhielt sie die Mehrheit aller Arbeitnehmerstimmen, da sie auch im (ebenfalls im nicht-gewerkschaftlich organisierten) Angestelltenbereich die CDU/CSU überflügelte.³⁵⁸ Besonders profitierte sie von der Wechselbereitschaft der Wähler in den neuen Bundesländern.³⁵⁹ Von der Gruppe der Arbeitslosen stimmten 55 % für die SPD.³⁶⁰ Die heterogene Wählerschaft der SPD stellte aber auch unterschiedliche Erwartungen an die neue Regierung: Während die Wähler der Mitte vor allem für die Auswechslung des Bundeskanzlers gestimmt hatten und mehr zu einer großen Koalition neigten, demnach keinen radikalen Politikwechsel befürworteten, wünschte sich die Kernklientel einen deutlichen Schwenk nach links unter dem Eindruck der „Gerechtigkeitslücke“ aus der Regierungszeit Kohl.³⁶¹

Die Gewerkschaften erwarteten für ihre personelle, finanzielle und inhaltliche Unterstützung im Wahlkampf „von einer neuen sozialdemokratischen Regierung eine faire Sozialstaatspolitik sowie eine aktive Förderung günstiger Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Politik.“³⁶² Der Koalitionsvertrag zwischen Rot-Grün nahm in der Sozial- und Wirtschaftspolitik weitgehend die Forderungen aus dem Wahlprogramm der SPD und damit auch originäre gewerkschaftliche Positionen auf.³⁶³ In der Regierung wurde mit der Berufung des stellvertretenden Vorsitzenden der IG Metall, Walter Riester, zum Arbeitsminister auch ein Gewerkschaftsvertreter berücksichtigt. Oskar Lafontaine übernahm das Finanzressort, dass durch Änderungen der Zuschnitte weitreichende Kompetenzen bot.

³⁵⁵ Vgl. SZ vom 20. Oktober 1998.

³⁵⁶ Vgl. Hageluken, Alexander: Im Profil. Werner Müller designerter Wirtschaftsminister der Regierung Schröder, in: SZ vom 20. Oktober 1998.

³⁵⁷ Siehe von Alemann: Der Wahlsieg der SPD von 1998, S. 55.

³⁵⁸ Ebenda, S. 52.

³⁵⁹ Ebenda, S. 55.

³⁶⁰ Vgl. Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit? S. 30.

³⁶¹ Vgl. Egle: Deutschland, S. 161.

³⁶² Siehe Schroeder: Gewerkschaften und Soziale Demokratie, S. 18.

³⁶³ Ebenda.

Die ersten hundert Tage der rot-grünen Koalition: Der DGB zeigt sich zufrieden

In der Anfangszeit machte sich die Regierung Schröder daran, ihre Wahlversprechen einzulösen. Im „Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte“ vom 25. November 1998 wurden die Lockerung des Kündigungsschutzes sowie die Absenkung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall rückgängig gemacht, der sogenannte Demographie-Faktor³⁶⁴ zur Begrenzung der Rente, Sparmaßnahmen in der Berufsunfähigkeit- und Erwerbsunfähigkeitsrente zurückgenommen, die zeitliche Befristung des Arbeitnehmerentendegesetzes aufgehoben, die Rentenversicherungspflicht für sogenannte Scheinselbständige eingeführt und die stufenweise Erhöhung des Kindergeldes beschlossen.³⁶⁵ Die beiden Gesetze zur Krankenversicherung 1998 und 1999 dienten dazu, begonnenen Privatisierungen und Wettbewerbskomponenten entgegen zu treten.³⁶⁶

In der Arbeitsmarktpolitik wurde das versprochene Sofortprogramm für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit unter dem Titel „JUMP“ (Jugend mit Perspektive) am 25. November 1998 aufgelegt, eine Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (630 Mark-Jobs), die sozialversicherungspflichtig wurden, durchgeführt und das Recht auf Teilzeitarbeit verankert.³⁶⁷ Am 7. Dezember 1998 fand das Auftaktgespräch zum „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ statt, auf das Gerhard Schröder bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die zwischen 1993 und 1998 von 7,9 auf 9,3 % angestiegen war³⁶⁸, große Hoffnungen setzte. Eine beschäftigungsfördernde Tarifpolitik sollte zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im Bündnis erreicht werden; weitere Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik bestanden aus der Reduzierung von Steuern und Abgaben, um die Unternehmen zu Investitionen zu bewegen, und aus der Senkung der Lohnnebenkosten, um den Faktor Arbeit zu entlasten.³⁶⁹

In der Wirtschaftspolitik dominierte zunächst Oskar Lafontaines Kurs zur Belebung der Binnennachfrage. Der erste Haushalt sah eine Ausgabensteigerung von über 6 % vor – trotz hoher Neuverschuldungsquote und der angekündigten Sanierung der Staatshaushalte –, die vor allem dem Budget des Sozialministers zugute kamen.³⁷⁰ Durch die Steuerreformen 1999 und 2000

³⁶⁴ Ein Faktor, der den Anstieg der Monatsrente um den hälftigen Anstieg der durchschnittlichen Restlebenserwartung eines 65-Jährigen verminderte.

³⁶⁵ Vgl. Schmidt, Manfred G.: Rot-Grüne Sozialpolitik (1998-2002), in: Egle/Ostheim/Zohlnhöfer (Hg.): Das rot-grüne Projekt, S. 239-258, hier S. 242-243; S. 251.

³⁶⁶ Ebenda, S. 243. „Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ vom 19. Dezember 1998 und „Gesetz zur Reform der Krankenversicherung“ vom 4. November 1999 für das Jahr 2002. Das beurteilten die Gewerkschaften ähnlich: „Wenn auch das Gesundheitsreform-Gesetz einen grundsätzlichen Wandel in der Gesundheitspolitik nicht widerspiegelt, so hat es jedoch der Kostendämpfungspolitik der konservativ-liberalen Ära Einhalt geboten und Grundlagen formuliert, die eine höhere Qualität der gesundheitlichen Vorsorge ermöglichen.“ Engelen-Kefer, Ursula: Betriebsverfassung – Rentenreform – Gesundheitspolitik. Vorschläge des DGB, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 10/2000, S. 545-555, hier S. 552.

³⁶⁷ Vgl. Blancke, Susanne/Schmid, Josef: Bilanz der Bundesregierung Schröder in der Arbeitsmarktpolitik 1998 - 2002: Ansätze zu einer doppelten Wende, in: Egle/Ostheim/Zohlnhöfer: Das rot-grüne Projekt, S. 215-238, hier S. 221. Vgl. Egle: Deutschland, S. 175.

³⁶⁸ Vgl. Blancke/Schmid: Bilanz der Bundesregierung, S. 216.

³⁶⁹ Vgl. Egle: Deutschland, S. 173.

³⁷⁰ Siehe Zohlnhöfer, Reimut: Rot-grüne Finanzpolitik zwischen traditioneller Sozialdemokratie und neuer Mitte, in: Egle/Ostheim/Zohlnhöfer: Das rot-grüne Projekt, S. 193-214, hier S. 195.

wurden vor allem Arbeitnehmer und Familien entlastet, während die Unternehmen einerseits durch Senkung bestimmter Steuersätze entlastet, aber durch die Streichung steuerlicher Begünstigungen wieder belastet werden sollten.³⁷¹ Der Einstieg in die ökologische Steuerreform sollte genügend Einnahmen beschieren, um den Beitrag zur Rentenversicherung um 0,8 % zu senken.³⁷² Oskar Lafontaines Versuche, über die europäische Ebene die auf nationaler Ebene teilweise verloren gegangene makroökonomische Steuerungsfähigkeit wiederzuerlangen, z.B. mit Forderungen an die Europäische Zentralbank zur Senkung der Zinsen und einer Zusammenarbeit mit den anderen EU-Finanzministern, scheiterten allerdings.³⁷³

Die Gewerkschaften zeigten sich mit der Dominanz Lafontaines in der Anfangszeit der rot-grünen Politik zufrieden, schließlich ließ sich die Forderung nach Belebung der Binnennachfrage auch als eine Aufforderung zu einer weniger zurückhaltenden Lohnpolitik interpretieren und Lafontaine hatte schon vor der Wahl dem von DGB-Chef Schulte ausgegebenen Slogan des „Endes der Bescheidenheit“ in der Tarifpolitik praktisch zugestimmt.³⁷⁴ Ende des Jahres aber sorgten Äußerungen zu einer Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen, vor allem im öffentlichen Dienst, zunächst von Werner Müller, später auch von Oskar Lafontaine, für erste Verstimmungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften.³⁷⁵

Die Stellungnahme des DGB zu den ersten hundert Tagen der rot-grünen Bundesregierung fiel trotzdem sehr positiv aus. Der DGB entdeckte gute Zeichen für einen Politikwechsel unter Rot-Grün, hervorgehoben wurde die Korrektur „arbeitnehmerfeindliche[r] Fehlleistungen der alten Bundesregierung“³⁷⁶ und der Beginn der Gespräche im Bündnis für Arbeit; Kritik wurde lediglich an der Neuregelung der 630-Mark-Jobs geübt.³⁷⁷ Die Steuer- und Sozialversicherungspflichtigkeit der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wurde begrüßt, jedoch befürchtete der DGB einen Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse durch den Verzicht auf Absenkung der Geringfügigkeitsgrenze.³⁷⁸ Der Bundeshaushalt für 1999 wiederum traf auf generelle Zustimmung der Gewerkschaften, auch wenn es, so DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer, aus gewerkschaftlicher Sicht zu wünschen gewesen wäre „wenn der Bund durch eine noch stärkere Ausweitung der öffentlichen Investitionen sowohl die gesamtwirtschaftliche Nachfrage verstärken als auch die Voraussetzungen für bessere Angebotsbedingungen schaffen würde“³⁷⁹. Hier äußerte der DGB aber angesichts der hohen Belastungen des Haushaltes Verständnis.³⁸⁰

³⁷¹ Siehe Zohlnhöfer: Rot-grüne Finanzpolitik, S. 196.

³⁷² Ebd.

³⁷³ Ebd., S. 197.

³⁷⁴ Vgl. SZ vom 26. Januar 1999.

³⁷⁵ Siehe SZ vom 30. Dezember 1998 und 22. Januar 1999.

³⁷⁶ Pressemitteilung (PM) des DGB vom 3. Februar 1999.

³⁷⁷ Ebd.

³⁷⁸ Vgl. Pressemitteilung des DGB vom 21. Januar 1999.

³⁷⁹ Pressemitteilung des DGB vom 14. Februar 1999.

³⁸⁰ Ebd.

Lafontaine geht – und die Gewerkschaften befürchten das Schlimmste

Lafontaines Rücktritt³⁸¹ von allen Ämtern am 11. März 1999 brachte eine Schwächung der gewerkschaftlichen Position hinsichtlich einer stärker nachfrageorientierten Strategie mit sich. Dementsprechend forderte der DGB am 12. März: „Reformansätze von Oskar Lafontaine fortführen“³⁸². Der Wechsel an der Parteispitze von Lafontaine zu Schröder und der Kurswechsel in der Finanzpolitik unter Hans Eichel ließen Befürchtungen aufkommen, dass die Modernisierungsfraktion in der SPD die Oberhand gewinnen könnte. Das Schröder-Blair-Papier³⁸³, das am 8. Juni 1999 in London präsentiert wurde, sollte, so Christoph Egle, ursprünglich dazu dienen, die wirtschaftspolitische Deutungshoheit Schröders über Lafontaine zu gewinnen.³⁸⁴ Jetzt wurde es zu einem Zeitpunkt kurz vor der Verkündung der Spar- und Steuerpläne der Regierung veröffentlicht und kam einigen Personen in der SPD-Spitze höchst ungelegen, da sie befürchteten, dies werde zusammen mit den Sparplänen nun als neue Grundphilosophie ihrer Politik verstanden werden.³⁸⁵ Diese Sorge war berechtigt: In den Gewerkschaften, aber auch innerhalb der SPD kam es zu Protesten gegen das Papier und die Kursrichtung der Regierung. Damit waren die sehr kurzen Flitterwochen zwischen (Regierungs-)SPD und Gewerkschaften endgültig beendet.

2. Ende der Flitterwochen: Streit und Versöhnungen 1999-2003

Anfang vom Ende traditioneller sozialdemokratischer Politik? Die Debatte um das Schröder-Blair-Papier

Das Schröder-Blair-Papier erhielt vor dem Hintergrund der neuen Sparsamkeit in der Haushalts- und Finanzpolitik mehr Aufmerksamkeit, als es inhaltlich tatsächlich berechtigt gewesen wäre.³⁸⁶

³⁸¹ Im Streit über die Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik soll Gerhard Schröder in der Kabinettsitzung am 10. März 1999 gesagt haben, dass man das Land nicht gegen die Wirtschaft regieren könne und dass eine Politik gegen die Wirtschaft mit ihm nicht zu machen sei. In den Medien wurde dieser Satz so dargestellt, als hätte der Bundeskanzler damit die Politik von Oskar Lafontaine kritisiert und mit seinem Rücktritt gedroht. Oskar Lafontaine hingegen weist diese Darstellung zurück, der Satz sei an Christine Bergmann (Familienministerin) und Jürgen Trittin (Umweltminister) gerichtet gewesen und er hätte sich nur aufgrund der halbherzigen Dementi des Regierungssprechers dazu entschlossen „den für den Tag der Bundespräsidentenwahl fest geplanten Rücktritt vorzuziehen.“ Er sei schon einige Wochen vor dem Rücktritt zu dem Ergebnis gekommen, dass es „aufgrund der unterschiedlichen politischen Auffassungen und unterschiedlichen Arbeitsmethoden eine Lösung nur geben konnte, wenn einer von uns seine Ämter aufgab.“ Vgl. Lafontaine, Oskar: *Das Herz schlägt links*, München 1999, S. 222-223; S. 226. Gerhard Schröder sieht in den von Oskar Lafontaine angegebenen Gründen, worunter später auch noch die Gegnerschaft zum Kosovo kam, nur vorgeschobene Argumente. Im Grunde, so Schröder, sei Lafontaine der geborene Oppositionspolitiker, der „eine unbewusste Scheu, Verantwortung zu übernehmen und Handlungs- und Gestaltungsfantasie zu entwickeln“ habe. Deshalb sei er auch gut bei PDS und WASG aufgehoben. Vgl. Schröder: *Entscheidungen*, S. 117; S. 123, S. 129.

³⁸² PM des DGB vom 12. März 1999.

³⁸³ Eigentlich: *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten*. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair vom 8. Juni 1999, Wortlaut abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/1999, S. 887-896.

³⁸⁴ Vgl. Egle: *Deutschland*, S. 168.

³⁸⁵ Vgl. FR vom 11. Juni 1999.

³⁸⁶ Als „ziemlich dürftig“ und eher am englischen System ausgerichtet als an den Gegebenheiten in Deutschland bewertet Helga Grebing das Papier, dessen Grundintention, einen Weg zwischen Neoliberalismus und Sozialdemokratie zu finden, sie jedoch nicht grundsätzlich falsch findet. Vgl. Grebing: *Geschichte der deutschen*

Strittige Punkte waren vor allem das Sozialstaatsverständnis, das um die Worte „Eigenverantwortung“ und „Pflichten“ kreist³⁸⁷, und die Abgrenzung von traditionellen sozialdemokratischen Glaubenssätzen, die im Papier als unmodern bezeichnet wurden.³⁸⁸ Der Zeitpunkt der Veröffentlichung und die rhetorischen Anleihen der Autoren bei neoliberalen Kritikern der Sozialdemokratie ließen nach Klaus Zwickel die böse Absicht vermuten „es gehe ihnen gar nicht um das geschärfte Profil einer an sozialdemokratischen Grundwerten orientierten Volkspartei, sondern mehr um die Anpassung an die vielen anderen modernen Beliebigskeitsparteien, die in Europa um Wählerzustimmung wetteifern.“³⁸⁹

Lob erhielt das Papier von einigen SPD-Spitzenpolitikern, dem Seeheimer Kreis, den Arbeitgebern und der FDP, Kritik kam vom Arbeitnehmerflügel der SPD, den Jusos und den Gewerkschaften.³⁹⁰ Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, bezeichnete das Papier „als wertvolle Anregung für einen europaweiten Diskussionsprozeß zur Modernisierung sozialdemokratischer Finanz- und Sozialpolitik“³⁹¹, während DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer die „historisch blinde Diffamierung des Sozialstaates“³⁹² kritisierte. Der DGB-Vorsitzende Schulte wandte sich in einem offenen Brief am 24. Juni 1999 an Gerhard Schröder.³⁹³ Darin geht er ausführlich auf die Argumentationen im Schröder-Blair-Papier ein, weist auf – aus seiner Sicht – Lücken (z.B. fehlender Hinweis auf die Verantwortung der Unternehmer) und Fehlinterpretationen (etwa beim Sozialstaatsverständnis) hin, findet aber auch auf positive Ansätze (z.B. Investitionen in Infrastruktur und Bildung).³⁹⁴ Er halte es für richtig, so Schulte am Ende des Briefes, dass Schröder und Blair diesen Vorschlag veröffentlicht haben und dass intensiv darüber diskutiert wird, warnt Schröder aber eindeutig davor, einen grundsätzlichen

Arbeiterbewegung, S. 252. Klaus Zwickel bezeichnet das Papier als „weiteres Sammelsurium von politischen Floskeln und Binsenweisheiten“, das viele der Selbstverständlichkeiten der politischen Praxis der Sozialdemokratie „als neu erfundene Richtungsweisungen“ präsentiere. Vgl. Zwickel, Klaus: Vom Wahlkampfknüller zum Rohrkrepiere. Das Schröder/Blair-Papier bringt die Sozialdemokratie in ihrer Programm- und Zukunftsdebatte nicht voran, in FR, 7. Juni 1999. Auch Bodo Zeuner weist auf die Substanzlosigkeit des Papiers hin, das dafür jedoch eine bemerkenswerte Rezeptionsgeschichte erlebt hätte. Vgl. Zeuner, Bodo 1999, S. 131.

³⁸⁷ Vgl. Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, S. 894-895: „Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.“ Die System der Steuern und Sozialleistungen soll so ausgestaltet werden, dass es im „Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten.“ Es gilt der Grundsatz, dass „Rechte gleichzeitig Pflichten bedingen“, und soziale Inklusion durch Arbeit geschieht, d.h.: „Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit“; und: „Der Arbeitsmarkt braucht einen Sektor mit niedrigen Löhnen“.

³⁸⁸ Siehe Egle: Deutschland, S. 168. Etwa der Satz „Die Schwächen der Märkte wurde über-, ihre Stärken unterschätzt.“ Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, S. 889. Oder auch: „In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt [...]“ Ebd., S. 888. Und: „In der Vergangenheit haben Sozialdemokraten oft den Eindruck erweckt, Wachstum und eine hohe Beschäftigungsquote ließen sich durch eine erfolgreiche Steuerung allein erreichen. Moderne Sozialdemokraten erkennen an, daß eine angebotsorientierte Politik eine zentrale und komplementäre Rolle zu spielen hat.“ Ebd., S. 891.

³⁸⁹ Zwickel, Klaus: Vom Wahlkampfknüller zum Rohrkrepiere.

³⁹⁰ SZ vom 10. Juni 1999.

³⁹¹ Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 9. Juni 1999.

³⁹² SZ vom 10. Juni 1999.

³⁹³ Grundlegender Wandel der Politik? Brief des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte an den Vorsitzenden der SPD, Bundeskanzler Schröder vom 24. Juni 1999, abgedruckt in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1999, S. 497-501.

³⁹⁴ Ebenda, S. 500-501; S. 499.

Kurswechsel einzuleiten und den Willen zum Politikwechsel, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am 27. September gezeigt hätten, zu ignorieren.³⁹⁵ Ähnlich äußert sich Klaus Zwickel in seinem Beitrag „Vom Wahlkampfknüller zum Rohrkrepiere“³⁹⁶. Ausdrücklich kritisierte er auch das Gewerkschaftsverständnis, dass im Schröder-Blair-Papier sichtbar wurde. Es fehle „jedes Verständnis für eine interessenpluralistische Demokratie, wenn nur über Partnerschaft geredet wird“³⁹⁷ und den „Gewerkschaften die Aufgabe zugewiesen bleibt, in Kooperation mit den Arbeitgebern ihre Aufgaben zu erfüllen.“³⁹⁸ Zwickel erklärte weiterhin, „daß die Bereitschaft der Gewerkschaften zur antagonistischen Kooperation mit den Arbeitgebern nur dann zu vorzeigbaren Ergebnissen führt, wenn sie sich [...] auch als Gegenmacht zur bloßen Exekution von Kapitallogik versteht und bewährt.“³⁹⁹ Dies sollte „gerade eine sozialdemokratisch geführte Regierung [...] nicht übersehen.“⁴⁰⁰ Der sozialpartnerschaftliche Ansatz, den der Kanzler mit Gewerkschaften wie der IG BCE teilte, widersprach also eindeutig dem immer noch virulenten Gegenmachtsprinzip von Gewerkschaften wie der IG Metall.

Haushalts-, Steuer- und Rentenpolitik: Die Unstimmigkeiten nehmen zu

Neben den Aufregungen um das Schröder-Blair-Papier kam die Kritik der Gewerkschaften an dem als „Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität“ vorgelegten Sparpaket der Bundesregierung, der Pläne zur Rentenreform und die nächste Stufe der Steuerreform sowie Konzepte für eine Unternehmenssteuerreform.

Das „Zukunftsprogramm“ sah Kürzungen im Bundeshaushalt 2000 um 30 Milliarden DM vor, die Ausgaben sollten um 1,5 % gesenkt werden, pro Ressort betrug die Kürzungsrate 7,4 %.⁴⁰¹ Damit musste das durch Lafontaine vergrößerte Budget des Arbeits- und Sozialministeriums besonders starke Kürzungen hinnehmen. Im Sozialbereich wurde die originäre Arbeitslosenhilfe (steuerfinanzierte Unterstützung für Arbeitslose, die noch keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld erworben hatten) abgeschafft, die Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe angepasst (was zu sinkenden Rentenansprüchen führte) und Rentenerhöhungen in den Jahren 2000 und 2001 nur auf Höhe der Inflationsraten (statt anhand der Nettolohnentwicklung) beschlossen.⁴⁰² Die zweite Stufe der Steuerreform für 2000 brachte Arbeitnehmern, aber auch Unternehmen durch kleine Veränderungen am ursprünglichen Entwurf Entlastungen.⁴⁰³ Sparhaushalt und Steuerreform wurden in einem gemeinsamen Paket am 23. Juni 1999 vom Bundeskabinett beschlossen. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung wurden weitere Änderungen in Form einer Senkung und

³⁹⁵ Schulte: Grundlegender Wandel der Politik? S. 501.

³⁹⁶ Zwickel, Klaus: Vom Wahlkampfknüller zum Rohrkrepiere.

³⁹⁷ Ebenda.

³⁹⁸ Ebd.

³⁹⁹ Ebd.

⁴⁰⁰ Ebd.

⁴⁰¹ Siehe Zohlnhöfer: Rot-grüne Finanzpolitik, S. 197.

⁴⁰² Vgl. Egle: Deutschland, S. 167.

⁴⁰³ Ebenda, S. 169.

Vereinheitlichung der Unternehmenssteuern auf 25 % geplant (zusammen mit der Gewerbesteuer ein Prozentsatz von 35 %) ⁴⁰⁴; das Gesetz hierzu wurde im folgenden Jahr verabschiedet.

Als „finanzpolitisch durchdacht, aber teilweise sozial ungerecht“ ⁴⁰⁵ bezeichnete der DGB Ende Juni den Sparhaushalt Eichels. Es sei „nicht einzusehen, warum Vermögende keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müssten, während Rentner, Arbeitslose und Beamte zur Kasse gebeten würden.“ ⁴⁰⁶ Vor dem Hintergrund des Sparhaushaltes seien zudem „Steuergeschenke“ an Unternehmen nicht nachvollziehbar. Die Kontroversen über die Kursrichtung der Regierung spitzten sich im Laufe des Juli und August zu, als Bundeswirtschaftsminister Müller mit einem Plädoyer für niedrige Tarifabschlüsse und einer Drosselung der sozialen Leistungen die Gewerkschaften gegen sich aufbrachte. ⁴⁰⁷

Der DGB-Vorsitzende Schulte konstatierte wenige Tage später, dass es steuerpolitisch nur noch einen unbedeutenden Unterschied zwischen Rot-Grün und der Regierung Kohl gebe, und warnte Kanzler Schröder davor den „Schwenk zur sogenannten neuen Mitte weiterhin so rigoros zu betreiben.“ ⁴⁰⁸ Warnungen vor einem Abweichen von den Grundlinien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie auch im noch geltenden Grundsatzprogramm der SPD verankert seien, und vor einem Bruch mit den Gewerkschaften kamen auch aus der SPD. ⁴⁰⁹ Als weitere, zum Teil recht scharfe Äußerungen Schultes ⁴¹⁰ veröffentlicht wurden, reagierte die SPD-Fraktionsspitze am 4. August mit einem offenen Brief, in dem Joachim Poß, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, „mit Erstaunen [die] Presseberichterstattung zu einer angeblich sozial nicht ausgewogenen Politik der Bundesregierung“ betrachtete und Schultes Kritik als unberechtigt angesichts der arbeitnehmerfreundlichen Reformen 1998/1999 zurückwies. ⁴¹¹

Die ersten Eckpunkte zu einer Rentenstrukturreform im Sommer 1999 sahen den Aufbau einer zusätzlichen, kapitalgedeckten Altersvorsorge vor, die aus Sicht der Regierung nötig wurde um die finanzielle Überlastung der Rentenversicherungen zu reduzieren und um, wie angekündigt, den Beitrag zur Rentenversicherung senken zu können. ⁴¹² Der DGB wertete den

⁴⁰⁴ Vgl. Zohnhöfer: Rot-grüne Finanzpolitik, S. 196.

⁴⁰⁵ PM des DGB vom 23. Juni 1999.

⁴⁰⁶ Ebenda.

⁴⁰⁷ Siehe FR vom 20. Juli 1999. Die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Ursula Engelen-Kefer, reagierte mit diesen Worten: „Wir brauchen einen neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik, aber nicht immer nur die gleiche phantasielose Melodie, das sei nur möglich, wenn die Arbeitnehmer weitere Opfer bringen.“ Zitiert nach ebenda.

⁴⁰⁸ Zitiert nach SZ vom 24. Juli 1999.

⁴⁰⁹ Z.B. von Rudolf Dreßler, Ottmar Schreiner oder Reinhard Klimmt, dem saarländischen Ministerpräsidenten, der in einem Brief an die SPD-Vorstandsmitglieder mit dem Modernisierungskurs der SPD ins Gericht ging. Vgl. die Berichterstattung in der SZ vom 31. Juli 1999 und 16. August 1999; in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 31. Juli 1999.

⁴¹⁰ Ende Juli wurde Schulte z.B. mit folgender Äußerung zitiert: „Die Bundesregierung muss höllisch aufpassen, dass sie, um ihre Versprechen [zum Abbau der Arbeitslosigkeit] zu halten, den Arbeitgebern nicht alles hinten rein stopft, und ihnen die Möglichkeit eröffnet, nur in der vagen Erwartung, die würden dann schon allein die Arbeitsplätze schaffen.“ Vgl. SZ vom 31. Juli 1999 und FAZ vom 31. Juli 1999.

⁴¹¹ Vgl. Pressemitteilung der SPD-Bundestagfraktion vom 4. August 1999.

⁴¹² Siehe Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 269. Schröder gibt an, dass die rot-grüne Koalition erst nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte „die tiefe Finanzkrise der Rentenversicherung in ihrer ganzen dramatischen Dimension erkannt“ habe. Ebd.

Ansatz, eine Zusatzversicherung zu verankern, grundsätzlich positiv, jedoch war für ihn der Vorschlag, dass die Arbeitnehmer den Beitrag alleine entrichten sollten, nicht akzeptabel.⁴¹³

Deutlicher in der Kritik wurde die IG Metall: Als „verkappte einseitige Beitragserhöhung in der Rentenversicherung“⁴¹⁴ bezeichnete Klaus Zwickel die von der Bundesregierung geplante Finanzierung. Der Aufbau einer dritten Säule, finanziert nur durch die Arbeitnehmer und bei gleichzeitiger Senkung der Beiträge zur paritätisch finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung sei eine „gigantische Umverteilungsmaschine zu Gunsten der Unternehmer“⁴¹⁵. Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hingegen übte Kritik an der Kritik und bewies damit seine Loyalität zur sozialdemokratischen Bundesregierung. Er könne „die Aufgeregtheit sowie die teilweise unsachlichen Stellungnahmen zu den – im Detail noch keinem Kritiker bekannten – Plänen nicht nachvollziehen.“ Allen müsse „klar sein, daß ohne eine Reform die dauerhafte Sicherung der Altersversorgung ernsthaft gefährdet wird.“ Nicht in Frage stellte er das „Grundprinzip der gesetzlichen, beitragsfinanzierten und solidarischen Altersversorgung“, aber der „Aufbau einer dritten, zusätzlichen Säule“ könne zu einem weiteren „wichtigen Element der Vorsorge werden.“⁴¹⁶

Um die strittigen Fragen in der Rentenpolitik zu klären lud die SPD-Bundesfraktion den DGB, die Einzelgewerkschaften und die Sozialversicherungsverbände zu einem Rentengipfel am 24. August ein.⁴¹⁷ DGB-Vorsitzender Schulte begrüßte die Einladung und forderte zugleich eine Sitzung des Gewerkschaftsrates Anfang September, auf der „alle wichtigen Themen, die in nächster Zeit zur Entscheidung stehen, auf den Tisch [kommen müssen]: Dazu gehören die Rentenreform, die Steuerpolitik, die Wirtschaftspolitik und das sogenannte Sparpaket.“⁴¹⁸ Der Termin kam am 6. September zustande. Weder Rentengipfel noch Gewerkschaftsrat brachten jedoch konkrete Ergebnisse: Die SPD-Spitze hielt an ihren Vorhaben fest, die Gewerkschaften erneuerten ihre Klagen und drängten im Gewerkschaftsrat auf die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.⁴¹⁹ Nach einer ausführlichen Analyse des DGB zum Bundeshaushalt 2000 wurde die Kritik an diesem etwas milder und auch positive Ansätze hervorgehoben.⁴²⁰ Im Rentenstreit hingegen blieben die Fronten verhärtet.⁴²¹ Damit befanden sich die Gewerkschaften

⁴¹³ PM des DGB vom 18.Juni 1999.

⁴¹⁴ PM der IG Metall vom 17.Juni 1999.

⁴¹⁵ PM IG Metall vom 17. Juni 1999.

⁴¹⁶ PM der IG BCE vom 18.Juni1999.

⁴¹⁷ Vgl. SZ vom 18. August 1999.

⁴¹⁸ PM des DGB vom 17.August 1999.

⁴¹⁹ Vgl. die Berichterstattung in der SZ vom 25. und 26. August 1999 sowie vom 7. September 1999. Vgl. Heinz Schmitz: SPD zwischen Moderne und Tradition. Schröder und die Gewerkschaftsbosse streiten über die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Handelsblatt vom 8.September 1999.

⁴²⁰ Siehe DGB-Einblick 16/1999, S. 7. So z.B. die Verstetigung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und des „Aufbau Ost“ auf hohem Niveau, die Verlängerung des Sofortprogramms für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Steuerenkungen auch für Arbeitnehmer, Kindergelderhöhung sowie die geplante Reduktion des Rentenversicherungsbeitrages um 0,4 % durch die Einnahmen aus der Öko-Steuer. Ebd.

⁴²¹ Vgl. DGB-Einblick 17/1999.

eher ungewohnter Weise auf einer Seite mit der CDU/CSU, die unter dem Motto des „Rentenbetrugs“ eine Kampagne gegen die Regierung startete.⁴²²

Innerhalb der SPD schwelte der Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern des neuen Kurses der Regierung Schröder im Herbst 1999 ebenfalls weiter, so dass sich Kanzler Schröder gezwungen sah, auf vier Regionalkonferenzen unter Betonung des Grundwertes der sozialen Gerechtigkeit für Zustimmung zu werben.⁴²³ Bonuspunkte aus der Partei – im Übrigen auch aus den Gewerkschaften⁴²⁴ – trugen dem Kanzler seine Bemühungen zur Rettung des Holzmann-Konzerns Ende November ein.⁴²⁵ Der wirtschaftspolitische Leitantrag des Parteivorstandes „Innovation und Gerechtigkeit“ wurde unter Ergänzung eines Passus, der eine Gerechtigkeitslücke bei der Besteuerung von Einkommen und Kapital konstatierte, schließlich mehrheitlich auf dem Parteitag im Dezember 1999 angenommen.⁴²⁶ Ebenfalls beschlossen wurde die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms. Diese im „top-down“-Prozess beschlossene Programmdebatte diente Kanzler Schröder nach Meinung einiger Autoren vor allem dazu, die nach dem Schröder-Blair-Papier angestoßene Diskussion um die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu kanalisieren und sich damit in der Tagespolitik vom Leib zu halten.⁴²⁷ Tatsächlich spielte in der Programmarbeit der eingesetzten Kommission weder Schröders Positionen aus dem Schröder-Blair-Papier eine Rolle, noch äußerte sich der Kanzler selbst im Programmprozess, der „höchst diskontinuierlich und in nahezu vollkommener Separation von der Regierungsarbeit der Partei“⁴²⁸ stattfand.⁴²⁹

Im „Bündnis für Arbeit“: Wenig Ergebnisse, viel Streit

Im Rahmen des „Bündnis für Arbeit“ hatte es erstmals am 7. Juli 1999 konkrete Ergebnisse gegeben, u.a. die Verständigung über einen Ausbildungspakt, in der sich die Arbeitgeber auf die Schaffung zusätzlicher, quantitativ festgelegter Ausbildungsplätze verpflichteten.⁴³⁰ Die Stimmung befand sich aber im Herbst wieder auf einem Tiefpunkt, als die IG Metall die „Rente mit 60“ verlangte und mit dem Ausstieg aus dem Bündnis drohte.⁴³¹ Die Bundesregierung forderte den IG Metall-Vorsitzenden Zwickel daraufhin auf, „die Drohgebärden gegenüber

⁴²² Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 270.

⁴²³ Vgl. Potthoff: Partei im Wandel, S. 391.

⁴²⁴ Siehe Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 444.

⁴²⁵ Vgl. SZ vom 26. November 1999: „plötzlich mag ihn sogar die eigene Partei.“

⁴²⁶ Egle/Henkes: Später Sieg, S. 78.

⁴²⁷ Vgl. Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie, S. 164. Siehe Egle/Henkes: Später Sieg, S. 85. Ähnlich Meyer: Die blockierte Partei, S. 83.

⁴²⁸ Meyer: Die blockierte Partei, S. 83.

⁴²⁹ Vgl. Ebenda.

⁴³⁰ Vgl. Ausbildungskonsens vom 6. Juli 1999, abgedruckt in: Arlt/Nehls (Hg.): Bündnis für Arbeit, S. 274-276. DGB und BDA gaben auch eine gemeinsame Erklärung mit 11 Thesen heraus, in denen das gemeinsame Bestreben, die Arbeitslosigkeit im Rahmen des Bündnisses zu bekämpfen, betont wird, u.a. durch eine „differenzierte und flexibilisierte Arbeitszeitpolitik und den beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden“, und tarifliche Regelungen für Altersteilzeit und Alterssicherung angestrebt werden. Gemeinsame Erklärung von BDA und DGB. Anlässlich des 3. Gesprächs zum Bündnis für Arbeit, abgedruckt in: Arlt/Nehls (Hg.): Bündnis für Arbeit, S. 277-278.

⁴³¹ Vgl. SZ vom 6. Oktober 1999.

Regierung und Arbeitgebern zu beenden und endlich Kompromissfähigkeit zu zeigen.⁴³² Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall Anfang Oktober warb Gerhard Schröder in seiner Rede um Verständnis zum Sparprogramm und zur Rentenreform. Zur „Rente mit 60“ erklärte er:

„Wir sind uns einig, daß die Rahmenbedingungen für Tarifvereinbarungen gegeben sind. [...] Die IG Metall möchte mit ihrer Forderung die langjährig Versicherten ebenfalls ab 60 in solche Tarifvereinbarungen einbeziehen. Aber eure Forderung läuft darauf hinaus, daß die Rentenversicherung dies finanzieren muß. [...] Das aber kann ich nicht verantworten.“⁴³³

Die nächste Spitzenrunde im „Bündnis für Arbeit“ am 12. Dezember ging ohne Ergebnisse zu diesem Thema zu Ende, da ein Kompromissvorschlag zu tariflichen Regelungen der Möglichkeit zum vorzeitigen Renteneintritt am Votum der Arbeitgeber scheiterte.⁴³⁴ Im ebenso, vor allem für die Gewerkschaften, sensiblen Bereich „Niedriglohnsektor“⁴³⁵ wurde zumindest die Vereinbarung getroffen, zwei Kombi-Lohn-Modelle (offiziell „Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten gering qualifizierter Arbeitnehmer und Langzeitarbeitsloser“) in einem ostdeutschen und einem westdeutschen Bundesland für drei Jahre zu erproben.⁴³⁶ Der nächste Termin, der zur weiteren Diskussion über ein gemeinsames Konzept zur beschäftigungsfördernden Tarifpolitik⁴³⁷ dienen sollte, war ursprünglich für den 23. Dezember geplant, wurde aber von Kanzler Schröder ins neue Jahr vertagt.

Das Thema „Rente mit 60“ blieb auf der Tagesordnung. Zum 1. Januar 2000 wurde der Kreis der Berechtigten, die Anrecht auf Altersteilzeit ab dem 60. Lebensjahr haben, per Ergänzung des Altersteilzeitgesetzes von 1996 auch auf Teilzeitbeschäftigte erweitert.⁴³⁸ Am 9. Januar ging das nächste Spitzentreffen im „Bündnis für Arbeit“ mit einer gemeinsamen Erklärung

⁴³² Zitiert nach SZ vom 2. Oktober 1999. Siehe auch FAZ vom 2. Oktober 1999, in der der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ernst Schwanhold Zwickels „rückwärts gewandeten Blick auf Instrumente, die uns schon vor 30 Jahren begegnet sind“ monierte.

⁴³³ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem 19. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall am 6. Oktober 1999 in Hamburg, online verfügbar unter <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/33/11733/multi.htm>, zuletzt geprüft am 2.10.2008.

⁴³⁴ Vgl. DGB-Einblick 23/1999, S. 7.

⁴³⁵ Die sogenannte „Benchmarking“-Gruppe des Bündnis für Arbeit hatte in einer Analyse zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt das Beschäftigungsproblem im Dienstleistungssektor ausgemacht, in dem zu hohe Kosten, vor allem durch die Löhne, vorherrschen würden. Ihr Vorschlag zur Abschaffung der Sozialabgaben im Niedriglohnsektor und der progressiven Staffelung für darüber liegende Löhne progressiv „wurde von den Gewerkschaften und Teilen der SPD-Fraktion heftig bekämpft, weil sie den gezielten Ausbau eines Niedriglohnssektors und Lohndumping befürchteten.“ Vgl. Egle: Deutschland, S. 176.

⁴³⁶ Siehe DGB-Einblick 23/1999, S. 7.

⁴³⁷ BDA und DGB hatten sich am 20. Dezember auf Grundlage ihres Papiers im Juli 1999 auf einen Entwurf für Eckpunkte einer beschäftigungsfördernden Tarifpolitik für das Jahr 2000 geeinigt. Diese sahen vor, dass „Wege gefunden [werden], ein beschäftigungswirksames vorzeitiges Ausscheiden langjährig Versicherter aus dem Erwerbsleben („Ausstieg mit 60“) zu zumutbaren Bedingungen für die Betroffenen zu ermöglichen“ und dass die „Tarifvertragsparteien [...] in den Vereinbarungen eine hohen (sic) Wiederbesetzungsquote und den Ausschluß einer wirtschaftlichen Überlastung kleinerer und mittlerer Betriebe vorsehen“ werden. Vgl. Pressemitteilung des DGB vom 23.12.1999. Das bedeutete, dass die Arbeitgeber die „Rente mit 60“ unter der Voraussetzung, dass nicht alle Stellen wiederbesetzt werden, sowie unter der Voraussetzung einer moderaten Lohnpolitik der Gewerkschaften akzeptiert hätten. Doch weder der Bund der deutschen Industrie (BDI) noch die IG Metall mochte sich darauf einlassen, weshalb Kanzler Schröder den Termin verschob. Vgl. SZ vom 24.12.1999.

⁴³⁸ Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 463-464.

der Bündnispartner zur beschäftigungsfördernden Tarifpolitik zu Ende.⁴³⁹ Sie einigten sich für die Tarifrunde 2000 auf „eine beschäftigungsorientierte und längerfristige Tarifpolitik“, wobei sich der „am Produktivitätszuwachs orientierende, zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum vorrangig für beschäftigungswirksame Vereinbarungen genutzt“ werden sollte.⁴⁴⁰ Zudem sollten Wege gefunden werden, „ein beschäftigungswirksames vorzeitiges Ausscheiden langfristig Versicherter aus dem Erwerbsleben zu zumutbaren Bedingungen für die Betroffenen zu ermöglichen, ohne dass zusätzliche Belastungen für die Sozialversicherungen entstehen.“⁴⁴¹ Steigerung der Löhne orientiert am Produktivitätszuwachs gegen tarifliche und betriebliche Regelungen zum vorzeitigen Renteneintritt, also erweiterte Möglichkeiten für die „Rente mit 60“ – dies war das Tauschgeschäft, was die Gewerkschaften und die Arbeitgeber aushandelten.

Nach dem Treffen wurde dann aber von einer „missverständlichen Formulierung in der Bündnis-Erklärung“⁴⁴² gesprochen, da sich für die Gewerkschaften der Verteilungsspielraum 2000 „nach wie vor aus Produktivitätszuwachs und Preissteigerung“⁴⁴³ zusammen setzen würde. IG Metall⁴⁴⁴ und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) riefen als Zielvorgaben für Lohnzuwächse 5,5 % bzw. 5 % für die Tarifrunde 2000 aus. „Derartige Lohnforderungen wurden von den Arbeitgebern als Zerstörung der gerade gefundenen Kompromisslinie verstanden.“⁴⁴⁵ Die IG BCE auf der andern Seite setzte die Vereinbarung in entsprechende tarifpolitische Strategien um.⁴⁴⁶ Die tatsächlichen Ergebnisse der gesamten Tarifrunde 2000 bewegten sich dann in einem Rahmen der „als Beitrag zur Stärkung des Bündnisses für Arbeit verstanden“⁴⁴⁷ wurde.

Im Laufe des Jahres 2000 kam es zu keinen weiteren substantiellen Ergebnissen und die Gewerkschaften des DGB waren sich untereinander uneinig über den Sinn einer Fortsetzung der Gespräche. Im September 2000 beschloss die IG Medien auf ihrem Gewerkschaftstag, die Bündnisgespräche zu verlassen.⁴⁴⁸ Die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV)

⁴³⁹ Vgl. Gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zu den Ergebnissen des 5. Spitzengesprächs am 9. Januar 2000. Pressemitteilung des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 10. Januar 2000, online verfügbar unter

<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/pressemitteilung/68/12968/multi.htm>.

⁴⁴⁰ Ebenda.

⁴⁴¹ Ebd.

⁴⁴² Siehe DGB-Einblick 01/2000, S. 3.

⁴⁴³ Ebenda.

⁴⁴⁴ Klaus Zwickel beurteilte ebenfalls die Vereinbarungen im „Bündnis für Arbeit“ nicht als Festlegung eines Lohnzuwachses innerhalb des Produktivitätsanstiegs: „Die Unternehmer irren sich allerdings, wenn sie glauben, im ‚Bündnis für Arbeit‘ den institutionellen Rahmen gefunden haben, um einen Fünfjahresplan des Lohnabbaus realisieren zu können. Es ist ihnen denn auch nicht gelungen, Lohnleitlinien durchzusetzen. Gelungen ist eine Verabredung darüber, den Versuch zu unternehmen, mittels bestimmter Instrumente Beschäftigung zu fördern. [...] Sie [die IG Metall] wird sich auch von denen nicht dreinreden lassen, die nun entdeckt haben, dass nur die ‚echte Produktivität minus x‘ [...] den Richtpunkt für Lohnerhöhungen abgeben könnte.““ Zwickel, Klaus: Zeit zum Handeln. Tarifrunde 2000 und das Bündnis für Arbeit, in: spw, Heft 111, 2000, S. 4-5.

⁴⁴⁵ Vgl. Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 444.

⁴⁴⁶ Vgl. Reutter, Werner: Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, in: Gohr/Seeleib-Kaiser (Hg.): Sozial- und Wirtschaftspolitik, S. 289-305, hier S. 298.

⁴⁴⁷ Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 445.

⁴⁴⁸ Vgl. PM der IG Medien vom 12. September 2000.

forderte auf ihrem Kongress im November den Ausstieg aus dem Bündnis, während IG BCE-Chef Hubertus Schmoldt diesen Aufruf als „verrückt und nicht zukunftsbezogen“⁴⁴⁹ kommentierte. Ein für den Dezember angesetztes Spitzengespräch wurde im gegenseitigen Einverständnis aller Bündnispartner auf das Frühjahr 2001 verschoben.⁴⁵⁰ Die Bereitschaft der Regierung, Konfrontationen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Bündnis zu riskieren – und umgekehrt die Bereitschaft von Zugeständnissen von Gewerkschaften und Arbeitgebern – war angesichts der seit 1999 sinkenden Arbeitslosenzahlen, die im Oktober 2000 auf einem Stand von 3,61 Mio. lagen, spürbar zurückgegangen.⁴⁵¹

Die Niederlage der Gewerkschaften im Rentenstreit

Zwischen SPD-geführter Bundesregierung und den Gewerkschaften ging es im Laufe des Jahres 2000 um alte Streitpunkte – Rentenreform, Steuerpläne, Haushalt –, aber auch um neue, wie zum Beispiel den Vorstoß von Bundeskanzler Schröder, ausländischen Computerexperten wegen Fachkräftemangel sogenannte „Green-Cards“ auszustellen. „Ausbildungsoffensive statt Green Card“⁴⁵², so ließ sich die Haltung der Gewerkschaften zusammen fassen. In der Debatte um die Green Card versuchten die Gewerkschaften aber einerseits jeglichen Eindruck zu vermeiden, sie seien gegen Einwanderung generell, und andererseits, als klar wurde, dass die Green Card kommt, sie zumindest auf die Computerbranche zu beschränken.⁴⁵³

Der Konflikt um die Rentenreform spitzte sich im Sommer wieder zu. Die konkreter werdenden Pläne der Bundesregierung sahen vor, dass eine dritte, kapitalgedeckte Säule („Riester-Rente“) aufgebaut werden sollte, deren Finanzierung (stufenweise bis zu 4% des Bruttoeinkommens) allein bei den Arbeitnehmern liegen sollte, allerdings gefördert vom Staat. Diese „Pfadabweichung“⁴⁵⁴ vom System der paritätisch finanzierten Sozialversicherungen und die Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus wollten die Gewerkschaften nicht akzeptieren: „Die Gewerkschaften sind nicht bereit, einen Systemwechsel in Richtung Privatisierung hinzunehmen.“⁴⁵⁵ „Durch diese Kürzungsmaßnahmen wird die Rentenversicherung im Laufe der

⁴⁴⁹ Zitiert nach Der Spiegel vom 27.November 2000, S. 112-113, hier S. 112.

⁴⁵⁰ Spiegel 27.11.2000.

⁴⁵¹ Vgl. Blancke/Schmid: Die Bilanz der Bundesregierung Schröder, S. 225.

⁴⁵² Vgl. PM der ÖTV/Bezirk Baden-Württemberg vom 7.März 2000.

⁴⁵³ Vgl. z.B. PM des DGB/Bezirk NRW vom 31. März 2000: „Diskussion um Green Card darf latente Fremdenfeindlichkeit nicht aufheizen.“ Siehe PM der IG Metall vom 21. März 2000: „Zwickel: Weitere Green Cards weder sinnvoll noch notwendig.“

⁴⁵⁴ Egle: Deutschland, S. 185. Gerhard Schröder schildert in seiner Autobiographie deutlich, was mit der Rentenreform und dem Einstieg in die Eigenvorsorge auch erreicht werden sollte, nämlich ein anderes Sozialstaatsverständnis, dass die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung neu definiert. „Jedem in der Gesellschaft ist abzuverlangen, dass er das, was ihm objektiv möglich ist, für sich und seine Familie zuvörderst aufbringt, bevor er die Solidarität des Sozialstaates in Anspruch nimmt. Und genau diese Auffassung von Sozialstaatlichkeit war den Traditionalisten in meiner Partei, vor allem aber den Gewerkschaftsführern schwer nahe zu bringen.“ Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 268-269.

⁴⁵⁵ PM des DGB vom 06.Juni 2000.

Zeit zu einer beitragsfinanzierten Sozialhilfe⁴⁵⁶, so Ursula Engelen-Kefers Reaktion auf das Konzept der Bundesregierung. Rückhalt für die Gewerkschaften kam aus Teilen der SPD: Die AfA und Vertreter der SPD-Linken gingen ebenfalls auf Konfrontationskurs zu Riesters Plänen.⁴⁵⁷

Stimmen wurden laut, die einen „heißen Herbst“ für die Regierung ankündigten. Auf der Sitzung des Gewerkschaftsrates am 4. September wurde das Thema Rentenreform ausführlich behandelt und Fortschritte zwischen SPD und Gewerkschaften erzielt. Dazu gehörte die Rückkehr zu der nettolohnbezogenen Anpassung der Rente in 2001, der erklärte Wille zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge sowie der besonderen Förderung mittlerer und unterer Einkommen beim Aufbau einer kapitalgedeckten privaten Vorsorge.⁴⁵⁸ Für alle anderen strittigen Fragen sollte eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Sowohl SPD-Führung als auch der DGB-Vorsitzende sprachen nach dem Treffen von einer Annäherung.⁴⁵⁹ Die Proteste der Gewerkschaften dauerten jedoch an, die IG Metall veranstaltete Aktionstage gegen die Reform und der DGB stellte Ende Oktober fest, dass die Bundesregierung sich angesichts der breiten Front aus Kritikern „weitgehend isoliert“ hätte.⁴⁶⁰

Verhindern konnten die Gewerkschaften den Einstieg in die Teilprivatisierung letztendlich nicht mehr und bemühten sich daher im darauffolgenden Jahr um Verbesserungen im Detail.⁴⁶¹ Die 2001 verabschiedeten beiden Teile der Rentenreform (im Januar das nicht-zustimmungspflichtige Altersvermögensergänzungsgesetz und im Mai das zustimmungspflichtige Altersvermögensgesetz mit Einführung der Riemer-Rente) lehnten sich weitgehend an Riesters Konzept an, jedoch hatten die Gewerkschaften mit Unterstützung aus Teilen der SPD-Fraktion zum Schluss noch erreicht, dass die Regierung, sollte das Rentenniveau unter den definierten Wert von 67 % fallen, Maßnahmen ergreifen muss, dies zu verhindern (sogenannte Niveausicherungsklausel).⁴⁶² Trotzdem: Diejenigen Gewerkschaften, die sich vehement gegen diesen tiefen Einschnitt in das Solidarprinzip der Rentenversicherung zu wehren versucht hatten, hatten eine klare Niederlage hinnehmen müssen. Ihre Verstörung darüber, dass dieser Schritt von einer sozialdemokratisch geführten Regierung unternommen wurde, blieb in einem generellen Misstrauen gegenüber sozialpolitischen Reformvorhaben der Regierung Schröder virulent.

⁴⁵⁶ PM des DGB vom 06.Juni 2000.

⁴⁵⁷ Vgl. Frankfurter Rundschau vom 20.Juni 2000.

⁴⁵⁸ Siehe SPD-Intern 9/2000.

⁴⁵⁹ Siehe SZ vom 5. September 2000.

⁴⁶⁰ Vgl. Interview mit Ursula Engelen Kefer, in: DGB-Einblick 19/2000, S. 5.

⁴⁶¹ Siehe SZ vom 13.Januar 20001.

⁴⁶² Vgl. Egle: Deutschland, S. 185-186. Ende 2000 wurde außerdem die Abschaffung der bisherigen Erwerbsunfähigkeits- bzw. Berufsunfähigkeitsrente beschlossen und eine einheitliche Erwerbsminderungsrente eingeführt; nur älter Jahrgänge können noch Berufsunfähigkeit geltend machen. Eingeführt wurde zudem eine steuerfinanzierte Grundsicherung in Höhe der Sozialhilfe. Vgl. Schmidt: Rot-grüne Sozialpolitik, S. 249.

„Zuckerbrot“ für die Gewerkschaften: Die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes 2001

2001 war ein – im Vergleich zum vorherigen – besseres Jahr für das Verhältnis zwischen SPD-Regierung und Gewerkschaften, auch wenn es durchaus einzelne Streitigkeiten, zum Beispiel über die Ankündigung einer harten Tarifrunde für das Jahr 2002 seitens der IG Metall⁴⁶³ oder im „Bündnis für Arbeit“⁴⁶⁴, gab. Gerhard Schröder präsentierte sich mit Äußerungen gegen eine von der Opposition geforderte Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarkts zur Stimulierung der wieder schwächelnden Wirtschaft⁴⁶⁵ sowie mit einer ablehnenden Haltung gegenüber einem Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform⁴⁶⁶ auf ungewohnt gewerkschaftsnaher Linie. Dies war auch nötig angesichts der Belastungen im Verhältnis, vor allem im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehende Bundestagswahl.

Bei der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes setzte die rot-grüne Regierung zwar nicht die sehr weitreichenden Pläne der Gewerkschaften eines Co-Managements durch den Betriebsrat um, kam aber gewerkschaftlichen Forderungen sehr entgegen und berücksichtigte keinen einzigen Vorschlag der Arbeitgeber.⁴⁶⁷ Entsprechend enthusiastisch klang die gemeinsame Erklärung von Ursula Engelen-Kefer und Klaus Brander, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, nach einem gemeinsamen Gespräch zum Inkrafttreten der Gesetzesnovelle: „Die Mitbestimmung der Zukunft hat begonnen.“⁴⁶⁸ Die Reform ist von Manfred G. Schmidt daher auch als „Zuckerbrot für die Hinnahme zweier ungeliebter Reformen, der Steuerreform 2000 und des Einbaus einer kapitalfundierte Altersvorsorge in die Rentenpolitik“⁴⁶⁹ für die Gewerkschaften seitens der Regierung beurteilt worden. Auch für eine zweite Reform aus dem Jahr 2001, das Job-AQUTIV-Gesetz, dass den Einstieg in eine aktivierende Strategie unter dem

⁴⁶³ Vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. Juli 2001.

⁴⁶⁴ So brachte das Spitzentreffen im März 2001 außer einem Bekenntnis zu einer beruflichen Qualifizierungsoffensive keine Ergebnisse; gestritten wurde vor allem um den von den Gewerkschaften geforderten Überstundenabbau zum Aufbau neuer Arbeitsplätze. Siehe SZ vom 5. März 2001. Weitere Terminabsprachen scheiterten, ein für Dezember angesetztes Gespräch wurde auf 2002 verschoben.

⁴⁶⁵ Siehe SZ vom 13. Juli 2001. In einem Kommentar zu Schröders Äußerungen, die auf einer Pressekonferenz zur Bilanz der Regierungspolitik vor der Sommerpause getätigt wurden, schreibt Oliver Schumacher in der SZ vom selben Tag, dass Kanzler Schröder seine sozialdemokratischen Wurzeln entdecken würde und eine „flammendes Plädoyer für den Sozialstaat bundesrepublikanischer Prägung“ gehalten hätte.

⁴⁶⁶ Vgl. SPD-Intern 09/2001, S. 11.

⁴⁶⁷ Vgl. Rose, Edgar: Arbeitsrechtspolitik zwischen Re-Regulierung und Deregulierung, in: Gohr, Antonia/Seeleib-Kaiser, Martin (Hg.): Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün, Wiesbaden 2003, S. 103-124, hier S. 117. Im Einzelnen sah die Reform vor, dass die Zahl der Beschäftigten eines Betriebes, ab der ein Betriebsrat freigestellt wird, von 300 bis 600 auf 200 bis 500 sinkt; in Betrieben mit 1501 bis 2000 Beschäftigten (statt 2001 bis 3000) vier Betriebsräte freizustellen sind; ein vereinfachtes Wahlverfahren in Betrieben bis 50 Mitarbeitern gilt; die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten aufgehoben wird zur Homogenisierung der Repräsentation; die Rechtsstellung des Betriebsrates aufgewertet wird und die betrieblichen Initiativrechte in Bereichen wie Umwelt, Beschäftigung, Frauen und Antirassismus erweitert werden. Vgl. Schmidt: Rot-grüne Sozialpolitik, S. 246-247.

⁴⁶⁸ Siehe PM des DGB vom 30. Juli 2001.

⁴⁶⁹ Schmidt, S. 247. In der SZ wurde Schröders Begründung für die Reform folgendermaßen kommentiert: „In Wahrheit interessiert Gerhard Schröder das Betriebsverfassungsgesetz ebenso wenig wie die ‚Zivilgesellschaft‘ oder manch anderes Thema, zu dem seine Redenschreiber besondere Kanzlerworte absondern. Die Reform hat primär den Zweck, den Gewerkschaften einen Gefallen zu erweisen.“ SZ vom 20. Juni 2001. Edgar Rose warnt aber vor einem zu einseitigen Vorwurf des Klientelismus: Erstens weiche die Reform deutlich von den weitergehenden Vorstellungen der Gewerkschaften ab, zweitens wären nicht einseitig Gewerkschaftsrechte erweitert worden, drittens hätte die Reform auf Lösung objektiver Probleme gezielt. Vgl. Rose: Arbeitsrechtspolitik, S. 117.

Motto „Fördern und Fordern“ in der Arbeitsmarktpolitik brachte⁴⁷⁰, signalisierten die Gewerkschaften Unterstützung.⁴⁷¹ Das von der SPD-geführten Regierung geplante Tarifreuegesetz, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge im Baugewerbe und im öffentlichen Nahverkehr an die Einhaltung von Tariflöhnen der Firmen koppeln sollte (letztendlich scheiterte es an den Stimmen der CDU/CSU im Bundesrat 2002), lag ebenfalls auf einer Linie mit gewerkschaftlichen Vorstellungen.

Versöhnliche und sogar herzliche Töne schlug der DGB-Vorsitzende Schulte zudem in einem Grußwort auf dem SPD-Parteitag im November 2001 an: Er fühle sich nicht „als Gast, sondern als Mitglied einer großen Familie.“⁴⁷² Die Gewerkschaften und die SPD eine „von den Anfängen an das gemeinsame Ziel: die Arbeits- und Lebensverhältnisse der abhängig beschäftigten Menschen zu verbessern.“⁴⁷³ Man habe sich zwar oft darüber gestritten, wie die gemeinsame Verantwortung wahrzunehmen sei, aber das politische Geschäft werde leichter, „wenn man Partner hat, die die eigenen Überzeugungen teilen.“⁴⁷⁴ Die SPD-Führung, der daran gelegen sein musste vor der Bundestagswahl 2002 Ruhe in das Verhältnis zu den Gewerkschaften herein zu bringen, konnte angesichts solcher Äußerungen relativ optimistisch in das neue Jahr gehen.

Im Wahljahr 2002: Die SPD als das „kleinere Übel“

Anfang des Jahres schienen sich die Hoffnungen auf einen baldigen Schulterschluss zu bestätigen, als der Vorsitzende von Ver.di, Frank Bsirske, Kompromissbereitschaft bei einer bundesweiten Einführung eines der erprobten Kombilohnmodelle, das sogenannte „Mainzer Modell“, signalisierte und dem Bundeskanzler Unterstützung für ein baldiges Treffen im „Bündnis für Arbeit“ zusagte, bei dem auch über die Tarifrunde 2002 gesprochen werden solle – allerdings ohne eine gemeinsame Erklärung zur Tarifpolitik wie Anfang 2000.⁴⁷⁵ Das Treffen am 25. Januar ging jedoch abermals ohne Ergebnis zu Ende, da Arbeitgeber und Gewerkschaften über die nächste Lohnrunde, für die die IG Metall 6,5 % mehr Lohn forderte, in Streit gerieten.⁴⁷⁶ Die im Mai heraufziehenden Streiks in der Metallindustrie kamen Kanzler Schröder denkbar ungelegen, da er eine Gefährdung des wirtschaftlichen Aufschwungs und damit seiner Wiederwahl befürchtete, was er gegenüber der IG Metall auch mehr deutlich machte.⁴⁷⁷

⁴⁷⁰ Vgl. Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie, S. 253. Die Abkürzung AQUITIV steht für: Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln.

⁴⁷¹ Vgl. SPD-Intern 09/2001, S. 11.

⁴⁷² Grußwort des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte, auf dem Bundesparteitag der SPD in Nürnberg am Montag, 19. November 2001, online verfügbar unter <http://2001.spd-parteitag.de/servlet/PB/menu/1082935/index.html>, zuletzt geprüft am 22. 11.2008.

⁴⁷³ Schulte: Grußwort.

⁴⁷⁴ Ebd.

⁴⁷⁵ Vgl. Handelsblatt vom 14. Januar 2002.

⁴⁷⁶ Vgl. SZ vom 26. Januar 2002.

⁴⁷⁷ Siehe Der Spiegel vom 6. Mai 2002, S. 96-98. Zum Abschluss des Spitzengesprächs mit der IG Metall wird er zitiert mit den Worten „Damit das klar ist, ich gewinne die Wahl. Und wenn nicht, dann seid ihr schuld.“ Ebenda, S. 96.

Ärger zog auch auf einer anderen Front auf: Die Zielrichtung der von der Bundesregierung für den Fall einer zweiten Amtszeit angekündigten Gesundheitsreform versuchte Ver.di vorsorglich mit einer Kampagne „Unser Gesundheitssystem – solidarisch finanziert“, unterstützt von DGB und IG Metall, zu beeinflussen.⁴⁷⁸ „Noch einmal woll[t]en sich die Gewerkschaften nicht – wie bei der Rentenreform – vom Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung einer Sozialversicherung überraschen lassen.“⁴⁷⁹ Im März 2002 verstärkten sich Angriffe der Gewerkschaften auf die bisherige Politik der rot-grünen Regierung und Forderungen nach einem Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, vor allem von IG Metall und Ver.di.⁴⁸⁰ Dies führte nicht nur zu einer getrüben Stimmung zwischen SPD und Gewerkschaften, sondern sorgte auch DGB-intern für Unruhe, da der IG BCE-Vorsitzende Schmoldt den äußerst negativen Aussagen zur Reformpolitik der Regierung widersprach⁴⁸¹ und für eine „faire und konstruktive Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung“⁴⁸² warb.

Für Klaus Lang von der IG Metall blieb die SPD zumindest „das kleinere Übel“⁴⁸³ im Vergleich zu einer konservativ-liberalen Regierung. Die Wortwahl allein – ein Übel bleibt ein Übel – spricht für ein schon zu diesem Zeitpunkt deutlich belastetes Verhältnis. IG Metall und Ver.di sprachen sich dennoch mehr oder weniger offen für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition aus.⁴⁸⁴ Der DGB gab zwar keine direkte Wahlempfehlung ab, führte aber unter ihrem neuen Vorsitzenden Michael Sommer im Prinzip die Kampagne von 1998 „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, allerdings in deutlich abgespeckter Form fort.⁴⁸⁵ Die SPD versprach im Gegenzug zentrale Forderungen der Gewerkschaften, wie die Sicherung der Tarifautonomie und einen solidarischen Umbau der sozialen Sicherungssysteme, umzusetzen.⁴⁸⁶ Es war also „den Spitzen

⁴⁷⁸ Siehe DGB-Einblick 1/2002, S. 3.

⁴⁷⁹ Ebenda.

⁴⁸⁰ Siehe die Berichterstattung in der FR vom 16.März 2002, im Handelsblatt vom 18.März 2002, in der FAZ vom 28.März 2002. Den Anfang gemacht hatte Klaus Lang Anfang Februar vor dem Bundesausschuss der AfA, als er unter dem Motto „Die Politik der Mitte ist nicht rot, sondern blutleer“ eine äußerst negative reformpolitische Bilanz der letzten vier Jahre zog und einen langen Forderungskatalog formulierte, der aus Sicht der Gewerkschaften in einem sozialdemokratischen Wahlprogramm auftauchen sollte. Der Vortrag wurde gekürzt in der Frankfurter Rundschau vom 5.03.2002 veröffentlicht und zog eine Auseinandersetzung mit der SPD-Fraktionsführung (der Briefwechsel zwischen dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Joachim Poß und Klaus Lang ist ebenfalls in der FR dokumentiert) über die Frage „Wie viel soziale Gerechtigkeit hat die rot-grüne Bundesregierung erreicht?“, nach sich. Vgl. FR vom 8.4.2002.

⁴⁸¹ SZ vom 22. März 2002. U.a. bezeichnet er den Vortrag von Klaus Lang vor der AfA als „undifferenziert und in weiten Teilen ungerechtfertigt“. Zitiert nach Ebenda.

⁴⁸² Schmoldt, Hubertus: Fair und konstruktiv, in: DGB-Einblick 10/2002, S. 7.

⁴⁸³ Lang, Klaus: Auf jeden Fall das kleinere Übel, in: DGB-Einblick 9/2002, S. 7.

⁴⁸⁴ Vgl. zur IG Metall die Berichterstattung in der SZ vom 25. Juli 2002, vom 24. August 2002, vom 9. September 2002. In der Kampagne der IG Metall kamen u.a. grüne Plakate mit rotem Kreuz zum Einsatz. Vgl. SZ vom 25. Juli 2002. Siehe Interview mit Frank Bsirske in der FR vom 25.Mai 2002. Darin stellt er einerseits klar: „Wir sind nicht der verlängerte Arm einer Partei.“ Und andererseits: „Die Wirtschaftsliberalen in FDP und CDU haben sich durchgesetzt und wollen [...] die Tarifautonomie aushebeln. Das ist der fundamentalste Angriff auf das Tarifsystem in den vergangenen 50 Jahren. Solche Positionen kann man nicht zur Wahl empfehlen.“

⁴⁸⁵ Vgl. DGB-Einblick 14/2002, S. 1. Der vollständige Titel der Kampagne 2002 lautete „Es steht viel auf dem Spiel. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit mit einem Budget von rund 60.000 €, wie der DGB angab.“

⁴⁸⁶ Vgl. Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 19.

von SPD und DGB-Gewerkschaften rechtzeitig zum Wahlkampf [gelungen] genügend Gemeinsamkeiten herauszustellen, die dazu beitragen, dass die Gewerkschaften, wenngleich weniger engagiert als 1998, den Wahlkampf der SPD unterstützen.⁴⁸⁷

Der Kanzler erhöht das Reformtempo – die Gewerkschaften halten sich (noch) zurück

In der Arbeitsmarktpolitik für die zweite Legislaturperiode baute Kanzler Schröder ganz auf das am 16. August präsentierte Konzept der sogenannten „Hartz-Kommission“⁴⁸⁸, die nach dem Skandal um falsche Vermittlungsstatistiken bei der Bundesanstalt für Arbeit (BA) Anfang des Jahres eingesetzt worden war.⁴⁸⁹ Auf die Vorschläge der Kommission hatten die Gewerkschaften mit Blick auf die anstehenden Wahlen nur „sanfte Kritik“⁴⁹⁰ geübt und behielten es sich vor, während der parlamentarischen Beratungen noch Einfluss zu nehmen.⁴⁹¹ Die ersten Maßnahmen zum Umbau der Arbeitsvermittlung⁴⁹² wurden allerdings sofort umgesetzt. Damit „nutzte die SPD die Gunst der Stunde und implementierte eine Politik, die unter anderen Bedingungen wenn überhaupt, dann nur gegen erhebliche Widerstände der Gewerkschaften [...] hätte umgesetzt werden können.“⁴⁹³

Das Wahlergebnis am 22. September 2002 fiel denkbar knapp aus: Sowohl SPD und CDU/CSU holten 38,5 % der Stimmen, die SPD lag mit einem hauchdünnen Vorsprung von 6027 Stimmen vorne.⁴⁹⁴ Durch die vier Überhangmandate der SPD, das Ergebnis der Grünen von 8,6 % und das Scheitern der PDS an der Fünfprozenthürde hatte Rot-Grün wieder eine Mehrheit im Bundestag.⁴⁹⁵ Geholfen hatten Kanzler Schröder im Endspurt vor allem sein engagiertes Auftreten angesichts der Flutkatastrophe im Osten und sein „Nein“ zum Irak-Krieg.⁴⁹⁶ In ihrer Kernklientel musste die SPD große Einbrüche hinnehmen: Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern verlor sie 11 % gegenüber 1998, bei den Arbeitern ohne gewerkschaftliche Bindung wurde sie sogar von der CDU/CSU überholt.⁴⁹⁷ Auch im Bereich der Arbeitslosen verlor die SPD im Vergleich zu 1998 deutlich: Statt 55 % stimmten nur noch 36 % im Westen für die SPD, im

⁴⁸⁷ Schroeder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 19.

⁴⁸⁸ Eigentlich Kommission für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter Leitung des VW-Personalvorstandes Peter Hartz.

⁴⁸⁹ Die Vermittlungskrise der Bundesanstalt für Arbeit beurteilen Blancke/Schmidt als „Einfallstor für Schröder und die Reformer in der SPD“, da strukturelle Reformen und Modernisierungen auch gegenüber der Kritik aus dem linken Flügel der SPD und den Gewerkschaften – vor allem kurz vor der Wahl – vermittelbar- und durchsetzbar wurden. Blancke/Schmid: Bilanz der Bundesrepublik, S. 227.

⁴⁹⁰ DGB-Einblick, 13/2002, S. 1. Kritik wurde vor allem am Vorschlag zur Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf ein Jahr und anschließender Reduzierung auf das Niveau der Arbeitslosenhilfe geäußert.

⁴⁹¹ Siehe SZ vom 27. August 2002.

⁴⁹² Wie z.B. die Einrichtung Zeitarbeitsfirmen ähnlicher „PersonalServiceAgenturen“ bei der BA.

⁴⁹³ Blancke/Schmid: Bilanz der Bundesregierung, S. 230.

⁴⁹⁴ Siehe Alemann, Ulrich von: Der Zittersieg der SPD. Mit einem blauen und grünen Auge davon gekommen, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003, S. 43-69, hier S. 43.

⁴⁹⁵ Ebenda, S. 43-44.

⁴⁹⁶ Ebd., S. 60. Auch Gerhard Schröder selbst sieht das im Grunde so, obwohl er mutmaßt, dass auch das Hartz-Konzept einen Ausschlag gegeben haben könnte. Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 296.

⁴⁹⁷ Vgl. Roth, Dieter: Das rot-grüne Projekt an der Wahlurne: Eine Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002, in: Egle/Ostheim/Zohlnhöfer: Das rot-grüne Projekt, S. 29-52, hier S. 42.

Osten nur noch 35 %.⁴⁹⁸ Sie konnte jedoch bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten zulegen und kam durch leichte Verluste auf einen Gleichstand mit CDU/CSU im nicht-gewerkschaftlich gebundenen Angestelltenbereich.⁴⁹⁹ Damit hatten eher Vertreter der „Neuen Mitte“ wieder für die SPD gestimmt denn ihre traditionellen Stammwähler. Im Bundestag sank der Anteil der gewerkschaftlich organisierten SPD-Bundestagsabgeordneten von rund 80 % im Jahr 1998 auf 74,1 %⁵⁰⁰ und mit Klaus Wiese (SPD) verließ auch der letzte Gewerkschaftsvorsitzende (IG BAU) den Bundestag⁵⁰¹.

Im neuen Kabinett der rot-grünen Bundesregierung kam es zu einschneidenden Veränderungen: Arbeits- und Sozialminister Riester – wenn auch durch die Rentenreform zum Feindbild für manchen Gewerkschafter geworden, so doch immerhin ein Gewerkschaftsvertreter – wurde von Wolfgang Clement als „Superminister“ für Wirtschaft und Arbeit abgelöst, wobei Bereiche der Sozialpolitik dem Gesundheitsministerium unter Ulla Schmidt (SPD) angegliedert wurden.⁵⁰² Die Ernennung des als Modernisierer bekannten NRW-Ministerpräsidenten Clement „war ein klares Zeichen für ein höheres Reformtempo“⁵⁰³ und eine deutliche Distanzierung „von der früheren Tradition, Arbeitsminister mit Gewerkschaftskarrieren zu bestellen“⁵⁰⁴.

Die als Hartz I und II bekannten Reformgesetze (Erstes und Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) wurden zügig am 23. Dezember 2002 nach einer Vermittlungsrunde im Bundesrat verabschiedet. Der Versuch einer Neuauflage des „Bündnis für Arbeit“ scheiterte – aus Sicht der Gewerkschaften an den überzogenen Forderungen der Arbeitgeber⁵⁰⁵, aus Sicht der Arbeitgeber an der Uneinsichtigkeit der Gewerkschaften⁵⁰⁶ und aus Sicht Schröders an allen beiden nur nicht an ihm⁵⁰⁷. Kanzler Schröder erklärte im Anschluss, dass erst wieder neue Spitzengespräche einberufen werden würden, wenn es wieder genügend Schnittmengen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften gebe; bis dahin „werde die Bundesregierung ihre Pflicht tun und handeln“.⁵⁰⁸ In seiner Regierungserklärung am 14. März werde er deshalb „das Reformprogramm, das angemessen und notwendig ist für Deutschland formulieren“ und es sei dann „Sache der Verbände, sich damit auseinander zu setzen.“⁵⁰⁹ Das

⁴⁹⁸ Siehe Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit? S. 30.

⁴⁹⁹ Siehe Roth: Das rot-grüne Projekt an der Wahlurne S. 42.

⁵⁰⁰ Siehe Schroeder/Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, S. 686.

⁵⁰¹ Hassel: Zwischen Politik und Arbeitsmarkt, S. 213.

⁵⁰² Siehe Schmidt, Manfred G.: Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005), in: Egle/Zohlnhöfer (Hg.): Ende des rot-grünen Projekts, S. 295-312, hier S. 306.

⁵⁰³ Egle: Deutschland, S.179.

⁵⁰⁴ Hassel: Zwischen Politik und Arbeitsmarkt, S. 214.

⁵⁰⁵ Vgl. DGB-Einblick 03/2003, S. 1.

⁵⁰⁶ Siehe SZ vom 7. Februar 2003.

⁵⁰⁷ Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 90. Konkret stritten sich die Teilnehmer bei einem Spitzentreffen am 3. März 2003 vor allem über die Einbeziehung der Lohnpolitik und die von Clement angekündigte Lockerung des Kündigungsschutzes. Siehe Fickinger: Der verschenkte Konsens, S. 138.

⁵⁰⁸ Siehe Erklärung der Bundesregierung nach dem Spitzentreffen am 3. März 2003, abgedruckt in Fickinger: Der verschenkte Konsens, S. 337-338, hier S. 337.

⁵⁰⁹ Ebenda, S. 338.

Reformprogramm, das der Kanzler verkündete, wurde unter dem Titel „Agenda 2010“ bekannt und löste den tiefsten Konflikt mit den Gewerkschaften in seiner Regierungszeit aus.

3. Tiefgehende Verstimmungen: Von der Agenda 2010 im März 2003 bis zur vorzeitigen Bundestagswahl im Oktober 2005

a. Das Ende des „Bündnis für Arbeit“ – Bilanz eines Versuchs des Korporatismus⁵¹⁰

Genau neunmal haben sich die Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Regierung zu Spitzengesprächen im „Bündnis für Arbeit“ zwischen 1998 und 2003 getroffen. Die Ergebnisbilanz fällt dementsprechend schmal aus: ein recht erfolgreicher Ausbildungskonsens; Modellversuche im Niedriglohnbereich, wovon das Mainzer Modell bundesweit ausgeweitet wurde; eine gemeinsame Erklärung von BDA und BDI zur beschäftigungsfördernden Tarifpolitik, der eine moderate Lohnrunde folgte; Verbesserungen bei der betrieblichen Weiterbildung und der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer; das Job-AQUTIV-Gesetz, dass zum Teil auf Grundlage der Gespräche im Bündnis entwickelt wurde.⁵¹¹ Um die Ergebnisse des Bündnisses richtig einzuordnen, sollen zunächst Idee und Ziel des „Bündnis für Arbeit“ aus Regierungs- und Gewerkschaftsperspektive⁵¹² sowie Aufbau und Struktur dargestellt werden.

Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen von Gewerkschaften und Kanzler

Der erste Anstoß für ein „Bündnis für Arbeit“ kam 1995 von Seiten der IG Metall und scheiterte rasch. Grundidee war ein Tauschgeschäft zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundesregierung, um gemeinsam gegen die Massenarbeitslosigkeit vorzugehen. Die Arbeitgeber sollten verpflichtet werden, quantitativ festgelegte Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, die Bundesregierung sollte die Rahmenbedingungen (gewerkschafts- bzw. sozialstaatsfreundlich) verändern und die Gewerkschaften dafür eine am Ausgleich der Inflationsrate orientierte Tarifpolitik betreiben. Kanzlerkandidat Schröder „usurpierte“ sozusagen den ursprünglich gewerkschaftlich besetzten Begriff im Wahlkampf 1998 und erklärte „die Idee eines Bündnisses

⁵¹⁰ Der Begriff „Korporatismus“ steht für eine institutionelle Inkorporierung der Verbände durch den Staat. Das System der Bundesrepublik ist durch einen teils institutionalisierten, teils informellen Meso-Korporatismus gekennzeichnet. Das „Bündnis für Arbeit“ stellt daher den Versuch einer korporatistischen Makrokonzertierung dar. Vgl. Siegel, Nico A.: Die politische Ökonomie der Konzertierung in Deutschland: Das Beispiel Bündnis für Arbeit, in: Jochem/Siegel (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik, S. 148-193, S. 160-161. Über die Charakterisierung des Bündnisses als korporatistisches Gremium lässt sich allerdings streiten; Werner Reutter stellt fest: „Im Gegensatz zu vielen Interpretationen lässt sich das Bündnis nicht als korporatistische Institution qualifizieren. Ihm fehlt es an innerer und äußerer Verpflichtungsfähigkeit, es war von vergleichsweise kurzer Dauer und die beteiligten Akteure handelten eher aus einer Position der Schwäche.“ Reutter, Werner: Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, in: Gohr/Seeleib-Kaiser (Hg.): Sozial- und Wirtschaftspolitik, S. 289-305, hier S. 302.

⁵¹¹ Vgl. Schroeder, Wolfgang: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, in: Jochem/Siegel (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik, S. 107-147, hier S. 132.

⁵¹² Aufgrund des Themas der Arbeit müssen die Sichtweisen der Arbeitgeber weitgehend ausgeklammert bleiben.

für Arbeit zu seinem zentralen Konzept für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit.⁵¹³ In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen wurden die Anforderungen an die Beteiligten im Bündnis für Arbeit aus Regierungssicht formuliert:

„Gewerkschaften und Unternehmen sind zuständig für eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik und für eine Organisation der Arbeit, die dem Flexibilisierungsbedarf der Betriebe und dem Wunsch der Beschäftigten nach mehr Zeitsouveränität Rechnung trägt. Aufgabe der Wirtschaft ist es, die Anstrengungen für Investitionen und Innovation zu verstärken. Wirtschaft und öffentliche Verwaltung stehen in der Pflicht, durch Erhöhung der Lehrstellenzahl jedem Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu geben.“⁵¹⁴

Die Regierung hatte die Aufgabe, „die Rahmenbedingungen zu schaffen für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze“ mittels Steuerreformen, Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und einer Innovationsoffensive in Bildung, Forschung und Wissenschaft.⁵¹⁵

Gerhard Schröder stellte das Konzept eines tripartistischen Aushandlungsgremiums einerseits in die sozialdemokratische Tradition der Konzertierten Aktion, andererseits hatte er aber auch erfolgreiche Beschäftigungspakte in anderen europäischen Ländern, vor allem in den Niederlanden, vor Augen.⁵¹⁶ Das Bündnis für Arbeit sollte nicht wieder eine lose Konsensrunde wie die Kanzlerrunden unter Helmut Kohl werden, sondern verpflichtende Verträge zustande bringen.⁵¹⁷ In Zusammenhang brachte Schröder das Bündnis auch mit seiner Vorstellung von einer modernen, sozialdemokratischen Regierungspolitik, der Politik der Neuen Mitte mit einer neuen angebotsorientierten Agenda in der Wirtschaftspolitik.⁵¹⁸ Das Bündnis sollte dabei eine „Scharnierfunktion bei der Politik des Wandels“⁵¹⁹ ausüben. Damit war für Schröder das Bündnis nicht nur ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sondern auch Mittel, „um einen als überfällig betrachteten ökonomischen Modernisierungsprozess einzuleiten“ sowie „den programmatischen Wandel der SPD zu flankieren“.⁵²⁰

Die Gewerkschaften begrüßten die Initiative Schröders für ein neues „Bündnis für Arbeit“. Aus Sicht des DGB-Vorsitzenden Schulte gab es „keine bessere Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, als dies im Einvernehmen von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zu versuchen.“⁵²¹ Dabei dürften aber nicht „die beiden Hauptziele Arbeit

⁵¹³ Müller, Hans-Peter/Wilke, Manfred: Rückkehr in die politische Arena. Die deutschen Gewerkschaften und das Bündnis für Arbeit (= Konrad-Adenauer-Stiftung: Interne Studie 177/1999), Sankt Augustin 1999, S. 110; vgl. S. 109.

⁵¹⁴ Vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN, auszugsweise abgedruckt in: Arlt/Nehls (Hg.): Das Bündnis für Arbeit, S. 258-259, hier S. 258.

⁵¹⁵ Ebenda.

⁵¹⁶ Vgl. Schröder, Gerhard: Das Bündnis als Fokus unserer Politik der neuen Mitte, in: Arlt/Nehls: Das Bündnis für Arbeit, S.49-56, hier S. 49.

⁵¹⁷ Siehe Rede Gerhard Schröders auf dem Außerordentlichen SPD-Parteitag in Leipzig am 17. April 1998, online verfügbar unter <http://www.april1998.spd-parteitag.de/schroeder.html>, zuletzt geprüft am 3.12.2008.

⁵¹⁸ Schröder: Das Bündnis als Fokus unserer Politik der neuen Mitte, S. 55.

⁵¹⁹ Ebenda, S. 50.

⁵²⁰ Vgl. Reutter, Werner: Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, in: Gohr/Seeleib-Kaiser (Hg.): Sozial- und Wirtschaftspolitik, S. 289-305, hier S. 294.

⁵²¹ Schulte, Dieter: Effektiv und nachhaltig für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, in: Arlt/Nehls (Hg.): Das Bündnis für Arbeit, S. 69-75, hier S. 69.

und soziale Gerechtigkeit“ aus den Augen verloren werden.⁵²² Für die Gewerkschaften seien die wichtigsten Themen zunächst die Schaffung von Ausbildungsplätzen, Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung (u.a. „Rente mit 60“) sowie eine Verbesserung von Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten.⁵²³ Dass „darüberhinaus auch über Innovationen und Forschungspolitik, über die Zukunft der sozialen Sicherung und über den Aufbau Ost“ gesprochen werde, stehe außer Frage.⁵²⁴ Zur Tarifpolitik erklärte Schulte, dass tarifpolitische Fragen durchaus im Bündnis angesprochen werden könnten, aber „Löhne und Gehälter nach wie vor in Tarifverhandlungen ausgehandelt werden und nicht am Tisch des Bundeskanzlers“. ⁵²⁵ Kein Eingriff in die Tarifautonomie, Begrenzung der Deregulierungspolitik und soziale Ausgestaltung von Reformprozessen – so lassen sich die Ziele bzw. Vorbedingungen der Gewerkschaften für ein Bündnis zusammen fassen.⁵²⁶

Aufbau und Struktur des Bündnisses

Das Auftakttreffen des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ fand am 7. Dezember 1998 statt und diente dazu, eine gemeinsame Gesprächsgrundlage zu schaffen sowie Aufbau und Themen des Bündnisses festzulegen.⁵²⁷ Als oberstes Gremium wurde das Spitzengespräch unter Federführung der Bundesregierung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände (BDI, BDA, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Deutsche Industrie- und Handelskammer) und der Gewerkschaften (DGB, IG Metall, IG BCE, ÖTV und DAG (später Ver.di)) eingerichtet.⁵²⁸ Eine Steuerungsgruppe aus Staatssekretären der jeweils beteiligten Ministerien, Abteilungsleitern des Bundeskanzleramtes und Geschäftsführern/Generalsekretären bzw. Abteilungsleitern aus den Verbänden bereiteten die Spitzengespräche thematisch vor.⁵²⁹ Eine Benchmarking-Gruppe aus vier Professoren (zwei benannt von Arbeitgeberseite, zwei von Gewerkschaftsseite) sollte eine Analyse des Standortes Deutschland, auch im internationalen Vergleich, liefern und damit eine gemeinsame Ausgangsbasis für Problemlösungen der Beteiligten liefern.⁵³⁰ Daneben wurden eine Vielzahl von Arbeitsgruppen⁵³¹ sowie Fach- und

⁵²² Schulte: Effektiv und nachhaltig für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, S. 70.

⁵²³ Ebenda, S. 71.

⁵²⁴ Ebenda, S. 71.

⁵²⁵ Ebenda, S. 73.

⁵²⁶ Vgl. Schroeder, Wolfgang: „Konzertierte Aktion“ und „Bündnis für Arbeit“: Zwei Varianten des deutschen Korporatismus, in: Zimmer/Weßels (Hg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, S. 29-54, hier S. 45.

⁵²⁷ Vgl. Gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 7. Dezember 1998, abgedruckt in: Arlt/Nehls (Hg.): Bündnis für Arbeit, S. 262-264.

⁵²⁸ Vgl. Heinze, Rolf G.: Das „Bündnis für Arbeit“ - Innovativer Konsens oder institutionelle Erstarrung? in: Egle/Ostheim/Zohnhöfer (Hg.): Das rot-grüne Projekt, S. 137-162, hier S. 134.

⁵²⁹ Ebenda, S. 135.

⁵³⁰ Vgl. Schroeder: „Konzertierte Aktion“ und „Bündnis für Arbeit“, S. 45.

⁵³¹ Zu den Themen: Steuerpolitik, Aufbau Ost, Rentenreform, Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeitpolitik, Lebensarbeitszeit, Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Pflegeversicherung. Vgl. Organisationsstruktur des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, abgebildet in: Arlt/Nehls (Hg.): Das Bündnis für Arbeit, S. 265.

Themendialogen⁵³² zu Einzelfragen eingerichtet. Einbezogen wurden auch schon bestehende Bündnisse auf Landesebene und Betriebsebene und es wurden neue initiiert. Von seiner institutionellen Ursprungskonzeption war das Bündnis also breit in Themen und Reichweite angelegt und orientierte sich damit an anderen funktionierenden Bündnissen in Europa.⁵³³

Gründe für das Scheitern des „Bündnis für Arbeit“

Zieht man eine Bilanz aus den Spitzengesprächen, so wird deutlich, dass entscheidende Themen, seien es die Korrekturgesetze aus der Anfangszeit der Regierung Schröder, die Rentenreform, die Steuerreformen, die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes oder die Hartz-Reformen, um nur einige zu nennen, entweder gar nicht behandelt wurden oder nur angesprochen, jedenfalls nicht als wirksames Tauschmittel in das Bündnis eingebracht wurden.⁵³⁴ „Was die elementaren Interessen auch nur eines der Beteiligten hätte berühren können, blieb ausgeklammert.“⁵³⁵ Hierhin wird auch eine der Ursachen gesehen, warum das Bündnis scheiterte.⁵³⁶ Die erfolgreichen Beispiele aus anderen europäischen Ländern beruhen auf einem politischen Tauschgeschäft zwischen Regierung und Arbeitnehmerorganisationen (Steuer- und Abgabentlastung, Beschäftigungsprogramme der öffentlichen Hand etc. gegen Lohnzurückhaltung) und dem Versuch, politikfeldübergreifende Reformen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchzuführen.⁵³⁷ Auch letzteres ist im „Bündnis für Arbeit“ nicht gelungen.⁵³⁸

Eine andere – notwendige, aber nicht hinreichende – Erfolgsprämisse ist der sogenannte „Schatten der Hierarchie“⁵³⁹ den die Regierung spenden muss, d.h. das Ausnutzen bestimmter Möglichkeiten „in das Verhältnis zwischen den Tarifparteien zu intervenieren, um durch die (Wieder-)Herstellung eines hierarchischen Verhandlungssystems die Gemeinwohlorientierung [...] zu stärken.“⁵⁴⁰ Im „Bündnis für Arbeit“ hat der Bundeskanzler sich jedoch weitgehend auf eine Moderatorenrolle zwischen Unternehmen und Gewerkschaften zurückgezogen.⁵⁴¹ Es fehlte der Regierung an einem kohärenten wirtschafts- und sozialpolitischen Reformkonzept, anhand

⁵³² Zu den Themen: Beschäftigungspotentiale in der Dienstleistungswirtschaft/Mittelstand/Handwerk, kleinere und mittlere Unternehmen, Gründung und Wachstum, Forschung, Entwicklung, Innovation/Offensive für Existenzgründer, Beschäftigungspotentiale im Umweltschutz, Beschäftigungspotentiale im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, Automobilindustrie, ressourcenschonende Technologien, Bio- und Gentechnik. Vgl. Schroeder: „Konzertierte Aktion“ und „Bündnis für Arbeit“, S. 44-45; S. 52.

⁵³³ Siehe Heinze: Innovativer Konsens oder institutionelle Erstarrung? S. 144.

⁵³⁴ Vgl. Schroeder: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, S. 132.

⁵³⁵ Vgl. Wiesenthal/Clasen: Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter, S. 317.

⁵³⁶ Ebenda. Siehe auch Fickinger: Der verschenkte Konsens, S. 247.

⁵³⁷ Vgl. Hassel, Anke: Bündnisse für Arbeit: Nationale Handlungsfähigkeit im europäischen Regimewettbewerb, in: Politische Vierteljahresschrift, 3/2000, S. 498-524, hier S. 520-521; S. 499.

⁵³⁸ Vgl. Heinze: Innovativer Konsens oder institutionelle Erstarrung? S. 150.

⁵³⁹ Hassel: Bündnisse für Arbeit, S. 511. Ursprünglich stammt der Ausdruck von Fritz W. Scharpf. Vgl. ebenda.

⁵⁴⁰ Ebenda, S. 511.

⁵⁴¹ Vgl. Fickinger: Der verschenkte Konsens, S. 248. Auch Wolfgang Schroeder teilt diesen Eindruck: „Für die These, dass der Staat zu sehr als ‚sanfter Moderator‘ aufgetreten sei, spricht auch, dass sich die Regierung zuweilen nicht mit ihren führenden Akteuren im Bündnis engagierte.“ Schroeder: Modell Deutschland und Bündnis für Arbeit, S. 136-137.

dessen im „Bündnis für Arbeit“ hätte vorgegangen werden können und an der Bereitschaft, sich in tarifpolitische Fragen einzumischen.⁵⁴²

Das Bündnis litt ebenfalls darunter, dass sich die Beteiligten nicht auf eine „verbindliche und perspektivische Startprogrammierung, die Antworten auf grundlegende Defizite des deutschen Modells im Kontext der Europäisierung gibt“⁵⁴³, einigen konnten. Die Einrichtung der Benchmarking-Gruppe allein war schon Zeichen dafür, dass es im Gegensatz zu den sechziger und siebziger Jahren, in denen die Konzertierte Aktion stattfand, „nicht mehr ein allseits akzeptiertes und handlungsleitendes ‚Modell Deutschland‘ gibt, das zudem als Vorbild für andere Länder gilt.“⁵⁴⁴ Der umfassende Bericht der Benchmarking-Gruppe, der im Herbst 2001 vorgelegt wurde, trug nicht dazu bei, die Distanz zwischen den Positionen der Beteiligten zu verringern.⁵⁴⁵ Bei einer Abarbeitung an den Ergebnissen des Berichtes „wären [...] zahlreiche Themen und Fragen auf die Tagesordnung gekommen, die insbesondere Konflikte mit gewerkschaftlichen Positionen in der Arbeitsmarktpolitik unvermeidlich gemacht hätten.“⁵⁴⁶ Daher zog es die Bundesregierung wie auch die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände vor, den Bericht in ihrem Sinne zu interpretieren, und konnten sich dadurch nicht auf eine gemeinsame Argumentationslinie einigen.⁵⁴⁷

Konzertierte Aktion und „Bündnis für Arbeit“

Vergleicht man das „Bündnis für Arbeit“ mit der Konzertierten Aktion, so zeigen sich zum einen, wie schon angesprochen, deutliche Unterschiede in der Ausgangslage: ging es in den sechziger und siebziger Jahren um einen „Wachstumskorporatismus“, der auf Grundlage eines allgemein anerkannten „Modells Deutschland“ und einer in den Anfängen noch unstrittigen keynesianischen Nachfragepolitik beruhte und vor allem der Inflationsbekämpfung dienen sollte, so war das Bündnis Ende der neunziger Jahre der Versuch eines „Anpassungskorporatismus“ im Zeichen von Massenarbeitslosigkeit, Krise der Sozialversicherungen und einer verringerten nationalstaatlichen Handlungsfähigkeit.⁵⁴⁸ Die hoch institutionalisierte Bündnisstruktur und der beschränkte Teilnehmerkreis standen ebenfalls im Gegensatz zur Konzertierten Aktion wie auch die Federführung des Bundeskanzlers statt des Bundeswirtschaftsministers.⁵⁴⁹ In dieser formalen Hinsicht hatte das Bündnis also bessere Voraussetzungen für ein Gelingen. Innerhalb der Konzertierten Aktion wurde der Teilnehmerkreis immer größer, was auch zu ihrer Auszehrung beigetragen hat.⁵⁵⁰ Letztlich scheiterte die Konzertierte Aktion aber zu einem Zeitpunkt, der der

⁵⁴² Siehe Egle: Deutschland, S. 176.

⁵⁴³ Vgl. Schroeder, Wolfgang: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, S. 142.

⁵⁴⁴ Heinze: Innovativer Konsens oder institutionelle Erstarrung? S. 144.

⁵⁴⁵ Der Bericht gab keine radikalen Reformvorschläge, sondern trug umfangreiche Daten und Fakten über den Wirtschaftsstandort Deutschland zusammen und zählte dessen Schwächen und Stärken auf. Vgl. Siegel: Die politische Ökonomie der Konzertierung in Deutschland, S. 171.

⁵⁴⁶ Ebenda.

⁵⁴⁷ Siehe Heinze: Innovativer Konsens oder institutionelle Erstarrung? S. 146-147.

⁵⁴⁸ Vgl. Schroeder: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, S. 130.

⁵⁴⁹ Siehe Siegel: Die politische Ökonomie der Konzertierung in Deutschland, S. 165-166.

⁵⁵⁰ Siehe Schroeder: „Konzertierte Aktion“ und „Bündnis für Arbeit“, S. 32.

Ausgangslage des Bündnisses nicht unähnlich war: Der Handlungsspielraum der Regierung ging angesichts der Weltwirtschaftskrise zurück, Arbeitgebervertreter und Gewerkschaften waren sich uneinig über die richtigen Antworten auf die Krise.

Der Erfolg der Konzertierte Aktion ist nach Wolfgang Schroeder vor allem darin zu sehen, dass es ihr gelang „einen Politikwechsel zu flankieren, der zur Modernisierung der Bundesrepublik einen nicht unerheblichen Beitrag leistete“⁵⁵¹ und damit einen sozialdemokratischen Politikmodus begründete, „der sich durch den Versuch auszeichnet, die Gewerkschaften über eine formelle Anerkennung einzubinden und zu stärken, um deren Einfluss für die Legitimation der eigenen Politik zu nutzen.“⁵⁵² Dies ist Gerhard Schröder für seine Politik der „Neuen Mitte“ nicht gelungen, was aber auch daran gelegen haben könnte, dass es an einem kohärenten Konzept mangelte.

Vom Versuch des korporatistischen Interessenausgleich zur autonomem Reformpolitik der Regierung Schröder

Für die Durchsetzung von Reformen am Arbeitsmarkt und in den Sozialversicherungen setzte Schröder auf den Einsatz von Kommissionen und wandte sich damit schon vor dem offiziellen Ende des „Bündnis für Arbeit“ von der Idee der korporatistischen Makrosteuerung ab⁵⁵³. Die Hartz-Kommission oder auch die Rürup-Kommission, die nach der Wahl 2002 eingesetzte „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“, hatten den Vorteil, dass sie in einem festgelegten Zeitraum mit einem definierten Auftrag versehen konkrete Reformvorschläge entwickelten und zudem mit von der Regierung bestimmten Experten und ausgesuchten Vertretern der Gewerkschaften bzw. der Arbeitgeberverbände besetzt waren.⁵⁵⁴

In den Arbeitslosenzahlen Ende 2002/Anfang 2003, die einen neuen Höchststand in der Regierungszeit Schröders erreichten⁵⁵⁵, zeigte sich deutlich, dass das Bündnis sein erklärtes Hauptziel, eine dauerhafte Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erreichen, verfehlt hatte. Ebenso wenig gelang es der Regierung weder „mit dem Bündnis für Arbeit den viel beklagten Reformstau in der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufzulösen, noch das Bündnis als feste Orientierungsgröße für den politischen Entscheidungs- und Diskussionsprozess zu etablieren.“⁵⁵⁶ Wie oben beschrieben scheiterte eine Neuauflage des Bündnisses. Schröder selbst gibt Arbeitgebern und Gewerkschaften die Schuld am Scheitern und wirft ihnen mangelnde Kompromissbereitschaft vor.⁵⁵⁷ Das Bündnis sei zudem nie ein wirkliches geworden, denn

⁵⁵¹ Vgl. Schroeder: „Konzertierte Aktion“ und „Bündnis für Arbeit“, S. 31.

⁵⁵² Ebenda, S. 29.

⁵⁵³ Vgl. Siegel, Nico A.: Rot-Grün und die Pfeiler des deutschen Kapitalismus, in: Egle/Zohnhöfer (Hg.): Ende des rot-grünen Projekts, S. 379–407, hier S. 394.

⁵⁵⁴ Siehe Schroeder: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, S. 139-140.

⁵⁵⁵ Vgl. Berichterstattung in der SZ vom 10. Januar 2003 zu der Verkündung der Arbeitslosenzahlen durch die Bundesanstalt für Arbeit.

⁵⁵⁶ Reutter, Werner: Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, S. 302-303.

⁵⁵⁷ Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 90.

„[d]azu hätte auf beiden Seiten ein Maß an Reflexion und Kenntnis der weltwirtschaftlichen Abläufe gehört, zu dem sie offenbar nicht in der Lage waren.“⁵⁵⁸

Den Gewerkschaften wird auch von anderer Seite vorgeworfen, vor allem sie hätten mit ihrer Haltung eine Blockade des Bündnisses verursacht.⁵⁵⁹ Der Part der Gewerkschaften in einem tripartistischen Bündnis ist aber ungleich schwieriger, werden von ihnen doch viel mehr Vorleistungen und Risiken eingefordert⁵⁶⁰ als von den Arbeitgebern, die sich durch keine Regelung darauf verpflichten lassen können, mehr Arbeitsplätze zu schaffen⁵⁶¹. Daher brauchen die Gewerkschaften eine Gesamtperspektive in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die es auch ihren Mitgliedern plausibel erscheinen lässt, warum sich die Gewerkschaften zum Beispiel auf eine moderate Lohnpolitik einlassen sollten.⁵⁶² Wie bereits ausgeführt, mangelte es aber gerade an einer solchen Perspektive – jedoch nicht nur von Seiten der Regierung, sondern auch seitens der Gewerkschaften selbst, die unter sich uneinig waren.

Einen Vorteil hatte das Bündnis aber für die Gewerkschaften: Es stellte ihre organisationspolitischen Bestand in der ganzen Zeit seines Bestehens nie wirklich in Frage und wertete die Gewerkschaften durch den Einbezug in zentrale Fragen der Politik der Regierung durchaus auf.⁵⁶³ Die Agenda 2010 hingegen war darauf angelegt, die für notwendig erachteten Reformen, insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen, weitgehend ohne Rücksicht auf Interessenverbände durchzuführen und damit Schröders Politik der „Neuen Mitte“ auch ohne die Zustimmung der Gewerkschaften durchzusetzen.⁵⁶⁴ Diese Strategie ist daher von Nico A. Siegel auch als ein Bruch mit der korporatistischen Tradition der Bundesrepublik gewertet worden.⁵⁶⁵ Gerhard Schröder selbst stellt ebenfalls einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Versagen des letzten Bündnisgesprächs und dem unilateralen Vorgehen der Regierung her:

„Daraufhin habe ich das Bündnis selbst für gescheitert erklärt und den Beteiligten deutlich gesagt, die Regierung werde nun allein handeln müssen, um die notwendigen Reformen voranzubringen. Vierzehn Tage später stellte ich dann im Deutschen Bundestag mein Modernisierungsprogramm der Agenda 2010 vor.“⁵⁶⁶

Die Verkündung der Agenda 2010 in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 14. März 2003 ist jedoch nicht nur auf das Fehlen von substantiellen Ergebnissen im Bündnis für Arbeit zurückzuführen, sondern hatte auch andere Hintergründe, die im Folgenden erläutert werden.

b. Die Agenda 2010: Ende der Gesprächszeit zwischen SPD und Gewerkschaften

Der Regierung unter Gerhard Schröder mangelte es an einem Gesamtkonzept für Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Der Koalitionsvertrag zwischen Rot-Grün für die zweite

⁵⁵⁸ Schröder: Entscheidungen, S. 90.

⁵⁵⁹ Am deutlichsten Fickinger: Der verschenkte Konsens, S. 248 ff.

⁵⁶⁰ Vgl. Schroeder: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, S. 143.

⁵⁶¹ Vgl. Fickinger: Der verschenkte Konsens, S. 246.

⁵⁶² Siehe Schroeder: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, S. 143.

⁵⁶³ Siehe Wiesenthal/Clasen: Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter, S. 317; S. 315.

⁵⁶⁴ Vgl. Siegel: Rot-Grün und die Pfeiler des deutschen Kapitalismus, S. 396.

⁵⁶⁵ Ebenda, S. 396.

⁵⁶⁶ Schröder: Entscheidungen, S. 91.

Legislaturperiode gab außer der Umsetzung der Hartz-Reformen „Punkt für Punkt“⁵⁶⁷ nicht mehr viel her, was für eine vierjährige Amtszeit ausgereicht hätte.⁵⁶⁸ Die Agenda 2010 war daher der Versuch die Hartz-Reformen in einen größeren Reform- und Modernisierungszusammenhang einzubetten.⁵⁶⁹ Zudem spielte für die Entscheidung Schröders, ein „offensives Reformprogramm“⁵⁷⁰ zu formulieren, auch die nach der Wahl recht schnell sinkenden Umfragewerte und die Wahlniederlagen eine Rolle.⁵⁷¹ Darin bot sich für den Kanzler „die Möglichkeit, als Krisenmanager in eine aktive Rolle zurückzukehren und seine politischen Reformvorhaben inner- wie außerparteilich durchzusetzen.“⁵⁷²

Schröder hatte nach eigenen Angaben schon vor der Weihnachtszeit im Jahr 2002 seinen Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier gebeten, ein Reformprogramm zu entwerfen.⁵⁷³ Nur ein sehr kleiner Kreis von Vertrauten arbeitete an der Konzeption mit, Schröder selbst übernahm die Schlussredaktion und ergänzte den vorab ohne die wichtigsten Passagen versandten Text seiner Regierungserklärung mündlich, um „die Opposition zu überraschen“.⁵⁷⁴ Überrascht waren dann aber nicht nur die Opposition, sondern auch seine eigene Fraktion und Partei, die er – zu diesem Zeitpunkt noch Parteivorsitzender – weitgehend übergangen hatte, ebenso die Gewerkschaften.

Die Agenda 2010 war ein Bündel von Reformvorhaben, das nach Schröder um die folgenden Kerngedanken kreiste:

„Bewahrung des Sozialstaatsprinzips unter völlig veränderten weltwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen; die Notwendigkeit von Strukturreformen im Gesundheitswesen, in der Rentenversicherung und auf dem Arbeitsmarkt; mehr Eigenverantwortung des Einzelnen, um Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen zu verhindern.“⁵⁷⁵

Konkret kündigte Schröder am 14. März u.a. an: Strukturreformen auf der Angebotsseite wie Steuerentlastungen; weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes; Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe auf der Höhe des Regelsatzes der Sozialhilfe; Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme von Arbeits- und Ausbildungsplatzangeboten; Lockerung des Kündigungsschutzes; Senkung der Lohnnebenkosten durch Einsparungen in den Sozialversicherungssysteme, wie die Begrenzung des Arbeitslosengelds für die unter 55- Jährigen auf zwölf und für die über 55-Jährigen auf 18 Monate; weitere Reformen im Bereich des Rentensystems; mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem und eine Ausweitung der

⁵⁶⁷ Vgl. Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie. Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2002, online verfügbar unter <http://oktober2002.spd-parteitag.de/servlet/PB/menu/1110152/index.html>, zuletzt geprüft am 8. Dezember 2008.

⁵⁶⁸ Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 390.

⁵⁶⁹ Siehe Schmid: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik - große Reform mit kleiner Wirkung? in: Egle/Zohnhöfer: Ende des rot-grünen Projekts, S. 271–294, hier S. 281.

⁵⁷⁰ Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 390.

⁵⁷¹ Ebenda, S. 389-390.

⁵⁷² Jun: Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 279.

⁵⁷³ Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 391.

⁵⁷⁴ Siehe Schröder: Entscheidungen, S. 392.

⁵⁷⁵ Ebenda, S. 319.

Eigenbeteiligung der Versicherten; mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung zur Herstellung von Chancengerechtigkeit.⁵⁷⁶ Zur Tarifpolitik erklärte er:

„Arbeitsrecht und Tarifverträge ergänzen sich in Deutschland zu einem dichten Netz geregelter Arbeitsbeziehungen. Das schafft Sicherheit. Aber es ist häufig nicht so flexibel und ausdifferenziert, wie es in einer komplexen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb sein muss. Die Verantwortlichen – Gesetzgeber wie Tarifpartner – müssen in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation und der Arbeitsmarktlage ihre Gestaltungsspielräume nutzen, um Neueinstellungen zu erleichtern. Dazu ist es unabdingbar, dass in den Tarifverträgen Optionen geschaffen werden, die den Betriebspartnern Spielräume bieten, Beschäftigung zu fördern und zu sichern.“⁵⁷⁷

Einen generellen Eingriff in die Tarifautonomie kündigte Schröder damit zwar nicht an, aber zusammen mit den anderen einschränkenden Maßnahmen im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik vertrat Schröder Positionen, die klar gewerkschaftlichen Vorstellungen zuwider liefen. Die Anknüpfungspunkte der Agenda 2010 an die Grundsätze im Schröder-Blair-Papier und damit an den „Dritten Weg“ der Sozialdemokratie waren deutlich sichtbar.⁵⁷⁸ Hatte schon dieses „Diskussionspapier“ für helle Aufregung in SPD und Gewerkschaften gesorgt, so musste die Reaktion auf die in der Regierungserklärung angekündigte Durchsetzung der Reformpolitik umso heftiger ausfallen. Damit hatte Gerhard Schröder nach eigener Auskunft nicht gerechnet, sondern lediglich mit „Kritik im Detail“ sowohl von Arbeitgeberseite, denen die Reformen nicht weit genug gingen, als auch von den Gewerkschaften.⁵⁷⁹ Das war entweder ziemlich blauäugig oder, was wahrscheinlicher ist, er versuchte damit die Reaktionen der Gewerkschaften und Teilen der SPD-Linken im Rückblick als unangemessen und kaum begründbar darzustellen.

Die erste Stellungnahme des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zur Regierungserklärung klang noch zurückhaltend ob dem, was noch kommen sollte: Lob gab es für die Haltung des Kanzlers zum Irak-Krieg, die Schröder in der Regierungserklärung ebenfalls bekräftigt hatte, sowie für den Appell an die Unternehmen mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und die leise Drohung mit einer Ausbildungsplatzabgabe.⁵⁸⁰ Ebenfalls Unterstützung signalisierte der DGB für die „angekündigten Wachstumsimpulse“, die allerdings nicht ausreichen würden: „Aus unserer Sicht muss der Staat stärker in die Offensive gehen, um Wachstum und Beschäftigung durch öffentliche, gewerbliche und private Investitionen zu stärken und den Konsum anzuregen.“⁵⁸¹ Deutliche Kritik kam zu den geplanten Kürzungen im Bereich der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe, die der falsche Weg seien: „Sie führen lediglich zu

⁵⁷⁶ Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag, online verfügbar unter http://archiv.spd.de/servlet/PB/show/1025523/Regierungserklaerung_Gerhard_Schroeder_2003_03_14.pdf, zuletzt geprüft am 8. 12.2008, S.10; 12; S. 14; S. 23; S. 15; S. 24; S. 25-26; S. 28; S. 30; S. 32.

⁵⁷⁷ Ebenda, S. 19.

⁵⁷⁸ Siehe Jun: Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 280.

⁵⁷⁹ Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 398.

⁵⁸⁰ Siehe PM des DGB vom 14.März 2003. Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vom 14. März 2003, S. 2-3; S. 23.

⁵⁸¹ PM des DGB vom 14.März 2003.

finanziellen Einschnitten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Erwerbslose, ohne ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Dies widerspricht dem Gedanken einer sozial gerechten Modernisierung unseres Landes [...].⁵⁸² Zurück wies Sommer auch den Aufruf Schröders für mehr betriebliche Bündnisse für Arbeit, der überflüssig sei angesichts der Bereitschaft der Gewerkschaften „Regelungen in den Betrieben zum Wohle der Unternehmen und Beschäftigten zu treffen.“⁵⁸³

Die Agenda 2010 unter Beschuss und das (vorläufige) Ende der Gesprächszeit zwischen SPD und Gewerkschaften

Die Angriffe auf die Agenda 2010 verschärfen sich rasch. Der Ver.di Vorsitzende Frank Bsirske und der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel kündigten Proteste gegen die Einschnitte in den Sozialleistungen an.⁵⁸⁴ Auch Michael Sommer schlug Ende März härtere Töne an: „Wir wollen diesen absoluten Richtungswechsel der sozialdemokratischen Politik verhindern.“⁵⁸⁵ Dazu suchten die Gewerkschaften auch verstärkten Kontakt mit Bundestagsabgeordneten der SPD, in deren Reihen sich ebenfalls Widerstand regte.⁵⁸⁶ IG BCE-Chef Hubertus Schmoldt sprach sich zwar erwartungsgemäß gegen eine Frontstellung gegenüber der Regierung aus, aber auch für ihn waren einige Punkte der Agenda, so die Verkürzung des Arbeitslosengeldes und die geplante Privatisierung des Krankengeldes, nicht ohne Weiteres hinnehmbar.⁵⁸⁷

Am 1. April trafen sich die Gewerkschaftsführer mit der SPD-Spitze zu einer Aussprache, die ohne Annäherung zu Ende ging. Schröder beharrte auf den Grundlinien der Agenda, während die Gewerkschaften ihre Ablehnung der Maßnahmen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bekräftigten.⁵⁸⁸ Innerhalb der SPD wurden Stimmen, zunächst aus den Landesverbänden Hamburg und Hessen, lauter, die einen Sonderparteitag zur Agenda 2010 forderten, was die Parteiführung zunächst ablehnte.⁵⁸⁹ Der Druck erhöhte sich jedoch durch die Initiierung eines Mitgliederbegehrens von Bundestagsabgeordneten des linken Flügels um Ottmar Schreiner und Florian Pronold, zugleich Juso-Landesvorsitzender in Bayern. Unter dem Titel „Wir sind die Partei“ sollten innerhalb von drei Monaten genügend Stimmen gesammelt werden, um eine Mitgliederabstimmung über die Agenda 2010 herbeizuführen. Die Stoßrichtung des Aufrufs lag auf einer Linie mit gewerkschaftlichen Forderungen: keine Rückschritte bei Arbeitnehmerrechten, kein Druck auf Arbeitnehmer und Arbeitslose, keine Privatisierung elementarer Lebensrisiken, keine weiteren Steuerentlastungen zugunsten der Unternehmen; stattdessen Erhalt und Ausbau des Sozialstaates, Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Steigerung der privaten Nachfrage

⁵⁸² PM des DGB vom 14. März 2003.

⁵⁸³ Ebd.

⁵⁸⁴ Siehe Berichterstattung in der SZ vom 15. März 2003 und vom 19. März 2003.

⁵⁸⁵ Zitiert nach SZ vom 29. März 2003.

⁵⁸⁶ Vgl. Handelsblatt vom 28. März 2003.

⁵⁸⁷ Sieh SZ vom 1. April 2003.

⁵⁸⁸ Vgl. FAZ vom 2.4.2003, SZ vom 2.4.2003.

⁵⁸⁹ Vgl. SZ vom 7. April 2003.

u.a. durch öffentliche Investitionen.⁵⁹⁰ Die Chance für ein Gelingen des Mitgliederbegehrens sah zunächst angesichts der heftigen Reaktionen aus Teilen der Partei nicht so schlecht aus. Zu den Erstunterzeichnern des Mitgliederbegehrens gehörten unter anderen Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU, einige Gewerkschaftsvorsitzende auf Landesebene sowie Betriebsratsvorsitzende. IG Metall und Ver.di kündigten ebenfalls ihre Unterstützung für das Mitgliederbegehren an.⁵⁹¹ Aus der „Parlamentarischen Linken“ unterblieb diese jedoch weitgehend, da sich ihr Sprecher, Michael Müller, von den Bundestagsabgeordneten, die das Mitgliederbegehren initiiert hatten, distanzierte, und ein eigenes kritisches, aber nicht völlig ablehnendes Papier zur Agenda ankündigte.⁵⁹²

Die Parteispitze um Schröder, dem Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering und dem Generalsekretär Olaf Scholz ließ sich aufgrund des gestiegenen Drucks schließlich doch auf einen Sonderparteitag ein, der am 1. Juni 2003 stattfand.⁵⁹³ Auf vier Regionalkonferenzen – dieses Mittel hatte Schröder auch 1999 gewählt, um für den Leitantrag zur Wirtschaftspolitik zu werben – im April und Mai sollten der Partei die Hintergründe der Agenda 2010 und die Notwendigkeit der Reformen näher gebracht werden.⁵⁹⁴ Die Gesprächszeit mit den Gewerkschaften war allerdings erstmal vorbei. Die Kundgebungen zum 1. Mai wurden von den Gewerkschaften dazu genutzt, gegen die aus ihrer Sicht unsoziale Politik der Bundesregierung zu protestieren; Gerhard Schröder musste auf der zentralen Maikundgebung unter andauernden Pfiffen seine Rede halten.⁵⁹⁵ Wie weit der Streit schon gediehen war, zeigte sich auch an der Absage des für Anfang Mai verabredeten Gesprächs im Rahmen des SPD-Gewerkschaftsrates. Wenige Stunden vorher bat DGB-Chef Sommer den Kanzler um eine Verschiebung, wohl auf Druck seitens der IG Metall und Ver.di.⁵⁹⁶ Hubertus Schmoldt von der IG BCE hingegen bedauerte die Absage und signalisierte weiterhin Dialogbereitschaft mit der SPD.⁵⁹⁷ Auch Michael Müller seitens der Parlamentarischen Linken kritisierte das Benehmen der Gewerkschaften.⁵⁹⁸

Dies hielt Michael Sommer nicht davon ab, im Falle einer Annahme des Leitantrags der Parteispitze zur Agenda 2010 am 1. Juni einen „heißen Herbst“ anzukündigen und auch einen Bruch mit der SPD nicht auszuschließen.⁵⁹⁹ Um auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der

⁵⁹⁰ Vgl. Wir sind die Partei. Das SPD-Mitgliederbegehren, online verfügbar unter www.karl-nolle.de/medienservice/download.php?id=12, zuletzt geprüft am 4.1.2009.

⁵⁹¹ Siehe SZ vom 17. April 2003.

⁵⁹² Ebenda.

⁵⁹³ Vgl. Jun: Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 281. Siehe auch Berichterstattung in der SZ vom 14. April 2003: „Schröder gibt Druck aus den eigenen Reihen nach – SPD-Basis erzwingt Sonderparteitag zu Sozialreformen.“ Bei Gerhard Schröder liest sich dies etwas anders, nämlich als wäre der SPD-Sonderparteitag eine gute Idee der Parteispitze als Reaktion auf das Mitgliederbegehren gewesen: „Franz Müntefering, aber auch Olaf Scholz, dem Generalsekretär, war die Sprengkraft dieses Mitgliederbegehrens sofort bewusst. Wir berieten uns rasch und verständigten uns auf ein offensives Vorgehen, nämlich die Einberufung eines SPD-Sonderparteitages.“ Schröder: Entscheidungen, S. 398.

⁵⁹⁴ Ebenda, S. 398-399.

⁵⁹⁵ Siehe SZ und FAZ vom 2. Mai 2003.

⁵⁹⁶ Vgl. die Berichterstattung in der FR und in der SZ vom 7. Mai 2003.

⁵⁹⁷ Vgl. FR vom 7. und 8. Mai 2003.

⁵⁹⁸ Vgl. FR vom 8. Mai 2003.

⁵⁹⁹ Vgl. FAZ vom 12. Mai 2003.

Politik der Bundesregierung zu führen, legte der DGB ein Gegenkonzept zur Agenda vor, dessen zentrales Mittel zur Belebung der Wirtschaft in einem Konjunkturprogramm, finanziert durch eine höhere Neuverschuldung, bestand.⁶⁰⁰ Im Mai riefen IG Metall und Ver.di regelmäßig zu Kundgebungen oder Aktionstagen gegen die Politik der Regierung auf, die am Samstag, den 24. Mai, in einer Kundgebung mit bundesweit etwa 90.000 Beteiligten endeten.⁶⁰¹ Klaus Wiese­hügel von der IG BAU rief die SPD-Linke zur Ablehnung der Agenda 2010 auf und „damit indirekt zum Sturz des Kanzlers“⁶⁰². IG BCE, NGG und die Gewerkschaft Transnet (vormals Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner) gaben dagegen eine gemeinsame Erklärung heraus, die für ein Zugehen auf die Regierung plädierte und sich vom Konfrontationskurs der anderen distanzierte.⁶⁰³ Der interne Streit wurde beigelegt, als der DGB eine Protestpause ankündigte und einen Teilerfolg der gewerkschaftlichen Mobilisierung verkündete.⁶⁰⁴ Die Bundesregierung habe signalisiert, dass das künftige Arbeitslosengeld II nicht sofort auf dem Niveau der Sozialhilfe gezahlt werden sollte, außerdem wolle sie 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen sowie eine längere Übergangszeit für die Senkung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld in Betracht ziehen.⁶⁰⁵ Trotzdem bleibe auch „ein abgeschwächter Sozialabbau [...] Sozialabbau.“⁶⁰⁶

Auf dem Sonderparteitag der SPD am 1. Juni stimmten fast 90 % der Delegierten für die Agenda 2010, viele gegen ihre eigentlichen Überzeugungen.⁶⁰⁷ Damit bedienten sich letztere, so Thomas Meyer, eines Programm-Praxis-Dualismus, d.h. dass sie sich zwar notfalls auf eine Modernisierungsstrategie, die sie eigentlich ablehnten, einließen, um macht- und politikfähig zu bleiben, aber weiterhin auf traditionellen Programmatiken der SPD beharrten.⁶⁰⁸ Der Kanzler hatte zudem noch eines seiner bewährten Mittel eingesetzt, um die Partei auf Kurs zu bringen: Er verband sein politisches Schicksal mit dem Ergebnis der Abstimmung.⁶⁰⁹ Um die Reformkritiker etwas zu besänftigen wurde im Leitantrag „Mut zur Veränderung“ zur Agenda die Drohung mit einer gesetzlichen Regelung der Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen mittels einer Abgabe konkretisiert, falls die Unternehmen sich nicht selbst darauf verpflichteten.⁶¹⁰ Ebenfalls verabschiedet wurde ein Perspektivantrag, der eine Arbeitsgruppe „Innovation und Gerechtigkeit,

⁶⁰⁰ Siehe SZ vom 9. Mai 2003.

⁶⁰¹ Vgl. Berichterstattung über die Proteste in der SZ vom 17. Mai, 19. Mai und 26. Mai. Siehe Handelsblatt vom 28. Mai 2003.

⁶⁰² Schröder: Entscheidungen, S. 402. Siehe auch FR vom 8. Mai 2003, in der Wiese­hügel folgendermaßen zitiert wird: „Wer ständig politische Entscheidungen, der er sonst nicht durchbekommt, mit seiner Person verbindet, muss auch irgendwann dafür bereit sein, die Konsequenzen zu tragen.“

⁶⁰³ Siehe SZ vom 17. Mai 2003.

⁶⁰⁴ Vgl. Handelsblatt vom 28. Mai 2003.

⁶⁰⁵ PM des DGB vom 26. Mai 2003.

⁶⁰⁶ Ebenda.

⁶⁰⁷ Vgl. Meyer: Die blockierte Partei, S. 92.

⁶⁰⁸ Ebenda.

⁶⁰⁹ Vgl. Schmid: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, S. 281. Ähnlich Egle: Deutschland, S. 180.

⁶¹⁰ Vgl. Vorstand der SPD (Hg.): Außerordentlicher Parteitag der SPD in Berlin. 1. Juni 2003. Beschlüsse, Berlin o.J., S. 19-20.

Wachstum und Arbeit“ einsetzte.⁶¹¹ Diese sollte über die Reformen der Agenda hinaus Perspektiven für die sozialdemokratische Politik entwickeln. Unter anderem sollten Vermögen und Kapitaleinkünfte besteuert werden, damit „jeder einen seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag im Rahmen einer gerechten Besteuerung“ entrichte.⁶¹² In einigen wenigen Punkten kam die Parteispitze dem linken Flügel und den Gewerkschaften somit entgegen, weiter ging sie allerdings nicht.

Das Scheitern des Konfliktkurses: Suche nach neuen Strategien und Bündnissen

Die Ergebnisse des Parteitags wirkten ernüchternd auf die Front der Reformkritiker in Partei und Gewerkschaften. Das Mitgliederbegehren schleppte sich hin und wurde schließlich ganz eingestellt. Die Gewerkschaften zeigten sich wieder dialogbereit und Klaus Zwickel gab sogar offen zu, dass die Gewerkschaften mit ihrem Konfliktkurs gescheitert seien, da sie nicht einmal die eigenen Mitglieder mobilisieren hätten können⁶¹³, geschweige denn eine Mehrheit in der SPD in Stellung gegen die Agenda bringen konnten. Am 27. Juni kam auf Wunsch der Gewerkschaften wieder ein Gespräch im Kanzleramt zustande⁶¹⁴, nach dem Michael Sommer von einem „atmosphärisch und inhaltlich guten Gespräch“⁶¹⁵ sprach. Eine grundlegende Verständigung über die Reformen blieb aber dennoch aus.⁶¹⁶

Um die Machtposition der Gewerkschaften stand es im Sommer 2003 nicht zum Besten, da erstmals seit vielen Jahrzehnten ein Streik der IG Metall in Ostdeutschland abgebrochen werden musste. Um den Einfluss auf die Regierungspolitik nicht zu verlieren, blieben die Gewerkschaften im Dialog mit dem Kanzler, obwohl dieser etwas herablassend dazu aufrief, die IG Metall aufgrund des verloren gegangenen Streikes nicht zu demütigen.⁶¹⁷ Die Kontroversen zwischen Regierung und Gewerkschaften wurden im Laufe des Jahres wieder stärker durch die Verständigung von SPD und CDU/CSU auf eine Gesundheitsreform, die die Teilprivatisierung des Krankengeldes festschrieb, die Einführung einer Praxisgebühr und weitere Zuzahlungen bzw. Leistungskürzungen (Zahnersatz) vorsah⁶¹⁸, und die Rentenpläne der Rürup-Kommission, die u.a. eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 und die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors (ähnlich des Demographie-Faktors der Regierung Kohl) empfahlen⁶¹⁹, sowie die Beratungen über die Gesetzentwürfe der Arbeitsmarktreformen (Hartz III und IV). Auf dem ersten Gewerkschaftstag von Ver.di am 24. Oktober fehlte Bundeskanzler Schröder, offiziell aus Termingründen, inoffiziell wegen des Zerwürfnisses mit Frank Bsirske, der als Parteimitglied

⁶¹¹ Beschlüsse des Außerordentlichen Parteitages 2003, S. 26 ff.

⁶¹² Ebenda, S. 29.

⁶¹³ Vgl. SZ vom 17. Juni 2003.

⁶¹⁴ Vgl. SZ vom 20. Juni 2003.

⁶¹⁵ Zitiert nach SZ vom 28. Juni 2003.

⁶¹⁶ Ebenda.

⁶¹⁷ Vgl. FAZ vom 2. Juli 2003.

⁶¹⁸ Siehe Schmidt: Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005), S. 299-300.

⁶¹⁹ Ebenda, S. 289. Vgl. Berichterstattung in der SZ vom 29. August 2003.

der Grünen ein noch distanzierteres Verhältnis zu Schröder pflegte als die SPD-angehörigen Gewerkschaftsvorsitzenden.⁶²⁰

Die Einladung, auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag am 15. Oktober 2003 ein Grußwort zu halten, hatte der Kanzler aber nicht ausgelassen, obwohl er sich bewusst war, mit welcher Stimmung er empfangen wurde:

„Meine Damen und Herrn, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe gespürt, dass die Freude, von der das Präsidium gesprochen hat, durchaus begrenzt ist. Ich bin auch nicht hier, um Beifall zu bitten. Ich bin hier, um die Politik, die ich für notwendig halte für unser Land, zu erklären und vielleicht zu erreichen, dass es eine faire Auseinandersetzung über die Bedingungen und über den Inhalt dieser Politik gibt.“⁶²¹

Am darauf folgenden Tag hielt der neue Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, der aus einem internen Machtkampf mit dem als „Modernisierer“ geltenden Berthold Huber als Sieger hervorgegangen war, ein Grundsatzreferat, das deutlich zum Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften Position bezog. Die SPD verschließe sich, wie alle Parteien „unter Verweis auf die Globalisierung und Standortzwänge zunehmend gegenüber Arbeitnehmerinteressen.“⁶²² Es sei dieser „Abschied der SPD von den Arbeitnehmerinteressen, der die gemeinsame Tradition zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Frage stellt“, und wenn „die Sozialdemokratie diesen Weg weiter geht, dann wird sie uns auf absehbare Zeit als politischer Bündnispartner nicht mehr zur Verfügung stehen.“⁶²³ Auch eine strategische Alternative zum Bündnis mit der SPD zeigte Peters auf: „Wir müssen die Stimmungen und Mehrheiten in der Gesellschaft verändern – mit allen aktiven Gruppen und Bewegungen –, weil wir wissen: Gegen aktive gesellschaftliche Mehrheiten kann in einer Demokratie auf Dauer keine Regierung regieren.“⁶²⁴

Dem Bruch mit der SPD, mit dem Peters hier drohte, wurde aber auch versucht entgegen zu wirken. Im November 2003 veröffentlichten SPD-Linke und Gewerkschafter, auch im Hinblick auf den SPD-Parteitag am 17. November in Bochum, ein Positionspapier mit dem Titel „Die Herausforderungen annehmen – neuen Fortschritt gestalten“, das aus einem gemeinsamen Arbeitskreis „Neuer Fortschritt“ hervorgegangen war.⁶²⁵ Zweck des Arbeitskreises war es, „Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Gewerkschaften herauszustellen, da beide Seiten überzeugt sind, dass Gewerkschaften und Sozialdemokratie gemeinsam Orientierung für mehr Wachstum und Innovationen sowie für die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme geben

⁶²⁰ Vgl. SZ vom 20. Oktober 2003.

⁶²¹ Grußwort des Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 15. Oktober 2003 auf dem 20. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, in: Vorstand der IG Metall (Hg.): Protokoll. 20. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Hannover 2003, S. 581-595, hier S. 581.

⁶²² Grundsatzreferat des 1. Vorsitzenden der IG Metall, Jürgen Peters, am 16. Oktober 2003 auf dem 20. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover, in: Protokoll, S. 618-637, hier S. 624-625.

⁶²³ Ebenda, S. 624-625.

⁶²⁴ Ebd.

⁶²⁵ Vgl. PM der Parlamentarischen Linken (PL) vom 11. November 2003. Dem Arbeitskreis gehörten unter der Leitung von Heinz Putzhammer (DGB) und Michael Müller an: Andreas Bortsch, Hans-Joachim Schabedoth und Konrad Klingenburg (alle DGB), Nikolaus Simon (Hans-Böckler-Stiftung) Gernot Erler, Karin Roth, Ortwin Runde und Ludwig-Stiegler (SPD-Bundestagsabgeordnete), Andrea Nahles (Sprecherin der DL 21), Jochem Langkau und Ralph Piotrowski (Friedrich-Ebert-Stiftung), Prof. Dr. Hermann Schwengel (Uni Freiburg) und Norbert Wieczorek.

müssen.⁶²⁶ In der Presseerklärung der „Parlamentarischen Linken“ wird der Grund für diese Bemühungen aber nicht als Folge des Zerwürfnisses über die Agenda 2010 angegeben, sondern als Positionierung gegenüber Teilen der Union und vor allem der FDP, die „zum Generalangriff auf grundlegende Rechte der Gewerkschaften“ blasen würden.⁶²⁷ Damit versuchte man offensichtlich auch, die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften wieder auf den eigentlichen politischen Gegner zu lenken.

Im Positionspapier selbst wird aber Bezug auf die Agenda 2010-Debatte genommen, die einen Klärungsbedarf über die Bewertung der Lage des Landes, die politischen Handlungsmöglichkeiten und eine zukunftsweisende Modernisierung des Staates aufgezeigt hätte.⁶²⁸ Unter anderem wurde ein europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt unter Einschluss aller „finanz-, geld- und wirtschaftspolitischen Instrumente der EU wie in den Nationalstaaten“⁶²⁹ gefordert, also eine nachfrageorientierte Politik auf europäischer Ebene. Bezüglich der Reform der Sozialversicherungen sprachen sich die Verfasser für eine wachstums- und beschäftigungsfreundliche Umfinanzierung über Steuern aus, wobei sich finanzielle Spielräume „über eine sozialere Gestaltung des Steuersystems durch den Abbau von Steuervergünstigungen, eine stärkere Heranziehung von Kapitaleinkünften sowie über die weit fortgeschrittene Verlagerung von direkter auf indirekte Besteuerung“⁶³⁰ eröffnen ließen. Das Konzept einer Bürgerversicherung wurde zudem angesprochen, die auch andere Einkommensformen für eine solidarische Finanzierung heranziehen sollte.⁶³¹

Die Reaktionen auf das Papier seitens der Gewerkschaften waren geteilt: Während Michael Sommer den Text und die Idee einer gemeinsamen Arbeitsgruppe unterstützte, gab es von den Spitzen von Ver.di und IG Metall strategische Bedenken.⁶³² Zumindest Berthold Huber von der IG Metall signalisierte Zustimmung, wenn er auch nicht unterschrieb.⁶³³

Gewerkschaften, hört die Signale – Ein Neuanfang unter Franz Müntefering?

Im November schien sich endlich eine Forderung der Gewerkschaften an die Bundesregierung zu erfüllen: Die SPD-Fraktion unter Franz Müntefering legte Eckpunkte für eine Ausbildungsplatzabgabe vor – gegen den erklärten Willen von Minister Clement.⁶³⁴ Gerhard Schröder hingegen signalisierte Unterstützung⁶³⁵, schließlich lief sein im September gestelltes Ultimatum an die Unternehmen, bis Ende des Jahres freiwillig genügend Ausbildungsplätze zu

⁶²⁶ PM der PL.

⁶²⁷ PM der PL.

⁶²⁸ Vgl. „Die Herausforderungen annehmen – neuen Fortschritt gestalten. Ein Positionspapier von Mitgliedern der SPD-Fraktion und der Gewerkschaften.“ = Dokument II (Anhang), S. 1.

⁶²⁹ Vgl. ebenda, S. 3.

⁶³⁰ Ebenda, S. 6.

⁶³¹ Ebenda.

⁶³² Siehe FR vom 11. November 2003.

⁶³³ Ebenda.

⁶³⁴ Vgl. SZ vom 11. November 2003.

⁶³⁵ Ebenda.

schaffen⁶³⁶, bald ab. Die Delegierten des SPD-Parteitags in Bochum unterstützten die Vorlage ebenfalls und sprachen sich deutlich gegen gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie, die die Union forderte, um die betriebliche Flexibilisierung von Tarifverträgen zu sichern⁶³⁷, aus. „Gute Signale“⁶³⁸ sah Michael Sommer daher vom Parteitag der SPD ausgehen, obwohl er bedauerte, „dass es dieser Signale bedarf, weil einiges in der SPD nicht mehr selbstverständlich“⁶³⁹ sei. Mehrheitlich verabschiedet wurde auch die Idee einer Bürgerversicherung im Gesundheitssystem.⁶⁴⁰ Die Regierungsvertreter allerdings behielten sich eine Aufnahme der verabschiedeten Punkte in ihre Politik vor.⁶⁴¹

Kanzler Schröder wurde mit gut 80 % der Stimmen als Parteivorsitzender bestätigt, während Vertraute von ihm, vor allem Olaf Scholz und Wolfgang Clement, abgestraft wurden. Diese Ergebnisse, aber auch die gesamte Diskussion um die Agenda 2010-Politik im folgenden Jahr ließen Schröder zu der Einsicht kommen, dass seine „Kraft nicht ausgereicht hatte, dafür zu sorgen, dass die Agendapolitik von SPD und Regierung entschlossen und offensiv vertreten wurde.“⁶⁴² Die Diskrepanz zwischen ihm und Teilen der SPD sollte daher durch „eine größere, auch emotionale Nähe zwischen Parteivorsitz und Spitzenfunktionären der Partei“⁶⁴³ überbrückt werden. So wurde am 21. März 2004 Franz Müntefering neuer Parteivorsitzender der SPD, auf dem auch von Gewerkschaftsseite Hoffnungen lagen, das Verhältnis wieder zu verbessern – durch Korrekturen an der Agenda-Politik.⁶⁴⁴

Diese wurden auf dem Parteitag im März jedoch nicht beschlossen, sondern der bisherige Kurs im Leitantrag des Parteivorstandes bekräftigt.⁶⁴⁵ Der zweite Leitantrag zu „Rolle und Aufgaben der SPD 2004/2005“ sandte aber deutliche Signale an die Gewerkschaften, was symptomatisch für ein als gestört empfundenes Verhältnis war. Die SPD sei zwar keine „Gewerkschaftspartei“ und die deutschen Gewerkschaften keine „Parteiengewerkschaften“.⁶⁴⁶ Gleichwohl bräuchten beide den „Schulterschluss, des Landes und der Ideen wegen.“⁶⁴⁷ Diese werde man erreichen „wenn wir uns guten Willens miteinander der Diskussion auf allen Ebenen stellen.“⁶⁴⁸ Um das Angebot des weitergehenden Dialogs gleich in die Tat umzusetzen, wurde der Gewerkschaftsrat Ende März einberufen. Jürgen Peters sprach danach von einem Bemühen um einen Neuanfang im Verhältnis unter Müntefering, gleichwohl gehe die IG Metall „nicht auf

⁶³⁶ Vgl. SZ vom 10. September 2003.

⁶³⁷ Vgl. Schröder: Entscheidungen, S. 406.

⁶³⁸ Vgl. Sommer, Michael: Gute Signale. Tarifautonomie, Lehrstellenabgabe – das Ergebnis stimmt, in: Vorwärts 12/2003-1/2004, S. 6.

⁶³⁹ Ebenda.

⁶⁴⁰ Siehe SZ vom 20. November 2003.

⁶⁴¹ Vgl. Jun: Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 285.

⁶⁴² Schröder: Entscheidungen, S. 407.

⁶⁴³ Ebenda, S. 408.

⁶⁴⁴ Vgl. Interview mit Michael Sommer im Spiegel vom 22. März 2003, S. 46-48.

⁶⁴⁵ Siehe SPD-Parteivorstand (Hg.): Parteitag der SPD in Berlin. 21. März 2004. Beschlüsse, Berlin o.J., hier S. 2-5.

⁶⁴⁶ Ebenda, S. 6.

⁶⁴⁷ Ebenda.

⁶⁴⁸ Ebenda.

Kuschelkurs“, sondern „für eine andere Politik auf die Straße“. ⁶⁴⁹ Damit war die Kursrichtung der konfliktbereiten Gewerkschaften klar vorgegeben.

c. Proteste gegen Hartz IV und die Gründung einer Alternative links der SPD

Die Hartz-IV-Reform, die die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II vollzog, die Zumutbarkeitskriterien für eine Arbeitsaufnahme verschärfte sowie die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verkürzte ⁶⁵⁰, sorgte schließlich dafür, dass die schon nach der Agenda 2010 von einigen Gewerkschaften erhoffte und erwartete Protestbewegung gegen die Politik der Bundesregierung doch noch einsetzte. Ende 2003 waren die Hartz-Gesetze III (Umbau der Bundesanstalt für Arbeit, ab dann: Bundesagentur für Arbeit) und IV nach langen Vermittlungsrunden im Bundesrat beschlossen wurden. Ein Entgegenkommen der Bundesregierung gegenüber Kritikern bei den Zumutbarkeitsregeln zur Arbeitsaufnahme Langzeitarbeitsloser, die auch zu untertariflichen Löhnen arbeiten sollten, wurde durch die CDU/CSU wieder heraus verhandelt. Einen Unterschied machte dies aber für die Gewerkschaften nicht: „[O]b das auf Wunsch der SPD war oder nicht, aber es ist mit der SPD passiert“ ⁶⁵¹, äußerte sich Jürgen Peters im „Vorwärts“.

Gewerkschaftliche Mobilisierungserfolge gegen die Reformen der Regierung Schröder – der Streit eskaliert erneut

Für den 3. April 2004 riefen die Gewerkschaften zu einem europaweiten Aktionstag gegen den Sozialabbau auf. Damit nahmen sie ihre im letzten Jahr gescheiterte Konfrontationsstrategie wieder auf, da sich nach den Hartz-IV-Reformen nicht nur milde Proteste, sondern ein wahrer „Proteststurm“ ⁶⁵² anzukündigen begann. Schon Anfang November 2003 waren zu einer von linken Gruppen und Arbeitslosenverbänden initiierten Demonstration, an die sich einzelne Gewerkschaftsgliederungen und die globalisierungskritische Organisation Attac ⁶⁵³ anhängten, statt der erwarteten 25.000 mehr als 100.000 Menschen zusammengekommen, um gegen die Reformen am Arbeitsmarkt zu protestieren. ⁶⁵⁴ Am 4. April kamen nach Gewerkschaftsangaben dann bundesweit (Köln, Stuttgart, Berlin) mehr als 500.000 Menschen zusammen. ⁶⁵⁵ Michael Sommer, der in Berlin sprach, konnte sich nicht unmissverständlicher zur Politik der Bundesregierung äußern: „Der Kanzler und die Unionsparteien, Wirtschaftsführer und Manager, also die Ewiggestrigen aus dem Unternehmerlager müssen wissen: Wenn diese asoziale Politik

⁶⁴⁹ Interview mit Jürgen Peters in der SZ vom 31. März 2004.

⁶⁵⁰ Siehe Schmidt: Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005), S. 301.

⁶⁵¹ Vgl. Interview mit Jürgen Peters im Vorwärts 4/2004, S. 30.

⁶⁵² Vgl. Schmidt: Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005), S. 300.

⁶⁵³ Attac = Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens. In deutscher Übersetzung: Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen. Dies geht auf die Unterstützung der sogenannten Tobin-Steuer zurück, die eine Besteuerung internationaler Devisengeschäfte vorsieht.

⁶⁵⁴ Siehe Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit?, S. 63.

⁶⁵⁵ Ebenda.

nicht aufhört, dann kommen wir wieder!“⁶⁵⁶ Auch Frank Bsirske in Stuttgart und Jürgen Peters in Köln griffen den Kanzler scharf an.⁶⁵⁷

Der neue Generalsekretär der SPD, Klaus Uwe Benneter, äußerte in einer Mitteilung an die Presse zwar Verständnis („Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst“), signalisierte aber auch deutlich, dass die „Politik der Erneuerung Deutschlands“ fortgesetzt werden sollte.⁶⁵⁸ Den Gewerkschaften riet er, sich auf den wahren Gegner, die Union, zu besinnen.⁶⁵⁹ Michael Sommer warnte wenige Tage nach den Protesten davor, diese zu ignorieren.⁶⁶⁰ Bezeichnenderweise warf er der Bundesregierung, genau den Aussagen Benneters entgegengesetzt vor, sie nehme die „Anliegen von Hunderttausenden nicht ernst“⁶⁶¹. Wer meine, so Sommer weiter, „weitermachen zu müssen wie bisher, wird die Quittung bekommen.“⁶⁶²

Die Gewerkschaften verstärkten nach ihrem Mobilisierungserfolg den Konfliktkurs gegenüber der Regierung und verzichteten erstmals auf eine Einladung Kanzler Schröders zur zentralen Maikundgebung aus „Protest gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Bundesregierung“⁶⁶³. Dies hat Schröder selbst als „bewusste Düpierung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers“⁶⁶⁴ empfunden. Nach den Maikundgebungen, die ebenfalls vor allem zu vehementer Kritik an der Agenda 2010 und den Arbeitsmarkt-reformen genutzt wurden, startete die IG Metall am 1. Juni 2004 ein Arbeitnehmerbegehren für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“.⁶⁶⁵ Mit der Sammlung von Unterschriften bei Gewerkschaftsmitgliedern und in der Bevölkerung sollte der Druck auf die Regierung erhöht werden. Erstaunlicherweise schloss sich als erste Gewerkschaft die IG BCE dieser Aktion an. Hubertus Schmoldt begründete diese Entscheidung so:

„Wir wollen einen Stimmungsumschwung in Wirtschaft und Gesellschaft bewirken. Wir wollen ein Klima für einen sozial gerechten Reformprozess schaffen. Das Arbeitnehmerbegehren ist unsere Antwort auf die neoliberale Meinungsmache. Für eine Politik ohne sozialen Ausgleich gibt es keine Mehrheiten in Deutschland.“⁶⁶⁶

Die Unterschriftensammlung im Rahmen des Arbeitnehmerbegehrens wurde schließlich im November 2004 an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übergeben. 750.000 Unterschriften waren zusammen gekommen. Jürgen Peters sprach bei diesem Anlass von einem „Meilenstein in

⁶⁵⁶ Auszüge aus der Rede Michael Sommers online verfügbar unter http://aktionstag.verdi.de/reden_in_berlin, zuletzt geprüft am 12.12.2008.

⁶⁵⁷ Vgl. SZ vom 5. April 2004.

⁶⁵⁸ Vgl. PM des SPD-Parteivorstandes vom 3. April 2004.

⁶⁵⁹ Ebenda.

⁶⁶⁰ Vgl. Interview mit Michael Sommer in der FR vom 7. April 2004.

⁶⁶¹ Ebenda.

⁶⁶² Ebenda.

⁶⁶³ Zitiert nach SZ vom 28. April 2004.

⁶⁶⁴ Schröder: Entscheidungen, S. 416.

⁶⁶⁵ DGB-Einblick 11/2004, S. 6.

⁶⁶⁶ Zitiert nach DGB-Einblick 11/2004, S. 6.

der politischen Diskussionskultur dieses Landes⁶⁶⁷ und kündigte an, die Kampagne zum Arbeitnehmerbegehren im Hinblick auf die Bundestagswahl 2006 fortzusetzen.⁶⁶⁸

Verschloss sich Hubertus Schmoldt auch nicht dieser gemeinsamen Aktion, so rief er doch im Sommer 2004 seine Gewerkschaftskollegen immer wieder zur Mäßigung ihrer Angriffe gegen die Bundesregierung auf und wurde dabei vom NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg unterstützt.⁶⁶⁹ Der Streit zwischen Bundesregierung und Teilen der Gewerkschaften eskalierte Ende Juni/Anfang Juli, denn neben den Sozial- und Arbeitsmarktreformen sowie den Steuerreformen⁶⁷⁰ sorgte auch die Einigung zwischen Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden, doch noch eine freiwillige Vereinbarung statt des schon ins Parlament eingebrachten Gesetzesentwurfs für eine Zwangsabgabe für Ausbildungsplätze zu schaffen, für großen Ärger, ebenso wie die Konfrontationsstrategie der großen Gewerkschaften und die bevorstehende Gründung einer linken Alternativpartei.⁶⁷¹ Zudem sah sich die SPD mit einer Reihe von Wahlniederlagen, historischen Umfragetiefs und weiteren Parteiaustritten konfrontiert.⁶⁷²

Ausgetragen wurden die Streitigkeiten in diesen Tagen vor allem über die Medien. Nicht einmal mehr persönlich wollte man miteinander reden und diskutieren. So hatte zum Beispiel Frank Bsirske in der „Welt am Sonntag“ Ende Juni zur Politik Schröders gesagt:

„Gemessen an seinem Anspruch, Beschäftigung zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Konjunktur in Schwung zu bringen, ist Schröder gescheitert. Gemessen an dem Ziel, mit seiner Politik die eigene Wählerschaft zu überzeugen und darüber hinaus Zustimmung zu gewinnen, ebenfalls.“⁶⁷³

Gerhard Schröders Replik im „Spiegel“ ließ nicht lange auf sich warten: „Für die deutschen Gewerkschaften stellt sich heute die Frage, ob Leute, die inhaltlich nichts anzubieten haben wie Herr Bsirske, ihre Strategie bestimmen sollen.“⁶⁷⁴ Ein Versuch, die inhaltlichen Kontroversen in einer Sitzung des Gewerkschaftsrates am 5. Juli beizulegen, scheiterte abermals. Von lautstarken Auseinandersetzungen wurde berichtet, insbesondere der Kanzler soll seinen Unmut über die gewerkschaftliche Oppositionsstrategie kund getan haben.⁶⁷⁵ Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, berichtete nach dem Treffen, dass er „eine derartige

⁶⁶⁷ Vgl. PM der IG Metall vom 25. November 2004.

⁶⁶⁸ Ebenda.

⁶⁶⁹ Vgl. Berichterstattung in der SZ vom 30. Juni und 20. Juli 2004.

⁶⁷⁰ Vor allem gegen eine weitere Absenkung der Spitzensteuersätze wehrten sich die Gewerkschaften. Vgl. Spiegel vom 28. Juni 2004, S. 22-28, hier S. 23.

⁶⁷¹ Vgl. die Berichterstattung in der FAZ vom 28. Juni 2004, im Spiegel vom 28. Juni 2004, S. 22-28, in der FR vom 1. Juli 2004.

⁶⁷² Vgl. Spiegel vom 5. Juli 2004, S. 28-31. Ende Februar ging die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft mit dem schlechtesten Ergebnis der SPD in der Geschichte der Bundesrepublik verloren, am 13. Juni rutschte die SPD in Thüringen unter 15 % und wurde schon zum zweiten Mal nur dritte Kraft hinter CDU und PDS, und bei der am gleichen Tag stattfindenden Europawahl wurde das schon 1999 recht bescheidene Ergebnis noch um fast neun Prozentpunkte unterboten.

Zwischen 2002 und 2005 sank die Zahl der SPD-Mitglieder in Folge der Agenda-Politik von knapp 700.000 auf knapp 600.000. Siehe Jun: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 395.

⁶⁷³ Zitiert nach FAZ vom 28. Juni 2004.

⁶⁷⁴ Interview mit Gerhard Schröder, Spiegel vom 5. Juli 2004, S. 28-31, hier S. 29.

⁶⁷⁵ Vgl. SZ vom 7. Juli 2004.

Auseinandersetzung im Gewerkschaftsrat noch nicht erlebt⁶⁷⁶ hätte. Nach dem Spitzentreffen bemühte man sich aber um versöhnlichere Töne.⁶⁷⁷ Franz Müntefering wandte sich am 16. Juli in einem offenen Brief an die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, verteidigte die Regierungspolitik und forderte dazu auf, im Gespräch zu bleiben, die Schrödersche Politik nicht pauschal abzulehnen und das Bündnis zwischen SPD und Gewerkschaften wieder zu beleben.⁶⁷⁸ Frank Bsirske schrieb daraufhin an die Ver.di-Bezirke, Jürgen Peters an Müntefering selbst. Beide beharrten auf ihrer Forderung nach einem grundsätzlichen Politikwechsel, da Gesprächsbereitschaft allein nicht ausreichen würde.⁶⁷⁹

Strategische Optionen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen: außerparlamentarische Protestbewegung und die linke Wahlalternative

Die Taktik von Teilen der Gewerkschaften, allen voran IG Metall und Ver.di⁶⁸⁰, mit anderen sozialen Bewegungen, wie zum Beispiel Attac, eine Aktionseinheit gegen die Politik der Bundesregierung zu bilden und damit auf außerparlamentarischen Protest zu setzen statt Einfluss über die SPD und andere parlamentarische Parteien zu nehmen, machte sachliche Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften (noch) schwerer. Bei der IG Metall war im September 2003 im Auftrag des Vorstandes extra ein „Verbindungsbüro Soziale Bewegungen“ eingerichtet worden.⁶⁸¹ Die Zusammenarbeit hatte sich schon bei der Demonstration im November 2003 und beim Aktionstag im April manifestiert, aber auch auf einem „Perspektivenkongress“ Ende Mai 2004.⁶⁸² Gemeinsam wurden zwei Tage lang alternative Politikkonzepte diskutiert rund um die – nicht überraschend – zentralen Themen Agenda 2010 und Hartz-IV.⁶⁸³ Dieser Kongress, so Heinz Bierbaum – heute wirtschaftspolitischer Sprecher der Linken im Saarland –, sei ein „sichtbarer Ausdruck für eine sich in Deutschland formierende neue politische Opposition, die neben den sozialen Bewegungen ihre Wurzeln vor allem in den Gewerkschaften“⁶⁸⁴ habe, gewesen.

Die Protestwelle gegen Hartz IV, die Mitte des Jahres 2004 vor allem in Ostdeutschland einsetzte, hatten aber nicht direkt die Gewerkschaften oder Attac ins Rollen gebracht, sondern die

⁶⁷⁶ Zitiert nach SZ vom 7. Juli 2004.

⁶⁷⁷ Vgl. ebenda. Vgl. auch FR vom 7. Juli 2004.

⁶⁷⁸ Vgl. SZ vom 20. Juli 2004, FR vom 6. August 2004.

⁶⁷⁹ Siehe FR vom 6. August 2004.

⁶⁸⁰ IG Metall und Ver.di hatten diese Strategie schon auf ihren Gewerkschaftstagen im Oktober 2003 angekündigt. Siehe Ausschnitte aus der Rede von Jürgen Peters oben. Ähnlich Ver.di-Chef Bsirske: „Wir sind weder Transmissionsriemen einer Partei noch gar der verlängerte Arm einer Regierung. Wir sind eine Gewerkschaft, die unter ihrem Dach unterschiedliche parteipolitische Präferenzen vereint. Und das nehmen wir ernst: Der ver.di-Beitrag, Kolleginnen und Kollegen, ist keine Treueprämie zur Unterstützung einer Politik des Sozialabbaus - ganz gleich, wer ihn betreibt. [...] Deshalb – und angesichts des strategischen Kurswechsels von Rot-Grün gilt das noch einmal besonders – müssen wir unser eigenes Profil schärfen. Wir müssen unsere eigene Stärke entwickeln und immer wieder neue Bündnispartner gewinnen – im Dialog mit der Gesellschaft.“ Grundsatzrede des Vorsitzenden Frank Bsirske auf dem Bundeskongress von Ver.di am 22. Oktober 2003, online verfügbar unter <http://kongressjahr2003.verdi.de/bundeskongress/reden/grundsatz>, zuletzt geprüft am 15.12.08.

⁶⁸¹ Siehe FAZ vom 16. August 2005, Handelsblatt vom 24. August 2005.

⁶⁸² Vgl. Bierbaum, Heinz: Gewerkschaften und politische Alternativen, in: Sozialismus 6/2004, S. 9-12, hier S. 9.

⁶⁸³ Ebenda.

⁶⁸⁴ Ebd., S. 10.

Betroffenen organisierten sich selbst⁶⁸⁵ – dann mit zunehmender Unterstützung von Kirchenvertretern, von lokalen und regionalen Gewerkschaftsgliederungen, anderen sozialen Bewegungen, der PDS, und einem Mann, der lange nicht mehr auf der politischen Bühne präsent gewesen war: Oskar Lafontaine.⁶⁸⁶ Der DGB äußerte sich zurückhaltend zu den „Weg mit Hartz IV“-Protesten, stellte es aber seinen Bezirken und Regionen frei, daran teilzunehmen und dazu aufzurufen.⁶⁸⁷ Der Ver.di-Bundesvorstand begrüßte die „Demonstrationen gegen die sozialen Zumutungen von Hartz IV“⁶⁸⁸ ausdrücklich. Die IG Metall-Spitze setzte vor allem weiter auf ihr Arbeitnehmerbegehren, rief aber die Bundesregierung dazu auf, „die zunehmende Kritik und die öffentlichen Proteste an den Auswirkungen von Hartz IV ernst zu nehmen und konstruktiv aufzugreifen.“⁶⁸⁹

An jedem Montag demonstrierten mehr und mehr Menschen in den (meist ostdeutschen) Städten⁶⁹⁰ und stellten sich damit in die Tradition der „Montagsdemonstrationen“ in der DDR. Dies war in Gerhard Schröders Augen eine „dreiste Vereinnahmung, denn 1989 ging es um Freiheit und Demokratie, 2004 dagegen um materielle Forderungen.“⁶⁹¹ Sicherlich ist die Gleichsetzung von Demonstrationen gegen eine Diktatur mit Protesten gegen Sozialreformen einer demokratisch gewählten Regierung unangebracht, aber Gerhard Schröders Vereinfachung, es ginge den Menschen nur um ihr Geld, ist es auch. Das Gefühl vieler von den Hartz-, Renten- und den Gesundheitsreformen betroffenen bzw. bedrohten Menschen entsprang auch einer politischen Unzufriedenheit, einem Misstrauen gegenüber der demokratisch legitimierten Macht: „Immer mehr schien es, als sei die repräsentative Demokratie in Deutschland nicht nur eine Machtausübung durch wenige, sondern auch im Interesse weniger – eine Oligarchie mit Zügen einer Tyrannis, deren Credo ein ‚Basta‘ ist und die sich um sozialen Protest nicht scheren will.“⁶⁹²

Dies ist nicht zufällig einer Publikation über die Entstehung der Linkspartei entnommen, denn diese baute auf genau dieser Stimmungslage auf bzw. tat ihr möglichstes, um sie zu hervorzurufen und zu verstärken. Erste Vorabberichte in der Presse über die Gründung sogenannter Wahlalternativen hatte es bereits Anfang März gegeben, am 5. März traf sich die „Wahlalternative 2006“ das erste Mal in Berlin und veröffentlichte zehn Tage später ihren Aufruf „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“. Am 19. März trat die bayerische Initiative „Arbeit

⁶⁸⁵ Vgl. SZ vom 6. August 2004, in der eine Ver.di-Sprecherin zitiert wird: „Das ist nichts, was von den Gewerkschaften inszeniert wurde.“ Siehe auch Brie, Michael: Bürgerinnen und Bürger auf der Suche nach Alternativen, in: Brie, Michael (Hg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 23), Berlin 2005, S. 9-15, hier S. 14.

⁶⁸⁶ Siehe Berichterstattung in der SZ vom 6. August, 17. August, 25. August und 28. August 2004.

⁶⁸⁷ Vgl. SZ vom 12. August 2004. Im DGB-Einblick erklärte der Leiter der Grundsatzabteilung des DGB, Hans-Joachim Schabedoth, dass pauschale „Weg mit Hartz IV“-Rufe den DGB nicht weiterbringen würden. Es gehe darum, die Politik der Bundesregierung differenziert zu beurteilen. Vgl. DGB Einblick 16/2004, S. 7.

⁶⁸⁸ PM des Ver.di-Bundesvorstandes vom 23. August 2004.

⁶⁸⁹ PM der IG Metall vom 10. August.

⁶⁹⁰ Am 9. August geschätzte 40.000 bundesweit, am 16. August schon 90.000. Am 6. September kulminierten die Proteste mit Veranstaltungen in 220 Städten. Vgl. Berichterstattung in der SZ vom 10. August 2004, vom 17. August 2004 und vom 7. September 2004.

⁶⁹¹ Schröder: Entscheidungen, S. 417.

⁶⁹² Brie: Bürgerinnen und Bürger auf der Suche nach Alternativen, S. 10.

und soziale Gerechtigkeit“ (ASG) in die Öffentlichkeit. Da unter letzteren Initiatoren auch SPD-Mitglieder waren, leitete die SPD sofort ein Ausschlussverfahren gegen die „Rebellen“ ein und rief dazu auf, jegliche weitere Bestrebungen zu einer Wahlalternative an die Partei zu melden.⁶⁹³

Die Gründung der Wahlalternativen stellte eine weitere schwere Belastung für das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften dar, kamen doch beide Initiativen aus dem gewerkschaftlichen Milieu. Die Berliner Wahlalternative wurde unter anderem von einem Ver.di-Sekretär ins Leben gerufen, daneben fanden sich gewerkschaftsnahe Publizisten, vor allem der Zeitschrift Sozialismus, alternative Wirtschaftswissenschaftler der Memorandum-Gruppe sowie weitere Linksintellektuelle mit Parteierfahrungen aus Grünen, PDS und SPD zusammen.⁶⁹⁴ Die Initiative aus Bayern wurde von IG Metall-Funktionären gegründet. Ging es letzteren zunächst um Druck innerhalb der SPD, um einen Kurswechsel herbeizuführen, so wurde schnell klar, dass diese Taktik erfolglos bleiben würde. Im Aufruf der ASG hieß es: „Gerade weil es durch den Kurswechsel der SPD keine relevante organisierte politische Gruppierung gibt, die einen Gegenpol zum neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft darstellt, wollen wir uns politisch engagieren und für die Verteidigung dieses Sozialstaates arbeiten.“⁶⁹⁵ Ähnlich im Aufruf der Wahlalternative: „Insbesondere im Bereich der gewerkschaftlich und der bisher überwiegend sozialdemokratisch orientierten [...] Arbeitnehmer, aber auch der Jugend und der [...] Rentner, macht sich politische Frustration und Oppositionsbereitschaft breit.“⁶⁹⁶ Die Repräsentationslücke, die die SPD hinterlassen hatte, machte eine linke Alternativpartei aus der Sicht der beiden Initiativen also nötig und möglich.

Aus SPD-Regierungskreisen wurde der Vorwurf laut, dass Ver.di und IG Metall die anstehende Parteineugründung aktiv betrieben hätten.⁶⁹⁷ Die Spitzen von IG Metall und Ver.di, auch des DGB, wiesen zwar zurück, dass sie den Aufbau unterstützten, taten aber auch nichts, um ihn zu verhindern.⁶⁹⁸ Im Gegenteil äußerten sie Verständnis für die Motive der Gewerkschafter, auch wenn sie eine Parteigründung (offiziell) nicht für den richtigen Weg hielten.⁶⁹⁹ Einige andere Gewerkschaftsfunktionäre der mittleren Ebene oder auch der ehemalige IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche warben hingegen offen für den Verein, der sich aus den beiden Initiativen am

⁶⁹³ Vgl. Nachwey, Oliver: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit, in: Spier/Butzlaff/Micus u.a. (Hg.): Die Linkspartei, S. 155-184, hier S. 168-169.

⁶⁹⁴ Vgl. Meves, Helge: Die Wahlalternative – eine andere Politik ist möglich, in: Brie, Michael (Hg.): Die Linkspartei, S. 24–31, hier S. 24.

⁶⁹⁵ Zitiert nach Ebenda, S. 27.

⁶⁹⁶ Ebd.

⁶⁹⁷ Vgl. FR vom 1. Juli 2004. Auch Gerhard Schröder teilt diese Ansicht: IG Metall und Ver.di hätten „ihre Infrastruktur für die Gründung und den Ausbau der neuen Linksgruppierung ‚Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ zur Verfügung“ gestellt. Schröder: Entscheidungen, S. 416.

⁶⁹⁸ Nachwey/Spier: Günstige Gelegenheit?, S. 64.

⁶⁹⁹ So äußerte etwa Verdi-Vizechefin Margret Mönig-Raane Verständnis für die Parteigründer: „Das ist nicht mein Weg“, sagte sie in der SZ vom 12. März 2004 „Aber links von der SPD tut sich ein immer größeres Vakuum auf. Bevor die Menschen in Frust versinken, ist es keine abwegige Idee, eine Partei zu gründen.“ Ähnlich, wenn auch moderater, Michael Sommer: „Das sind Menschen, die ihr Recht wahrnehmen, eine Partei zu gründen. Ich selbst halte den Schritt für falsch. Dass ich die Motive dieser Kolleginnen und Kollegen kenne, heißt noch nicht dass ich ihre politischen Konsequenzen teile.“ Interview mit Michael Sommer im Spiegel vom 22. März 2004, S. 46-48, hier S. 48.

3./4. Juli 2004 zusammenschloss: die „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG).⁷⁰⁰

Zweifaches Scheitern: Abbruch der Protestpolitik und vorzeitiges Ende der zweiten rot-grünen Koalition

Die Proteste im Rahmen der „Montagsdemos“ ebten Ende September ab, wohl auch, weil sie insgesamt recht erfolglos geblieben waren. Die Bundesregierung hatte sich lediglich auf minimale Änderungen beim erstmaligen Auszahlungstermin des Arbeitslosengeldes II sowie bei der Anrechnung von Ausbildungsversicherungen für Kinder eingelassen.⁷⁰¹ Seit Anfang September bemühten sich auch SPD und Gewerkschaften wieder um mehr Dialogfähigkeit. Ein Treffen zwischen Gewerkschaftsspitzen und dem Kanzler am 7. September verlief in „sachlicher und konstruktiver Atmosphäre“⁷⁰², wie Frank Bsirske hinterher erklärte. Die Differenzen bei der Agenda 2010-Politik waren jedoch einmal mehr bestehen geblieben.⁷⁰³ Die SPD kam den Gewerkschaften aber bei der Hartz-IV-Reform entgegen: So wurde vereinbart, dass die Auswirkungen der Reform im nächsten Jahr überprüft und dann gegebenenfalls nachgebessert werden sollte.⁷⁰⁴ Auch ein neues gemeinsames Projekt begann sich abzuzeichnen: die Einführung eines Mindestlohns. Noch waren interne Unstimmigkeiten in den Gewerkschaften, da ein zu großer Eingriff in die Tarifautonomie befürchtet wurde, wie auch in der SPD vorhanden⁷⁰⁵, so dass eine Einigung zwischen SPD und Gewerkschaften zu diesem Thema erst im September 2006 unter dem neuen Parteivorsitzenden Kurt Beck erzielt wurde.

Es war vor allem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der sich bemühte, das Verhältnis zur SPD und zur Bundesregierung wieder zu verbessern⁷⁰⁶, während in der IG Metall-Spitze gerungen wurde zwischen Distanzwahrung oder Wiederannäherung, vor allem im Hinblick auf die vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005⁷⁰⁷. Zu diesem Schritt entschieden sich Franz Müntefering und Kanzler Schröder nach der historischen Wahlniederlage der SPD in Nordrhein-Westfalen am 2. Mai 2005.

Die Entscheidung wurde unter anderem als „Versuch eines taktischen Befreiungsschlages“⁷⁰⁸ und als Versuch, die Gegner rechts wie links auf dem kalten Fuß zu

⁷⁰⁰ Siehe Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit? S. 64. Vgl. Schröder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 20.

⁷⁰¹ Siehe SZ vom 11. August 2004.

⁷⁰² Zitiert nach SZ vom 9. September 2004.

⁷⁰³ Siehe ebenda.

⁷⁰⁴ Vgl. SZ vom 9. September 2004. Siehe auch Interview mit Michael Sommer in der FAZ vom 15. September 2004.

⁷⁰⁵ Siehe SZ vom 30. November 2004 und FAZ vom 1. Dezember 2004.

⁷⁰⁶ U.a. absolvierte er einen gemeinsamen Wahlauftritt in Schleswig-Holstein und äußerte sich mehrmals versöhnlich gegenüber SPD und Bundesregierung. Vgl. SZ vom 14. Februar 2005, FAZ vom 24. Februar 2005, SZ vom 24. März 2005 und 2. Mai 2005.

⁷⁰⁷ Vgl. FAZ vom 26. Oktober 2004, SZ vom 15. Februar und vom 2. Juni 2005.

⁷⁰⁸ Kornelius, Bernhard/Roth, Dieter: Bundestagswahl 2005: Rot-Grün abgewählt. Verlierer bilden die Regierung, in: Egle/Zohlnhöfer (Hg.): Ende des rot-grünen Projektes, S. 29-59, hier S. 36.

erwischen, gewertet.⁷⁰⁹ Die CDU/CSU hatte zu diesem Zeitpunkt noch keinen Beschluss über ihren Kanzlerkandidaten für 2006 getroffen, und die bisherigen Versuche eines gemeinsamen Vorgehens der im Januar neu gegründeten Partei WASG und der PDS waren noch erfolglos geblieben. Unter dem Druck des vorgezogenen Wahltermins einigte sich jedoch die CDU/CSU schnell und unstrittig auf Angela Merkel als Kandidatin, während sich auch die Zusammenarbeit von PDS, die sich in Die Linke.PDS umbenannte, mit der WASG, deren Kandidaten auf Listen der Linkspartei aufgestellt wurden, rasch verfestigte.⁷¹⁰ Zwei Tage nach Bekanntgabe der Neuwahlen verlor die SPD ihren ehemaligen Vorsitzenden: Oskar Lafontaine trat aus der SPD aus und in die WASG ein. Zusammen mit Gregor Gysi wurde er Spitzenkandidat des Linksbündnisses.

Kanzler Schröder begründete die Vertrauensfrage im Bundestag am 1. Juli, nach der die Auflösung des Bundestages beschlossen wurde, damit, dass die Reformpolitik zu einer Serie von Niederlagen der SPD und zu heftigen Diskussionen nicht nur in der SPD sondern auch bei den Grünen geführt hätte.⁷¹¹ Aus diesem Grund, und um die „destruktive Blockadehaltung“⁷¹² im Bundesrat zu beenden, sei eine „durch Wählerinnen und Wähler klar und neuerlich legitimierte Regierungspolitik“⁷¹³ nötig. Mit Schröders Hinweis auf eine aus seiner Sicht nicht mehr gegebene Handlungsfähigkeit der Regierung nahm er „explizit das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1983 auf, nach dem nur der Verlust der Handlungsfähigkeit der Regierung eine auf die Auflösung des Bundestages abzielende Vertrauensfrage rechtfertige.“⁷¹⁴ Bundespräsident Köhler folgte dieser Argumentation, ebenso das Bundesverfassungsgericht nach Klagen zweier Bundestagsabgeordneten.⁷¹⁵

Trotz rhetorischer Rückbesinnung auf die alte Sozialdemokratie – der Schulterchluss für die Wahl 2005 will nicht vollständig gelingen

Im Wahlkampf setzte die SPD auf klassisch sozialdemokratische Themen und Rhetorik, um ihr Profil gegenüber Union und FDP zu schärfen. Dies hat dafür gesorgt, dass der politische Schaden aus den Hartz-IV-Reformen nicht so groß war wie angenommen.⁷¹⁶ Franz Müntefering war schon vor der Ankündigung von Neuwahlen mit seiner kapitalismuskritischen „Heuschreckendebatte“ in die Offensive gegangen.⁷¹⁷ Im Juni sprach sich die Bundestagsfraktion der SPD für eine

⁷⁰⁹ Vgl. von Alemann, Ulrich: Doppelter Einsatz, halber Sieg? Die SPD und die Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Opladen 2008, S. 37–65, hier S. 43.

⁷¹⁰ Ebenda.

⁷¹¹ Siehe Schröder: Entscheidungen, S. 445.

⁷¹² Ebenda, S. 446.

⁷¹³ Ebd.

⁷¹⁴ Batt, Helge: Eine Frage des Vertrauens. Die vorzeitige Parlamentsauflösung zwischen rechtlichem Anspruch und politischem Streit, in: Egle/Zohlhörer (Hg.): Ende des rot-grünen Projektes, S. 60-82, hier S. 65-66.

⁷¹⁵ Siehe ebenda, S. 67-68; S. 71-72.

⁷¹⁶ Vgl. Schmidt: Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005), S. 302. Ebenso Alemann, Ulrich von: Doppelter Einsatz, halber Sieg? S. 55.

⁷¹⁷ Siehe SZ vom 18. April 2005.

Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer aus.⁷¹⁸ Finanzminister Eichel und Franz Müntefering stellten sich in der Debatte um höhere Lohnforderungen hinter ein „Ende der Bescheidenheit“.⁷¹⁹ Je näher die Bundestagswahl rückte, desto eindeutiger positionierten sich auch die Gewerkschaften – immer gegen ein schwarz-gelbes Bündnis, nicht jedoch immer für die SPD. Der Aufruf „Wir wählen links“, der von ehemaligen oder noch aktiven Gewerkschaftsfunktionären vornehmlich aus IG Metall und Ver.di, gestartet wurde und bis Ende August von insgesamt etwa 1.900 Gewerkschaftern unterstützt wurde, galt dem Linksbündnis aus PDS und WASG.⁷²⁰ Frank Bsirske gehörte zwar nicht zu den Unterzeichnern, ließ aber Sympathie für den Aufruf erkennen.⁷²¹ Die IG-Metall-Spitze übte sich in Zurückhaltung, kritisierte aber die Absage der SPD an eine Zusammenarbeit mit der Linken, die „nachvollziehbare Positionen“⁷²² vertrete. Einen Gegenaufruf zur Wahl der SPD startete Walter Riester, unterstützt unter anderen vom NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg, der Bezirksleiterin der IG Metall-Küste und sechs Mitgliedern des Ver.di-Bundesvorstandes.⁷²³ Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer betonte kurz vor der Wahl ausdrücklich die Gemeinsamkeiten mit der SPD, wenn er auch eine direkte Wahlempfehlung unterließ.⁷²⁴ Und IG BCE-Chef Schmoldt und Kanzler Schröder demonstrierten ohnehin Einigkeit.⁷²⁵

Das Wahlergebnis vom 18. September war angesichts vorheriger Umfragen überraschend: mit nur einem Prozentpunkt lag die SPD hinter CDU/CSU (35,2 %).⁷²⁶ Die Linkspartei zog mit 8,7 % in den Bundestag ein, die Grünen kamen auf 8,1 % und die FDP auf 9,8 %. In der Wahlanalyse wurde deutlich, dass die SPD fast eine Million Wählerstimmen an die Linkspartei abgeben musste und insgesamt „vor allem in traditionell nahestehenden Klientelen Wähler verloren“ hatte.⁷²⁷ Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten verlor die SPD Anteile gegenüber 2002, ebenso die CDU, und in beiden Fällen hauptsächlich zugunsten der Linkspartei.⁷²⁸ Bei den Arbeitslosen konnte die SPD nach dem Absturz in der Wahl 2002 wieder zwei Prozentpunkte im Westen dazu gewinnen, im Osten verlor sie jedoch abermals neun Prozentpunkte.⁷²⁹ Die Linkspartei konnte hingegen in diesem Bereich kräftig zulegen.⁷³⁰ Der Anteil der SPD-Bundestagsabgeordneten, die einer Gewerkschaft angehören, sank abermals ab.⁷³¹

⁷¹⁸ Vgl. FAZ vom 15. Juni 2005.

⁷¹⁹ Vgl. FR vom 17. Juni 2005.

⁷²⁰ Siehe FAZ vom 16. August und Handelsblatt vom 24. August 2005, Financial Times Deutschland vom 26. August 2005.

⁷²¹ Vgl. Handelsblatt vom 24. August 2005.

⁷²² Zitiert nach SZ vom 5. September 2005.

⁷²³ Siehe Financial Times Deutschland und SZ vom 26. August 2005.

⁷²⁴ Vgl. FR vom 9. September 2005.

⁷²⁵ Siehe FR vom 2. September 2005.

⁷²⁶ Vgl. Alemann: Doppelter Einsatz, halber Sieg? S. 52.

⁷²⁷ Ebenda, S. 55.

⁷²⁸ Kornelius/Roth: Bundestagswahl 2005, S. 54.

⁷²⁹ Vgl. Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit? S. 30.

⁷³⁰ Ebenda.

⁷³¹ Vgl. Schröder: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 16.

Rot-Grün war abgewählt, Schwarz-Gelb aber hatte auch keine Mehrheit, so dass zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Große Koalition gebildet wurde, mit Angela Merkel als erster Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

4. Zwischenbewertung: SPD und Gewerkschaften nach der Agenda 2010

Warum war und ist bis heute die Agenda 2010 so ein rotes Tuch für große Teile der Parteilinken und der Gewerkschafter? Sie stellte aus ihrer Sicht den – nach dem Schröder-Blair-Papier – erneuten Versuch dar, neben der Regierungspolitik – schlimm genug – auch gleich die SPD-Programmatik zu liberalisieren.⁷³² Oder zugespitzt formuliert:

„Der gesellschaftspolitische Sinn der Agenda 2010 [...] ist identisch mit der bürgerlich-liberalen Botschaft, daß jede (r) ihres/seines Glückes Schmied sei. [...] Auf der Folie des traditionslinken Weltbildes wirkte die Agenda 2010 als ob Schröder sich hingestellt und Currywurst kaudend gesagt hätte: ‚Neoliberal ist geil. Basta.‘“⁷³³

Diesem Eindruck entgegen zu treten hat der Kanzler nicht vermocht. Der Vorstoß seines Generalsekretärs im September 2003, den Begriff „Demokratischer Sozialismus“ aus einem neuen Grundsatzprogramm heraus zu lassen und den Begriff der „Sozialen Gerechtigkeit“ neu zu definieren, schienen die Befürchtungen, die SPD wolle sich ein für alle mal der Traditionen der Arbeiterbewegung entledigen, zu bestätigen.⁷³⁴

Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen zwischen SPD und Gewerkschaften um die Agenda 2010 erklärt sich nach Hans-Jürgen Arlt auch daraus, dass beide die „politisch deprimierende Erfahrung“⁷³⁵ gemacht hätten, dass weder die Abwehrpolitik der Gewerkschaften noch die Agenda-2010-Politik der SPD-Regierung wirklich angekommen seien. Sowohl SPD als auch die Gewerkschaften mussten während der Agenda 2010-Debatte Mitgliederverluste bzw. Wählerverluste hinnehmen. „Beide haben ihre eigenen, jedoch nicht unähnlichen Bestands- und Akzeptanzprobleme – und werfen sie sich zugleich gegenseitig vor.“⁷³⁶

Liberalisierte oder traditionelle Sozialdemokratie?

Zentraler Vorwurf aus den Gewerkschaften und der SPD-Linken war und ist, dass sich die Vertreter des „Modernisierer-Flügels“ um Schröder an wirtschaftsliberale Paradigmen angepasst

⁷³² Vgl. exemplarisch Klaus Langs (IG Metall) Analyse in der FR vom 21. Mai 2003: „Die Agenda 2010 ist nicht der Ausdruck von ‚Mut zur Veränderung‘, sondern Ergebnis von Mutlosigkeit und Anpassung. Denn in der Agenda 2010 ist kein einziger origineller Gedanken, der wirklich sozialdemokratischem Profil entspräche. [...] Sie greift auf die Themen und die Richtung zurück, die seit Jahren von den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden sowie den Unionsparteien und der FDP gefordert werden. [...] Dieses Sammelsurium von Rezepten aus dem Arsenal der Konservativen wird selbst zum neuen Programm hochgeredet. Eine fundierte Programmdebatte der SPD kann aber nicht mit dieser Erklärung der Regierung starten und mit einem ‚Basta-Diktat‘ des Parteivorsitzenden beendet werden, noch ehe sie begonnen hat.“

⁷³³ Arlt: Dissens als Desaster, S. 29.

⁷³⁴ Siehe Handelsblatt vom 10. September 2003. Frank Bsirske soll gegenüber dem Handelsblatt zu den Überlegungen von Scholz zur sozialen Gerechtigkeit gesagt haben, dass damit hundert Jahre gemeinsamer Kampf der von Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf dem Müll geworfen werden. Vgl. auch die etwas moderatere Stellungnahme von Michale Sommer im Vorwärts 9/2003, S. 27.

⁷³⁵ Ebenda, S. 28.

⁷³⁶ Schroeder: SPD und Gewerkschaften, S. 231.

hätten und mit der Agenda-Politik die ungeklärte wirtschaftspolitische Ausrichtung der SPD in ihrem Sinne entscheiden wollten. Bodo Zeuner sah deshalb schon 1999 einen Bruch der SPD mit der Arbeiterbewegung, da er diesen in „der Ausbootung des für einen maßvollen Keynesianismus und für staatliche Intervention im Sinne sozialer Gerechtigkeit eintretenden Parteivorsitzenden Lafontaine und der Wahl des wirtschaftsabhängigen und politisch substanzlosen Bundeskanzlers Schröder zum Parteivorsitzenden“⁷³⁷ festmachte. Das Schröder-Blair-Papier bestätigte für Zeuner „die These, dass hier eine radikale Abkehr der sozialdemokratischen Parteien von der politischen Tradition der Arbeiterbewegung vollzogen werden soll.“⁷³⁸

Wirklich Oberhand gewann die „Modernisiererfraktion“ aber erst in der zweiten Legislaturperiode, so dass – von inhaltlicher Kritik abgesehen – diese These zumindest 1999 noch nicht greift. Aber wie „neoliberal“ – ohne diesen Begriff hier ausführlich diskutieren zu können – war denn die Reformpolitik der Regierung Schröder tatsächlich?

Der Zuspruch der FDP⁷³⁹ für Teile der Agenda 2010 und der Hartz-Reformen ist bezeichnend dafür, dass die Kritik der Gewerkschaften, die Reformen der Regierung Schröder seien „neoliberal“ nicht unbegründet war. Das gibt auch Manfred G. Schmidt zu, der ansonsten die gewerkschaftsfreundliche Sozialpolitik in der ersten Legislaturperiode kritisiert.⁷⁴⁰ Auch andere Autoren sehen in der Teilprivatisierung der Rentenversicherung und der Kürzung der gesetzlichen Rente, der Ausweitung von Eigenbeteiligungen im Gesundheitssystem sowie in den Arbeitsmarktreformen zumindest einen Wandel der sozialdemokratischen Instrumente, wenn nicht einen Paradigmenwechsel.⁷⁴¹ Gleiches gilt für die Steuerreformen, die dem Konzept der Regierung Kohl ganz ähnlich waren, damals aber von der SPD im Bundesrat abgelehnt wurden.⁷⁴² „Neo-liberalism plus“ nennt Chris Howell die Politik europäischer Sozialdemokratie, in der die Gewerkschaften keine positiv besetzte Funktion mehr inne hätten.⁷⁴³ Schaut man sich zusätzlich die Reformen im Bereich des Finanzmarktes an, so haben die Entflechtungsversuche der rot-grünen Koalition, die im Sinne wirtschaftsdemokratischer Gedanken ein Mehr an Transparenz und Kontrolle schaffen sollten, gemäß Nico A. Siegel den Wandel vom korporativen zum Finanzmarktkapitalismus eher noch beschleunigt.⁷⁴⁴ Dieser braucht, wie oben beschrieben, konzeptionell die Gewerkschaften als integralen Bestandteil nicht mehr.

Ein Bruch mit der korporatistischen Tradition der Bundesrepublik wurde auch im Ende des „Bündnis für Arbeit“ und dem Schwenk zur Agenda-Politik gesehen.⁷⁴⁵ In dem Einsatz der

⁷³⁷ Zeuner: Der Bruch der Sozialdemokraten mit der Arbeiterbewegung, S. 131.

⁷³⁸ Ebenda.

⁷³⁹ Ein Höhepunkt war sicherlich der Aufruf angesichts der „Montagsdemonstrationen“ zu einer „Pro-Hartz-IV-Demo“ vor dem Kanzleramt durch die Jungen Liberalen. Vgl. PM der Julis vom 28. Oktober 2004.

⁷⁴⁰ Vgl. Schmidt: Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition, S. 295-296.

⁷⁴¹ Vgl. Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit?, S. 44-45. Siehe Wagschal: Auf dem Weg zum Sanierungsfall?, S. 243-244. Siehe Siegel: Rot-Grün und deutscher Kapitalismus, S. 389; S. 392.

⁷⁴² Vgl. Egle: Deutschland, S. 171.

⁷⁴³ Vgl. Howell: The end of relationship, S. 33.

⁷⁴⁴ Siehe Siegel: Rot-Grün und deutscher Kapitalismus, S. 401; S. 403.

⁷⁴⁵ Ebenda, S. 396.

Hartz-Kommission und der Rürup-Kommission macht auch Christine Trampusch einen „Elitenwechsel“ in der Sozialpolitik aus, weg von Verbänden, hin zu Parteien.⁷⁴⁶ Bernhard Weßels konstatiert für die Zeit der rot-grünen Koalition Entkopplungstendenzen zwischen dem Verbändesystem und der Politik, vor allem durch den erklärten Willen und das dementsprechende Handeln des Kanzlers, Reformpolitik autonom ohne Rücksicht auf Sozialverbände durchzuführen.⁷⁴⁷ Auch diese Tendenzen sind Ausdruck einer liberalisierten Politik, da der Korporatismus eher mit einem (traditionellen) sozialdemokratischen Politikmodell korrespondiert.⁷⁴⁸

Die vergleichende Analyse von Wolfgang Merkel u.a. kommt hingegen zu dem Schluss, dass die SPD im Gegensatz zu anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien weder „modernisiert“ noch gar „liberalisiert“ wurde, sondern trotz eines durch die Agenda-Politik angedeuteten Paradigmenwechsel und den Hartz-Reformen weiterhin „traditionell“ blieb.⁷⁴⁹ Dies lenkt den Blick auf das, was die Schröder-SPD zumindest unterlassen hat: einen grundsätzlichen Angriff auf die Tarifautonomie, weitere arbeitsrechtliche Deregulierungen und Flexibilisierungen, Einschränkung von Mitbestimmung und Betriebsverfassung. Die in der Agenda 2010 angekündigten Investitionen in Bildung und Weiterbildung, um weitgehende Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, stehen durchaus in sozialdemokratischer Tradition. Es ist aber kein Alleinstellungsmerkmal der Sozialdemokratie. Zusätzlich zur Herstellung von gleichen Ausgangschancen durch Bildung ging es der (traditionellen) Sozialdemokratie auch immer um die Verteilung gesellschaftlichen Wohlstandes, um ein Stück Ergebnisgleichheit durch Ausbau des Sozialstaates und ein gerechtes Steuersystem.⁷⁵⁰

Der Großteil der Gewerkschaften und die sogenannten Traditionslinken hängen noch an dieser Vorstellung und dieses wurde und wird ihnen als Reformunwilligkeit und Blockadepolitik vorgeworfen. Für sie sind ein hohes Maß an Sozialstaatlichkeit, regulierte Arbeitsmarktbeziehungen, Mitbestimmung und ein umverteilendes Steuersystem Garanten für den Schutz des Arbeitnehmers und für eine gerechtere Teilhabe aller Menschen. Aber kann eine solche Politik noch Bestand haben angesichts der Erosion von Normalarbeitsverhältnissen, Individualisierungsprozessen in der Arbeitnehmerschaft, finanzieller Überlastungen des Sozialversicherungssystems und des globalisierten Kapitalismus? Gerhard Schröders Antwort darauf war ein Nein. Für ihn ging es um eine Erneuerung der Sozialdemokratie unter diesen Herausforderungen und sein „Dritter Weg“ zeigte zumindest in die Richtung einer liberalisierten Sozialdemokratie.

⁷⁴⁶ Vgl. Trampusch, Christine: Sozialpolitik in Post-Hartz Germany, Langfassung des in WeltTrends, Nr. 47/2005, veröffentlichten Artikels, online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/people/tr/PDF/Trampusch%20Post-Hartz%20Langfassung%20WeltTrends.pdf>, zuletzt geprüft am 30.12.2008, S. 3-4.

⁷⁴⁷ Siehe Weßels, Bernhard: Organisierte Interessen und Rot-Grün: Temporäre Beziehungsschwäche oder zunehmende Entkopplung zwischen Verbänden und Parteien? in: Egle/Zohlhörer (Hg.): Ende des rot-grünen Projekts, S. 151–167, hier S. 162-163.

⁷⁴⁸ Man spricht auch von dem „sozialdemokratischen Charakter“ des Korporatismus. Ebenda, S.151.

⁷⁴⁹ Vgl. Merkel u.a.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie, S. 378.

⁷⁵⁰ Siehe Merkel/Egle/Henkes u.a.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie, S. 28.

Zwischen „new labour“ und einer neuen „old-labour“-Variante – eine Generationenfrage?

Mit der Gründung der linken Alternative zur SPD wollten einige Gewerkschaftsfunktionäre, so Wolfgang Schroeder, „gewissermaßen die Lücke, die aus ihrer Sicht ‚new labour‘ aufgerissen hatte, durch eine neue ‚old labour‘-Alternative besetzen.“ Noch überwiegt die SPD-Mitgliedschaft bei Gewerkschaftsfunktionären, vor allem auf den Spitzenebenen⁷⁵¹, doch es wird abzuwarten sein, inwieweit die Unterstützung der Linkspartei durch eine große Anzahl von Gewerkschaftern vor allem unterhalb der jetzigen Spitzen eine langfristige politische Umorientierung in den nachfolgenden Generationen bewirken könnte.

Der Großteil der IG Metall-Funktionäre, die die Initiative „Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ ins Leben gerufen haben, waren Sozialdemokraten, die zu Beginn oder Mitte der siebziger Jahren in die SPD eingetreten waren, und für die, so Oliver Nachtwey, der Sozialstaat „eine historische Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung, ein soziales Recht, das gleichermaßen Instrument und Ziel sozialdemokratischer Politik“⁷⁵² gewesen sei. Das Verhältnis dieser Gewerkschaftergeneration zur Sozialdemokratie sei ein funktionales und instrumentelles, man wurde Mitglied „weil man sie für die wichtigste Partei in der Arbeiterbewegung hält, nicht weil sie die Solidargemeinschaft aus der Weimarer Republik fortführt.“⁷⁵³ Die ältere Generation dagegen ist der Sozialdemokratie noch verbunden, während die jüngere Generation Parteien tendenziell distanziert gegenüber steht.⁷⁵⁴

Diese Haltungen korrespondieren teilweise mit denjenigen der entsprechenden Generation in der Sozialdemokratie gegenüber den Gewerkschaften, da sich ab den siebziger Jahren, so Stephan Klecha, die Sozialisierungen von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, vor allem aufgrund differenter Berufsbiographien, auseinander bewegten, auch wenn Doppelmitgliedschaften noch bestanden.⁷⁵⁵ „Früher war die Gewerkschaftsmitgliedschaft in der SPD essenziell, heute ist sie das für einige immer noch, für andere allerdings nur noch instrumentell und für manche nicht einmal mehr das.“⁷⁵⁶ Der intergenerationelle Konflikt „Linkspartei oder SPD“, der sich in der mittleren Generation der Gewerkschaftsfunktionäre aufgetan hat, zeigt sich auch in der „68er“ Generation der Sozialdemokratie, und zwar zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder.⁷⁵⁷ Diese, so Sonja Profittlich, sei wohl die erste Generation, innerhalb der es maßgebliche Debatten um „Strömungen“ gab, und diese, hier vergleichbar mit der Generation Ebert⁷⁵⁸, in der Spaltung der Arbeiterbewegung mündeten.⁷⁵⁹

⁷⁵¹ Ende 2004 waren 13 von 14 Mitgliedern des Vorstandes bzw. der Bezirksleiter der IG Metall SPD-Angehörige; von 57 Vorstandsmitgliedern des DGB, Ver.di und der IG BCE waren 88% bei der SPD und einer bei der PDS. Siehe Hassel: Zwischen Politik und Arbeitsmarkt, S. 208.

⁷⁵² Nachtwey: Im Westen was Neues, S. 166.

⁷⁵³ Ebenda, S. 167.

⁷⁵⁴ Vgl. Klecha: Wenn sie nicht mehr schreiten Seit an Seit, S. 80.

⁷⁵⁵ Ebenda, S. 79.

⁷⁵⁶ Vgl. Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit? S. 62.

⁷⁵⁷ Vgl. Profittlich: Generationen in der Sozialdemokratie, S. 14.

⁷⁵⁸ In dieser Generation kam es zur Spaltung in USPD und MSPD bzw. KPD.

⁷⁵⁹ Siehe Profittlich: Generationen in der Sozialdemokratie, S. 14.

Eine genauere Untersuchung im Bereich der Generationenforschung, vor allem auf vergleichender Basis zwischen den Sozialisationsbedingungen und den zentralen Erfahrungen der neueren Generationen in Gewerkschaften und Sozialdemokratie, die auch eine Antwort auf die Frage „Warum Linkspartei?“ bzw. „Warum ‚Schröder-SPD‘?“ leistet, könnte erhellend auf die Frage nach dem künftigen Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften sein.

V. Fazit und Ausblick: SPD und Gewerkschaften während der rot-grünen Koalition – typisches Beispiel für eine konjunkturelle Phase der Entfremdung oder Zeichen für eine kontinuierliche Entkopplung trotz Wiederannäherung?

Zusammenfassend für das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften zur Zeit der Regierung Schröder lässt sich festhalten, dass dieses außer in den ersten hundert Tagen der rot-grünen Regierung durchgängig – daran ändert auch das „Erholungsjahr“ 2001 nichts – belastet war. Selbst im Wahlkampf von 1998 hatte der Streit um Jost Stollmann schon deutlich gezeigt, dass von Gerhard Schröder keine großen Rücksichten auf gewerkschaftliche Positionen zu erwarten war, wenn sie seine einmal getroffenen Entscheidungen in Frage stellten. Und so hielt er auch 2003 an seinem Entschluss fest, seine Reformpolitik mit der Agenda 2010 autonom, ohne Absprache, ohne große Zugeständnisse an Gewerkschaften und SPD-Linke durchzusetzen. Weder halfen da Mitglieder- oder Arbeitnehmerbegehren, Aufrufe zu Aktionstagen, wütende Reden, wöchentliche Proteste, die Drohung mit einem Bruch und die Umorientierung von Teilen der Gewerkschaften auf neue Bündnispartner, noch brachten die Gespräche direkt mit dem Kanzler oder im Rahmen des Gewerkschaftsrates irgendwelche substantiellen Änderungen. Der „Basta“-Kanzler hatte gesprochen und daran gab es nichts zu rütteln.

Hatten die Gewerkschaften die SPD im Wahlkampf 1998 noch geradezu euphorisch und mit großem finanziellem Aufwand unterstützt, so war die Fürsprache im Wahlkampf 2002 schon deutlich gedämpfter und stand unter dem Motto des „kleineren Übels“ SPD. Im Jahr 2005 schließlich wichen viele Gewerkschafter auf die Alternative zu diesem Übel aus und unterstützen das Linksbündnis. An dieser Stelle gilt es aber noch einmal zu differenzieren: Genauso wie es in der IG BCE, der NGG und teilweise auch im DGB und anderen Einzelgewerkschaften zwar kritisches, aber doch Unterstützungspotenzial für die Politik der Regierung Schröder gab, gab es umgekehrt vom linken Rand der SPD Rückhalt für den gewerkschaftlichen Konfrontationskurs, wie er vor allem von IG Metall und Ver.di ausging, zur Agenda 2010, wie auch Versuche einer Zusammenarbeit zwischen sogenannten „Gestaltungs-Linken“ aus „Parlamentarischer Linker“ und aus den Gewerkschaften, um den Kurs Schröders konstruktiv zu verändern. Nicht zuletzt haben einige Sozialdemokraten und Gewerkschafter in der Linkspartei zusammen eine neue Heimat gefunden. Damit bestand der tiefgreifende Konflikt zwischen SPD und Gewerkschaften in der Regierungszeit Schröders in einem Streit zwischen dem dominierenden traditionalistischen Flügel in den Gewerkschaften und dem dominierenden Regierungs-/Modernisierungsflügel in der SPD.

Einordnung des Konflikts in den geschichtlichen Kontext

Klaus Schönhovens mahnenden Worten, man dürfe den Konflikt zwischen SPD und Gewerkschaften in der Regierungszeit Schröders nicht überdramatisieren⁷⁶⁰, ist insofern zuzustimmen, dass in den Medien die Streitigkeiten teilweise übertrieben dargestellt wurden. Allerdings haben auch die Repräsentanten von SPD und Gewerkschaften die Medien oft benutzt, um ihre Unstimmigkeiten auszutragen, anstatt miteinander zu reden. Klaus Schönhovens Einschätzung, dass dieser Konflikt historisch nicht beispiellos ist⁷⁶¹, muss hingegen überprüft werden. Wie im Überblick zur Geschichte des Verhältnisses gezeigt, konnte in der Tat nie von einer „nahtlosen politischen Einmütigkeit zwischen Gewerkschaften und SPD“⁷⁶² gesprochen werden. Die ideologischen Entkopplungsprozesse allerdings, wie sie unter anderen Wolfgang Schroeder konstatiert hat⁷⁶³, die sich zwischen Gewerkschaften als den Vertreter von ‚old labour‘ und der ‚Schröder-SPD‘ als ‚new labour‘ aufgetan haben, sprechen jedoch dafür, dass es sich um die von Michael Schneider festgestellte „neue historische Konstellation“⁷⁶⁴ handelt. Wie oben bereits angerissen, fallen jedoch besonders Ähnlichkeiten mit der Endphase der Regierung Schmidt ins Auge – also doch keine neue Situation in der Historie?

Vergleich mit der Endphase der Regierung Schmidt

1976 scheiterte die Konzertierte Aktion, 2003 das „Bündnis für Arbeit“: Nur zwei Mal war es in der Geschichte der Bundesrepublik zu dieser Form der korporatistischen Aushandlung gekommen, beide Male unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung – und beide Male scheiterten sie. Wie bereits in dem Vergleich zwischen diesen gezeigt, waren die Ausgangsbedingungen jedoch unterschiedlich – hier „Wachstumskorporatismus“, dort „Anpassungskorporatismus“. Im Gegensatz zur Konzertierten Aktion bestand beim „Bündnis für Arbeit“ nicht einmal bei seiner Konstitution weitgehende Einigkeit zwischen SPD-Kanzler und Gewerkschaftsvertretern über die Zielrichtung von Reformen, um die Krisenerscheinungen, vor allem die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Zum Ende der Konzertierten Aktion waren Gewerkschaften und Bundesregierung dann aber auch bei Unstimmigkeiten über die politischen Konsequenzen aus der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage angekommen. Über die Haushaltspolitik der Regierung Schmidt, die Einsparungen vor allem im sozialpolitischen Bereich vorsah, kam es zur „Kooperationskrise“, die in Demonstrationen und Protesten 1981 und 1982 kumulierte. Der DGB und die Einzelgewerkschaften entwickelten sich damit, so die Einschätzung von Horst W. Schmollinger und Richard Stöss, „zur eigentlichen sozialpolitischen Opposition in der Bundesrepublik“⁷⁶⁵. Auch 2003 und 2004 spielten Teile der Gewerkschaften diesen Part, da

⁷⁶⁰ Vgl. Schönhoven, Klaus: Sozialdemokratie und Gewerkschaften, S. 321.

⁷⁶¹ Ebenda.

⁷⁶² Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, S. 72.

⁷⁶³ Vgl. Schroeder: SPD und Gewerkschaften, S. 236.

⁷⁶⁴ Zitiert nach Handelsblatt vom 24. August 2005.

⁷⁶⁵ Schmollinger/Stöss: Arbeitnehmer, Gewerkschaften und SPD, S. 94.

sie kaum noch Fürsprecher im Parlament finden konnten (durch die sogenannte „informelle große Koalition“⁷⁶⁶).

Horst Peter, Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Parteilinken in den achtziger und neunziger Jahren, weist in einer Rede zum „Verhältnis von SPD und Gewerkschaften nach der Agenda 2010“ anlässlich der Sommergespräche der IG Metall Nordhessen ebenfalls auf 1982 hin: „Es ging damals wie heute um die Grundprinzipien des deutschen Sozialstaatsmodells, das über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg von einer großen gesellschaftlichen Mehrheit der deutschen Bevölkerung getragen wurde und wird.“⁷⁶⁷ Den Unterschied sieht er darin, dass „sich damals Herbert Wehner nicht durch das Diktat des Kapitals, dem Graf Lambsdorff in seinem Wendebrief seine willige Hand lieh, [hat] erpressen lassen.“⁷⁶⁸

Die entscheidende Frage liegt zunächst darin, ob die Sparpolitik der sozial-liberalen Koalition denn tatsächlich Grundprinzipien des deutschen Sozialstaatsmodells in Frage stellte, wie es Schröder mit seiner Agenda 2010 getan hat. Dies ist zu verneinen. Es ging (noch) darum, den Sozialstaat durch Budgetkürzungen zu erhalten und nicht darum, seine Struktur grundlegend zu verändern.⁷⁶⁹ Diese Maßnahmen kann man vielleicht mit dem als „Zukunftsprogramm“ betitelten Sparpaket der Regierung Schröder 1999 vergleichen⁷⁷⁰, aber nicht mit ihren einschneidenden Reformen in die Sozialversicherungen. Man kann spekulieren, dass, wäre das Ende der sozialliberalen Koalition nicht 1982 gekommen, der Konflikt um die Modernisierung des Sozialstaates noch unter Schmidt oder einem seiner Nachfolger aufgetreten wäre.⁷⁷¹ Zunächst fiel der Druck durch den liberalen Koalitionspartner und seine Wendepolitik von der SPD jedoch ab und das Bündnis zwischen Gewerkschaften und SPD wurde unter der Regierung Kohl wieder enger.

Und hier ist schon der fundamentalste Unterschied zur Regierungszeit Schröders genannt worden: Bundeskanzler Schmidt machte Zugeständnisse an einen marktliberalen Koalitionspartner. Bundeskanzler Schröder machte seine Politik aus eigener Überzeugung von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Reformen. Daraus lässt sich auch erklären, warum sich im Gegensatz zu 2004 die linke Alternative von 1982 – die Demokratischen Sozialisten rund um die ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Koppik und Karl-Heinz Hansen – nicht etablieren konnte: Die Repräsentationslücke, die die SPD am traditionalistisch-linken Rand gelassen hatte, war erstens kleiner und zweitens nur vorübergehend.

⁷⁶⁶ Egle: Deutschland, S. 192.

⁷⁶⁷ Peter, Horst: Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften anlässlich der Sommergespräche der IG Metall Nordhessen, in: spw, 5/2004, S. 33-34, hier S. 33.

⁷⁶⁸ Ebenda, S. 33.

⁷⁶⁹ Siehe Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit? S. 49.

⁷⁷⁰ Vgl. Soell/Kemper: Die Arbeiterbewegung in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsmacht, S. 29.

⁷⁷¹ Vgl. Kastendieck: Struktur- und Organisationsprobleme, S. 442: „Absehbar war zumindest, daß bei einer schnellen Rückkehr der SPD in die Regierungsverantwortung auch sehr bald die alten Konflikte in der Partei und zwischen Partei und Gewerkschaften wieder aufgebrochen wären, weil die SPD mit den gleichen Problemlagen konfrontiert worden wäre, an denen sie im September 1982 gescheitert war.“

Im gewerkschaftlichen Protestverhalten hat sich nur eine kleine Verschiebung ergeben: Liefen die Gewerkschaften 1981/1982 noch Sturm gegen die Sparmaßnahmen, so beschränkte sich die Kritik 1999 auf verbalen Protest. Erst als es um die tieferen Einschnitte in die Struktur des Sozialstaats ging, setzen sie auf Demonstrationen. Dennoch: Damals wie heute beharren die Gewerkschaften auf einer traditionell sozialdemokratischen, expansiv pro-sozialstaatlichen Politik. Aus dem gesamten Vergleich lässt sich feststellen, dass der Konflikt in der Regierungszeit Schröders eine andere, schwerwiegendere Qualität hatte als der Konflikt unter Schmidt, da es zwischen Gewerkschaften und SPD nicht einmal mehr einen Grundkonsens über politische Mittel und Wege in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere über das deutsche Sozialstaatsmodell gab. Daher kann Thomas Meyers Begriff der „historischen Ernüchterung“⁷⁷² durchaus Geltung beanspruchen. Die Erosion des Grundkonsenses wurde auch in Zeiten der Opposition der SPD, nämlich 1989, schon einmal deutlich. Damit kann auch die Annahme gestützt werden, dass sich der Konflikt in der Regierungszeit Schröders nicht nur aus der Konstellation zwischen der SPD als dem Gemeinwohl verpflichteten Regierungspartei und den Gewerkschaften als Vertreter partikularer Interessen ergeben hat, sondern dass die Entfremdungsprozesse tiefer liegen.

Sozialstrukturelle und personelle Entkopplungstendenzen

Wie oben aufgezeigt, ist es der SPD sehr viel besser gelungen als den Gewerkschaften den gesellschaftlichen Wandel nachzuvollziehen. Allein die unterschiedliche Mitgliederstruktur weist auf eine Entfremdung hin. In der sozialdemokratischen Wählerschaft ist die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft, vor allem die Arbeiter, immer noch ein Kernbestandteil. Ablösungsprozesse sah man aber schon in den Wahlen 2002 und 2005. Dies kann man durchaus als Trend bezeichnen. Zudem wird die Gruppe gewerkschaftlich organisierter Arbeiter immer kleiner und den Gewerkschaften ist es bisher noch nicht gelungen, diese Verluste in anderen Bereichen wett zu machen.

Hier liegen auch die tieferen Ursachen für die ideologischen Entkopplungsprozesse: Die SPD ist im Gegensatz zu den meisten Gewerkschaften längst eine Vertretung der modernen Arbeitnehmerschaft und auch von Teilen der modernen Unternehmerschaft geworden und hat ihre praktische Politik zunehmend daran ausgerichtet. Die Gewerkschaften hingegen haben eine Mitgliederstruktur, die strukturell gesehen die Beschäftigungsstruktur der fünfziger Jahre abbildet. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, Anschluss an die individualisierte Arbeitnehmerschaft zu bekommen. Die SPD hat auf ihrem Weg zur „Neuen Mitte“ allerdings auch Anschluss verloren, und zwar vor allem in zwei Gruppen: Der Abkoppelungsprozess vom sogenannten „Neuen Unten“ in der Gesellschaft zeigt sich deutlich im sinkenden Anteil der Arbeitslosen an der Wählerschaft der SPD, vor allem im Osten. Und ist es der SPD noch in den sechziger und siebziger Jahren gelungen große Teile der Studentenbewegung zu absorbieren, gelang ihr das mit

⁷⁷² Meyer, Thomas: Die Zukunft einer ehrwürdigen Beziehung, S. 14.

den neuen sozialen Bewegungen in den achtziger Jahren auch noch – wenn auch im kleineren Ausmaß – so hat sie zu den heutigen neuen, vor allem globalisierungskritischen, sozialen Bewegungen keinerlei Bezug mehr.⁷⁷³

Eine zunehmende personelle Entkoppelung zwischen SPD und Gewerkschaften ist im Rückgang der gewerkschaftlich organisierten SPD-Bundestagsabgeordneten, im Auszug des letzten Gewerkschaftsvorsitzenden aus der SPD-Fraktion 2002 und in der Nichtberücksichtigung eines Gewerkschaftsvertreters in den Kabinetten von 2002 und 2005 zu beobachten. Zwar waren diese Verflechtungen nie Garantien für die Durchsetzung dezidiert gewerkschaftlicher Positionen, aber es ist doch symptomatisch für das Auseinanderleben der beiden – ebenso wie es die Suche nach alternativen Bündnispartnern durch Teile der Gewerkschaften ist.

Strategische Optionen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen

Die Zusammenarbeit mit der SPD ist mittlerweile eindeutig nicht mehr die einzige strategische Option zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen, auch wenn das Ausmaß des politischen Outputs für die Gewerkschaften bedacht werden muss. 2003 und 2004 haben vor allem die IG Metall und Ver.di versucht, ein Protestbündnis mit den sozialen Bewegungen zu schmieden und die Schichten zu mobilisieren, die von den Reformen der Regierung Schröder betroffen waren bzw. sich davon bedroht fühlten. Das ist zwar keine wirklich neue Option, wie etwa die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetzgebung gezeigt haben, doch angesichts dessen, dass die SPD im Gegensatz zu früheren Jahren an Integrationsfähigkeit eingebüßt hat, könnte diese Strategie in Zukunft – und im Gegensatz zu 2003 und 2004 – doch noch Erfolge zeigen.

Die andere Alternative besteht in der Zusammenarbeit mit der Linkspartei, die sich ihrerseits dieser Taktik bedient hat und die auch Teile des „Neuen Unten“ als Wähler absorbieren konnte. Die Beteiligung nicht unmaßgeblicher Teile der Gewerkschaften an der Gründung der WASG, die Tatsache, dass die Linkspartei grundlegende gewerkschaftliche Forderungen übernommen hat, und ihre Rolle als Oppositionspartei (zumindest im Westen und auf Bundesebene) machen eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei einfacher für Gewerkschafter, müssen sie doch ihre politischen Vorstellungen in keinster Weise revidieren. Stephan Klecha weist ganz richtig darauf hin, dass eine einseitige Orientierung auf die Linkspartei den Gewerkschaften den Weg zu Regierungsmehrheiten verstellen würde.⁷⁷⁴ Aber: Die Linkspartei hat zwar noch keine kurzfristigen Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene, doch ist sie künftig als Machtfaktor nicht ausgeschlossen. Inwieweit sie dann allerdings einige ihrer populistischen Standpunkte – zu denen auch einige gewerkschaftsnahe gehören – aufgeben müsste, bleibt abzuwarten.

Eine dritte Alternative zu einem engen Bündnis mit der SPD für die Gewerkschaften ist die ideologiefreie Zusammenarbeit mit allen Parteien. Schon heute gibt es dazu Ansätze: auf der

⁷⁷³ Vgl. Leggewie, Claus: Parteien zu Netzwerken. Online-Kommunikation und neue Politik, in: Machning/Bartels (Hg.): Der rasende Tanker, S. 35–45, hier S. 42.

⁷⁷⁴ Siehe Klecha: Wenn sie nicht mehr schreiten Seit an Seit, S. 83.

einen Seite des politischen Spektrums eine Arbeitsgemeinschaft mit der FDP zum Thema „Arbeitnehmerdatenschutz“ und auf der anderen Seite eine Arbeitsgemeinschaft mit der Linkspartei zum Thema „Mitbestimmung“.⁷⁷⁵ Und in der „Mitte“ natürlich weiterhin die SPD.

Bruch, kontinuierliche Entkopplung oder vorübergehende Phase der Entfremdung?

Bodo Zeuners These vom Bruch der SPD mit der Arbeiterbewegung im Jahr 1999 ist bereits oben in Hinblick auf den von Zeuner gesetzten Zeitpunkt entkräftet worden. Gilt seine These aber dann für die SPD nach der Agenda 2010? Zunächst gibt es die alte Arbeiterbewegung nicht mehr, es gibt mit der SPD und den Gewerkschaften Organisationen, die sich auf ihre Tradition berufen. Aber auch ein ideologischer Bruch der SPD mit dieser Tradition kann nicht festgestellt werden. Wie aufgezeigt, muss die SPD auf den Wandel ihrer Mitglieder- und Wählerschaft programmatisch und politisch reagieren. Ob der Weg der Agenda 2010 der richtige war sei dahin gestellt. Es handelt sich aber keinesfalls um einen plötzlichen und endgültigen Bruch mit jeglichen sozialdemokratischen Traditionen, sondern um eine schon seit den achtziger Jahren beginnende Neuorientierung der Sozialdemokratie, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist.

Die Wiederannäherung zwischen Gewerkschaften und SPD unter dem Parteivorsitzenden Kurt Beck zeigt, dass man auch im Verhältnis der beiden keineswegs von einem Bruch zur Regierungszeit Schröders sprechen kann. Ebenso wenig, das zeigte etwa der Streit um die „Rente mit 67“, kann die Regierungszeit Schröders als eine vorübergehende Phase der Entfremdung bezeichnet werden. Alles spricht dafür, dass der Konflikt unter Schröder ein Zeichen für eine kontinuierliche Entkoppelung von SPD und Gewerkschaften, die ab den späten siebziger Jahren einsetzte, gewesen ist. So kann sich auch Walther Müller-Jentschs These von der Auflösung des historischen Musters durch die Verminderung der Schnittmengen zwischen SPD und Gewerkschaften bestätigt sehen.⁷⁷⁶

Was die Forschung noch leisten muss ist eine grundlegende und systematische Untersuchung über die sozialstrukturellen, personellen und ideologischen Entkopplungsprozesse von SPD und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Wie schon angesprochen, könnte die Generationenforschung über einige Aspekte des Verhältnisses Aufschluss geben. Auch das Verhältnis von Gewerkschaften zur Linkspartei, aber auch zu allen anderen Parteien, insbesondere zur CDU, sowie ferner das Verhältnis von SPD und Linkspartei bedürfen der weiteren wissenschaftlichen Betrachtung. Zuletzt wäre interessant zu untersuchen, inwieweit sich die in der Regierungszeit Schröders aufgetanen Entkopplungstendenzen im Staat-Verbände-System entwickelt haben.

Schluss: Was bleibt?

Was aber bleibt von der gemeinsamen Geschichte als Träger der Arbeiterbewegung? Das gemeinsame historische Subjekt gibt es nicht mehr. Auch kaum noch grundlegenden Konsens

⁷⁷⁵ Siehe SZ vom 9. Dezember 2008.

⁷⁷⁶ Müller-Jentsch: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, S. 112.

mehr darüber, wie die Wertetrias – Freiheit, Gleichheit und Solidarität – unter den Bedingungen der heutigen Zeit zur Geltung zu bringen ist und welcher dieser Werte der entscheidende ist. Daher ist es angesichts aller sonstigen erodierenden Verbindungslinien unabdingbar, dass Sozialdemokraten und Gewerkschafter offen miteinander über Gemeinsamkeiten und Unterschiede diskutieren – und darüber vielleicht auch wieder zu gemeinsamen Projekten kommen, die in der Tradition einer sozialen Emanzipationsbewegung, wie es die Arbeiterbewegung war, stehen könnten. Die endgültige Emanzipation aus festgelegten Geschlechterrollen ist so ein Beispiel, wie auch die Emanzipation aus neuen Zwängen des Herkunftsmilieus (bildungsferne und sozial benachteiligte Schichten, insbesondere mit migrantischem Hintergrund). Das Projekt des „Sozialen Europas“, seit Jahren in sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Programmatik zu finden, steht noch aus. Die aktuelle Finanzkrise wäre ebenfalls gemeinsam zu diskutieren. Die Liste der Beispiele ließe sich noch fortsetzen, zeigt aber jetzt schon: Inhaltliche Anknüpfungspunkte sind trotz allem noch vorhanden. Zum Schluss bleibt noch eines zu sagen, was Klaus Schönhoven überlassen wird: „Ein Zerwürfnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie war nie – dies zeigen jedenfalls die historischen Erfahrungen – der Beginn einer Wende zu mehr Chancengleichheit, zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr solidarischem Zusammenhalt in der deutschen Gesellschaft.“⁷⁷⁷

⁷⁷⁷ Schönhoven: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, S. 327.

VI. Abkürzungsverzeichnis

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
ASG	Initiative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“
Attac	association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens
BA	Bundesanstalt für Arbeit
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund
CSU	Christlich Soziale Union
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DBB	Deutscher Beamtenbund
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DPG	Deutsche Postgewerkschaft
DVP	Deutsche Volkspartei
EU	Europäische Union
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
GdP	Gewerkschaft der Polizei
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen
IG	Industriegewerkschaft
IG BAU	Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MSPD	Mehrheitssozialdemokraten
NGG	Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
WASG	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit

VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

Auf die Auflistung der zahlreichen Artikel aus Tageszeitungen, auch wenn sie namentlich gekennzeichnet sind, sowie der Pressemitteilungen und der Informationen der SPD und des DGB (DGB-Einblick, SPD-Intern) wird verzichtet.

1. Quellen

Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Innovation. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998. Beschluss des ordentlichen Parteitages der SPD am 17. April 1997 in Leipzig, online verfügbar unter <http://april1998.spd-parteitag.de/download/wahlprogramm.doc>, zuletzt geprüft am 17.11.2008.

Ausbildungskonsens vom 6. Juli 1999, abgedruckt in: Arlt /Nehls (Hg.): Bündnis für Arbeit, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 274-276.

Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz in Gotha am 28./29. Mai 1875, auszugsweise abgedruckt in Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dokument 5, S. 500.

Grundsatzrede des Vorsitzenden Frank Bsirske auf dem Bundeskongress von Ver.di am 22. Oktober 2003, online verfügbar unter <http://kongressjahr2003.verdi.de/bundeskongress/reden/grundsatz>, zuletzt geprüft am 15.12.08

DGB-Bundesvorstand (Hg.): Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongress am 13.-16. November 1996 in Dresden, Berlin o.J.

Engelen-Kefer, Ursula: Betriebsverfassung – Rentenreform – Gesundheitspolitik. Vorschläge des DGB, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 10/2000.

Erklärung der Bundesregierung nach dem Spitzentreffen im Bündnis für Arbeit am 3. März 2003, abgedruckt in Fickinger: Der verschenkte Konsens, S. 337-338.

Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie. Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2002, online verfügbar unter <http://oktober2002.spd-parteitag.de/servlet/PB/menu/1110152/index.html>, zuletzt geprüft am 8. 12.2008.

Gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 7. Dezember 1998, abgedruckt in: Arlt/Nehls (Hg.): Bündnis für Arbeit, S. 262-264.

Gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zu den Ergebnissen des 5. Spitzengesprächs am 9. Januar 2000. Pressemitteilung des Presse- und Informationsamt des Bundesregierung vom 10. Januar 2000, online verfügbar unter <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/pressemitteilung/68/12968/multi.htm>, zuletzt geprüft am 11.11.2008.

Gemeinsame Erklärung von BDA und DGB. Anlässlich des 3. Gesprächs zum Bündnis für Arbeit, abgedruckt in: Arlt/Nehls (Hg.): Bündnis für Arbeit, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 277-278.

Interview mit Jürgen Peters im Vorwärts 4/2004, S. 30.

Jansen, Karl-Heinz: Das Maß an Zumutungen ist voll. Zu den Haushaltsbeschlüssen 1983, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 8/1982, S. 774-777.

Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN, auszugsweise abgedruckt in: Arlt/Nehls (Hg.): Das Bündnis für Arbeit, S. 258-259.

Lafontaine, Oskar: Das Herz schlägt links, München 1999.

Machnig, Mathias: Auf dem Weg zur Netzwerkpartei, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11/2000, S. 654-660.

Matthias, Erich (Hg.): Einheitsgewerkschaft und Parteipolitik. Zum 75. Jahrestag des Mannheimer Abkommens zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Freien Gewerkschaften von 1906. Protokoll einer Diskussionsveranstaltung des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim und der Lorenz-von-Stein-Gesellschaft mit Willy Brandt und Heinz Oskar Vetter (= Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 6), Düsseldorf 1982.

Müntefering, Franz: Demokratie braucht Partei. Die Chance der SPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2000, S. 337-342.

Peter, Horst: Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften anlässlich der Sommergespräche der IG Metall Nordhessen, in: spw, 5/2004, S. 33-34.

Peters, Jürgen: Grundsatzreferat des 1. Vorsitzenden der IG Metall, Jürgen Peters, am 16. Oktober 2003 auf dem 20. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover, in: Protokoll, S. 618-637, hier S. 624-625

Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Gotha 1875, auszugsweise abgedruckt in: Potthoff/Miller, Dokument 2, S. 462-463

Resolution des SPD-Parteitages in Jena im September 1905, abgedruckt in: Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dokument 8 b, S. 505-506.

Resolution des SPD-Parteitages 1906 in Mannheim („Mannheimer Abkommen“), abgedruckt in Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dokument 8 c, S. 507.

Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (beschlossen vom Gründungskongreß am 13. Oktober 1949 in München), elektronische Edition, online verfügbar unter <http://library.fes.de/prodok/fa97-00712.pdf>, zuletzt geprüft am 28.10.2008.

Schröder, Gerhard: Rede auf dem Außerordentlichen SPD-Parteitag in Leipzig am 17. April 1998, online verfügbar unter <http://www.april1998.spd-parteitag.de/schroeder.html>, zuletzt geprüft am 3.12.2008.

Schröder, Gerhard: Das Bündnis als Fokus unserer Politik der neuen Mitte, in: Arlt/Nehls: Das Bündnis für Arbeit, S.49-56.

Schröder, Gerhard: Rede auf dem 19. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall am 6. Oktober 1999 in Hamburg, online verfügbar unter <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/33/11733/multi.htm>, zuletzt geprüft am 2.10.2008.

Schröder, Gerhard: Grußwort am 15. Oktober 2003 auf dem 20. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, in: Vorstand der IG Metall (Hg.): Protokoll. 20. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Hannover 2003, S. 581-595, hier S. 581.

Schröder, Gerhard: Regierungserklärung am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag, online verfügbar unter http://archiv.spd.de/servlet/PB/show/1025523/Regierungserklaerung_Gerhard_Schroeder_2003_03_14.pdf, zuletzt geprüft am 8. 12.2008.

Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Berlin 2007.

Schröder, Gerhard/Blair, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair vom 8. Juni 1999, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1999, S. 887-896.

Schulte, Dieter: Grundlegender Wandel der Politik? Brief des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte an den Vorsitzenden der SPD, Bundeskanzler Schröder vom 24. Juni 1999, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1999, S. 497-501.

Schulte, Dieter: Effektiv und nachhaltig für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, in: Arlt/Nehls (Hg.): Das Bündnis für Arbeit, S. 69-75.

Schulte, Dieter: Grußwort auf dem Bundesparteitag der SPD in Nürnberg am Montag, 19. November 2001, online verfügbar unter <http://2001.spd-parteitag.de/servlet/PB/menu/1082935/index.html>, zuletzt geprüft am 22. 11.2008.

Schumacher, Kurt: Referat auf dem zweiten Parteitag der SPD, Nürnberg 1947, auszugsweise abgedruckt in: Beier, Gerhard: Dokument 11, S. 198.

Sommer, Michael: Gute Signale. Tarifautonomie, Lehrstellenabgabe – das Ergebnis stimmt, in: Vorwärts 12/2003-1/2004, S. 6.

SPD-Parteivorstand (Hg.): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998, Berlin o.J.

SPD-Parteivorstand (Hg.): Außerordentlicher Parteitag der SPD in Berlin. 1. Juni 2003. Beschlüsse, Berlin o.J.

SPD-Parteivorstand (Hg.): Parteitag der SPD in Berlin. 21. März 2004. Beschlüsse, Berlin o.J.

Text des ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985 in der vom Mannheimer Parteitag der SPD am 14. Nov. 1975 beschlossenen Fassung, auszugsweise abgedruckt in: Schneider: Zur Geschichte eines Bündnisses, Dokument 23, S. 132-133.

Wir sind die Partei. Das SPD-Mitgliederbegehren, online verfügbar unter <http://www.karl-nolle.de/medienservice/download.php?id=12>, zuletzt geprüft am 4.1.2009.

Wolf, Klaus-Peter: SPD und Gewerkschaften: Die Entfremdung, in: Hofschien (Hg.): Die Wirtschaftspolitik-Debatte, Köln 1989, S. 129-151.

Vetter, Heinz Oskar: Einheitsgewerkschaft und Parteipolitik, in: Matthias (Hg.): Einheitsgewerkschaft und Parteipolitik, Düsseldorf 1982, S. 19-27.

Zwickel, Klaus: Rede am 1.11.1995 auf dem 18. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin, in: Arlt/Nehls (Hg.): Bündnis für Arbeit, S. 256-257

Zwickel, Klaus: Zeit zum Handeln. Tarifrunde 2000 und das Bündnis für Arbeit, in: spw, Heft 111, 2000, S. 4-5.

2. Literatur

von Alemann, Ulrich: Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer? in: Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 37-62.

von Alemann, Ulrich: Der Zittersieg der SPD. Mit einem blauen und grünen Auge davon gekommen, in: Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003, S. 43-69.

- von Alemann, Ulrich: Doppelter Einsatz, halber Sieg? Die SPD und die Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Opladen 2008, S. 37–65.
- Arlt, Hans-Jürgen: Dissens als Desaster. Zur Kommunikation zwischen SPD und Gewerkschaften, in: Berliner Debatte Initial 5/2005, S. 22-29.
- Arlt, Hans-Jürgen/Nehls, Sabine (Hg.): Bündnis für Arbeit. Konstruktion. Kritik. Karriere. Eine Publikation der Hans-Böckler-Stiftung, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Armingeon, Klaus: Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften 1950-1985, Frankfurt am Main 1988.
- Armingeon, Klaus: Zwei Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften im internationalen Vergleich, in: Zimmer/Weßels (Hg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen 2001, S. 55-76.
- Batt, Helge: Eine Frage des Vertrauens. Die vorzeitige Parlamentsauflösung zwischen rechtlichem Anspruch und politischem Streit, in: Egle/Zohlhörer (Hg.): Ende des rot-grünen Projektes, S. 60-82.
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.
- Beier, Gerhard: Partei und Gewerkschaften, in: Meyer/Miller/Rohlfes (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung. Band 3, Bonn 1984, S. 177–202.
- von Beyme, Klaus: The Changing Relations between Trade Unions and the Social Democratic Party in West Germany, in: Government and Opposition 4/1978, S. 399-415.
- Bierbaum, Heinz: Sozialismus in einer Klasse – Sozialdemokratische Krisenpolitik nach Fritz W. Scharpf, in: Hofschien (Hg.): Die Wirtschaftspolitikdebatte, Köln 1989, S. 76-92.
- Bierbaum, Heinz: Gewerkschaften und politische Alternativen, in: Sozialismus 6/2004, S. 9-12.
- Blancke, Susanne/Schmid, Josef: Bilanz der Bundesregierung Schröder in der Arbeitsmarktpolitik 1998 - 2002: Ansätze zu einer doppelten Wende, in: Egle/Ostheim/Zohlhörer: Das rot-grüne Projekt, Wiesbaden 2007, S. 215-238.
- Bracher, Karl-Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, unveränderter Nachdruck der 5. Auflage 1971, Düsseldorf 1978.
- Brie, Michael: Bürgerinnen und Bürger auf der Suche nach Alternativen, in: Brie (Hg.): Die Linkspartei, Berlin 2005, S. 9-15.
- Brie, Michael (Hg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 23), Berlin 2005.
- Brinkmann, Ulrich/Krenn, Karoline/Schief, Sebastian (Hg.): Endspiel des kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas, Wiesbaden 2006.
- Brusis, Ilse/Schönhoven, Klaus: Die Gewerkschaften und ihre Geschichtsschreibung (=Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 8), Düsseldorf 1987.
- Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007.
- Depkat, Volker: Autobiographie und die soziale Konstruktion von Wirklichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 29 2003, S. 441-476.
- Dörre, Klaus/Panitch, Leo/Zeuner, Bodo u.a. (Hg.): Die Strategie der „Neuen Mitte“. Verabschiedet sich die moderne Sozialdemokratie als Reformpartei? Hamburg 1999.

- Ebbighausen, Rolf/Tiemann, Friedrich (Hg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker (=Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 43), Opladen 1984.
- Ebbinghaus, Bernhard: Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich, in: Schroeder/Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, Wiesbaden 2003, S. 174–203.
- Egle, Christoph: Deutschland. in: Merkel/Egle/Henkes u.a.: Reformfähigkeit der Sozialdemokratie, Wiesbaden 2006, S. 154–196.
- Egle, Christoph/Henkes, Christian: Später Sieg der Modernisierer über die Traditionalisten? Die Programmdebatte in der SPD, in: Egle/Ostheim/Zohlnhöfer (Hg.): Das rot-grüne Projekt, Wiesbaden 2003, S. 67–92
- Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden 2003.
- Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Ende des rot-grünen Projekts. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007.
- Faulenbach, Bernd: Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 44/2004, S. 1-37
- Frenzel, Martin: Neue Wege der Sozialdemokratie. Deutschland und Dänemark im Vergleich (1982 bis 2002), Wiesbaden 2002.
- Fickinger, Nico: Der verschenkte Konsens. Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit 1998-2002, Wiesbaden 2005.
- Gebauer, Annetrin: Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf. Mit einem Geleitwort von Helmut Schmidt, Wiesbaden 2005.
- Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1999.
- Giddens, Anthony (Hg.): The global third way debate, Cambridge 2001.
- Gohr, Antonia/Seeleib-Kaiser, Martin (Hg.): Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün, Wiesbaden 2003.
- Grebing, Helga: Das sogenannte „Ende der Arbeiterbewegung“, in: Grebing/Meyer (Hg.): Linksparteien und Gewerkschaften in Europa, Köln 1992, S. 247-259.
- Grebing, Helga: „Neubau“ statt „Wiederaufbau“ der SPD – die Lehren aus der Weimarer Republik, in: Dowe, Dieter (Hg.): Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13. Oktober 1995 (= Gesprächskreis Geschichte, 13), Bonn 1996, S. 73-89, hier S. 88-89.
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007.
- Grebing, Helga/Meyer, Thomas (Hg.): Linksparteien und Gewerkschaften in Europa. Die Zukunft einer Partnerschaft, Köln 1992.
- Grebing, Helga/Schöllgen, Gregor/Winkler, Heinrich August (Hg.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Band 5: Die „Die Partei der Freiheit“. Willy Brandt und die SPD 1972-1992, Bonn 2002.
- Hassel, Anke: Gewerkschaften und sozialer Wandel. Mitgliederrekrutierung und Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Großbritannien (= Nomos Universitätsschriften: Soziologie, 4), Baden-Baden 1999.

- Hassel, Anke: Bündnisse für Arbeit: Nationale Handlungsfähigkeit im europäischen Regimewettbewerb, in: Politische Vierteljahresschrift, 3/2000, S. 498-524.
- Hassel, Anke: Zwischen Politik und Arbeitsmarkt. Zum Wandel gewerkschaftlicher Eliten in Deutschland, in: Münkler/Straßenberger/Bohlender (Hg.): Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt am Main 2006, S. 199–220.
- Heimann, Siegfried: Die Sozialdemokratie. Forschungsstand und offene Fragen, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, 147-186.
- Heimann, Siegfried: Die SPD in den neunziger Jahren, in: Süß (Hg.): Deutschland in den neunziger Jahren, Opladen 2002, S. 82-104.
- Heinze, Rolf G.: Das "Bündnis für Arbeit" - Innovativer Konsens oder institutionelle Erstarrung? in: Egle/Ostheim/Zohlnhöfer (Hg.): Das rot-grüne Projekt, S. 137–162.
- Herzog, Dietrich/Weßels, Bernhard (Hg.): Konfliktpotentiale und Konsenstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik (= Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 54), Opladen 1989.
- Hille, Martin: Gewerkschaften im Wandel. Ordnungspolitische Überlegungen zur Neuorientierung der deutschen Arbeitsbeziehungen, Marburg 2007.
- Hofschen, Heinz-Gerd (Hg.): Lafontaine, SPD und Gewerkschaften. Die Wirtschaftspolitik-Debatte (= Kleine Bibliothek: Politik und Zeitgeschichte, 525), Köln 1989.
- Hofschen, Heinz-Gerd: Ein Konzept für die Zukunft? Die Lafontaine-Debatte, in: Hofschen (Hg.): Die Wirtschaftspolitik-Debatte, Köln 1989, S. 14-46.
- Howell, Chris: The end of relationship between Social Democratic Parties and Trade Unions, in: Studies in political economy, Bd. 65/2001, S. 7-38.
- Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt am Main/New York 1989.
- Jochem, Sven/Siegel, Nico A. (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich, Opladen 2003.
- Jun, Uwe: Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt am Main 2004.
- Jun, Uwe: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: Decker/Neu (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2007, S. 381-400.
- Kastendieck, Hella: Struktur- und Organisationsprobleme einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei: Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften seit 1966, in: Ebbighausen/Tiemann (Hg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen 1984, S. 407-442.
- Graf Kielmansegg, Peter: Nach der Katastrophe. Deutschland 1945 bis 1990 (= Siedler, Deutsche Geschichte, vierbändige Sonderausgabe, Band 4), 2004.
- Klecha, Stephan: Wenn sie nicht mehr schreiten Seit an Seit. Die Einheit von SPD und Gewerkschaften zerfällt, doch sind sie strategisch aufeinander angewiesen, in: vorgänge 4/2007, S. 76-85.
- Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie. 1945-1965 (= Dowe, Dieter (Hg.): Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 1), unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1982, Bonn 1996.

- Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, unter Mitarbeit von Barbara Klaus und Karl Theodor Stiller, dritte Auflage, Köln 1983.
- Klönne, Arno/Spoor, Eckart/Butenschön, Rainer (Hg.): Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Hamburg 1999.
- Kornelius, Bernhard/Roth, Dieter: Bundestagswahl 2005: Rot-Grün abgewählt. Verlierer bilden die Regierung, in: Egle/Zohlnhöfer (Hg.): Ende des rot-grünen Projektes, Wiesbaden 2007, S. 29-59.
- Langkau, Jochem/Matthöfer, Hans/Schneider, Michael (Hg.): SPD und Gewerkschaften, Bd. 1, Bonn 1994.
- Leuschen-Seppel, Rosemarie: Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924-1928/29 (= Politik und Gesellschaft, Bd. 9), Bonn 1981.
- Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei - Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.
- Machnig, Matthias/Bartels, Hans Peter (Hg.): Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation, Göttingen 2001.
- Merkel, Wolfgang: Kritik der Theorien vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“, in Grebing/Meyer: Linksparteien und Gewerkschaften in Europa, Köln 1992, S. 47-80.
- Merkel, Wolfgang/Egle, Christoph/Henkes, Christian u.a.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden 2006.
- Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998.
- Meyer, Thomas: Die Zukunft einer ehrwürdigen Beziehung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1/2000, S. 12–17.
- Meyer, Thomas: From Godesberg to the Neue Mitte: The Social Democracy in Germany, in: Giddens, Anthony (Hg.): The global third way debate, Cambridge 2001, S. 74-85.
- Meyer, Thomas: Die blockierte Partei - Regierungspraxis und Programmdiskussion der SPD 2002-2005, in: Egle/Zohlnhöfer: Ende des rot-grünen Projekts, Wiesbaden 2007, S. 83-97.
- Meyer, Thomas/Miller, Susanne/Rohlfes, Joachim (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung. Darstellung, Chroniken, Dokumente, 3 Bde., Bonn 1984.
- Miller, Susanne: Die SPD – die linke Volkspartei, Neubearbeitung Heinrich Potthoff, in: Potthoff/Miller: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 2002, S. 175-284.
- Möller, Horst: Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie, 7., aktualisierte und erweiterte Neuauflage, München 2004.
- Müller, Hans-Peter/Wilke, Manfred: Rückkehr in die politische Arena. Die deutschen Gewerkschaften und das Bündnis für Arbeit (= Konrad-Adenauer-Stiftung: Interne Studie 177/1999), Sankt Augustin 1999
- Müller, Hans-Peter/Wilke, Manfred: Gewerkschaftsfusionen: Der Weg zu modernen Multibranchengewerkschaften, in: Schroeder/Weßels: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, Wiesbaden 2003, S. 122-143.
- Müller-Jentsch, Walther: Länderanalyse Bundesrepublik Deutschland, in: Grebing/Meyer (Hg.): Linksparteien und Gewerkschaften in Europa, Köln 1992, S. 103–117.

- Müller-Jentsch, Walther: Kapitalismus ohne Gewerkschaften? in: Brinkmann/Krenn/Schief (Hg.): Endspiel des kooperativen Kapitalismus? Wiesbaden 2006, S. 169-179.
- Müller-Jentsch, Walther: Rückkehr der Berufsgewerkschaften? in: WSI-Mitteilungen 2/2008, S. 62.
- Münkler, Herfried/Straßenberger, Grit/Bohlender, Matthias (Hg.): Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt am Main 2006.
- Nachwey, Oliver: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit, in: Spier/Butzlaff/Micus u.a. (Hg.): Die Linkspartei, Wiesbaden 2007, S. 155-184.
- Nachtwey, Oliver/Spier, Tim: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier/Butzlaff/Micus u.a. (Hg.): Die Linkspartei, Wiesbaden 2007, S. 13–70.
- Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999.
- Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003.
- Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Opladen 2008.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993.
- Oberreuter, Heinrich: Der Machtwechsel. Regierung und Opposition in den neunziger Jahren, in: Süß: Deutschland in den neunziger Jahren, Opladen 2002, S. 54-70.
- Piazza, James: De-linking Labor. Labor Unions and Social Democratic Parties under Globalization, in: Party Politics, 4/2001.
- Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, in: Potthoff/Miller: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 2002, S. 15-172.
- Potthoff, Heinrich: Partei im Wandel. Stagnation – Kurssuche – Regierungsverantwortung, in: Potthoff/Miller: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 2002, S. 287-416.
- Potthoff, Heinrich/Miller Susanne: Kleine Geschichte der SPD. 1848-2002, 8. Aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn 2002.
- Profittlich, Sonja: Politische Generationen in der Sozialdemokratie, online verfügbar unter http://www.fes-online-akademie.de/download.php?d=sonja_profittlich.pdf, zuletzt geprüft am 15.11.2008.
- Raschke, Joachim: Die Zukunft der Volksparteien erklärt sich aus ihrer Vergangenheit. Minimalismus und Konflikte in der Zivilgesellschaft, in: Machnig/Bartels (Hg.): Der rasende Tanker, Göttingen 2001, S. 14–25.
- Reutter, Werner: Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, in: Gohr/Seeleib-Kaiser (Hg.): Sozial- und Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 2003, S. 289-305.
- Ritter, Gerhard A.: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996.
- Rose, Edgar: Arbeitsrechtspolitik zwischen Re-Regulierung und Deregulierung, in: Gohr/Seeleib-Kaiser (Hg.): Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün, Wiesbaden 2003, S. 103-124.
- Roth, Dieter: Das rot-grüne Projekt an der Wahlurne: Eine Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002, in: Egle/Ostheim/Zohlhörer: Das rot-grüne Projekt, Wiesbaden 2003, S. 29-52.
- Rudolph, Karsten: Einleitung, in: Grebing, Helga/Schöllgen, Gregor/Winkler, Heinrich August (Hg.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Band 5: Die „Die Partei der Freiheit“. Willy Brandt und die SPD 1972-1992, S. 15-72.

- Schmid, Josef: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik - große Reform mit kleiner Wirkung? in: Egle/Zohlhoyer: Ende des rot-grünen Projekts, Wiesbaden 2007, S. 271–294.
- Schmidt, Manfred G.: Rot-Grüne Sozialpolitik (1998-2002), in: Egle/Ostheim/Zohlhoyer (Hg.): Das rot-grüne Projekt, Wiesbaden 2003, S. 239-258.
- Schmidt, Manfred G.: Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005), in: Egle/Zohlhoyer (Hg.): Ende des rot-grünen Projekts, Wiesbaden 2007, S. 295-312.
- Schmitthenner, Horst: Das Ende einer „klassischen Arbeitsteilung“. Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften, in: Klönne/Spoor/Butenschön (Hg.): Der lange Abschied vom Sozialismus, Haburg 1999, S. 187-192.
- Schmollinger, Horst W./Stöss, Richard: Arbeitnehmer, Gewerkschaften und SPD in der Krise der achtziger Jahre, in: Herzog/Weßels, Bernhard (Hg.): Konfliktpotentiale und Konsenstrategien, Opladen 1989, S. 68–98.
- Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968) (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 17), Bonn 1986.
- Schneider, Michael: Zur Geschichte eines Bündnisses. Darstellung und Dokumentation, in: Langkau/Matthöfer/Schneider (Hg.): SPD und Gewerkschaften, Bd. 1, Bonn 1994, S. 13–154.
- Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000.
- Schneider, Michael: History of the German Trade Unions. Translated by Barrie Selman and Annette Brinkmann, Up to date version, Bonn 2005.
- Schönhoven, Klaus: Vor einem Jahrhundert-Jubiläum. Die Gewerkschaften und ihre Geschichtsschreibung, in: Brusis, Ilse/Schönhoven, Klaus: Die Gewerkschaften und ihre Geschichtsschreibung (=Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 8), Düsseldorf 1987, S. 33-56.
- Schönhoven, Klaus: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1988.
- Schönhoven, Klaus: Gewerkschaften und Soziale Demokratie im 20. Jahrhundert. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. Dezember 1995 (= Friedrich-Ebert-Stiftung: Gesprächskreis Geschichte, 12), Bonn 1995.
- Schönhoven, Klaus: Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme, in: Schroeder/Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 40–64.
- Schönhoven, Klaus: Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Historische Aspekte einer schwierigen Partnerschaft. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/2004, S. 321–327.
- Schroeder, Wolfgang: „Konzertierte Aktion“ und „Bündnis für Arbeit“: Zwei Varianten des deutschen Korporatismus, in: Zimmer/Weßels (Hg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, S. 29–54.
- Schroeder, Wolfgang: Der neue Arbeitsmarkt und der Wandel der Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47-48/2003, S. 6-13.
- Schroeder, Wolfgang: Soziale Demokratie und Gewerkschaften, 2007, online verfügbar unter http://www.fes-online-akademie.de/download.php?d=wolfgang_schroeder.pdf, zuletzt geprüft am 01.08.2008.
- Schroeder, Wolfgang: SPD und Gewerkschaften: Vom Wandel einer privilegierten Partnerschaft, in: WSI-Mitteilungen 5/2008, S. 231–237.

- Schroeder, Wolfgang: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, in: Jochem/Siegel (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik, Opladen 2003, S. 107-147.
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard: Das deutsche Gewerkschaftsmodell im Transformationsprozess, in: Schroeder/Weßels: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, Wiesbaden 2003, S.11- 37.
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003.
- Siegel, Nico A.: Die politische Ökonomie der Konzertierung in Deutschland: Das Beispiel Bündnis für Arbeit, in: Jochem/Siegel (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik, Opladen 2003, S. 148-193.
- Siegel, Nico A.: Rot-Grün und die Pfeiler des deutschen Kapitalismus, in: Egle/Zohlhörer (Hg.): Ende des rot-grünen Projekts, Wiesbaden 2007, S. 379–407.
- Silvia, Stephen J.: The Forward Retreat. Labor and Social Democracy in Germany, 1982-1992, in: International Journal of Political Economy, 4/1992, S. 36-52.
- Soell, Hartmut/Kempton, Klaus: Die Arbeiterbewegung in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsmacht, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/2000, S. 27–32.
- Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias u.a. (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden 2007.
- Stöss, Richard/Neugebauer, Gero: Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, 2/1998.
- Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar: Zwischen Anpassung und Profilierung. Die SPD an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/2000, S. 3-11
- Süß, Werner (Hg.): Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung, Opladen 2002.
- Trampusch, Christine: Sozialpolitik in Post-Hartz Germany, Langfassung des in WeltTrends, Nr. 47/2005, veröffentlichten Artikels, online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/people/tr/PDF/Trampusch%20Post-Hartz%20Langfassung%20WeltTrends.pdf>, zuletzt geprüft am 30.12.2008.
- Walter, Franz: Brauchen Parteien mehr Beteiligung? Über Tücken und Chancen vermehrter innerparteilicher Partizipation, in: Machnig/Bartels (Hg.): Der rasende Tanker, Göttingen 2001, S. 46-54
- Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002.
- Weßels, Bernhard: Gewerkschaften in der Mediengesellschaft, in: Schroeder/Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, Wiesbaden 2003, S. 323–341.
- Wiesenthal, Helmut/Clasen Ralf: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft: Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter? in: Schroeder/Weßels (Hg.): Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft, Wiesbaden 2003, S. 296-322.
- Wolf, Klaus-Peter: SPD und Gewerkschaften: Die Entfremdung, in: Hofschen (Hg.): Die Wirtschaftspolitik-Debatte, Köln 1989, S. 129-151.
- Zeuner, Bodo: Der Bruch der Sozialdemokraten mit der Arbeiterbewegung. Konsequenzen für die Gewerkschaften, in: Dörre/Panitch/Zeuner u.a. (Hg.): Die Strategie der „Neuen Mitte“, Hamburg 1999 , S. 131–147
- Zeuner, Bodo: Gewerkschaften 2000 - politisch auf sich gestellt? Sechs Beziehungsmuster zur SPD. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/2000, S. 40–46.

Zimmer, Annette/Weßels, Bernhard (Hg.): Verbände und Demokratie in Deutschland (= Bürgerschaftliches Engagement und Non-Profit-Sektor 5), Opladen 2001.

Zohlnhöfer, Reimut: Rot-grüne Finanzpolitik zwischen traditioneller Sozialdemokratie und neuer Mitte, in: Egle/Ostheim/Zohlnhöfer, S. 193-214.

VIII. Anhang